



Jean-Luc Rickenbacher

## «Für den Frieden in einer Zeit des Krieges»

*Schweizerische Friedensgesellschaft und organisierter  
Pazifismus während des Ersten Weltkrieges*

*u<sup>b</sup>*

<sup>b</sup>  
UNIVERSITÄT  
BERN

Berner Studien zur Geschichte  
Reihe 5: Ära der Weltkriege  
Band 1

Herausgegeben von Daniel Marc Segesser  
Historisches Institut der Universität Bern



Jean-Luc Rickenbacher

«Für den Frieden in einer Zeit des Krieges»

Schweizerische Friedensgesellschaft und organisierter Pazifismus  
während des Ersten Weltkrieges



---

<sup>b</sup>  
**UNIVERSITÄT  
BERN**

Abteilung für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte

Historisches Institut  
Universität Bern  
Schweiz

Bern Open Publishing  
bop.unibe.ch

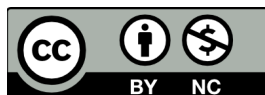
2018

## Impressum

ISBN: 978-3-906813-70-7  
ISSN: 2624-6139  
DOI: 10.7892/boris.118365

Herausgeber: Daniel Marc Segesser  
Historisches Institut  
Universität Bern  
Länggassstrasse 49  
CH-3012 Bern

Lektorat: Daniel Marc Segesser  
Layout Titelei: Daniel Burkhard



This work is licensed under a Creative Commons  
Attribution 4.0 International License  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/>

Text © 2018, Jean-Luc Rickenbacher

Titelfoto: Antikriegsdemonstration mit Willi  
Münzenberg auf der Quaibrücke in  
Zürich, 1915.  
Quelle: Schweizerisches Sozialarchiv, F 5008  
Meyer, Edy, Sozarchiv\_F\_5008-  
Fb-022

*Meinen Eltern und allen Menschen gewidmet,  
die sich für den Frieden einsetzen*





## **INHALTSVERZEICHNIS**

<b>1.</b>	<b>EINLEITUNG</b>	<b>9</b>
1.1.	FORSCHUNGSSTAND	11
1.2.	FRAGESTELLUNG	14
1.3.	QUELLENLAGE	15
1.4.	BEGRIFFSDEFINITIONEN	16
1.5.	METHODISCHE ASPEKTE UND AUFBAU	17
<b>2.</b>	<b>DIE FRIEDENSBEWEGUNG VOR 1914</b>	<b>19</b>
2.1.	DIE ENTWICKLUNG BIS ZUM ERSTEN WELTKRIEG	20
2.2.	DER SCHWEIZERISCHE FRIEDENSVEREIN	23
2.3.	DIE SOZIALISTISCHE INTERNATIONALE UND DIE FRIEDENSFRAGE	26
<b>3.</b>	<b>DAS JAHR 1914</b>	<b>28</b>
3.1.	DAS ATTENTAT IN SARAJEVO UND DIE JULIKRISE	28
3.2.	DER AUSBRUCH DES WELTKRIEGES	30
3.2.1.	DIE REAKTIONEN AUF DEN KRIEGSAUSBRUCH	31
3.2.2.	DIE VERLETZUNG DER NEUTRALITÄT BELGIENS UND LUXEMBURGS	35
3.3.	DIE AUSEINANDERSETZUNGEN AUF INTERNATIONALER EBENE	38
3.4.	ANFEINDUNGEN VON PAZIFISTINNEN UND DEREN REAKTION	40
3.5.	DAS ENTSTEHEN NEUER PAZIFISTISCHER ORGANISATIONEN	42
3.6.	ERSTE VERMITTLUNGSVERSUCHE BEI DER SCHWEIZER REGIERUNG	45
<b>4.</b>	<b>DAS JAHR 1915</b>	<b>48</b>
4.1.	DAS SCHEITERN DER PAZIFISTISCHEN EINIGUNGSBEMÜHUNGEN	48
4.2.	HUMANITÄRES ENGAGEMENT DER FRIEDENSBEWEGUNG	51
4.3.	INITIATIVE FÜR DIE EINBERUFUNG EINER INTERNATIONALEN KONFERENZ NEUTRALER STAATEN	55
4.4.	DIE INTERNATIONALE PAZIFISTENKONFERENZ IN DEN HAAG	56
4.5.	DIE ZIMMERWALDER BEWEGUNG	62
<b>5.</b>	<b>DAS JAHR 1916</b>	<b>66</b>
5.1.	DIE FORDMISSION UND DIE STOCKHOLMER KONFERENZ DER NEUTRALEN	66

5.2.	DIE KIENTALER KONFERENZ	72
5.3.	DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER SCHWEIZERISCHEN FRIEDENSGESELLSCHAFT IN HERISAU	72
5.4.	DAS INTERNATIONALE FRIEDENSBÜRO VERHARRT IN DER PASSIVITÄT	79
5.5.	DER FRIEDENSFUNKEN IST IN DIE WELT GESETZT: JAHRESWECHSEL 1916/1917	82
6.	EXKURS: PAZIFISTISCHE EMIGRANTINNEN IN DER SCHWEIZ	89
6.1.	DIE PAZIFISTISCHEN MILIEUS	92
6.2.	IM FEUER DER PROPAGANDA	95
7.	DAS JAHR 1917	99
7.1.	RUSSISCHE FEBRUARREVOLUTION UND KRIEGSEINTRITT DER USA	99
7.2.	DIE GRIMM-HOFFMANN-AFFÄRE	102
7.3.	DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER SCHWEIZERISCHEN FRIEDENSGESELLSCHAFT IN OLTEN	107
7.4.	DER INTERNATIONALE STUDIENKONGRESS IN BERN	113
8.	DAS JAHR 1918	116
8.1.	ANSTÖSSE ZUR ERARBEITUNG EINES VÖLKERBUNDPROGRAMMS	116
8.2.	EINE FRAGILE NEUTRALITÄT	121
8.3.	DIE SCHWEIZ UND DER VÖLKERBUND	123
8.4.	DIE SONDIERUNG NACH FRIEDENSMÖGLICHKEITEN	129
8.5.	DER WAFFENSTILLSTAND UND AUSBLICK	130
9.	FAZIT	140
10.	VERZEICHNISSE	149
10.1.	ABBILDUNGSNACHWEISE	149
10.2.	ABKÜRZUNGEN	149
11.	BIBLIOGRAFIE	151
11.1.	QUELLEN	151
11.1.1.	UNGEDRUCKTE QUELLEN	151
11.1.2.	GEDRUCKTE QUELLEN	153
11.1.3.	DIGITALE QUELLENSAMMLUNGEN	155
11.2.	LITERATUR	155
11.3.	INTERNET-RESSOURCEN	163



# 1. Einleitung

In regelmässigen Abständen ziehen Kriege Regionen, Länder und ganze Kontinente in Mitleidenschaft. Der Irakkrieg (2003-2011), die Jugoslawienkriege (1991-2001), der Vietnamkrieg (1957-1975) und der Zweite Weltkrieg (1939-1945) sind nur wenige Beispiele für Konflikte, in denen um Macht, Ideologien, Einfluss, Ressourcen und einiges mehr gekämpft wurde. Die Ursachen von Kriegen sind vielfältig. Sie reichen von Hegemoniebestrebungen einzelner Staaten und dem Ausbau des geopolitischen Einflusses bis zu ethnischen Konflikten und dem Ablenken von innenpolitischen Missständen. Ebenso zahlreich sind die Begleiterscheinungen und Folgen von Kriegen. Dazu gehören etwa der Sturz von Regierungen, unzählige Tote und Verletzte, traumatisierte Menschen, das Ausbeuten von Ressourcen, zerstörte Kulturdenkmäler und Flüchtlinge.<sup>1</sup>

Die Friedensbewegung setzt sich dafür ein, dass Konflikte auf friedliche Weise gelöst werden. Ihre Anfänge gehen auf den Beginn des 19. Jahrhunderts zurück, als sich nach den Napoleonischen Kriegen die ersten Friedensgesellschaften bildeten. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte die Friedensbewegung in allen westeuropäischen Ländern Fuss gefasst.<sup>2</sup> Die vorliegende Publikation beschäftigt sich mit der Friedensbewegung während des Ersten Weltkrieges mit einem Schwerpunkt in der Schweiz, wo der „Schweizerische Friedensverein“ (SFV) vor Kriegsausbruch die grösste pazifistische Organisation war. Im Mai 1915 benannte er sich in „Schweizerische Friedensgesellschaft“ (SFG) um, weshalb der Verein im Folgenden auch so bezeichnet wird.<sup>3</sup> Doch was bedeutete es während des Ersten Weltkrieges, ein „Pazifist“ bzw. eine „Pazifistin“ zu sein? Eine erste Annäherung an diese Frage im Falle der SFG liefert Émil Buttica, der Präsident der Sektion Waadt, welcher im Mai 1916 an der Delegiertenversammlung in Herisau verkündete:

*„Il faut un pacifisme non pas moins idéaliste car c'est l'idée qui fait la force de ce mouvement, mais moins théorique, moins doctrinaire, moins perdu dans les nuages. Il faut éviter de combattre tout ce qui touche à la beauté du patriotisme et à la nécessité de la défense nationale qui doit être forte pour s'opposer à une guerre d'agression et de conquête.“<sup>4</sup>*

Der Ausschnitt aus der Rede von Buttica ist bezeichnend für die Situation der SFG während des Ersten Weltkrieges: Vor allem zu Beginn wurde sie verdächtigt, unpatriotisch zu sein, weil der Pazifismus die Landesverteidigung schwäche.<sup>5</sup> Jedoch gehörten der SFG vor dem Ersten Weltkrieg keine Mitglieder an, welche die Legitimität des Verteidigungskrieges ablehnten.<sup>6</sup> An der Befürwortung der Landesverteidigung hielt die SFG während der ganzen Dauer des Krieges fest, erst ab Mitte 1916 stellten einzelne Mitglieder auch den Defensivkrieg in Frage. Wegen den erwähnten Vorwürfen galt es für die führenden Mitglieder der SFG, ihr Friedensprogramm und ihr Bekenntnis zur Landesverteidigung der Bevölkerung in Vorträgen und Zeitungsartikeln zu erläutern. Nicht zuletzt

---

<sup>1</sup> Für einen detaillierten Überblick zu den Ursachen und Folgen von Kriegen vgl. Ferretti 2014.

<sup>2</sup> Vgl. Kapitel 2.

<sup>3</sup> Für die Definitionsfrage vgl. Kapitel 1.5.

<sup>4</sup> Le mouvement pacifiste. Organe du Bureau international de la Paix. Janvier-avril 1916: 49. [Im Folgenden: MP]

<sup>5</sup> Vgl. Kapitel 2.4.

<sup>6</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 197.

sollten mit diesem Vorgehen neue Mitglieder für die SFG gewonnen werden, die während des Krieges von neuen pazifistischen Organisationen Konkurrenz erhielt.

Der Erste Weltkrieg bedeutete für die Friedensbewegung eine äusserst einschneidende Erfahrung.<sup>7</sup> Das industrielle Ausmass des Mordens, das massgeblich durch die effizientere Waffentechnik ermöglicht wurde, liess bei vielen PazifistInnen Zweifel an ihrem Fortschrittsglauben aufkommen, demgemäss Kriege aufgrund der zunehmenden internationalen Verflechtungen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit bald eine Sache der Vergangenheit sein würden. Eine Folge davon war das Entstehen von neuen pazifistischen Organisationen, die neben dem Programm des Vorkriegspazifismus neue Perspektiven aufzeigen wollten.<sup>8</sup> Der Wandel des Friedensdiskurses innerhalb der Friedensbewegung, der immer vorhanden war, aber durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges intensiviert wurde, ist Teil der Fragestellung dieser Studie.

Die Frage, ob die Ideen des Vorkriegspazifismus für die Konfliktschlichtung zwischen Staaten noch geeignet seien oder ob der Ausbruch des Weltkrieges nicht vielmehr die Widerlegung der pazifistischen Theorien bedeute, war aber keinesfalls die einzige Auseinandersetzung, welche die Friedensbewegung während des Krieges prägte. Das weltweite Ausmass der kriegerischen Auseinandersetzungen brachte die PazifistInnen stärker denn je in einen Konflikt zwischen ihrer internationalen Gesinnung und den Verpflichtungen gegenüber ihrer Nation – für die Männer z. B. in Form des zu leistenden Militärdienstes. Dieser führte zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Friedensbewegung und viele PazifistInnen versuchten ihm durch die Emigration in die Schweiz zu begegnen. Als nicht unmittelbar an den militärischen Auseinandersetzungen beteiligtes Land, diente die Schweiz Menschen, welche die dominanten „Kriegskulturen“ ablehnten, als internationaler Ort der Zuflucht.<sup>9</sup> Doch blieb das Land von den Auswirkungen des Weltkrieges, etwa in wirtschaftlicher Hinsicht oder als wichtigstes „Aufmarschgebiet für die Propaganda“<sup>10</sup>, alles andere als verschont.<sup>11</sup> Ausserdem war die Deutschschweiz kulturell und wirtschaftlich eng mit dem Deutschen Kaiserreich verbunden, während die lateinische Schweiz stark mit der Entente sympathisierte. Dieser auch als „Graben“ bzw. „fossé“ bezeichnete Konflikt führte in einigen Bereichen zu grösseren Spannungen zwischen den Sprachregionen, während er in anderen weniger Auswirkungen hatte.<sup>12</sup> Weil die Schweiz also keinesfalls von den Auswirkungen des Krieges verschont blieb, ist auch die in der Literatur oft verwendete Metapher der „Schweiz als Insel“ äusserst problematisch.<sup>13</sup>

In der Historiographie zur Schweiz während des Ersten Weltkrieges haben lange militärische sowie wirtschafts- und sozialpolitische Themen dominiert.<sup>14</sup> Auch wenn mittlerweile zahlreiche weitere Ergebnisse hinzukamen, ist dieser bisherige thematische Schwerpunkt in der heutigen Forschung weiterhin gut vertreten.<sup>15</sup> Mit der vorliegenden Publikation soll ein neuer Beitrag zur historischen Friedensforschung geleistet werden. Sie bringt also eine weitere, bisher wenig beachtete Perspektive ein. Das um die Themen Frieden und Krieg, Gewalt und Gewaltlosigkeit kreisende Forschungsfeld befasst sich mit den Ursachen, Bedingungen und Möglichkeiten historischer Formen des Friedens und der Gewalt.<sup>16</sup>

Nachfolgend wird auf die bisher zum Thema erschienen Beiträge eingegangen, die Fragestellung erläutert und die Quellenlage vorgestellt. Darauf folgen die Problematisierung von diversen methodischen Aspekten und die Erläuterung des Aufbaus.

---

<sup>7</sup> Vgl. Brassel, Tanner 1986: 41.

<sup>8</sup> Vgl. Ebd.: 41f.

<sup>9</sup> Vgl. Elsig 2014: 97f.

<sup>10</sup> Riesenberger 2008: 113; vgl. Elsig 2017.

<sup>11</sup> Vgl. Segesser 2013b; Ochsenein 1971.

<sup>12</sup> Vgl. Jost 2006: 762-796.

<sup>13</sup> Vgl. Kreis 2014b. Kreis thematisiert und relativiert die Metapher jedoch im letzten Unterkapitel vgl. Ebd.: 282-290.

<sup>14</sup> Vgl. z. B. Ruchti 1928-1930; Fuhrer 2003; Gautschi 1988.

<sup>15</sup> Vgl. die Themen in Rossfeld, Buomberger, Kury 2014; sowie Kreis 2014b.

<sup>16</sup> Für eine detaillierte Definition vgl. Ziemann 2002.

## 1.1. Forschungsstand

Die Forschung zur Schweiz im Ersten Weltkrieg stand lange im Schatten der Forschung über die Rolle des Landes im Zweiten Weltkrieg.<sup>17</sup> Auf das Defizit des Ersten Weltkrieges im kollektiven Gedächtnis machen auch Konrad Kuhn und Béatrice Ziegler in ihrem Sammelband aufmerksam, der den Titel „Der vergessene Krieg“ trägt.<sup>18</sup> Doch auch in der jüngsten Publikationsflut im Rahmen des „100-jährigen Jubiläums“ des Ersten Weltkrieges ist über die SFG bisher nichts geschrieben worden. Zu verschiedenen Friedenthemen in der Schweiz sind dagegen einige Forschungsbeiträge erschienen. Georg Kreis stellt in seiner Publikation „Insel der unsicheren Geborgenheit“ pazifistisches Gedankengut in den Soldatenbünden und bei den Dienstverweigerern fest. Diese hätten den Dienstbetrieb als sinnlos, entwürdigend und schikanös empfunden, weil er u. a. gesellschaftliche Klassengegensätze reproduziere.<sup>19</sup> Carlo Moos diskutiert in seinem Beitrag „Schweizer Neutralität(en) zur Zeit des Ersten Weltkrieges“, wie sich die Schweizer Regierung zu Friedensfragen während des Krieges äusserte.<sup>20</sup> Diese Stellungnahmen fielen ihm zufolge sehr zurückhaltend aus, obwohl die „Grimm-Hoffmann-Unternehmung“ im Frühling 1917, bei welcher der sozialdemokratische Nationalrat und der Chef des Eidgenössischen Politischen Departements (EPD) auf einen Separatfrieden zwischen Deutschland und Russland hinwirkten, gegenüber der üblichen Vorsicht in bemerkenswertem Kontrast stehe.<sup>21</sup>

Die Schweiz als internationaler Ort der Zuflucht für PazifistInnen ist Gegenstand mehrerer Forschungsbeiträge: Alain Clavien streicht in „Schweizer Intellektuelle und der Grosse Krieg“ hervor, dass sich diesbezüglich Genf, Zürich und der Monte Verità in der Nähe von Ascona zu Zentren des Pazifismus und Antimilitarismus entwickelten.<sup>22</sup> Diese beiden Themen fanden in einer Vielzahl von Zeitschriften ihren Niederschlag, in denen sich Schweizer und Exildeutsche und -franzosen gemeinsam zu Wort meldeten. Wie Ernst Piper in seinem Buch „Nacht über Europa“ ausführt, befruchtete die in der Schweiz von EmigrantInnen aufgebaute pazifistische Gegenkultur das hiesige Kulturleben, indem sie neue Kunstformen wie etwa den „Dadaismus“ in Zürich entstehen liess.<sup>23</sup> Alexandre Elsig stellt in seinem Beitrag „Zwischen Zwietracht und Eintracht“ fest, dass die kriegführenden Mächte die pazifistischen Milieus ihrer militärischen Gegner in der Schweiz finanziell unterstützten, damit diese ihr „defätistisches Potenzial“ im Sinne eines Aufrufs zur Abkehr von der bisher verfolgten Kriegspolitik entfalteten, um sie auf diese Weise zu schwächen.<sup>24</sup> Wie Landry Charrier in seinem Forschungsbeitrag „L'émigration allemande en Suisse pendant la Grande Guerre“ nachweisen konnte, war die deutsche Dissidenz in der Schweiz in zwei Lager gespalten, währenddem die französische Romain Rolland als Integrationsfigur betrachtete.<sup>25</sup>

Bei den Publikationen im Rahmen des „100-jährigen Jubiläums“ des Ersten Weltkrieges fällt weiter auf, dass die Schweiz oft als „Friedensinsel“ thematisiert wird. Dies ist etwa im Rahmen der humanitären Werke und des Roten Kreuzes der Fall.<sup>26</sup> Der organisierte Pazifismus in der Schweiz an sich erhält hingegen kaum Beachtung. Auch der Umgang der Sozialistischen Internationale (SI) und der schweizerischen Sozialdemokratie mit der Friedensfrage ist lange ein Forschungsdesiderat geblieben. 2015 erschien ein von Bernard Degen und Julia Richers herausgegebener Sammelband zu diesem Thema.<sup>27</sup> Degen betont darin die Leistung des sozialdemokratischen Nationalrats Robert Grimm, dem es nach dem Auseinanderbruch der SI bei Kriegsausbruch in den Jahren 1915 und 1916

---

<sup>17</sup> Vgl. Kreis 2014b: 12f.

<sup>18</sup> Vgl. Kuhn, Ziegler 2014.

<sup>19</sup> Vgl. Kreis 2014b: 153-156.

<sup>20</sup> Vgl. Moos 2014.

<sup>21</sup> Vgl. Ebd.: 230.

<sup>22</sup> Vgl. Clavien 2014: 119.

<sup>23</sup> Vgl. Pipier 2013: 376f.

<sup>24</sup> Vgl. Elsig 2014: 97-100.

<sup>25</sup> Vgl. Charrier 2015: 195.

<sup>26</sup> Vgl. Cotter, Hermann 2014.

<sup>27</sup> Vgl. Degen, Richers 2015.



gelang, während zwei Konferenzen sozialistische KriegsgegnerInnen aus neutralen und kriegführenden Staaten in der Schweiz zu versammeln und zum Kampf für den Frieden aufzurufen.<sup>28</sup> Zur bürgerlichen Friedensbewegung existieren einige ältere Forschungsarbeiten. Helmut Mauermann hält in „Das Internationale Friedensbüro“ fest, dass sich die vom Internationalen Friedensbüro (IFB) in Bern verfolgte Politik in erster Linie durch Passivität auszeichnete, weil es durch die Meinungsverschiedenheiten keine einheitliche politische Linie vertreten konnte.<sup>29</sup> Verdiana Grossi und Marius Michaud deuten in ihren kurzen Beiträgen darauf hin, dass der in der Einleitung beschriebene Graben zwischen der deutsch- und lateinischsprachigen Bevölkerung auch durch die Sektionen der SFG ging.<sup>30</sup> Allerdings bleibt es nur bei dieser Feststellung, die nicht weiter erläutert wird.

Die bisher einzige überblicksartige Darstellung der Friedensbewegung in der Schweiz während des Ersten Weltkrieges leistete Markus Mattmüller in einem Unterkapitel seiner Studie von 1968 über „Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus“.<sup>31</sup> Rolf Soiron schreibt in seiner 1973 erschienenen Dissertation „Der Beitrag der Schweizer Aussenpolitik zum Problem der Friedensorganisation am Ende des Ersten Weltkrieges“, die SFG habe den Bundesrat während des Krieges zu Friedensvermittlungen aufgefordert.<sup>32</sup> Weitere Beiträge streifen die SFG nur ganz am Rande im Rahmen der Diskussionen um den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund.<sup>33</sup> Sowohl William E. Rappard als auch Sergio Stupan verorten die SFG im freimaurerischen Milieu.<sup>34</sup> Im Gegensatz zur Forschung über die SFG während des Ersten Weltkrieges sind ihre Aktivitäten vor 1914 durch die Lizentiatsarbeit<sup>35</sup> und die Dissertation<sup>36</sup> von Urs Zwahlen sowie eine Studie zu La Chaux-de-Fonds<sup>37</sup> von Christophe Stawarz ausgezeichnet dokumentiert.<sup>38</sup> In der im Neuenburger Jura gelegenen Stadt war die stark auslandsabhängige Uhrenindustrie dominant, die nach Stawarz seismographisch auf Schwankungen des Weltmarktes reagierte. Weil jede Gefährdung des Weltfriedens auch eine Gefährdung der ökonomischen Existenz darstellte, war das Bewusstsein für den Frieden in dieser Stadt besonders gross. Folglich war dort eine der mitgliederstärksten Sektionen der SFG aktiv.<sup>39</sup>

Viel grössere Beachtung in der Forschung zum Ersten Weltkrieg erhielt die Friedensbewegung ausserhalb der Schweiz, wobei hier die wichtigsten AutorInnen und ihre Publikationen nachfolgend erwähnt seien. Karl Holl gilt wegen seinen zahlreichen Beiträgen zum Pazifismus in Deutschland als „Nestor der deutschen Friedensforschung“.<sup>40</sup> Zu den für die vorliegende Publikation relevanten Beiträgen von ihm gehören „Pazifismus in Deutschland“<sup>41</sup>, „Ludwig Quidde (1858-1941)“<sup>42</sup> und „Die Friedensbewegung“<sup>43</sup>. Er vertritt die These, dass die Friedensbewegung nach anfänglicher Zurückhaltung unmittelbar beim Kriegsausbruch ihre Arbeit für den Frieden wieder aufnahm und sich in den folgenden Monaten neue pazifistische Organisationen formierten. Neben Karl Holl sind vor allem die Forschungsbeiträge von Dieter Riesenberger „Den Krieg überwinden“<sup>44</sup> und „Geschichte

---

<sup>28</sup> Vgl. Degen 2015b.

<sup>29</sup> Vgl. Mauermann 1990.

<sup>30</sup> Vgl. Grossi 2010; Michaud 1981: 206-208.

<sup>31</sup> Vgl. Mattmüller 1968: 257-332.

<sup>32</sup> Vgl. Soiron 1973: 20.

<sup>33</sup> Vgl. Büttiker 1971: 104-110; Ruffieux 1961.

<sup>34</sup> Vgl. Stupan 1943; Rappard 1923: 365f.

<sup>35</sup> Vgl. Zwahlen 1985.

<sup>36</sup> Vgl. Zwahlen 1991.

<sup>37</sup> Vgl. Stawarz 2002.

<sup>38</sup> Für die Geschichte der SFG bis 1914 vgl. die Kapitel 2.1 und 2.2.

<sup>39</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 150f.

<sup>40</sup> Vgl. Chickering 2007.

<sup>41</sup> Vgl. Holl 1988.

<sup>42</sup> Vgl. Holl 2007.

<sup>43</sup> Vgl. Donat, Holl 1983.

<sup>44</sup> Vgl. Riesenberger 2008.

der Friedensbewegung<sup>45</sup> zu erwähnen. Ihm zufolge führten die von den in die Schweiz emigrierten deutschen PazifistInnen geäußerten Angriffe gegen die deutsche Regierung zu Konflikten mit den Schweizer Behörden, die auf strikte Neutralität bedacht waren. Wichtige Quellen zum Pazifismus in Deutschland während des Ersten Weltkrieges lassen sich in „Frieden und Friedensbemühungen in Deutschland 1892-1992“<sup>46</sup> finden. Zu den älteren Forschungsbeiträgen gehört das Buch von Wilfried Eisenbeiss „Die bürgerliche Friedensbewegung in Deutschland während des Ersten Weltkrieges“<sup>47</sup>. Er vertritt die These, dass die Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Friedensbewegung in Deutschland während des Krieges weitgehend erfolgreich waren, auch wenn die Arbeit vor allem auf den Schultern weniger Personen ruhte.

Zur Friedensbewegung in Frankreich während des Ersten Weltkrieges ist das umfangreiche Buch „1914-1919. Ceux qui protestaient“ von Galit Haddad hervorzuheben.<sup>48</sup> In ihrer strikt chronologisch aufgebauten Studie untersucht sie u. a. die Einstellung der französischen Frontsoldaten zum Friedensthema. Dabei zeigt sie auf, dass sich in ihren Briefen Worte des Protests gegen den Krieg und Friedenssehnsüchte jeweils dann mehrten, wenn sie sich militärisch in der Defensive befanden. In einer Zeit des militärischen Vorteils und der Offensive hingegen wichen diese oft wiederum einem kämpferischen Diskurs. Yves Santamaria zeigt in seinem Beitrag „Le pacifisme, une passion française“ auf, dass der von der Regierung verfolgte Kriegskurs von den französischen SozialistInnen mehrheitlich unterstützt wurde.<sup>49</sup> Auf der Zimmerwalder Friedenskonferenz von 1915 waren sie deshalb mit Alphonse Merrheim und Albert Bourderon nur schwach vertreten. Die Beziehungen zwischen Romain Rolland und der Schweiz beleuchten zahlreiche Aufsätze im Sammelband „Romain Rolland et la Suisse“<sup>50</sup>.

Wilhelmus Hubertus van der Linden untersucht in seiner 2006 erschienenen Publikation „The international peace movement during the First World War“, welche Friedensbemühungen vom im Oktober 1914 gegründeten niederländischen *Anti-Oorlog Raad* (Anti-Kriegs-Rat) und der von seinem Präsidenten Benjamin de Jong van Beek en Donk geleiteten „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ ausgingen.<sup>51</sup> Bei seiner Analyse geht er teilweise auch auf die schweizerische Friedensbewegung ein und streift dabei vor allem eine Sektion der SFG: Ihm zufolge habe sich die Genfer Sektion gegen die Vermittlungsaktionen der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ ausgesprochen.<sup>52</sup> Van der Linden gibt jedoch an, dass er keine Ausgabe der von der Genfer Sektion der SFG herausgegebenen welschen Vereinszeitschrift *La Paix* während des Krieges gefunden habe.<sup>53</sup> In der vorliegenden Publikation wurden diese berücksichtigt, sie können in der Schweizer Nationalbibliothek in Bern eingesehen werden.

Für die Friedensbewegung in Grossbritannien gilt weiterhin „Pacifism in Britain 1914-1945: The defining of a faith“ von Martin Ceadel als wichtiges Referenzwerk.<sup>54</sup> Ihm zufolge sei die bisherige *Peace Society* nach Kriegsausbruch weitgehend inaktiv geblieben, währenddem mit der *Union of Democratic Control*, der *No-Conscription Fellowship* und der *Fellowship of Reconciliation* neue pazifistische Organisationen entstanden seien.

Der Überblick zur Friedensbewegung ausserhalb der Schweiz macht deutlich, dass es bezüglich des Entstehens neuer pazifistischer Organisationen nach Kriegsausbruch in Deutschland, den Niederlanden und in Grossbritannien eine Übereinstimmung gibt. Diese Erkenntnis und die

---

<sup>45</sup> Vgl. Riesenberger 1985.

<sup>46</sup> Vgl. Lipp, Lütgemeier-Davin, Nehring 2010.

<sup>47</sup> Vgl. Eisenbeiss 1980.

<sup>48</sup> Vgl. Haddad 2012.

<sup>49</sup> Vgl. Santamaria 2005.

<sup>50</sup> Vgl. Corbellari 2012.

<sup>51</sup> Vgl. Linden 2006.

<sup>52</sup> Vgl. Ebd.: 248-252.

<sup>53</sup> Vgl. Ebd.: 249.

<sup>54</sup> Vgl. Ceadel 1980.

Thematisierung, inwiefern dies auch in der Schweiz der Fall war, werden in die nachfolgende Fragestellung einfließen.

## 1.2. Fragestellung

Die Ausführungen zum Forschungsstand machen deutlich, dass es bisher noch keine Studie zur Friedensbewegung in der Schweiz während des Ersten Weltkrieges gibt, welche die SFG ins Zentrum der Untersuchung stellt. Insofern wird mit dieser Publikation, wenn auch nicht eine *Terra Incognita*, so doch ein weitgehend unerforschtes Gebiet aus einer neuen Perspektive zu erschliessen versucht. Bei der Analyse der SFG während des Krieges liegt der Fokus auf zwei übergeordneten und mehreren untergeordneten Fragestellungen. Die erste geht der Frage nach, wie sich der Friedensdiskurs der SFG während des Ersten Weltkrieges veränderte und wie deren Mitglieder auf die Herausforderungen der Zeit reagierten. Zweitens werden Verdiana Grossis und Marius Michauds erwähnte Thesen über die Existenz eines Grabens zwischen deutschsprachigen und welschen Sektionen in der SFG aufgegriffen und analysiert, wie dieser den Friedensdiskurs beeinflusste.<sup>55</sup> Insofern soll untersucht werden, wie sich die in der Einleitung beschriebenen divergierenden Sympathien zwischen den Sprachregionen in der Friedensfrage konkret manifestierten. Folgende Fragenkomplexe werden somit diese Studie bestimmen:

- Wie veränderte sich der Friedensdiskurs der SFG während des Ersten Weltkrieges?
  - Wie reagierten die Mitglieder der SFG auf das Attentat in Sarajevo und wie verhielten sie sich während der Julikrise? Was war ihre Reaktion auf den Kriegsausbruch?
  - Wie war das Verhältnis zwischen der SFG und anderen pazifistischen Organisationen in der Schweiz? Welche Kontakte bestanden zur Friedensbewegung im Ausland?
  - Wie äusserten sich die Mitglieder der SFG zu Vermittlungsversuchen und Friedensaufrufen von pazifistischen Vereinen, Politikern und Personen des öffentlichen Lebens?
  - Welche Petitionen zur Friedensvermittlung reichten die Mitglieder der SFG beim Bundesrat ein?
- Inwiefern beeinflusste der Graben zwischen den deutschsprachigen und welschen Sektionen den Friedensdiskurs der SFG?
  - Anhand von welchen Differenzen und Friedenskonzeptionen manifestierte sich dieser Graben?

---

<sup>55</sup> Während des Ersten Weltkrieges gab es in der SFG deutsch- und französischsprachige Sektionen, weshalb sich die Analyse auf die Deutschschweiz und die Romandie beschränkt. Der Sektionsbestand der SFG listet Ende 1916 in der italienischsprachigen Schweiz zwar eine Sektion „Tessin, Bellinzona“ mit 100 Mitgliedern und Gründungsjahr 1915 auf (vgl. Der Friede. Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung. Offizielles Vereinsorgan der Schweizerischen Friedensgesellschaft. November 1917: 88. [Im Folgenden: DF]). Diese hat jedoch keine grossen Tätigkeiten entfaltet und nie Mitglieder an die Delegiertenversammlung der SFG entsendet. Auch hat sie im Staatsarchiv des Kantons Tessin in Bellinzona keine Spuren hinterlassen.



### 1.3. Quellenlage

Der Quellenkorpus setzt sich grundsätzlich aus Archivalien, Zeitschriften, Zeitungen, zeitgenössischen Publikationen und Tagebüchern zusammen. Die Quellensuche gestaltete sich äusserst aufwendig, weil die für das Buch relevanten Archive und Bibliotheken in der ganzen Schweiz verteilt sind (vgl. Bibliografie). Der umfangreichste Quellenbestand befindet sich im Archiv der Vereinten Nationen in Genf, wo in den Beständen des IFB die Korrespondenzen und Protokolle der internationalen Friedensbewegung sowie diverse Nachlässe lagern. Die von der SFG eingereichten Petitionen zur Friedensvermittlung an den Bundesrat befinden sich mehrheitlich im Schweizerischen Bundesarchiv. Weitere Quellen zu den einzelnen Sektionen der SFG und zur Friedensbewegung allgemein wurden im Schweizerischen Sozialarchiv in Zürich, in den Staatsarchiven Bern, Genf, Luzern, Neuenburg und Zürich; in den Stadtarchiven Luzern und Schaffhausen sowie der Schweizerischen Nationalbibliothek, der Stadtbibliothek La Chaux-de-Fonds und der Zentralbibliothek Zürich ausfindig gemacht. Der Nachlass von Otfried Nippold, der als führender Völkerrechtler die Ausarbeitung einer dauerhaften Friedensordnung während des Weltkrieges massgebend mitgeprägt hat, lagert in der Berner Burgerbibliothek. Allein die hier erwähnten archivalischen Quellen belaufen sich auf ungefähr 2'900 Blatt Papier.

Eine der wichtigsten Quellen besteht in der monatlich erschienenen Vereinszeitschrift der SFG „Der Friede“<sup>56</sup>. Das Vereinsorgan der welschen Sektionen der SFG *La Paix*<sup>57</sup> erschien aufgrund von deren eingeschränkten Aktivitäten nur dreimal. Ergänzend dazu wurde das französischsprachige Organ *Les États-Unis d'Europe*<sup>58</sup> der *Ligue internationale de la Paix et de la Liberté*, von der die SFG offiziell eine Sektion war, konsultiert. In *Le mouvement pacifiste*<sup>59</sup> sind die wichtigsten monatlichen Korrespondenzen und Tätigkeiten des IFB sowie der internationalen Friedensbewegung gesammelt. Für die Friedensbewegung ausserhalb der Schweiz ist insbesondere das Organ der französischen Vereinigung *La Paix par le Droit*<sup>60</sup> zu nennen. Zu den wichtigsten im Exil erschienenen pazifistischen Zeitschriften gehören die von Alfred H. Fried ab 1915 in der Schweiz herausgegebene „Friedens-Warte“<sup>61</sup> und die deutsche Oppositionszeitung „Die Freie Zeitung“<sup>62</sup>.

Neben den pazifistischen Zeitschriften bilden Zeitungen eine wichtige Quellenbasis. Vor allem Zeitungen mit internationaler Ausstrahlung wie die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) und das *Journal de Genève* avancierten zu regelrechten Plattformen für PazifistInnen, in denen Kriegsursachen und Friedensmöglichkeiten kontrovers diskutiert wurden.<sup>63</sup> Die umfangreichste digitale Quellensammlung zur schweizerischen Aussenpolitik ist die Online-Datenbank Dodis ([www.dodis.ch](http://www.dodis.ch)) der Forschungsstelle „Diplomatische Dokumente der Schweiz“ (DDS). Die Studie stützt sich ausserdem auf von PazifistInnen verfasste Bücher und Pamphlete, sowie auf die Tagebücher von zwei zentralen Exponenten der Friedensbewegung, Alfred H. Fried<sup>64</sup> und Romain Rolland.<sup>65</sup>

---

<sup>56</sup> Vgl. DF.

<sup>57</sup> Vgl. *La Paix (par le Droit et l'Arbitrage)*. Organe des sections romandes de la Société suisse de la Paix. [Im Folgenden: LP]

<sup>58</sup> Vgl. *Les États-Unis d'Europe*. Journal de la Ligue internationale de la Paix et de la Liberté. [Im Folgenden: LEUE]

<sup>59</sup> Vgl. MP.

<sup>60</sup> Vgl. *La Paix par le Droit*. Revue de la Paix. [Im Folgenden: LPpID]

<sup>61</sup> Vgl. *Die Friedens-Warte*. Zeitschrift für zwischenstaatliche Organisation. [Im Folgenden: FW]

<sup>62</sup> Vgl. *Die Freie Zeitung*. Unabhängiges Organ für Demokratische Politik. [Im Folgenden: FZ]

<sup>63</sup> Für die NZZ vgl. Lang 1968.

<sup>64</sup> Vgl. Fried 1918-1920; für die gekürzte Fassung vgl. Fried 2005.

<sup>65</sup> Vgl. Rolland 1952.

## 1.4. Begriffsdefinitionen

Für das Verständnis der in dieser Publikation verwendeten Begriffe sind an dieser Stelle einige terminologische Präzisierungen angebracht. Im Folgenden wird jeweils eine Definition geliefert, in welchem Sinne sie hier verwendet werden. Eine Klärung der Begrifflichkeiten ist vor allem deshalb wichtig, weil die bisherige Debatte um den Pazifismus nicht nur zur Entwicklung unterschiedlichster Positionen und Unterpositionen, sondern auch zu einer Vielzahl an terminologischen Differenzierungen geführt hat, die nicht selten uneinheitliche Verwendung finden.<sup>66</sup>

Als „Friedensbewegung“ wird die Gesamtheit der organisierten Friedensbestrebungen bezeichnet, die historisch mit der bürgerlich-liberalen Emanzipationsbewegung seit dem ausgehenden 18. und dem anbrechenden 19. Jahrhundert im Zusammenhang stehen. Dazu gehören etwa die von religiösen Minderheiten christlichen Glaubens (vor allem von Quäkern) ausgearbeiteten Friedensentwürfe und insbesondere die Bildung nationaler Friedensvereinigungen sowie die Veranstaltung von internationalen Friedenskongressen (1843 in London, 1848 in Brüssel, 1849 in Paris, 1850 in Frankfurt am Main) seit dem Ende der Napoleonischen Kriege.<sup>67</sup>

Der Begriff „Pazifismus“ (*pacifisme*) ist eine Neubildung des beginnenden 20. Jahrhunderts, die über das Französische in die deutsche und in andere Sprachen gelangte.<sup>68</sup> Er wurde 1901 von Émile Arnaud, dem damaligen Präsidenten der *Ligue internationale de la paix et de la liberté*, als Synonym für die bisher gebräuchliche Bezeichnung „Friedensbewegung“ (*mouvement de la paix*) kreiert. In der Folge entwickelte sich neben Arnauds Intention – besonders im angloamerikanischen Sprachraum – ein Verständnis von Pazifismus als „das Prinzip absoluter Gewaltlosigkeit mit der Verurteilung jedweden Krieges, auch des Verteidigungskrieges.“<sup>69</sup> Ein solches Verständnis des Begriffs ist aber insofern absurd, als dass die den nationalen Verteidigungskrieg in der Regel bejahenden ExponentInnen der Friedensbewegung vor und teilweise während des Ersten Weltkrieges, die den Ausdruck „Pazifismus“ geprägt und verbreitet haben, ihn für sich selbst nicht reklamiert haben dürften.<sup>70</sup> Um diese Unzulänglichkeiten zu vermeiden, nehme ich – angelehnt an Urs Zwahlen – folgende Begriffsdefinition vor: „Pazifismus“ ist für mich die Bezeichnung für sämtliches aus prinzipiellem Engagement für den Frieden erwachsende theoretische Bemühen und praktische Handeln.<sup>71</sup> „Organisierter Pazifismus“ wird nach dieser Definition wie bei den Studien von Karl Holl und Urs Zwahlen als Synonym für „Friedensbewegung“ verwendet. Pazifismus im Sinne von Dienstverweigerung und absolutem Gewaltverzicht wird als „radikaler“, „integraler“ oder „absoluter“ Pazifismus bezeichnet; während „gemässigt“ diejenige Form von Pazifismus meint, welche die Legitimität des Defensivkrieges nicht bestreitet.<sup>72</sup>

Im Kontext des Ersten Weltkrieges wirft die Verwendung der wegen ihrer Vielschichtigkeit ohnehin schwierig zu definierenden Begriffe „organisierter Pazifismus“ bzw. „Friedensbewegung“ weitere Fragen auf. Wie die Ausführungen im Hauptteil der Studie zeigen, schlugen die PazifistInnen nach Kriegsausbruch sehr unterschiedliche Richtungen ein. Als Folge dieses Ereignisses kam es in der Friedensbewegung zu kontrovers geführten Debatten und der Begriff „Pazifismus“ gewann unter diesen Umständen an Komplexität. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bestand das Anliegen der PazifistInnen mehrheitlich nicht in der kategorischen Ablehnung von Gewalt, sondern in der Forderung nach der Etablierung von Institutionen und Mechanismen der internationalen Beziehungen, die zu einer dauerhaften Überwindung des Krieges führen würden.<sup>73</sup> Auf dem Weg bis zur Erreichung dieses Ziels könne und müsse die Anwendung von kriegesischer Gewalt nicht

---

<sup>66</sup> Vgl. Strub, Bleisch 2006: 15.

<sup>67</sup> Vgl. Holl 2004: 768-770.

<sup>68</sup> Vgl. Ebd.: 767.

<sup>69</sup> Vgl. Ebd.: 771.

<sup>70</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 7.

<sup>71</sup> Vgl. Ebd.: 7f.

<sup>72</sup> Vgl. Ebd.: 8.

<sup>73</sup> Vgl. Strub, Bleisch 2006: 21; Kater 2006; Alexandra 2006.

ausgeschlossen werden.<sup>74</sup> Diese Haltung wird als *konditionaler* Pazifismus bezeichnet.<sup>75</sup> Als Gegenposition dazu postuliert ein *kategorischer* Pazifismus, dass die Anwendung kriegesischer Gewalt zur Konfliktlösung unter keinen Umständen legitim sei.<sup>76</sup> Die oben gegebene Definition folgt also einer Begrifflichkeit, die Formen des *konditionalen* Pazifismus miteinschliesst. Sie folgt in diesem Sinn einem Aufbau, welcher die Entstehung der Friedensbewegung im 19. Jahrhundert als Ausgangspunkt der Analyse nimmt, welche – wie in der Schweiz die SFG – den Verteidigungskrieg grundsätzlich als legitim erachtete. Folglich besteht mit Blick auf diesen Hintergrund eine zentrale Fragestellung darin, wie die pazifistischen Gruppierungen auf den Kriegsausbruch reagierten und welche Konsequenzen sie daraus zogen. Auf diese oder ähnliche Weise werden die Begriffe auch in diversen anderen Forschungsbeiträgen verwendet.<sup>77</sup>

## 1.5. Methodische Aspekte und Aufbau

Angesichts der Tatsache, dass es bisher nur wenige Forschungsergebnisse zur SFG während des Ersten Weltkrieges gibt, stellt diese Studie die Quellenanalyse ins Zentrum. Ergänzend zu den Primärquellen stützt sie sich auf wissenschaftliche Sekundärliteratur. In einer Literaturanalyse werden die bisher erschienenen Forschungsergebnisse untersucht, kritisch betrachtet und mit Blick auf die Fragestellung hin ausgewertet. Der Wandel des Friedensdiskurses wird ausgehend von der Entstehung der Friedensbewegung im Kontext der bürgerlich-liberalen Emanzipationsbewegung im 19. Jahrhundert für die Zeitspanne zwischen der Julikrise 1914 und dem Waffenstillstand von Compiègne im November 1918 untersucht. Die Studie verzichtet auf eine detaillierte Analyse bis zur Friedenskonferenz von Versailles und der Gründung des Völkerbundes 1919/1920, weil dies den Rahmen einer Masterarbeit, auf der diese Publikation fusst, sprengen würde. Für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg fasst ein Ausblick die weiteren Entwicklungen am Schluss zusammen.

Die Analyseebenen werden in diesem Buch bewusst variiert. Neben Ausführungen auf Makroebene zu den internationalen Beziehungen und den allgemeinen Friedensdiskussionen in der Schweiz setzt sie sich auf Mesoebene mit einzelnen Versammlungen der SFG auseinander. Weiter gewährt die Publikation auf einer Mikroebene Einblicke in die Frage, wie sich einzelne Personen mit Friedensfragen auseinandergesetzt haben. Weil die Schweiz während des Krieges auf verschiedene Weise in grenzüberschreitende und internationale Dynamiken verstrickt war<sup>78</sup>, soll nicht nur die SFG und ihre Verflechtungen mit anderen pazifistischen Organisationen auf nationaler Ebene, sondern auch ihre Einbettung in die Diskurse der internationalen Friedensbewegung untersucht werden.<sup>79</sup>

Es sei an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen, dass die SFG erst offiziell seit der Delegiertenversammlung im Basel im Mai 1915 als „Schweizerische Friedensgesellschaft“ (SFG) bezeichnet wurde, vorher hiess sie „Schweizerischer Friedensverein“ (SFV). Die Umbenennung erfolgte mit der Begründung, dass sie sich für eine grosse Vereinigung, die aus vielen Sektionen besteht, besser eigne.<sup>80</sup> Allerdings war auch bereits vor dem Mai 1915 teilweise von der „SFG“ die Rede.<sup>81</sup> Der Einfachheit halber und um trotzdem eine Differenzierung vorzunehmen, wird im einleitenden Kapitel zur Friedensbewegung vor 1914 (Kapitel 2) „SFV“ und für den restlichen Teil der Studie „SFG“ als Bezeichnung verwendet.

---

<sup>74</sup> Für diese Position vgl. z. B. Ceadel 1989; Norman 1995.

<sup>75</sup> Vgl. Strub, Bleisch: 19-23.

<sup>76</sup> Vgl. Ebd.: 15-17.

<sup>77</sup> Vgl. z. B. Holl 1988; Linden 2006; Mattmüller 1968; Mauermann 1990; Riesenberger 1985; Soiron 1973; Wilmers 2008.

<sup>78</sup> Vgl. Tanner 2014: 8-17. Zum Ersten Weltkrieg in globaler Perspektive vgl. Segesser 2013a.

<sup>79</sup> Für die transnationale Geschichte vgl. Perna 2011.

<sup>80</sup> Vgl. DF Juni 1915: 43.

<sup>81</sup> Vgl. z. B. MP août/décembre 1914: 370.

Der Aufbau der Publikation orientiert sich an der Chronologie. Eine solche Herangehensweise bietet sich an, da sie den Fokus auf Veränderungen im Friedensdiskurs legt. Weil dieser sich je nach Ereignis verändern konnte, lässt sich der Wandel auf einer zeitlichen Achse am besten veranschaulichen. Eine Ausnahme dazu bildet das Kapitel 6 über die pazifistischen EmigrantInnen im Schweizer Exil, denen aufgrund ihrer grossen Bedeutung für die Friedensbewegung während des Ersten Weltkrieges ein Exkurs gewidmet wird. Dieser erfolgt als Einschub zwischen die Kapitel zu den Jahren 1916 und 1917, während einer Zeit also, als sie in der Schweiz besonders rege Aktivitäten zu entfalten begannen.

Das Einführungskapitel beleuchtet die Entstehung des SFV und die von seinen Mitgliedern vertretene pazifistische Ideologie vor 1914 im Kontext der bürgerlich-liberalen Emanzipationsbewegung. Danach fokussiert die Studie auf die Tätigkeiten der SFG während des Krieges: Ausgehend von der Julikrise stehen im folgenden Kapitel die verschiedenen Probleme im Mittelpunkt, mit denen die Friedensbewegung und insbesondere die SFG aufgrund des darauf erfolgten Kriegsausbruchs konfrontiert wurden. Weiter wird das Verhältnis zwischen ihr und den neu entstandenen pazifistischen Organisationen thematisiert, die neben dem Programm des Vorkriegspazifismus neue Perspektiven aufzeigen wollten. Das Kapitel zum Jahr 1915 untersucht, weshalb unter Pazifisten auf internationaler Ebene im IFB keine Einigung zustande kam und welche Parallelen aufgrund dieser Tatsache zur SI bestanden, die infolge des Kriegsausbruchs ebenfalls auseinanderbrach. Im Kontext der zunehmenden Kriegsmüdigkeit im Jahre 1916 stehen die verschiedenen Friedenskundgebungen im Mittelpunkt der Analyse. Danach wird auf die Verlagerung des Friedensdiskurses auf innenpolitische Themen im Jahr 1917 eingegangen, die infolge des Kriegseintritts von den USA und vor allem der Russischen Februarrevolution in den Vordergrund rückten. Der darauf folgende Exkurs widmet sich, wie bereits erwähnt, der Emigration von PazifistInnen in die Schweiz und der damit zusammenhängenden Frage, weshalb diese Milieus ins Fadenkreuz der ausländischen Propagandastellen gerieten. Das Kapitel zum letzten Kriegsjahr thematisiert den Beitrag der SFG zur Erarbeitung einer Nachkriegsordnung und die letzten Sondierungen nach Friedensmöglichkeiten bis zum Eintreten des Waffenstillstands von Compiègne im November 1918. Ein Ausblick zeigt abschliessend auf, welche Rolle die SFG beim Entstehen des Völkerbundes 1919/1920 spielte.

## 2. Die Friedensbewegung vor 1914

Die Auseinandersetzung mit Fragen über Krieg und Frieden hat eine bis in die Antike zurückreichende Tradition.<sup>82</sup> Seit dem 16. Jahrhundert gab es bereits eine umfangreiche Friedensliteratur, die an die Friedensliebe von Fürsten appellierte und die mit ihren Vorschlägen zur Organisation des Friedens auch einzelne LeserInnen erreichte.<sup>83</sup> An die Stelle literarischer Reflexion trat im 19. Jahrhundert die moderne, in organisierter Form (Friedensvereinen, Friedenskongressen, etc.) auftretende Friedensbewegung. Der organisierte Pazifismus kann demzufolge als ein Moment jenes umfassenden Emanzipationsprozesses aufgefasst werden, durch den sich die ständisch-korporative Gesellschaft des *Ancien Régime* zur bürgerlichen Gesellschaft wandelte und welcher Ausdruck des Reformwillens des frühen Bürgertums war. Gegenstand des Diskurses in den Friedensvereinen war die Frage des gerechtfertigten Gebrauchs physischer Gewalt durch den Staat im Inneren (z. B. Todesstrafe, Sklaverei) und auf der Ebene der internationalen Beziehungen zwischen Staaten.<sup>84</sup>

Von einer mehr oder minder organisierten Friedensbewegung kann erst seit dem frühen 19. Jahrhundert gesprochen werden, als die ersten Friedensgesellschaften entstanden.<sup>85</sup> Ihr pazifistisches Engagement stützte sich neben religiösen und philanthropischen Überlegungen oftmals auf den Glauben an die friedensstiftende Wirkung des freien Handels. So kam zu Beginn des 19. Jahrhunderts David Low Dodge, ein Presbyterianer und erfolgreicher Kaufmann aus New York, während den Napoleonischen Kriegen zur Einsicht, dass Christentum und Gewaltanwendung nicht vereinbar seien.<sup>86</sup> Die von ihm 1815 gegründete *New York Peace Society* vertrat deshalb einen integralen Pazifismus. Neben der christlichen Grundhaltung schien die weltweit erste Friedensgesellschaft vor allem ökonomische Argumente in den Vordergrund zu rücken. Krieg sei abzulehnen, weil dadurch Eigentum und materielle Ressourcen vernichtet würden. Fast zeitgleich entstand 1816 in London die ebenfalls integralpazifistisch orientierte *Peace Society*, die durch den Quäker William Allen gegründet wurde.<sup>87</sup> 1821 fasste mit der *Société de la Morale Chrétienne* die Friedensbewegung unter dem Präsidium des Herzogs de la Rochefoucauld-Liancourt in Frankreich Fuss. Zu ihren Zielen gehörte der Einsatz für den Frieden in den internationalen Beziehungen sowie die Abschaffung der Sklaverei und der Todesstrafe.<sup>88</sup>

Von dieser Strömung war auch der aus einer wohlhabenden Hugenottenfamilie stammende Notable Jean-Jacques de Sellon inspiriert, der 1830 die *Société de la Paix* in Genf gründete.<sup>89</sup> Er richtete seinen Kampf stets nur gegen den Angriffskrieg, weil er den Verteidigungskrieg als eine natürliche und deshalb legitime Abwehrreaktion betrachtete.<sup>90</sup> Als wichtige Massnahmen für die Verhinderung von Angriffskriegen sprach er sich für die Schaffung eines permanenten Schiedsgerichtshofs, für eine auf Gegenseitigkeit beruhende Abrüstung und für die Ersetzung der stehenden Heere durch Milizarmeen aus.<sup>91</sup> Der Vorteil bei letzteren läge darin, dass dort jeder Soldat Bürger bleiben würde und deshalb ein vorrangiges Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens habe.<sup>92</sup> Obwohl de Sellons Tod am 7. Juni 1839 das Ende der Genfer *Société de la Paix* und mit ihr das Ende des organisierten Pazifismus in der Schweiz für beinahe drei Jahrzehnte besiegelte, berief sich die

---

<sup>82</sup> Zur Ideengeschichte des Pazifismus vgl. Beyer 2012; Brock 1999.

<sup>83</sup> Vgl. Riesenberger 1985: 9-23.

<sup>84</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 12f.

<sup>85</sup> Vgl. Brassel, Tanner 1986: 19.

<sup>86</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 15.

<sup>87</sup> Vgl. Ebd: 24f.

<sup>88</sup> Vgl. Grossi 1994: 24f.

<sup>89</sup> Vgl. AEG, Archives privées, 18.3.1, *Société de la paix*.

<sup>90</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 51f.

<sup>91</sup> Vgl. Donat, Holl 1983: 354.

<sup>92</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 54.

Genfer Sektion der SFG bzw. die Genfer Friedensgesellschaft immer wieder auf ihre weit zurückreichende pazifistische Tradition.<sup>93</sup>

## 2.1. Die Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg

Als Mitte des 19. Jahrhunderts die Verflechtungen zwischen den Staaten durch die Verbesserung der Transport- und Kommunikationsmittel zunahmen, schien diese Entwicklung eine neue Ära des Friedens und der Kooperation in Europa einzuläuten. In diesem Kontext fanden zwischen 1840 und 1860 fünf internationale Friedenskongresse statt; 1843 in London, 1848 in Brüssel, 1849 in Paris, 1850 in Frankfurt und 1851 wiederum in der englischen Hauptstadt.<sup>94</sup> Der früher vor allem religiös begründete Pazifismus verband sich auf den Weltfriedenskongressen noch stärker mit der vom angloamerikanischen Raum ausgehenden Freihandelsbewegung. Der französische Pazifismus berief sich vor allem auf das Humanitätsideal und den Gedanken der Solidarität der Völker.<sup>95</sup>

1867 wurde während des in Genf tagenden internationalen Friedenskongresses für die Gewährleistung einer stabilen Organisation der Friedensbewegung die Schaffung eines permanenten Zentralkomitees beschlossen. Es erhielt den Namen *Ligue internationale de la paix et de la liberté* und gab mit *Les États-Unis d'Europe* eine eigene Zeitschrift heraus.<sup>96</sup> Das Kernziel der Liga bestand darin – wie der Titel ihrer Zeitschrift illustriert –, den Frieden durch den Zusammenschluss aller europäischer Staaten in einer gesamteuropäischen Föderation zu sichern. Auf dem Genfer Friedenskongress von 1867 waren Vertreter verschiedenster ideologischer Strömungen anwesend. Zu den Teilnehmenden gehörten etwa der britische Philosoph und Ökonom John Stuart Mill, der russische Anarchist Michail Bakunin, der italienische Revolutionär Giuseppe Garibaldi und der französische Schriftsteller Victor Hugo, der bereits auf dem Weltfriedenskongress in Paris von 1849 in einer begeisternden Rede für die Einigung Europas eingetreten war.<sup>97</sup> Es handelte sich um den einzigen grossangelegten Versuch, verschiedene bürgerliche Republikaner mit Sozialisten aller Schattierungen auf der Basis eines gemeinsamen Programmes zusammenzuführen, das Weltfrieden und Völker-solidarität durch die Selbstbestimmung der Völker, Beseitigung der Monarchien, Errichtung demokratischer Republiken, Trennung von Staat und Kirche, Abschaffung stehender Heere und Organisierung der Vereinigten Staaten von Europa anstrebte.<sup>98</sup> Obwohl regelmässig SchweizerInnen (z. B. Élie Ducommun, Albert Gobat und Marie Goegg) dem Zentralkomitee der Liga angehörten und sie ihren Sitz in Genf hatte, konnte sich in der Schweiz während Jahren keine dauerhaft bestehende Sektion bilden.<sup>99</sup> Marie Goegg rief mit der 1869 initiierten *Association Internationale des Femmes* die Frauenbewegung in der Schweiz ins Leben, was den Zusammenhang zwischen der Friedensbewegung und anderen Reform- und Emanzipationsbewegungen noch einmal unterstreicht.<sup>100</sup>

Ab den 1880er Jahren bildeten sich in allen industrialisierten Ländern Europas nationale Friedensgesellschaften, wobei viele führende Mitglieder dem liberalen Bürgertum angehörten.<sup>101</sup> Diese spielten im wirtschaftlichen Leben der jeweiligen Länder eine wichtige Rolle und betrachteten oftmals den freien Handel als zentrales friedensstiftendes Element auf internationaler Ebene. Ihr Pazifismus entsprang häufig einem Aspekt des politischen Liberalismus, der im Staat den Beschützer der individuellen Interessen und den Ordnungsgarant in einem System sah, das ständig durch eine

---

<sup>93</sup> Vgl. vor allem die Kapitel 7.2 und 8.1.

<sup>94</sup> Vgl. Grossi 1994: 25.

<sup>95</sup> Vgl. Riesenberger 2008: 10.

<sup>96</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 68.

<sup>97</sup> Vgl. Riesenberger 2008: 10.

<sup>98</sup> Vgl. Holl 1988: 34.

<sup>99</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 77.

<sup>100</sup> Vgl. Brassel, Tanner 1986: 31.

<sup>101</sup> Vgl. Grossi 1994: 28.

internationale Anarchie bedroht würde.<sup>102</sup> Grundlegend war ebenfalls die sich aus einem positivistischen Weltbild ableitende Überzeugung, dass sich die menschliche Gesellschaft in Richtung eines fortschrittlichen Stadiums entwickle, in dem es einmal keine Kriege mehr geben würde.<sup>103</sup>

In Frankreich bildete sich 1887 die Friedensgesellschaft *Association des jeunes Amis de la paix par le droit*. In den 1890er Jahren wurde sie die dominierende französische pazifistische Organisation und benannte sich 1895 in *Association de la paix par le droit* um. Im gleichen Jahr gründeten Carlo Romussi und Ernesto T. Moneta in Italien die *Lega lombarda per la pace e l'arbitrato*. Eine ebenfalls ausgeprägt juristische Argumentationsweise verfolgte in Belgien die *Société Belge de l'Arbitrage et de la Paix* (1889), in den Niederlanden der *Allgemeene Nederlandsche Bond Vrede door Recht* (1871), in Grossbritannien die *International Arbitration League* (1882) und in den USA die *National Arbitration League* (1882).<sup>104</sup>

In Grossbritannien wies Norman Angells in seinem Buch *The Great Illusion* auf die wechselseitige Abhängigkeit ökonomischer Interessen der Länder hin und leitete daraus die These ab, es sei unmöglich, aus zukünftigen Kriegen wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen.<sup>105</sup> Im deutschsprachigen Raum sorgte 1889 die österreichische Gräfin Bertha von Suttner mit ihrem pazifistischen Roman „Die Waffen nieder!“ für grosses Aufsehen. Sie versuchte damit breite Kreise in der militarisierten Gesellschaft des Kaiserreichs für die Friedensthematik zu sensibilisieren und gründete 1891 zusammen mit Alfred H. Fried die „Österreichische Gesellschaft der Friedensfreunde“. Fried war der Herausgeber der „Friedens-Warte“, der wichtigsten pazifistischen Zeitschrift und Diskussionsplattform für Friedensthemen im deutschsprachigen Raum. Mit der Unterstützung von Suttners rief er zudem 1892 in Berlin die „Deutsche Friedensgesellschaft“ (DFG) ins Leben.<sup>106</sup> Fried ging in seiner Konzeption des „organisatorischen Pazifismus“ von einer zunehmenden Verflechtung und Intensivierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Staaten aus<sup>107</sup>, wie sie auch im Logo der „Friedens-Warte“ durch die ineinandergreifenden Zahnräder zum Ausdruck kamen (vgl. Abb. 1). Er versuchte damit den Pazifismus, welchen Bertha von Suttner vor allem ethisch begründet hatte, auf eine stärkere wissenschaftliche Basis zu stellen.



Abb. 1: Das Logo der „Friedens-Warte“

Weitere Friedensvereine entstanden 1880 in Dänemark, 1883 in Schweden und Norwegen sowie 1895 in Ungarn. Die Neugründungen waren Anzeichen dafür, dass in Europa in einer Zeit der machtpolitischen Rivalität und des Imperialismus die Probleme der zwischenstaatlichen Beziehungen und ihrer Regulierung grössere Aufmerksamkeit fanden.<sup>108</sup> Insbesondere im militaristischen Deutschen Kaiserreich bestanden jedoch starke Vorbehalte gegenüber der Friedensbewegung, weil

<sup>102</sup> Vgl. Ebd.

<sup>103</sup> Vgl. Ebd.

<sup>104</sup> Vgl. Holl 1988: 42.

<sup>105</sup> Vgl. Angells 1911.

<sup>106</sup> Vgl. Holl 1988: 44.

<sup>107</sup> Vgl. Fried 1911-1913.

<sup>108</sup> Vgl. Riesenberger 2008: 11f

ihr der Verdacht politischer Naivität, des Unmännlichen, der moralischen Minderwertigkeit, der Schwäche und unpatriotischen Gesinnung anhaftete. Die grossen nationalistischen Agitationsverbände wie der „Aldeutsche Verband“ und der „Deutsche Wehrverein“ zählten, verglichen mit der DFG, ein Vielfaches an Mitgliedern.<sup>109</sup> Obwohl es auch in Frankreich grundsätzliche Widerstände gegenüber pazifistischen Positionen gab, hatte die Friedensbewegung dort (ähnlich wie in England, in den USA, Belgien, den Niederlanden und in Skandinavien) einen vergleichsweise leichteren Stand und wurde vor allem von intellektuellen Kreisen stark unterstützt.<sup>110</sup> Der Pazifismus wurde in Frankreich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem festen Bestandteil im Programm des politischen Liberalismus und des Republikanismus.<sup>111</sup>

In der Schweiz kann von einer organisatorischen Verdichtung der Friedensbewegung erst seit den 1890er Jahren gesprochen werden.<sup>112</sup> Bereits im Winter 1887/88 bildete sich in Neuenburg eine Sektion der *Ligue internationale de la paix et de la liberté* und 1890 wurde in St. Gallen eine schweizerische Sektion des internationalen Erziehungsvereins gegründet. Letzterer änderte 1892 seinen Namen in „Schweizerischer Friedensverein“ und strebte nach Förderung internationaler Einheit in pädagogischen Grundsätzen an, wobei die Erreichung internationalen Friedens auf dem Wege der Erziehung besonders im Auge behalten werden sollte.<sup>113</sup> Die beiden Gruppierungen arbeiteten eng zusammen und es entstanden in den folgenden Jahren zahlreiche weitere Sektionen. Der endgültige Entscheid zur Neuorganisation der schweizerischen Friedensbewegung fiel am 29. September 1895 in Olten mit der Gründung des „Schweizerischen Friedensvereins“ (SFV).<sup>114</sup> Formell war er weiterhin eine Sektion der „Internationalen Liga für Frieden und Freiheit“, agierte in der Praxis aber meist relativ unabhängig von ihr.<sup>115</sup>

Anfang der 1890er Jahre trat die Friedensbewegung in ihre institutionelle Phase ein: 1891 wurde das IFB und 1892 das Büro der Interparlamentarischen Union (IPU) gegründet, die beide ihren Sitz in Bern hatten.<sup>116</sup> Das IFB war die Zentralstelle der weltweiten Friedensgesellschaften und zuständig für die Organisation der internationalen Friedenskonferenzen. Das Spektrum der Motivation für die Friedensarbeit der dem IFB angegliederten Gesellschaften war sehr breit; es gelang der Zentralstelle bis zum Ersten Weltkrieg, die Vielzahl der pazifistischen Anliegen zu bündeln. Sie entsprangen neben religiösen vor allem vernünftig-aufklärerischen Motiven; gemeinsam war ihnen der Einsatz für eine internationale Rechtsordnung.<sup>117</sup> Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wurden führenden Vertretern der Friedensbewegung in der Schweiz – 1901 Henri Dunant, 1902 Élie Ducommun und Albert Gobat – sowie 1910 dem IFB in Bern der Friedensnobelpreis verliehen.<sup>118</sup>

Die liberale Schweiz gehört damit zu denjenigen Ländern, die am meisten dazu beigetragen haben, ab dem 19. Jahrhundert das Friedensthema aus dem Bereich der Utopie zu lösen und in Richtung seiner Institutionalisierung und Organisation fortzuschreiten.<sup>119</sup> Das sich aus verschiedenen Konfessionen zusammensetzende, föderalistisch und demokratisch regierte Land führte seit seiner Gründung 1848 keine Kriege gegen andere Staaten. Deshalb wurde es in der Friedensbewegung oft als Ort des Friedens und als pazifistisches Musterbeispiel inmitten eines mehrheitlich aus autoritär regierten Staaten bestehenden Europas angesehen.<sup>120</sup> Das ebenfalls in Bern angesiedelte Büro der IPU veranstaltete Treffen zwischen Parlamentariern verschiedenster Länder. Das Verhältnis zwischen

---

<sup>109</sup> Vgl. Holl 1988: 83.

<sup>110</sup> Vgl. Holl 2004: 774f.

<sup>111</sup> Vgl. Holl 1988: 33.

<sup>112</sup> Vgl. Brassel, Tanner 1986: 33.

<sup>113</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 105.

<sup>114</sup> Vgl. Ebd.: 127.

<sup>115</sup> Vgl. Ebd.: 128f.

<sup>116</sup> Vgl. Grossi 1994: 28f.

<sup>117</sup> Vgl. Mattmüller 1968: 265.

<sup>118</sup> Vgl. Brassel, Tanner 1986: 31.

<sup>119</sup> Vgl. Grossi 2002: 11.

<sup>120</sup> Vgl. Ebd.: 29f.



ihm und dem IFB war nicht immer einfach und teilweise ambivalent. So war die von der Zentrale der internationalen Friedensgesellschaften gewünschte Zusammenarbeit mit der IPU schwierig zu realisieren, u. a. weil gewisse Parlamentarier der Meinung waren, dass ihre Aktivitäten nicht mit denen der Friedensbewegung vermischt werden sollten.<sup>121</sup> Ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Institutionalisierung des Friedensthemas war im Jahr 1899 die Durchführung der Ersten Haager Friedenskonferenz, auf der die Mittel zur Etablierung und Erhaltung des Weltfriedens diskutiert wurden.<sup>122</sup> Eine Folge davon war die Bildung eines internationalen Schiedsgerichtshofs in Den Haag, über den internationale Konflikte zukünftig friedlich beigelegt werden sollten.<sup>123</sup>

## 2.2. Der Schweizerische Friedensverein

In der Schweiz war der SFV mit ungefähr 5'700 Mitgliedern im Jahr 1914 die grösste pazifistische Gruppierung.<sup>124</sup> Sie rekrutierte sich aus Angehörigen aller sozialen Schichten. Besonders stark repräsentiert waren aber Handwerker und Gewerbetreibende, Angestellte, Kaufleute, Lehrer und Pfarrer.<sup>125</sup> Ruedi Brassel und Jakob Tanner zufolge treffe insofern Roger Chickering's Charakterisierung der Friedensbewegung als „*middle class reform movement*“<sup>126</sup> für die Vorkriegszeit auch auf die Schweiz zu.<sup>127</sup> In der Periode zwischen der Gründung des SFV um 1895 bis zum Ersten Weltkrieg waren in 16 Kantonen Vereinssektionen entstanden<sup>128</sup>, wobei die mitgliederreichsten in den Kantonen Neuenburg, St. Gallen, Genf, Appenzell-Ausserrhoden, Graubünden, Basel-Stadt, Waadt und Luzern existierten.<sup>129</sup> Ab der Vereinsgründung wechselten sich die französische und deutsche Schweiz bezüglich Mitgliederanzahl in der Führung ab und hielten sich in etwa die Waage.<sup>130</sup> Angesichts der Tatsache, dass die französische Schweiz nur etwas mehr als 1/5 gegenüber der deutschsprachigen Schweiz mit mehr als 3/5 der Gesamtbevölkerung ausmachten, war die Friedensbewegung in der Schweiz stärker in der Romandie verbreitet. Hier zeigte sich der Einfluss aus Frankreich, wo der Pazifismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem festen Bestandteil im Programm des politischen Liberalismus und des Republikanismus wurde.<sup>131</sup> Von den konfessionellen Verhältnissen her überwog das protestantische Element gegenüber dem katholischen; es gehörten ihm auch einige Mitglieder jüdischen Glaubens – z. B. der Rabbiner Jules Wolff in La Chaux-de-Fonds<sup>132</sup> – an.<sup>133</sup> Die Friedensbewegung prosperierte also insbesondere in denjenigen Kantonen, die sich durch ein fortgeschrittenes Stadium der Industrialisierung und/oder ein Vorherrschen liberaler Mentalität auszeichneten.<sup>134</sup>

Zur Organisation des SFV ist anzumerken, dass seine Statuten zwischen 1895 bis 1908 die Institution eines leitenden Vorortes vorsahen, der stets von Sektion zu Sektion wechselte. Die Führungsstruktur wurde ab 1908 überarbeitet und 1909 erstmals ein Zentralkomitee gewählt, dem

---

<sup>121</sup> Vgl. Grossi 1994: 29.

<sup>122</sup> Vgl. Ebd.

<sup>123</sup> Vgl. Ebd.

<sup>124</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 139; Furrer 2010: 84.

<sup>125</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 149-152.

<sup>126</sup> Vgl. Chickering 1975: 332.

<sup>127</sup> Vgl. Brassel, Tanner 1986: 34.

<sup>128</sup> Es handelt sich um die Kantone Aargau, Appenzell-Ausserrhoden, Basel-Stadt, Bern, Genf, Graubünden, Luzern, Neuenburg, Schaffhausen, Schwyz, St. Gallen, Thurgau, Uri, Waadt, Zug und Zürich vgl. Zwahlen 1991: 131.

<sup>129</sup> Vgl. Ebd.: 142.

<sup>130</sup> Vgl. Ebd.

<sup>131</sup> Vgl. Holl 1988: 33.

<sup>132</sup> Vgl. Mitgliederverzeichnis der Sektionen im Kanton Neuenburg auf Pamphlet „Appel aux consciences“, BVCF, cote 21979; Perrenoud 1989.

<sup>133</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 144 und 152.

<sup>134</sup> Vgl. Zwahlen 1985: 63.

ab diesem Jahr Franz Bucher-Heller vorstehen sollte. Zwischen 1903 und 1919 vertrat der als Richter tätige Luzerner den Freisinn im Grossen Rat des Kantons und war von 1901 bis 1907 Redakteur des freisinnigen „Eidgenossen“<sup>135</sup>, womit die Nähe des partei- und konfessionsneutralen SFV zum Freisinn verdeutlicht wird. Bucher-Heller war ein führender Exponent der schweizerischen Friedensbewegung und leitete 1905 die Organisation des 14. Weltfriedenskongresses in Luzern.<sup>136</sup> Die 1910 endgültig festgelegte Führungsstruktur des SFV setzte sich aus einem aus 9 Mitgliedern bestehenden Zentralkomitee (Präsident, Vizepräsident, Kassier, Aktuar und 5 Beisitzer) zusammen.



Abb. 2: Franz Bucher-Heller

Der SFV hat nie ein detailliertes politisch-pazifistisches Programm verabschiedet; dieses wird demnach vor allem in den pazifistischen Konzepten und Reformvorschlägen einzelner Mitglieder ersichtlich. Nachfolgend werden einige wichtige Punkte der von ihnen vertretenen pazifistischen Ideologie skizziert. Praktisch allen PazifistInnen war erstens ein „sozialevolutionärer Optimismus“ als Grundhaltung gemeinsam. Damit ist die Überzeugung gemeint, dass die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft – trotz möglicher Rückschläge – mit Notwendigkeit oder zumindest mit grösster Wahrscheinlichkeit zu einem allgemeinen Frieden führen werde.<sup>137</sup>

Eine zweite ideologische Grundlinie basierte auf von PazifistInnen entwickelten Projekten zur Sozialreform. Als Weg zur Lösung der sozialen Frage lehnten die Mitglieder des SFV marxistische Ansätze wie die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Streik und Klassenkampf grundsätzlich ab.<sup>138</sup> Wenn auch die Reformvorschläge im Einzelnen variierten, so zielten ihre Projekte doch alle darauf ab, das durch den sozialen Wandel bedrohte Gesellschaftssystem unter Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zu stabilisieren.<sup>139</sup> Dies wollten sie mit einer Doppelstrategie erreichen: Einerseits sollte die ökonomische Struktur derart modifiziert werden, dass sie zu einer Verbreiterung der Mittelschicht führen würde. Erreichen wollten sie dieses Ziel durch die Hebung des Lebensstandards der Lohnabhängigen und durch die Verallgemeinerung des Kapital-

---

<sup>135</sup> Vgl. Zwahlen 1983.

<sup>136</sup> Vgl. Lucerne initiative for peace and security LIPS 2005: 14.

<sup>137</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 166f.

<sup>138</sup> Vgl. Zwahlen 1985: 80.

<sup>139</sup> Vgl. Ebd.: 82.

besitzes. Andererseits sollte das Legitimationsmuster der „Klassensolidarität“ die Ideologie des Klassenkampfes verdrängen und die Arbeiterschaft dazu anhalten, sich in die vorher erwähnte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des verbreiterten Mittelstandes zu integrieren.<sup>140</sup> Die vor allem dem liberalen Bürgertum angehörenden Mitglieder des SFV hatten nicht zuletzt auch deshalb ein Interesse an der Besserstellung der sozialen Situation der Arbeiterklasse, weil in ihrer Misere ein für sie beunruhigendes revolutionäres Potential steckte.<sup>141</sup>

Dem SFV gehörten vor dem Ersten Weltkrieg keine Mitglieder an, die im Sinne einer radikalpazifistischen Position die Landesverteidigung ablehnten.<sup>142</sup> Einen allgemeinen Frieden, der die Existenz einer auch nur für den Verteidigungskrieg benötigten Armee überflüssig machen würde, akzeptierte der SFV als mögliche und zu erstrebende Vision für die Zukunft; ein solcher gewaltloser Zustand sei zu Beginn des 20. Jahrhunderts aber noch keineswegs erreicht. So liess „Der Friede“ im Oktober 1911 verlauten: *„Mitten unter den Raubtieren oder wenn im Nachbarhause Räuber hausen, da muss man wohl auch als friedlicher Mensch den Revolver bei sich tragen.“*<sup>143</sup> In diesem Zitat spielt der SFV auf die Schweiz an, deren Neutralität, demokratische Regierungsform und Milizsystem einen sicheren Damm gegen Offensivkriege der Grossmächte bilden würden.<sup>144</sup> Urs Zwahlen zufolge fügte sich die Bejahung der Landesverteidigung in das gesteigerte schweizerische Nationalgefühl des späteren 19. Jahrhunderts ein, das durchaus einmal enthusiastische Formen annehmen konnte.<sup>145</sup> Andererseits verwarf der SFV auch deutlich einen Nationalismus, der sich selbst chauvinistisch über alle anderen erhob. Die Einigkeit in der grundsätzlichen Bejahung der nationalen Verteidigung bedeutete aber nicht Übereinstimmung in konkreten Sachfragen. So machten sich 1903 die Sektionen La Chaux-de-Fonds und Herisau dafür stark, das sogenannte „Maulkrattengesetz“, bei dem es um eine Beschränkung der Pressefreiheit bei der Kritik von Heereseinrichtungen ging<sup>146</sup>, im Namen des SFV dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen. Weil zwischen den Sektionen keine Einigung erzielt werden konnte, verzichtete der SFV schliesslich auf eine offizielle Stellungnahme.<sup>147</sup>

Obwohl der SFV gewisse Fälle von Militärdienstverweigerung aus Idealismus bewunderte, sahen seine Mitglieder eine solche Handlungsweise als gänzlich verfehlt und nicht im Interesse der Friedensbewegung liegend an.<sup>148</sup> Den VertreterInnen des radikalen Pazifismus hielten sie entgegen, dass es die erste Pflicht jedes Bürgers und jeder Bürgerin sei, der Gesamtheit und dem geltenden Gesetz zu dienen. Um allfällige Zustände im Militär zu verbessern und Missstände zu bekämpfen sollte dagegen auf gesetzlichem Wege vorgegangen werden. Der SFV postulierte insofern die moralische Superiorität derer, die ihre individuellen moralischen Prinzipien dem in den geltenden Gesetzen festgelegten Willen der Gesamtheit unterordneten.<sup>149</sup> Die Ablehnung des Integralpazifismus zeigte sich auch in der Haltung des SFV gegenüber der 1905 gegründeten Antimilitaristischen Liga, welche den Kampf gegen die Armee auf nationaler Ebene organisieren wollte<sup>150</sup>, indem er sich deutlich von ihr distanzierte. Ab 1910 enthielten die Statuten des SFV explizit die Bestimmung, dass er jede antipatriotische oder antimilitaristische Propaganda verwerfe.<sup>151</sup>

Anstatt zwischenstaatliche Differenzen durch Kriege zu lösen, sollten die internationalen Beziehungen gemäss der Friedensbewegung auf eine rechtliche Grundlage gestellt werden. Bei den Mitteln, auf welche die Mitglieder des SFV für die Verhinderung von Kriegen zurückgriffen, handelte

---

<sup>140</sup> Vgl. Ebd.

<sup>141</sup> Vgl. Stawarz 2002: 64.

<sup>142</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 197.

<sup>143</sup> DF Oktober 1911, in: Zwahlen 1991: 197.

<sup>144</sup> Vgl. Ebd.

<sup>145</sup> Vgl. Ebd.: 198.

<sup>146</sup> Vgl. Greter 2005: 101-118.

<sup>147</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 201f.

<sup>148</sup> Vgl. Ebd.: 203.

<sup>149</sup> Vgl. Ebd.: 202-205.

<sup>150</sup> Vgl. Greter 2005: 121-137.

<sup>151</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 205.

es sich um die gleichsam klassischen Postulate der Friedensbewegung: europäische Föderation, Schiedsgerichtsbarkeit und multilaterale Abrüstung.<sup>152</sup> Um eine friedliche Aussenpolitik zu garantieren, strebte der SFV einen europäischen Staatenbund als Föderation demokratischer Republiken an, in denen die Bevölkerung in demokratischer Manier bestimmenden Einfluss auf die Entscheidungen der Exekutive nehmen könne.<sup>153</sup> Die PazifistInnen betrachteten die Konstituierung einer europäischen Föderation aber eher als Fernziel, als eigentliche Krönung aller Friedensarbeit propagierten sie die Schiedsgerichtsbarkeit in verschiedenen Formen: Schiedsklauseln in völkerrechtlichen Verträgen (z. B. in Handelsverträgen), permanenten Schiedsgerichtsverträgen und einen permanenten Schiedsgerichtshof.<sup>154</sup> In der Praxis bestand die Arbeit für den Frieden des SFV darin, dass er sich an den Bundesrat mit der Bitte wandte, das Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit zu fördern. Weiter ersuchte er ihn, bei bewaffneten Konflikten zwischen Staaten zu vermitteln und seine Guten Dienste anzubieten. Neben den politischen Machträgern sollte durch Erziehung und Öffentlichkeitsarbeit auch die Mentalität der Bevölkerung derart verändert werden, dass sie bei Konfliktsituationen ausschliesslich friedliche Lösungen favorisierte. Für die Unterstützung seiner Ziele wirkte der SFV vor allem auf die beiden Sozialisationsinstanzen Kirche und Schule ein.<sup>155</sup>

### 2.3. Die Sozialistische Internationale und die Friedensfrage

Neben der bürgerlichen Friedensbewegung lehnte auch die Sozialistische Internationale (SI) den Krieg, den sie als Produkt des Kapitalismus betrachtete, grundsätzlich ab. Allerdings verlief aus marxistischer Sicht die Front nicht zwischen Staaten, sondern zwischen den sozialen Klassen. So wurde auf dem internationalen Sozialistenkongress von 1893 in Zürich folgende Resolution verabschiedet: *„Mit der Aufhebung der Klassenherrschaft verschwindet auch der Krieg. Der Sturz des Kapitalismus ist der Weltfriede.“*<sup>156</sup> Insofern bestand ein Unterschied zur bürgerlichen Friedensbewegung, welche die Ursache nicht in erster Linie in den ungerechten sozioökonomischen Verhältnissen, sondern in der mangelnden rechtlichen Zusammenarbeit zwischen Staaten und in den niederen Instinkten der Menschen sah, deren Mentalität es friedensstiftend zu verändern galt.<sup>157</sup>

Die SozialistInnen waren sich nicht einig, wie sie Kriege verhindern und einen allgemeinen Frieden erreichen wollten. Vorgeschlagen wurde etwa die Ablehnung des Militärbudgets, das Abschaffen der stehenden Heere, Dienstverweigerung, Abrüstung sowie im Kriegsfall den Generalstreik oder sogar die Revolution auszurufen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen. Letztere Forderung und der Zusammenhang zwischen Krieg und Revolution wurde insbesondere von einer jüngeren Generation um Lenin, Julij Martov und Rosa Luxemburg vertreten.<sup>158</sup> Im Gegensatz zu solchen abrupten Lösungen vertrat die bürgerliche Friedensbewegung eine evolutionäre Sicht auf die Entwicklung der Menschheit; die zwischenstaatlichen Beziehungen und die Gesellschaft gelte es ihr zufolge durch Reformen zu verändern.<sup>159</sup>

Weiter gab es innerhalb der SI Differenzen auf theoretischer Ebene, denn nach 1900 hatte sich der Glaube an den in Reichweite stehenden Sieg des Sozialismus verflüchtigt: Gegen die Marx'sche Prognose vom Ende des Kapitalismus vertraten die RevisionistInnen nun die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus, statt Klassenkampf forderten sie Verbesserungen durch Sozialreformen.<sup>160</sup> Neben den strikten KriegsgegnerInnen wie z. B. dem Franzosen Jean Jaurès hielten zudem viele Sozialdemo-

<sup>152</sup> Vgl. Zwahlen 1985: 91; Holl 1988: 69-83; Mattmüller 1968: 263.

<sup>153</sup> Vgl. Zwahlen 1985: 91.

<sup>154</sup> Vgl. Ebd.: 92.

<sup>155</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 269-291.

<sup>156</sup> Bürgi 2015: 14.

<sup>157</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 212f.

<sup>158</sup> Vgl. Bürgi 2015: 16.

<sup>159</sup> Vgl. Stawarz 2002: 71.

<sup>160</sup> Vgl. Bürgi 2015: 15.

kratInnen die Verteidigung des „Vaterlandes“ als legitim, falls dieses von einem anderen kapitalistischen Staat angegriffen würde. Auch innerhalb der Schweiz gab es in der Militärfrage regionale Unterschiede. Während die Parteidirektion der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) vor dem Ersten Weltkrieg am Prinzip der Landesverteidigung festhielt, gab es in ihr auch antimilitaristische Strömungen.<sup>161</sup> So bekannten sich z. B. die Anführer der Sektion La Chaux-de-Fonds explizit zum Antimilitarismus.<sup>162</sup> Im SFV gab es vor dem Ersten Weltkrieg dagegen keine radikalpazifistischen Mitglieder.

Obwohl es einige Übereinstimmungen zwischen der Zweiten SI und der bürgerlichen Friedensbewegung gab, wie etwa die auf dem sozialistischen Kongress von Stuttgart 1907 beschlossene Forderung nach Abrüstung und einem internationalen Schiedsgericht, zeigten sich bei näherer Analyse doch grosse Differenzen. So betrachtete sie die bürgerliche Friedensbewegung als zum Scheitern verurteilt, weil sie die ökonomisch-klassenstrukturellen Ursachen des Krieges nicht durchschaue und den Frieden ohne prinzipielle Umgestaltung der sozioökonomischen Verhältnisse verwirklichen wolle. Ihr zufolge würden Kriege erst dann vollständig verschwinden, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt sei, weshalb der Weltfriede nicht das Werk der Friedensbewegung, sondern das der Arbeiterbewegung sein werde.<sup>163</sup>

Trotz ideologischen Differenzen gab es in mehreren Ländern eine Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Parteien und der Friedensbewegung. In Grossbritannien war diese geradezu eine Selbstverständlichkeit und in Frankreich trat sie vor allem in den Aktivitäten von Jean Jaurès und seinen Beziehungen zu Paul Henri d'Estournelles de Constant in Erscheinung. In der Schweiz und in Belgien traten die sozialdemokratischen Parteien dem IFB als Mitglied bei, der belgische Sozialist Henri La Fontaine fungierte von 1907 bis 1943 als Präsident des Büros.<sup>164</sup> Die meisten sozialdemokratischen Pressekommentare in der Schweiz markierten jedoch deutliche Distanz zur Friedensbewegung und es war nur eine geringe Bereitschaft zur Kooperation vorhanden. Formen der Zusammenarbeit gab es etwa, als Mitglieder des SFV gelegentlich vor sozialdemokratischen Sektionen referierten und vereinzelt traten Gewerkschaften den Friedensvereinen bei. Jakob Hertz und Eugène Rapin, die beide dem rechtssozialistischen Grütliverein angehörten, übernahmen in Herisau bzw. in der Waadt sogar das Präsidium der lokalen Sektionen des SFV. Die Friedensbewegung stellte jedoch vor dem Ersten Weltkrieg mitgliederstrukturell und ideologisch ein eindeutiges bürgerlich-liberales Phänomen dar.<sup>165</sup>

Der einleitende Abriss zur Friedensbewegung vor 1914 bildet die Grundlage für ihre Thematisierung während des Ersten Weltkrieges. Im folgenden Kapitel wird darauf eingegangen, wie die PazifistInnen in der Schweiz und im Ausland die mit dem Attentat in Sarajevo ausgelösten politischen Konflikte während der Julikrise zu schlichten versuchten.

---

<sup>161</sup> Vgl. Greter 2005: 50-71.

<sup>162</sup> Vgl. Stawarz 2002: 91-97.

<sup>163</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 451.

<sup>164</sup> Vgl. Holl 1988: 90.

<sup>165</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 454-462.

### 3. Das Jahr 1914

#### 3.1. Das Attentat in Sarajevo und die Julikrise

Am 28. Juni 1914 verübte der bosnisch-serbische Nationalist Gavrilo Princip ein Attentat auf das österreichisch-ungarische Thronfolgerpaar in Sarajevo. Diese Tat führte im Juli zu einer Zuspitzung der Konfliktlage zwischen den fünf europäischen Grossmächten und Serbien, was als „Julikrise“ bezeichnet wird.<sup>166</sup> Aufgrund der Komplexität der während der Julikrise getroffenen politischen Entscheidungen, wird im folgenden Teil auf Aspekte und Ereignisse fokussiert, welche PazifistInnen und insbesondere die SFG als wichtig erachteten.

Unmittelbar nach dem Attentat auf Franz Ferdinand und seine Ehefrau Sophie war noch unklar, in welchem Ausmass sich diese Ereignisse auf die politische Lage in Europa auswirken würden. Die Vereinszeitschrift der SFG „Der Friede“ berichtete in der Juliausgabe vom Attentat in Sarajevo und stellte es in den breiteren Kontext der vergangenen Konfliktherde.<sup>167</sup> Der „Kriegsbrand“, der mit Italiens Krieg um Tripolis ausgebrochen sei und den Balkankriegen weiterhin motte, drohe „in helles Feuer auszulohnen“.<sup>168</sup> Das Attentat in Sarajevo stellte das Vereinsorgan in den Kontext der österreichisch-ungarischen Aussenpolitik der letzten Jahre:

*„[Wir] erleben [...] eine erneute Spannung zwischen Oesterreich und Serbien und den slawischen Völkern überhaupt, als Folge letzten Endes der Annexion Bosniens und der Herzegowina. Das alles sind die Resultate der österreichischen Auslands politik in den letzten Jahren!“<sup>169</sup>*

Auf dem Balkan war der österreichisch-serbische Konflikt schon lange latent vorhanden. Die formell osmanischen Provinzen Bosnien und Herzegowina befanden sich bereits seit dreissig Jahren unter österreichischer Besatzung, bevor 1908 deren Annexion durch die Habsburgermonarchie erfolgte.<sup>170</sup> Diese löste in Serbien einen beispiellosen Zorn gegen Österreich-Ungarn aus, denn das von einer serbischen Minderheit bewohnte Bosnien-Herzegowina nahm in der Ideologie des „Panserbismus“, einem südslawischen Grossreich unter serbischer Führung, eine zentrale Stellung ein.<sup>171</sup> Die Annexion Bosnien-Herzegowinas führte deshalb zur Gründung neuer nationalistischer Gruppierungen wie der *Srpska Narodna Odbrana* (serbische nationale Verteidigung) und zu einer Radikalisierung bereits bestehender Gruppierungen, welche die serbische Regierung zunehmend unter Druck setzten, gegen Österreich-Ungarn eine aggressivere Politik zu verfolgen.<sup>172</sup> Einer dieser serbisch-nationalistischen Gruppierungen, der *Mlada Bosna* (Junges Bosnien), gehörte auch Gavrilo Princip an, der am 28. Juni 1914 das Attentat auf das Thronfolgerpaar verübte.<sup>173</sup>

Auch wenn im Artikel der Vereinszeitschrift rhetorisch die Frage gestellt wurde „Wie wird das enden? Ja, wie wird das enden?“<sup>174</sup> ist davon auszugehen, dass die führenden Vertreter der SFG zwar die Gefahr eines weiteren, lokal begrenzten Krieges erkannten und befürchteten, aber noch nicht mit einem tatsächlichen „Weltkrieg“ rechneten. Erst als am 23. Juli die Übergabe des Ultimatums an

<sup>166</sup> Vgl. Mombauer 2014; Clark 2014.

<sup>167</sup> Vgl. DF Juli 1914: 56.

<sup>168</sup> Ebd.

<sup>169</sup> Ebd.

<sup>170</sup> Vgl. Clark 2014: 61.

<sup>171</sup> Vgl. Ebd.: 62-64.

<sup>172</sup> Vgl. Ebd.: 63.

<sup>173</sup> Zu Gavrilo Princip und seinen Tätigkeiten für nationalistische Gruppierungen vgl. Butcher 2014.

<sup>174</sup> DF Juli 1914: 56.

Serbien erfolgte, wurde den Regierungen der europäischen Grossmächte und Serbiens bewusst, dass Österreich-Ungarn Genugtuung für das Attentat fordern und ganz offenbar einen Krieg provozieren wollte, womit die Julikrise erste jetzt wirklich internationale Ausmasse annahm.<sup>175</sup> Viele PazifistInnen hatten sich in der Julikrise an die Hoffnung geklammert, der Krieg könne durch vernünftiges Krisenmanagement der Regierungen im letzten Augenblick verhindert oder wenigstens begrenzt, d. h. lokalisiert werden.<sup>176</sup> Als sie sich der Tragweite des österreichischen Ultimatums an Serbien bewusst wurden, berief das IFB auf den 28. Juli 1914 das Ständige Komitee in Bern ein.<sup>177</sup> Es richtete ein Schreiben an den deutschen Kaiser Wilhelm II. und den österreichischen Aussenminister Graf Berchtold mit dem Aufruf, den österreichisch-serbischen Konflikt auf friedliche Weise zu lösen, indem sie die auf den Haager Konferenzen geschaffenen Möglichkeiten der schiedsgerichtlichen Konfliktlösung (z. B. durch die Überweisung an das Haager Schiedsgericht) nutze.<sup>178</sup>

Als das Ständige Komitee des IFB noch während der Sitzung von der Kriegserklärung Wiens an Serbien am 28. Juli erfuhr, berief sein Präsident La Fontaine eine ausserordentliche Versammlung des Internationalen Rates des IFB auf den 31. Juli in Brüssel ein „*pour examiner la situation internationale créée par le conflit entre l’Autriche-Hongrie et la Serbie*“.<sup>179</sup> An diesem Tag versammelten sich die Ratsmitglieder in Brüssel, um über das Vorgehen des Büros zu diskutieren. An der Versammlung erschienen Mitglieder aus Frankreich, Grossbritannien, Italien, Schweiz, Deutschland, Holland und Belgien.<sup>180</sup> Nicht anwesend waren österreichische Vertreter, die nach eigenen Angaben zu spät benachrichtigt worden waren.<sup>181</sup> An der Versammlung in Brüssel nahmen neben Henry Golay als Sekretär des IFB mit Franz Bucher-Heller, dem Präsidenten des Zentralkomitees, und Gustav Maier, dem Präsident der Sektion Zürich und einem Mitglied des Zentralkomitees auch zwei Vertreter der SFG teil.<sup>182</sup>

Einen Tag nach La Fontaines Aufruf, am 29. Juli 1914, trafen sich ebenfalls die Grössen der Zweiten Internationalen wie etwa James Keir Hardie, Hugo Haase, Karl Kautsky, Victor Adler, Jean Jaurès, Edouard Vaillant, Rosa Luxemburg, Emile Vandervelde und Camille Huysmans im Internationalen Sozialistischen Büro (ISB) ebenfalls in Brüssel, um über ihr Vorgehen angesichts des drohenden Krieges zu beraten.<sup>183</sup> Sie riefen gemeinsam zu Demonstrationen gegen den Krieg auf und die Schlussresolution des ISB sprach sich wie das IFB für eine schiedsgerichtliche Lösung des Konflikts zwischen Österreich-Ungarn und Serbien aus.<sup>184</sup>

Helmut Mauermann schreibt in seinem Beitrag zum IFB, dass sein Rat während der Sitzung in Brüssel beschloss, dem Zaren, dem deutschen Kaiser, den Aussenministern Graf Berchtold und Sir Edward Grey, sowie dem Papst Appelle zu übersenden mit der Bitte, die durch die Haager Konferenzen geschaffenen Möglichkeiten der schiedsgerichtlichen Konfliktlösung zu nutzen.<sup>185</sup> Seine Angaben dazu sind aber unvollständig, denn neben zahlreichen weiteren Adressaten<sup>186</sup> wurde ein solcher Appell auch an den schweizerischen Bundespräsidenten Arthur Hoffmann gesendet.<sup>187</sup> Der von Franz Bucher-Heller an Hoffmann gerichtete Text lautete:

<sup>175</sup> Vgl. Mombauer 2014: 61.

<sup>176</sup> Vgl. Holl 1988: 103.

<sup>177</sup> Vgl. MP août/décembre 1914: 365.

<sup>178</sup> Vgl. Ebd.: 368f.

<sup>179</sup> Einladungskarte von La Fontaine an die Präsidenten der Friedensgesellschaften, 28.7.1914, AEN, A4/VIII.

<sup>180</sup> Vgl. MP août/décembre 1914: 365.

<sup>181</sup> Vgl. Mauermann 1990: 148.

<sup>182</sup> Vgl. DF September/Okttober 1914: 63f.; DF Juni 1915: 45.

<sup>183</sup> Vgl. Degen 2015a: 24.

<sup>184</sup> Vgl. Ebd.: 25.

<sup>185</sup> Vgl. Mauermann 1990: 148.

<sup>186</sup> Weitere Adressaten waren Wilson, die „kleinen Staaten“ (Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden, Norwegen), der französische Präsident Poincaré und Regierungschef Viviani, der Prinz von Monaco, der italienischen König vgl. MP août/décembre 1914: 368-370.

<sup>187</sup> Vgl. Ebd.: 370.

*„Die in Brüssel versammelten führenden Pazifisten haben die neutralen Staaten telegraphisch ersucht, zur Vermeidung des europäischen Krieges unverzüglich zu intervenieren. Die Vertreter der Schweizerischen Friedensgesellschaft bitten den Bundesrat dringend, eventuell in Verbindung mit der belgischen Regierung, die Initiative zu ergreifen.“<sup>188</sup>*

Im Schreiben von Bucher-Heller an Hoffmann fällt auf, dass er es als Möglichkeit betrachtete, eine Initiative in Verbindung mit der belgischen Regierung zu ergreifen. Das ist darauf zurückzuführen, dass durch einen drohenden deutsch-französischen Krieg die zwei neutralen Länder im Falle eines Umgehungsangriffs besonders stark von dessen Auswirkungen betroffen wären. Der schliesslich ausgelöste „Schlieffen-Plan“ sah einen schnellen deutschen Vormarsch gegen Belgien und Frankreich vor, um nach einem Sieg im Westen die Truppen im Osten gegen Russland ins Feld führen zu können. Die Appelle zur Verhinderung des Krieges gingen letztendlich nach der Erklärung des Kriegszustands durch Deutschland am 31. Juli 1914 in den sich überstürzenden Ereignissen unter.<sup>189</sup>

In der September/Okttober-Ausgabe von 1914 äusserte sich „Der Friede“ noch einmal genauer zu den Ereignissen während der Julikrise; diese sollten auch später noch für Gesprächsstoff sorgen.<sup>190</sup> Unter dem Eindruck des Kriegausbruchs befand nun die Vereinszeitschrift, dass die drastischen Forderungen im Ultimatum – etwa das Zugeständnis der Mitwirkung von Organen der österreichisch-ungarischen Regierung bei der Unterdrückung der subversiven Bewegungen – bereits eine Kriegserklärung an Serbien gewesen seien.<sup>191</sup> Heute sind sich HistorikerInnen darin einig, dass das Ultimatum bewusst unannehmbar formuliert werden sollte, um einen Krieg gegen Serbien eröffnen zu können.<sup>192</sup>

### 3.2. Der Ausbruch des Weltkrieges

Der Ausbruch des Weltkrieges kam für die Friedensbewegung ohne Zweifel überraschend. Auch wenn die PazifistInnen die Möglichkeit eines Weltkrieges nie ausgeschlossen und oft vor einem solchen gewarnt hatten, schätzten sie eine solche von Jahr zu Jahr geringer ein.<sup>193</sup> Anlass dazu gaben etwa zwei zwischen Deutschland und Frankreich veranstaltete Parlamentarierkonferenzen in den Jahren 1913 und 1914, die als positive Entwicklungen im deutsch-französischen Verhältnis gewertet wurden.<sup>194</sup> Alfred H. Fried glaubte sogar in den europäischen Bündnissystemen stabilisierende Elemente für den Frieden zu erkennen.<sup>195</sup> In der Julikrise war die Friedensbewegung jedoch nicht in der Lage, politisch wirksam zu handeln und den Kriegausbruch zu verhindern. Bis zuletzt glaubte auch die SFG an eine friedliche Schlichtung des serbisch-österreichischen Konflikts und eine solche zwischen den europäischen Grossmächten, doch ausser papierenen Protesten konnte sie der Gewalt der Ereignisse im Juli und August 1914 nichts entgegensetzen.<sup>196</sup> In diesem Kontext spricht Karl Holl deshalb vom „Zusammenbruch der pazifistischen Utopie“<sup>197</sup>.

---

<sup>188</sup> Ebd.

<sup>189</sup> Vgl. DF Juni 1915: 45; DF 20. Juni 1916: 44.

<sup>190</sup> Vgl. z. B. DF August 1917.

<sup>191</sup> Vgl. DF September/Oktober 1914: 61.

<sup>192</sup> Vgl. Mombauer 2014: 61.

<sup>193</sup> Vgl. Eisenbeiss 1980: 95. Für die Einschätzungen in der SFG vgl. DF November 1914: 71.

<sup>194</sup> Vgl. LP Juli 1914: 3f; DF Juni 1914: 41-43.

<sup>195</sup> Vgl. FW April 1914: 123.

<sup>196</sup> Vgl. Eisenbeiss 1980: 95.

<sup>197</sup> Holl 1988: 103.



### 3.2.1. Die Reaktionen auf den Kriegsausbruch

Nachdem Österreich-Ungarn am 28. Juli Serbien den Krieg erklärt hatte, folgten die Generalmobilmachungen Schlag auf Schlag. Am 31. Juli wurde in Frankreich Jean Jaurès, ein überzeugter sozialistischer Kriegsgegner, in Paris von einem französischen Nationalisten erschossen. Am 2. August marschierten deutsche Truppen in Luxemburg ein und die deutsche Regierung stellte Belgien ein Ultimatum, dem zwei Tage später der Einmarsch folgte.<sup>198</sup>

Die Stimmung in der Friedensbewegung unterschied sich im August 1914 ganz und gar vom in vielen kriegführenden Ländern vorherrschenden Gefühl, den Kriegsausbruch als ein befreiendes Ereignis zu erleben.<sup>199</sup> Ihre führenden VertreterInnen waren im Gegenteil bestürzt über den Ausbruch des Krieges und wurden alsbald von Lähmung und Orientierungslosigkeit erfasst; der auf September in Wien einberufene Weltfriedenskongress wurde kurzerhand abgesagt. Otto Umfried von der DFG bemerkte selbstkritisch, dass die PazifistInnen die friedensfördernden Faktoren überschätzt hatten: *„So wie die Dinge in der Friedensbewegung liegen, hatte ich oft den Eindruck, dass man versuchte, einen in den Abgrund rollenden Lastwagen mit einem Seidenfaden aufzuhalten.“*<sup>200</sup>

Die SFG gab in der August-Ausgabe des „Friedens“ den Ausbruch des Krieges bekannt, wobei sie auch gerade die Verantwortlichen dafür benannte:

*„Plötzlich hat sich über Europa die gewitterschwangere Wolke entladen, und der Weltbrand wütet. Die Welt muss nun erkennen, was wir Pazifisten ihr längst prophezeit haben, dass man nicht um des Friedens willen rüstet, sondern zum Krieg. [...] Ihr alle aber, die ihr nicht teilgenommen an unserer Arbeit, ihr tragt schwer an der Verantwortung für das Unheil, das nun hineingebrochen ist.“*<sup>201</sup>

Die Lähmung, welche die SFG bei Kriegsausbruch erfasste, kommt symptomatisch in dieser August-Ausgabe zum Ausdruck, in der noch einmal der Tod von Bertha von Suttner – der Symbolfigur des Vorkriegspazifismus – vermeldet wurde.<sup>202</sup> Bereits in der Juli-Ausgabe wurde der ersten Friedensnobelpreisträgerin nach der Bekanntgabe ihres Todes am 21. Juni 1914 die ganze Titelseite, die selbst wie eine Todesanzeige gestaltet war, gewidmet.<sup>203</sup>

---

<sup>198</sup> Vgl. Degen 2015a: 26.

<sup>199</sup> Vgl. Holl 1988: 103.

<sup>200</sup> Eisenbeiss 1980: 96.

<sup>201</sup> DF August 1914: 57.

<sup>202</sup> Vgl. Ebd.: 58; Brassel, Tanner 1986: 39f.

<sup>203</sup> Vgl. DF Juli 1914: 47. Für die Darstellung Bertha von Suttners Beitrag in der Friedensbewegung in der „Friedens-Warte“ vgl. FW Juli 1914: 243-246.



Abb. 3: Bertha von Suttner im Jahr 1868

Die ersten Wochen nach Kriegsausbruch erwiesen sich als Prüfstein für die pazifistische Zuverlässigkeit jedes einzelnen Anhängers und jeder einzelnen Anhängerin der Friedensbewegung.<sup>204</sup> Angesichts des Versagens schiedsgerichtlicher Praktiken und der vielfach inszenierten, verbreiteten Kriegsbegeisterung<sup>205</sup> lassen sich verschiedene Verhaltensweisen ausmachen. Weil in den kriegführenden Staaten überall die Version eines Verteidigungskrieges lautstark verbreitet wurde, liessen sich die PazifistInnen wie auch die SozialistInnen grossmehrheitlich in die „*Union Sacrée*“ bzw. den „Burgfrieden“ einbinden, denn im Vorkriegspazifismus wurde die Legitimität des Verteidigungskrieges von keiner Friedensgesellschaft offiziell bestritten.<sup>206</sup> Sogar in Deutschland entfaltete die Propaganda, die von Anfang an mit systematischer Desinformation arbeitete, ihre Wirkung innerhalb der Friedensbewegung. Manche PazifistInnen gefielen sich von nun an in einer betont nationalistischen Rolle, einige Mitglieder des „Verbandes für internationale Verständigung“ und der DFG setzten sogar ihre Unterschrift unter den chauvinistischen Aufruf „An die Kulturwelt“ vom Oktober 1914.<sup>207</sup> In diesem Aufruf wurde die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland gerechtfertigt und der deutsche Militarismus avancierte zur Schutzmacht deutscher Kultur.<sup>208</sup> Mangel an pazifistischer Gesinnung und gesellschaftlicher Druck dezimierten in den ersten Kriegswochen die Reihen der deutschen Friedensbewegung, obwohl es erstaunlicherweise auch zu Neueintritten – aus innerster Überzeugung und unter Inkaufnahme empfindlicher Nachteile – kam.<sup>209</sup>

Zu ähnlichen „nationalistischen Exzessen“ kam es bei den PazifistInnen in den Ländern der Entente. Nach der deutschen Invasion in Belgien fiel es in Frankreich leicht, in den Mittelmächten den Angreifer zu sehen. Kennzeichnend für ihre Haltung war, dass sie den Krieg weniger als Auseinandersetzung im bisherigen Sinne zwischen zwei oder mehreren Staaten, sondern als Kampf zwischen zwei kulturellen Systemen, zwischen Freiheit und Demokratie versus Militarismus und Despotismus, stilisierten.<sup>210</sup> Der Krieg wurde von den meisten französischen PazifistInnen als

<sup>204</sup> Vgl. Holl 1988: 104.

<sup>205</sup> Für eine differenziertere Sicht auf die „Kriegsbegeisterung“ vgl. Ullrich 2003.

<sup>206</sup> Vgl. Holl 1988: 105.

<sup>207</sup> Vgl. Ebd.

<sup>208</sup> Zum Aufruf „An die Kulturwelt!“ vgl. Ungern-Sternberg 2013.

<sup>209</sup> Vgl. Holl 1988: 107.

<sup>210</sup> Vgl. Mauermann 1990: 152.

zivilisatorischer Kampf gegen die Barbarei verstanden, während dem es die Errungenschaften der Aufklärung und der Französischen Revolution wie z. B. die Menschenrechte zu verteidigen gelte. Einen wichtigen Ausschlag dafür gab die Tatsache, dass die Friedensbewegung im militaristischen Kaiserreich auf grossen Widerstand stiess, während sie in Frankreich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem festen Bestandteil im Programm des politischen Liberalismus und des Republikanismus wurde.<sup>211</sup> Zur Konstituierung dieser Bilder eines „wilden“ und „brutalen“ Feindes trug in Frankreich insbesondere die nationale Erinnerung an die schmerzliche Niederlage im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 bei.<sup>212</sup> Ein weiterer Aspekt waren Berichte über die von deutschen Truppen in Belgien begangenen Gräueltaten.<sup>213</sup> Die französischen PazifistInnen argumentierten, dass die Zerstörung des preussisch-deutschen Militarismus eine Vorbedingung sei, um den Weltfrieden überhaupt etablieren zu können. Diese Interpretation des Krieges wird etwa in einem Schreiben der *Association de la Paix par le Droit* an das IFB sichtbar:

*„Je n’aurais jamais cru voir ainsi la guerre entre les nations dites civilisées. Espérons que c’est la dernière et que le militarisme sera vaincu. Les Français pour la plupart sont partis en guerre pour vaincre les barbares qui ont déchaîné cette guerre et pour établir la Paix universelle. C’est la guerre à la guerre.“*<sup>214</sup>

Wegen ihrer internationalen Gesinnung waren die PazifistInnen bereits in der Vorkriegszeit oft dem Vorwurf ausgesetzt, sie würden sich zu wenig für die Interessen der eigenen Nation einsetzen. Die Kriegssituation bot insofern den nationalen Friedensgesellschaften die Möglichkeit zu beweisen, dass auch ihr Patriotismus verlässlich sei und insbesondere in Deutschland wurde der „Burgfriede“ ähnlich wie von der deutschen Sozialdemokratie als Chance begriffen, aus dem gesellschaftlichen Ghetto herauszutreten.<sup>215</sup> Viele AnhängerInnen der Friedensbewegung, die der nationalistischen Welle nicht völlig erlegen waren und ihren pazifistischen Überzeugungen nicht abschworen, betätigten sich im Bereich der humanitären Hilfe. Die zu Beginn des Weltkrieges erfolgte Beschränkung auf derartige unpolitische Aktivitäten – obwohl auch diese oft nicht frei von patriotischen Motiven waren und von offiziellen Stellen als nützliche Aushilfeleistungen geschätzt wurden – war häufig von der Erwartung eines baldigen Kriegsendes bestimmt.<sup>216</sup> Fried beklagte sich, dass solche Tätigkeiten zwar sinnvoll, aber nicht im eigentlichen Sinne pazifistisch seien.<sup>217</sup>

Andererseits galt es das Bewusstsein gemeinsamer europäischer Kultur selbst im Kriegschaos zu bewahren, so wurde z. B. der Appell „An die Europäer“ von Georg Friedrich Nicolai ausgearbeitet, der als Gegenentwurf zum „Aufruf an die Kulturwelt“ gemeint war.<sup>218</sup> Von einem solchen Geist erfüllt war ebenfalls die Bekenntnisschrift von Romain Rolland *Au-dessus de la mêlée*, die im *Journal de Genève* im September 1914 erschien.<sup>219</sup>

Ein weiterer Teil der Friedensbewegung in den kriegführenden Ländern, die dort für die Zeit des Krieges keinen Platz für pazifistische Betätigungen sah und trotzdem lockere Kontakte mit Personen aus gegnerischen Staaten aufrechterhalten wollte, entschied sich oft fürs Exil in der Schweiz. Auf deutscher Seite schlugen u. a. der frühere Krupp-Direktor Wilhelm Muehlton, der frühere Konsul Hans Schlieben und Alexander Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der Sohn des ehemaligen Reichskanzlers, diesen Weg ein.<sup>220</sup> Romain Rolland, der bereits bei Kriegsausbruch in der Schweiz weilte, entschied

---

<sup>211</sup> Vgl. Holl 1988: 33.

<sup>212</sup> Vgl. Becker, Audoin-Rouzeau 1995: 294f.

<sup>213</sup> Vgl. Haddad 2012: 33f.

<sup>214</sup> Brief von Ruysen an Golay, 15.9.1914, UNOG, IPM/IPB 291/4.

<sup>215</sup> Vgl. Holl 1988: 107.

<sup>216</sup> Vgl. Ebd.: 108.

<sup>217</sup> Vgl. Fried 1920: 94f.

<sup>218</sup> Vgl. Holl 1988: 109.

<sup>219</sup> Vgl. Charrier, Roudil 2015.

<sup>220</sup> Vgl. Holl 1988: 106.

sich ebenfalls in der Schweiz zu bleiben. Zu seinen Beweggründen äusserte er sich in seinem Tagebuch:

*„Si je me suis fixé momentanément en Suisse, c’est que c’est le seul pays où je pouvais continuer de me maintenir en relations avec des esprits de toutes les nations. Ici, je puis sentir battre le pouls de cette Europe en guerre, je puis, jusqu’à un certain point, pénétrer sa vie morale, et juger ses idées, non pas en Français, en Allemand, mais en Européen.“*<sup>221</sup>

Bei Kriegsausbruch wurde auch die Schweiz von einer patriotischen Welle erfasst. Am 31. Juli beschloss der Bundesrat, für den 3. August die allgemeine Mobilmachung der Armee anzuordnen und die Schweiz im Falle eines Angriffs zu verteidigen.<sup>222</sup> In diesem Kontext wurde die SFG von Teilen der Bevölkerung angefeindet, denn etliche Personen hielten den Pazifismus für eine Bewegung, welche die Landesverteidigung schwäche.<sup>223</sup> Aus diesem Grund und weil die SFG zweifellos auch vom Ausbruch des Krieges überrascht wurde, sah sie die Zeit für Friedenswerbung noch nicht gekommen und ihre Aktivitäten waren dementsprechend stark reduziert.<sup>224</sup>



Abb. 4: Defilee der Kavallerie am Petersgraben in Basel

Die welschen Sektionen, die mit der französischen Interpretation des Krieges sympathisierten, bekundeten, dass sie während des Krieges auf jegliche öffentliche Tätigkeit verzichten würden.<sup>225</sup> Die Mitgliederzahl der Genfer Sektion der SFG halbierte sich nach dem Kriegsausbruch von 1'500 auf 750.<sup>226</sup> Ebenfalls wurde die Einstellung des Drucks von *La Paix*, der Vereinszeitschrift der welschen

<sup>221</sup> Rolland 1952: 213.

<sup>222</sup> Vgl. Bundesratsprotokoll der Sitzung vom 31.7.1914, [dodis.ch/43286](https://dodis.ch/43286).

<sup>223</sup> DF Mai 1915: 36f.; Grossi 2010.

<sup>224</sup> DF September/Okttober 1914: 63f.

<sup>225</sup> Vgl. LP septembre 1916: 2.

<sup>226</sup> Dies ergibt sich aus dem Protokoll der Generalversammlung der Genfer Sektion Ende 1918 vgl. Protokoll „Rapport Présidentiel à l'Assemblée générale de la Société genevoise de la Paix“, 17.12.1918: 2, UNOG, IPM/IPB 307/3.

Sektionen, angeordnet.<sup>227</sup> Auch das Erscheinen des deutschsprachigen „Friedens“ stand aus finanziellen Gründen auf der Kippe.<sup>228</sup> Für die Schweiz bestand zudem nach dem Tod von Albert Gobat die Gefahr, dass der Sitz des IFB nach Den Haag, Brüssel oder Paris verlegt werden könnte. Bundespräsident Arthur Hoffmann versicherte jedoch Bucher-Heller noch vor dem Krieg, dass er alles in seiner Macht Stehende unternehmen werde, um ihn in Bern zu behalten.<sup>229</sup> Gemeinsame Interessen zwischen der Landesregierung und dem IFB bestanden etwa darin, dass sie in der Neutralität und der demokratischen Regierungsform der Schweiz einen wichtigen friedensstiftenden Faktor in Europa sahen. Im Ständigen Komitee des IFB waren häufig Nationalräte vertreten; mit dem freisinnigen Neuenburger Robert Comtesse gehörte zwischen 1912 bis Anfangs 1915 sogar ein ehemaliger Bundesrat diesem Gremium an. Die gemeinsamen Überschneidungen der Interessen zeigten sich konkret darin, dass die Schweizer Regierung das IFB ab 1894 mit einer jährlichen Summe von 1'000 Franken subventionierte.<sup>230</sup>

### 3.2.2. Die Verletzung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs

Grosse Aufmerksamkeit schenkte die Friedensbewegung der Verletzung der belgischen und luxemburgischen Neutralität.<sup>231</sup> An der belgischen Frage schieden sich ohne Zweifel die Geister, wie auch ein Blick in die Schweizer Presse zeigt. Die welschen Zeitungen verurteilten die von deutschen Truppen begangene Völkerrechtsverletzung von Anfang an mit eindeutigen Worten. So schrieb etwa „Le Démocrate“ aus Delémont: *„Protestons encore et toujours contre la violation de la neutralité belge!“*<sup>232</sup> Wesentlich zurückhaltender reagierte dagegen die Presse in der Deutschschweiz. Die NZZ bedauerte zwar in der Ausgabe vom 5. August, dass *„Deutschland eine bewusste Verletzung der von den Grossmächten garantierten Neutralität eines kleinen Staates begangen hat.“*<sup>233</sup> Zwei Tage später schien es aber, als würde sie beinahe Deutschland in Schutz nehmen: *„So verwerflich vom völkerrechtlichen Standpunkte aus die Verletzung der Neutralität Belgiens durch deutsche Truppen ist, so begreiflich erscheint sie, wenn man den Fall rein militärisch betrachtet.“*<sup>234</sup> Andere Zeitungen aus der Deutschschweiz übernahmen sogar die Argumente des deutschen Reichskanzlers Bethmann-Hollweg, so etwa „Der Bund“ vom 6. August: *„Deutschland kämpft um seine Existenz [...] Der deutsche Feldzugsplan enthält also, aus dieser Not Stärke ziehend, den vollkommenen Verzicht auf nicht militärische Rücksichten und ist von diesem Kampf um Sein oder Nichtsein diktiert.“*<sup>235</sup> Auch die „Basler Nachrichten“ bedauerten zwar die Nichtrespektierung der belgischen Grenze durch Deutschland, man könne und müsse sie aber unter Berücksichtigung der von Bethmann-Hollweg gemachten Erklärungen verstehen.<sup>236</sup> Nur wenige Zeitungen aus der Deutschschweiz scheinen den deutschen Angriff auf Belgien klar verurteilt zu haben, am deutlichsten wohl die sozialdemokratische „Tagwacht“ von Robert Grimm: *„Das Völkerrecht ist in den Kot getreten!“*<sup>237</sup>

Ein Überblick auf die Schweizer Presselandschaft macht deutlich, dass zwar die welsche Presse vehement gegen die Verletzung der Neutralität Belgiens protestierte, sie hingegen von vielen

<sup>227</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Komitees der Neuenburger Sektion vom 24. März 1915, AEN, A1/II; LP septembre 1916: 1.

<sup>228</sup> Vgl. DF Juni 1916: 49.

<sup>229</sup> Vgl. Ebd.: 48.

<sup>230</sup> Vgl. Mauermann 1990: 23; Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Schweizerischen Bundesrates, 5./6. 3. 1895, BAR, E2#1000/44#335\*.

<sup>231</sup> Für einen besseren Lesefluss wird nachfolgend nur Belgien erwähnt, die Angaben beziehen sich aber immer auf Belgien und Luxemburg.

<sup>232</sup> Le Démocrate, 19.10.1914, zitiert nach: Mattmüller 1968: 58.

<sup>233</sup> NZZ, 5.8.1914, zitiert nach: Ebd.

<sup>234</sup> NZZ, 7.7.1914, zitiert nach: Ebd.

<sup>235</sup> Der Bund, 6.8.1914, zitiert nach: Ebd.

<sup>236</sup> Basler Nachrichten, 6.8.1914, zitiert nach: Graf 1945: 118.

<sup>237</sup> Berner Tagwacht, 6.8.1914, zitiert nach: Mattmüller 1968: 58f.

Zeitungen aus der deutschsprachigen Schweiz – wenn überhaupt – sehr zurückhaltend verurteilt wurde. Der Graben zwischen den Sprachregionen trat demnach gleich beim Ausbruch des Krieges scharf und deutlich zutage. Es erwies sich für die schweizerische Eidgenossenschaft einmal mehr als Herausforderung, dass die nationale Identität nicht über eine einheitliche Sprache, Kultur, Ethnie oder Konfession hätte geschaffen werden können, welche die innere Kohäsion besser gewährleistet hätte.<sup>238</sup> Bereits vor Kriegsausbruch orientierte sich die deutschsprachige Schweiz kulturell stark an Deutschland und zahlreiche Intellektuelle hatten an deutschen Universitäten einige Semester ihres Studiums verbracht. Durch die „Kaisermanöver“ von 1912 anlässlich des Staatsbesuchs von Wilhelm II., der sich in der Deutschschweiz einer grossen Popularität erfreute, gewann der nördliche Nachbar zusätzliche Sympathien. Andererseits orientierten sich die welsche Schweiz, ihre Politiker und Kulturschaffenden stark an Frankreich. Nach dem Kriegsausbruch verhärtete sich diese Haltung noch und die Kluft zwischen den Landesteilen vertiefte sich zu einem staatsgefährdenden Konflikt, weil jeder die Sache des sprachverwandten Nachbarlandes offen unterstützte.<sup>239</sup> Nachfolgend gilt es zu erörtern, wie sich die SFG zur Verletzung der belgischen Neutralität äusserte.

In der Ausgabe des „Friedens“ vom September/Oktober, die aufgrund des infolge der Mobilisation verursachten Personalmangels in der Druckerei als Doppelausgabe erschien, äusserte sich Rudolf Geering-Christ, der Sekretär des Zentralkomitees der SFG, folgendermassen dazu: Anders als die deutschfreundliche Stimmung in der Presse der Deutschschweiz, wertete er die Neutralitätsverletzung Belgiens durch deutsche Truppen wie die welschen Sektionen<sup>240</sup> als „*brutale Missachtung des Völkerrechts*“, bei der „*ein Sturm der Entrüstung*“ durch die ganze Welt hätte gehen sollen.<sup>241</sup> „*Vorab die Regierungen der andern neutralen Staaten hätten mindestens offiziellen Protest erheben sollen*“, wovon aber nichts bekannt geworden sei. Der nachträglich von der deutschen Regierung erhobene Einwand, Belgien hätte Frankreich den Durchmarsch erlauben wollen und wäre somit Deutschland zuvorgekommen, müsse, so Geering-Christ, als durch nichts bewiesen zurückgewiesen werden. „*Unter einem solchen Vorwand hätte das deutsche Heer ebenso gut in die Schweiz eintreten können oder umgekehrt das französische!*“<sup>242</sup>

Insofern gehörte diese Wortmeldung des Sekretärs des Zentralkomitees der SFG zu den wenigen Stimmen in der Deutschschweiz, welche die Verletzung der belgischen Neutralität von Anfang an mit deutlichen Worten verurteilte. Wie „Der Friede“ berichtete, wurde die Redaktion der Vereinszeitschrift jedoch nach dem Erscheinen der Ausgabe vom September/Oktober mit Leserbriefen überflutet.<sup>243</sup> Dabei gab es sowohl zustimmende als auch kritische Voten. In der nächsten Ausgabe des „Friedens“ liess sie einen eingegangenen Leserbrief abdrucken mit der Begründung, „*um jedem Vorwurfe der Einseitigkeit zu begegnen.*“ Im Brief übernahm der Verfasser bzw. die Verfasserin mehrheitlich die von der deutschen Propaganda verbreitete Sicht der Vorgänge. So erwähnte der Schreiber bzw. die Schreiberin beispielsweise, dass sich Deutschland mehr und mehr in der Lage eines Mannes befunden habe, dem seine Widersacher – gemeint war die Entente – eine Schlinge um den Hals geworfen haben. „*[...] als dann noch ein (oder mehrere?) französischer Flieger Belgien anstandslos überflog etc., so musste Belgiens Neutralität den Deutschen als verdächtig oder bereits gebrochen erscheinen.*“<sup>244</sup>

Als Antwort auf diesen Leserbrief liess der „Friede“ verlauten, dass dieser im Wesentlichen den Anschauungen der einen der kriegführenden Parteien entspreche – gemeint war Deutschland –, „*die uns auch in der deutschen Schweiz alltäglich von jenseits des Rheins aufgenötigt werden.*“<sup>245</sup> Der Redaktion zufolge seien von den eingeschickten Leserbriefen jedoch fast alle unzufriedenen

---

<sup>238</sup> Zum Problem einer nationalen Identität vgl. Altermatt, Bosshart-Pfluger, Tanner 1998.

<sup>239</sup> Vgl. Büttiker 1971: 52-58.

<sup>240</sup> Vgl. LEUE juillet/décembre 1914; LP septembre 1917: 5.

<sup>241</sup> DF September/Oktober 1914: 62.

<sup>242</sup> Ebd.

<sup>243</sup> Vgl. DF November 1914: 73.

<sup>244</sup> Ebd.

<sup>245</sup> Ebd.



Äusserungen „von Unneutralen, nämlich von Menschen fremder Nationalität oder Abstammung“ gekommen. Die Redaktion versuche dagegen bei der Beurteilung der Ereignisse in Belgien einen möglichst neutralen Standpunkt einzunehmen, der „sich nicht auf die Sympathie oder Antipathie einem der kriegführenden Völker gegenüber [stützt].“<sup>246</sup> Der eingesandte Leserbrief musste zwar nicht von einem Mitglied der SFG stammen, da ihre Vereinszeitschrift auch Personen ausserhalb des Vereins erreichte und z. B. in Restaurants zur Lektüre auflag. Es darf aber angenommen werden, dass die Verurteilung der Verletzung der belgischen Neutralität bei zahlreichen Mitgliedern aus der Deutschschweiz nicht so deutlich ausfiel wie bei Rudolf Geering-Christ, der als Sekretär des Zentralkomitees spätestens ab 1917 offen für die Entente Partei ergriff.<sup>247</sup> Die grundsätzliche Meinung aber, dass Deutschland mit dem Einmarsch in Belgien eine „*brutale Missachtung des Völkerrechts*“<sup>248</sup> begangen hatte, vertraten die führenden Mitglieder der SFG während des ganzen Krieges. Erst deren *Interpretation*, beispielsweise im Zusammenhang mit anderen Völkerrechtsverletzungen der Entente, führte – wie noch gezeigt werden wird – zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den welschen und deutschsprachigen Sektionen.

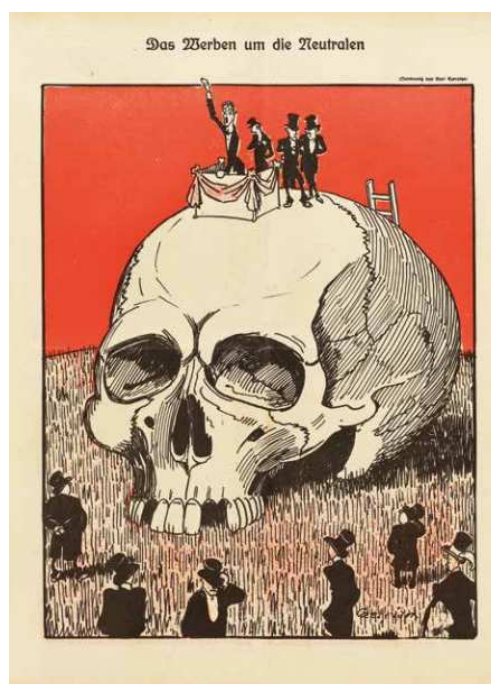


Abb. 5. Karikatur „Das Werben um die Neutralen“ im „Nebelspalter“

Mit der Feststellung des „Friedens“, dass die öffentliche Meinung in der Schweiz vom Ausland beeinflusst werde, verdeutlicht, dass die kriegführenden Staaten die neutralen Länder von der Legitimität ihrer Kriegsführung überzeugen wollten und ihre Haltung vor dem „Gericht der Neutralen“ zu rechtfertigen versuchten (vgl. Abb. 5). In diesem Buch wird gezeigt, dass auch die pazifistischen Gruppierungen in den neutralen Ländern verdächtigt wurden, mit ihren Aktivitäten zugunsten des Friedens die eine oder andere Mächtigkeitsgruppe begünstigen zu wollen.<sup>249</sup> Der ausländischen Propaganda war im Laufe des Krieges jedes Mittel recht, um die öffentliche Meinung in der Schweiz auf ihre Seite zu ziehen, was eine Bewährungsprobe für den Zusammenhalt der Sprachregionen darstellte.<sup>250</sup> Im folgenden Kapitel wird gezeigt, dass die belgische Frage in der Friedensbewegung auch auf internationaler Ebene zu emotionalen Diskussionen führte.

<sup>246</sup> Ebd.

<sup>247</sup> Vgl. Kapitel 7.2.

<sup>248</sup> DF September/Oktober 1914: 62.

<sup>249</sup> Vgl. z. B. das Kapitel 7.3.

<sup>250</sup> Vgl. Elsig 2014.

### 3.3. Die Auseinandersetzungen auf internationaler Ebene

Nachdem das Büro der IPU und das ISB nach Kriegsausbruch für internationale Kontakte nicht mehr in Frage kamen, hegten vor allem PazifistInnen aus den Mittelmächten die Hoffnung, dass das IFB als internationale Zentrale der Friedensgesellschaften aktiv bleiben würde. Über das Büro in Bern sollte zumindest ein Minimum an Beziehungen zwischen den verfeindeten Staaten aufrechterhalten werden.<sup>251</sup> Dies war ihrer Meinung nach umso wichtiger, weil die Aktivitäten der nationalen Friedensgesellschaften nach Kriegsausbruch auf ein Mindestmass reduziert worden waren.

Diese Hoffnung wurde durch die Tatsache getrübt, dass im IFB die beiden Garanten für eine aktive, politisch orientierte Arbeit fehlten. Der Leiter Albert Gobat war im März 1914 gestorben<sup>252</sup> und der belgische Senator Henri La Fontaine, der Präsident des Internationalen Rates, war mit der belgischen Regierung ins Exil nach London geflüchtet.<sup>253</sup> Besonders die deutschen und österreichischen PazifistInnen wollten verhindern, dass das IFB als Plattform für Kontakte zwischen den verfeindeten Ländern ausfiel, weil es noch das einzig übrig gebliebene Sprachrohr des Internationalismus war. Sie befürchteten aber, dass das IFB einseitige Beschlüsse zugunsten der Entente fällen würde, weil das Stände Komitee von drei welschen Schweizern – Georges Bovet, Robert Comtesse und Henri Carrière – besetzt war, die ebenso wie der Sekretär Henri Golay mehr oder weniger offen mit der Sichtweise der PazifistInnen aus der Entente sympathisierten.<sup>254</sup> Der Historiker Ludwig Quidde von der DFG schlug deshalb die Einberufung eines Direktionskomitees in Bern vor, das eine ausgewogene Interessensvertretung garantieren sollte und aus Henri La Fontaine (Belgier), Émile Arnaud (Franzose), Joseph Fred Green (Brite), Alfred H. Fried (Österreicher) und ihm als Deutscher bestehen sollte.<sup>255</sup> Aus einem Brief des Präsidenten der SFG, Franz Bucher-Heller, vom 13. August 1914 wird ersichtlich, dass dieser den Vorschlag von Quidde unterstützte.<sup>256</sup> Die Angehörigen des Direktionskomitees sollten gemäss Quiddes Auffassung während des Krieges in Bern bleiben, die Führung aller Friedenskräfte in seiner Hand vereinigen, die vorgefallenen Völkerrechtsverletzungen der Politik zur Last legen und auf die Beendigung des Krieges hinarbeiten.<sup>257</sup>

Diese Ansicht über die Rolle des IFB während des Krieges stiess in den Reihen der PazifistInnen aus den Ländern der Entente und der welschen Schweiz auf heftige Opposition. Sie stuften den Krieg in ihren Ursachen und möglichen Folgen nicht wie viele PazifistInnen aus Ländern der Mittelmächte in die Kategorie der bisher üblichen Konflikte ein, sondern stilisierten ihn zu einer Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Demokratie einerseits vs. Despotismus und Militarismus andererseits hoch.<sup>258</sup> Im preussischen Militarismus sahen sie einen Feind, den es unter allen Umständen zu besiegen galt.<sup>259</sup> Kennzeichnend für diese Position war die Antwort von Gaston Moch auf den Vorschlag der deutschen PazifistInnen, dass sich alle AnhängerInnen der Friedensbewegung für einen Verständigungsfrieden einsetzen sollten:

*„Pour le moment, nous ne pouvons plus agir en pacifistes, mais seulement en démocrates, insurgés contre l'impérialisme et le caporalisme. Et la guerre durera jusqu'à ce que la France, la Russie et l'Empire britannique soient ruinés de fond en comble (ce*

---

<sup>251</sup> Vgl. Scheer 1981: 253.

<sup>252</sup> Für seine Todesanzeige im „Friede“ vgl. DF März 1914: 17.

<sup>253</sup> Vgl. Mauermann 1990: 149.

<sup>254</sup> Vgl. Holl 2007: 162.

<sup>255</sup> Vgl. Mauermann 1990: 149.

<sup>256</sup> Vgl. Brief von Bucher-Heller an Golay, 13.8.1914, UNOG, IPM/IPB 291/4.

<sup>257</sup> Vgl. Broschüre „Zur Frage der Einberufung des Berner Bureaus“ von Ludwig Quidde, 18.9.1914, UNOG, IPM/IPB 271/2.

<sup>258</sup> Vgl. Mauermann 1990: 151f.

<sup>259</sup> Vgl. Ebd.:152.



*que je crois pas imaginable) ou jusqu'à ce que l'esprit de liberté et de fidélité à la fois jurée ait eu raison des hommes de Berlin et de Vienne.*<sup>260</sup>

Moch, der zur Zeit des Verfassens als Hauptmann der französischen Artillerie Dienst leistete, liess in seinem Schreiben verlauten, dass Gobat und Suttner froh darüber sein dürfen, dass sie in Frieden sterben konnten und diese Katastrophe nicht miterleben mussten. Seine unversöhnlichen Worte begründete er u. a. damit, dass selbst die britischen Quäker sich für einen Kriegseintritt ihres Landes ausgesprochen hätten und sich damit von ihrer bisherigen entschiedenen Haltung gegen den Krieg distanzieren.<sup>261</sup> Dieser Legitimationsversuch stützte sich aber nicht auf die Realität, denn gerade die Angehörigen dieser Konfession gehörten weiterhin zu diesem Teil der Friedensbewegung, der sich mit dem Krieg nicht abfinden konnte.<sup>262</sup> Ebenfalls hinkte Mochs Argumentation, weil er das autokratisch regierte russische Zarenreich auf die gleiche Ebene wie die demokratisch regierten westlichen Länder stellte; eine Verlegenheit, aus der in der Tat erst die Russische Februarrevolution im Jahr 1917 heraushalf.<sup>263</sup> Das von Henri La Fontaine im Oktober ohne Rücksprache mit den anderen Ratsmitgliedern zur Veröffentlichung vorgesehene Manifest *Ce que les pacifistes ont à dire*, das die deutsche Kriegsschuld und nur deutsche Völkerrechtsverletzungen erwähnte, verschärfte die Spannungen zwischen den zwei Lagern weiter.<sup>264</sup> Fried protestierte sofort gegen La Fontaines Vorhaben.<sup>265</sup> Die Aufrechterhaltung der Kontakte auf internationaler Ebene war zudem erschwert, weil die Zustellung der Briefe durch die Kriegswirren und die Zensur nicht immer gewährleistet werden konnte.<sup>266</sup>

Neuen Schub in die Diskussion brachte der Vorsitzende des deutschen „Verbandes für internationale Verständigung“, Otfried Nippold. Dieser machte bei Kriegsausbruch von seiner doppelten Staatsbürgerschaft Gebrauch und kehrte in die Schweiz zurück, wo er in Schwanden bei Sigriswil am Thunersee lebte. Weil das IFB die einzige noch funktionierende Zentralstelle des Internationalismus war, schlug er dem Büro in Bern vor, die Zusammenfassung aller Friedenskräfte anzustreben.<sup>267</sup> Auf seine Initiative hin und mit Frieds Unterstützung fand in den Räumen des IFB am 31. Oktober eine Konferenz zwischen Pazifisten aus den Mittelmächten und der Schweiz statt.<sup>268</sup> Helmut Mauermann verortet die Sitzungen fälschlicherweise erst im November.<sup>269</sup> Während der von Bucher-Heller präsierten Konferenz waren sich die Anwesenden einig, dass die Zeitschrift des Büros „*Le mouvement pacifiste*“ wieder erscheinen sollte. Jedoch wurde sie nur noch in französischer Sprache herausgegeben, was insbesondere der Präsident der Sektion Zürich, Gustav Maier, bedauerte. Auch die Sektion Schaffhausen bereute im Januar 1915 diese sprachliche Einschränkung und machte Golay in einem Brief darauf aufmerksam, dass die Leute auf dem Land in ihrem Kanton der französischen Sprache oft nicht mächtig seien.<sup>270</sup> Ansonsten gingen die Meinungen über die Handlungsmöglichkeiten des IFB weit auseinander. Während Nippold, Fried und Quidde das IFB zur Aufgabe der Passivität und zur Vermittlung zwischen den beiden Lagern drängten, befand das Ständige Komitee, durch eine Einberufung des Internationalen Rates würde sich die Spaltung in der Friedensbewegung noch weiter vertiefen. Die Positionen der beiden Lager seien ausserdem zu weit

---

<sup>260</sup> Brief von Moch an Golay, 27.8.1914, UNOG, IPM/IPB 271/2.

<sup>261</sup> Vgl. Ebd.

<sup>262</sup> Vgl. Mauermann 1990: 152.

<sup>263</sup> Vgl. Ebd.: 153.

<sup>264</sup> Vgl. Pamphlet „Ce que les pacifistes ont à dire“, Oktober 1914, UNOG, IPM/IPB 267/2.

<sup>265</sup> Vgl. Brief von Fried an das Ständige Komitee des IFB, 3. 10.1914, UNOG, IPM/IPB 294/1.

<sup>266</sup> Bucher-Heller beklagte sich z. B. bei Golay, dass er Quidde bereits vier Karten schrieb, von denen er bisher scheinbar keine erhalten habe. Vgl. Brief von Bucher-Heller an Golay, 13.8.1914, UNOG, IPM/IPB 294/1.

<sup>267</sup> Vgl. Mauermann 1990: 154.

<sup>268</sup> Vgl. Sitzungsprotokoll, 31.10.1914, UNOG, IPM/IPB 294/1.

<sup>269</sup> Vgl. Mauermann 1990: 155.

<sup>270</sup> Vgl. Brief der Sektion Schaffhausen an Golay, 27.1.1915, UNOG, IPM/IPB 294/4.

auseinander, was Georges Bovet wie folgt auf den Punkt brachte: „[...] *le Pacifisme de la Paix par le Droit et celui de la Friedenswarte n'ont plus guère de commun que le nom.*“<sup>271</sup>

### 3.4. Anfeindungen von PazifistInnen und deren Reaktion

Nach dem Einfall deutscher Truppen ins neutrale Belgien herrschte in weiten Teilen der Schweizer Bevölkerung die Meinung vor, dass eine starke Armee das beste Mittel sei, um sich gegen Angriffskriege zu schützen. So erfüllten die „Neuen Zürcher Nachrichten“ zwar die Ereignisse in Belgien mit „tiefer Teilnahme“, doch vertrat sie die Meinung, dass das Land seinem Schicksal entronnen wäre, „*hätte es einen seinen reichen Kräften auch nur teilweise angemessene wirkliche Armee geschaffen.*“<sup>272</sup> Weil weite Teile der Bevölkerung den Pazifismus für eine Bewegung hielten, welche die Landesverteidigung schwächte, wurde das IFB und die SFG vor allem bei Kriegsausbruch Opfer polemischer Angriffe. Um diese Anschuldigungen zu veranschaulichen, wird im Folgenden exemplarisch auf ein Beispiel eingegangen.

Im *Feuille d'avis de Neuchâtel* vom 10. September 1914 wurde das IFB und die SFG geradezu dem Spott preisgegeben, weil die Friedensbewegung den Kriegsausbruch nicht habe verhindern können.<sup>273</sup> Es erstaunt nicht, dass ein solcher Artikel in einer Neuenburger Zeitung erschien, denn dort befand sich mit den Lokalsektionen Boudry, Fleurier, La Chaux-de-Fonds, Le Locle und Neuenburg eine der aktivsten Kantonalsektionen der SFG.<sup>274</sup> Der grundlegende Kritikpunkt im Artikel bestand darin, dass die Ideen des Pazifismus einer friedlichen Konfliktlösung zwischen Staaten realitätsfern seien, denn letztendlich würden unüberbrückbare Differenzen mit den Waffen ausgefochten. So stand geschrieben:

*„Le bureau de la paix n'a plus qu'à fermer boutique [...]. A ceux qui croient encore à la possibilité de museler la guerre et d'arriver à éviter tous les conflits grâce à l'institution des tribunaux d'arbitrage – et il faut, en vérité, avoir la foi robuste pour nourrir des pareilles illusions – [...]. Ces pauvres diables de pacifistes [...]. Il faut [...] constater la faillite du pacifisme dont on se doutait d'ailleurs un peu. [...] Tant que l'homme restera homme, on se battra. Et toutes les théories pacifistes partent d'une prémisse irréalisable.“*<sup>275</sup>

Unverkennbar herrscht im Artikel ein in der welschen Schweiz weit verbreiteter deutschfeindlicher Unterton. So empörte sich der Verfasser darüber, dass der deutsche Sozialist Ludwig Frank – einer der Initiatoren der deutsch-französischen Verständigungskonferenz in Bern vom Mai 1913 – sich bei Kriegsausbruch als Freiwilliger zum Dienst meldete. Er kam zu folgender Schlussfolgerung:

*„Le pacifiste, donc, trouve parfaitement naturel que ses nationaux foulent aux pieds le droit des gens violent la neutralité d'un pays qui demande qu'à rester tranquille et mettent à feu et à sang une ville [gemeint ist Löwen] qui a eu le tort de se défendre.“*<sup>276</sup>

<sup>271</sup> Sitzungsprotokoll, 31.10.1914, UNOG, IPM/IPB 294/1.

<sup>272</sup> Neue Zürcher Nachrichten, 5.8.1914, zitiert nach: Graf 1945: 120.

<sup>273</sup> Vgl. *Feuille d'avis de Neuchâtel*, 10.9.1914.

<sup>274</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 131.

<sup>275</sup> *Feuille d'avis de Neuchâtel*, 10.9.1914.

<sup>276</sup> Ebd.

Am 14. September 1914 antwortete das Zentralkomitee der SFG auf die Anschuldigungen gegen sie und das IFB mit einem Schreiben an die Redaktion des *Feuille d'avis de Neuchâtel*.<sup>277</sup> Der Artikel sei eine Beleidigung all derjenigen, welche nicht aufhören zu hoffen und daran arbeiten, dass das Recht über die Gewalt obsiegen werde. Die SFG werde auch in Zukunft alles dafür unternehmen, dass sich die Schiedsgerichtbarkeit an die Stelle der blutigen Kämpfe setzen werde, die nun schon wieder für unzähliges Elend sorgen würden. Die Friedensbewegung habe zudem die Legitimität des Verteidigungskrieges nie bestritten, auch wenn die Hoffnung bestehe, dass auch dieser einmal überflüssig sein werde. Dementsprechend hob die SFG im Antwortschreiben ihr Bekenntnis zur Landesverteidigung hervor: „*Nous sommes des patriotes, ardemment attachés à notre patrie et prêts à la défendre. Pour la plupart, nous avons été ou sommes encore des soldats et nos fils sont à la frontière.*“<sup>278</sup>

Die Anschuldigungen gegen die SFG waren nicht neu. Das stets wiederkehrende Bekenntnis zur Vaterlandstreue und der Landesverteidigung konnte nicht verhindern, dass die schweizerische Friedensbewegung bereits vor 1914 ins Schussfeld öffentlicher Kritik geriet.<sup>279</sup> Um weitere Missverständnisse zu verhindern und ihre pazifistischen Grundsätze der Bevölkerung näherzubringen, publizierte die SFG die Antwort an das *Feuille d'avis de Neuchâtel* in verschiedenen Zeitungen des Kantons Neuenburg.<sup>280</sup> Ebenfalls liess die SFG den Redaktionen die Broschüre „*Les victoires du pacifisme*“<sup>281</sup> zukommen, die anlässlich der pazifistischen Konferenz am 17. Mai 1914 im Internationalen Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern gedruckt worden war und die das durch die Friedensbewegung Erreichte verdeutlichen sollte.<sup>282</sup> Es handelt sich um eine Rede von Édouard Quartier-la-Tente, des Präsidenten der Sektion Neuenburg, die dieser auf der erwähnten Konferenz in Luzern gehalten hatte. In der Broschüre wurde darauf hingewiesen, dass in der öffentlichen Meinung pazifistische Lösungsansätze immer öfter bevorzugt würden, während früher unter vielen Regierenden Krieg geradezu als eine göttliche Mission galt. Die Kriegsführung sei zudem klaren Regeln unterworfen, so beispielsweise die Rolle der neutralen Staaten, der Einsatz von Sanitätsverbänden und die Behandlung von Kriegsgefangenen. Nicht zuletzt wurde durch die Errichtung eines permanenten Schiedsgerichtshofs in Den Haag 1901 ein Instrument geschaffen, mit dem zwischenstaatliche Konflikte mit friedlichen Mitteln gelöst werden könnten. Insofern stimmte die SFG mit Quiddes Rechtfertigung gegenüber dem Vorwurf des Bankrotts der pazifistischen Theorie überein:

„*Die Pazifisten haben niemals behauptet, dass es in ihrer Macht stehe, einen Krieg zu verhindern; sie haben immer nur den Ausbau von Einrichtungen gefordert, die es ermöglichen oder erzwingen würden, internationale Konflikte friedlich zu lösen und so Kriege zu verhindern.*“<sup>283</sup>

Brisanterweise wurden in der Broschüre von Quartier-la-Tente allerdings auch seine optimistischen Einschätzungen von zunehmend harmonischen Beziehungen zwischen den Staaten auf internationaler Ebene deutlich. Diese mussten mit dem Kriegsausbruch einen jähen Dämpfer erleiden; sie waren ebenfalls ein Grund für die zahlreichen Anschuldigungen gegen die SFG. Geradezu tragisch mutet es an, wenn Quartier-la-Tente wenige Monate vor Ausbruch des Ersten

---

<sup>277</sup> Vgl. Schreiben des Zentralkomitees der SFG an die Redaktion von *Feuille d'avis de Neuchâtel*, 14.9.1914, UNOG, IPM/IPB 294/4.

<sup>278</sup> Ebd.

<sup>279</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 205.

<sup>280</sup> Vgl. z. B. *Le National suisse*, 16.9.1914.

<sup>281</sup> Vgl. Quartier-la-Tente 1914.

<sup>282</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Komitees der Neuenburger Sektion vom 19.9.1914, AEN, A1/II.

<sup>283</sup> Eisenbeiss 1980: 95.

Weltkrieges seinen Vortrag mit den Worten schloss: *„Le pacifisme est en marche et rien ne l'arrêtera plus!“*<sup>284</sup>

Angesichts dieser groben Fehleinschätzungen musste innerhalb der SFG fast gezwungenermassen eine Auseinandersetzung mit ihren pazifistischen Überzeugungen einsetzen. Die aufkommende Reflexion konnte aber nicht verhindern, dass sich Mitglieder von der SFG abwandten, sich Entmutigung verbreitete und viele Sektionen infolgedessen Mitgliederrückgänge zu beklagen hatten.<sup>285</sup> Nach Kriegsausbruch suchten viele Menschen nach geeigneteren Ansätzen für die Friedenssicherung, welche die traditionellen Friedensgesellschaften nicht bieten würden. Auf das Entstehen neuer pazifistischer Organisationen wird im nächsten Kapitel eingegangen.

Auf den Vorwurf des Scheiterns pazifistischer Ideen war in den Reihen der Mitglieder der SFG die Rechtfertigung geläufig, dass die Friedensbewegung zwar auf dem richtigen Weg gewesen sei und nur zu wenig Zeit gehabt habe, ihre Wirkung voll zu entfalten.<sup>286</sup> Das war eine Ansicht, die etwa auch Otfried Nippold vertrat.<sup>287</sup> Viele PazifistInnen fühlten sich aber auch durch ihre Kritik am bestehenden System bestätigt: Nicht ihre Ideen haben Schiffbruch erlitten, sondern vielmehr die alte Diplomatie mit ihren Geheimverträgen und dem Prinzip der Friedenserhaltung mittels Rüstung.<sup>288</sup> „Der Friede“ brachte es folgendermassen auf den Punkt: *„Nicht unsere Lehren, sondern die unserer Gegner haben elend Schiffbruch gelitten.“*<sup>289</sup> Die führenden Mitglieder der SFG gaben sich zudem optimistisch, dass die schrecklichen Folgen des Krieges den Menschen die Augen öffnen und sie für den Pazifismus empfänglich machen würden.<sup>290</sup> Weil ihre Kritik am bestehenden System zu wenig gehört und keine entsprechenden Änderungen vorgenommen wurden, habe die SFG eigentlich indirekt den Krieg vorhergesehen. Diese Argumentation wird in einer von Bucher-Heller und Geering-Christ an die Sektionen gerichteten und im „Frieden“ abgedruckten Mitteilung ersichtlich:

*„Unsere Voraussagen über einen künftigen europäischen Krieg, den wir so gerne unmöglich gemacht hätten, sind zur grässlichen Wahrheit geworden, und diejenigen, welche Führer der Völker sein sollten zu immer höheren Kulturaufgaben, hatten taube Ohren gegenüber unsern Warnungen; unsere Stimme ist zur Kassandrastimme geworden!“*<sup>291</sup>

### 3.5. Das Entstehen neuer pazifistischer Organisationen

Die passive Haltung der nationalen Friedensgesellschaften und die Hilflosigkeit des Berner IFB hatten die Gründung neuer pazifistischer Organisationen zur Folge.<sup>292</sup> Das Entstehen von Gruppierungen neuer Art, die sich neben die Friedensgesellschaften alter Observanz gesellten, widerspiegelt das Bedürfnis nach energischer Friedenstätigkeit und nach neuen politischen Konzepten.<sup>293</sup> Bei den neuen Organisationen herrschte das Gefühl vor, dass die bisherige Friedensbewegung mit ihrem Schwerpunkt auf völkerrechtlichen Problemstellungen den Anforderungen der Zeit nicht mehr

---

<sup>284</sup> Quartier-la-Tente 1914: 31.

<sup>285</sup> Vgl. DF April 1915: 28f.

<sup>286</sup> Vgl. DF Januar 1915: 2.

<sup>287</sup> Vgl. Eisenbeiss 1980: 96.

<sup>288</sup> Vgl. DF Februar 1915: 2; Protokoll der Sitzung des Komitees der Neuenburger Sektion vom 27.2.1915, AEN, A1/II.

<sup>289</sup> DF Februar 1915: 2.

<sup>290</sup> Vgl. DF September 1915: 5.

<sup>291</sup> DF September/Okttober 1914: 71.

<sup>292</sup> Vgl. Riesenberger 1985: 100.

<sup>293</sup> Vgl. Holl 1988: 112.

entspreche.<sup>294</sup> Besonders deutlich brachte es der religiöse Sozialist Leonhard Ragaz auf den Punkt. Nach dem Ausbruch des Weltkrieges suchte er nach einem neuen, kompromissloseren und mehr in die Tiefe wirkenden Pazifismus. In seiner Zeitschrift „Neue Wege“ beurteilte er die bisherige Friedensbewegung wie folgt: „Unsere ganze neue Friedensbewegung muss von der Tatsache ausgehen, dass die bisherige Schiffbruch gelitten hat. Diese Tatsache müssen wir uns unerbittlich klar machen.“<sup>295</sup> Zwar sei sie von „einer Fülle der edelsten Kräfte“ getragen gewesen, aber sie hätte das Problem nicht in seiner Tiefe erfasst und sei zu sehr an der Oberfläche geblieben.<sup>296</sup> Bereits in den ersten Monaten nach Kriegsausbruch entstand als Folge der Kritik an den verschiedenen Ansätzen des Vorkriegspazifismus in den Niederlanden am 8. Oktober der *Anti-Oorlog-Raad* (NAOR). In Grossbritannien löste der Eintritt des Landes in den Krieg die Gründung der *Union of Democratic Control* (UDC) und auf christlicher Seite der *Fellowship of Reconciliation* (FOR) aus.<sup>297</sup> Ausserdem wurde im November in London die *No-Conscription Fellowship* (NCF) gegründet, die gegen die Wehrpflicht in Grossbritannien kämpfte. Ein berühmtes Mitglied war der Philosoph Bertrand Russel.<sup>298</sup> In der Schweiz bildete sich gleichzeitig zum *Anti-Oorlog-Raad* im Oktober unter Mitwirkung von Otfried Nippold das „Komitee zum Studium der Grundlagen eines dauernden Friedens“ und in den USA 1915 die *League to Enforce Peace*.

Den Neugründungen war bei aller ihrer Verschiedenheit die Überzeugung gemeinsam, dass nach dem Ende des Krieges nicht einfach an die Vorkriegssituation angeknüpft werden könne, sondern dass aus den Erfahrungen des Weltkrieges vielmehr fundamentale Veränderungen im internationalen System und im Zusammenspiel zwischen innerer und äusserer Politik hervorgehen müssten.<sup>299</sup> Das bedeutete, dass innere Reformen wie die parlamentarische Kontrolle der Regierungen und sozialer Ausgleich als Voraussetzung für äusseren Frieden und für eine engere Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Staaten betrachtet wurden.<sup>300</sup> Nach dem Versagen der Friedenspolitik der Regierungen dürfe es für den zukünftigen Pazifismus also keine Trennung zwischen Innen- und Aussenpolitik mehr geben.

Weil in Frankreich die *Ligue des Droits de l'Homme* bereits einen wesentlichen Teil der neuen Forderungen, das Eintreten für Durchlässigkeit zwischen innerer und äusserer Politik aufgegriffen hatte, kam es dort zu keiner entsprechenden Neugründung.<sup>301</sup> In Deutschland bildete sich im November 1914 der „Bund Neues Vaterland“ (BNV). Zu seinen Mitgliedern gehörte auch Albert Einstein, der ein Jahr später die Welt mit seiner Allgemeinen Relativitätstheorie verblüffte.<sup>302</sup> Verschiedene Faktoren haben den Anstoss zur Gründung des BNV gegeben: Entgegen den militärischen Erwartungen resultierte aus dem Vormarsch deutscher Truppen nicht der schnelle Zusammenbruch Frankreichs, sondern nach dem Scheitern der Marneschlacht in der Erstarrung der Fronten im Stellungskrieg. Zudem widersprachen die ersten Anzeichen für Vorstellungen von deutschen Kriegszielen der offiziellen Behauptung, Deutschland führe einen Verteidigungskrieg.<sup>303</sup>

Die neu entstandenen Organisationen vertraten aber keineswegs ein völlig neues pazifistisches Programm; die Übergänge waren oftmals fließend. Neben den bisherigen Forderungen nach Ausbau der zwischenstaatlichen Beziehungen und einer Föderation europäischer Staaten gewannen neue Aspekte wie die Notwendigkeit einer parlamentarischen Kontrolle über die Aussenpolitik und die Einführung demokratischer Selbstbestimmung an Bedeutung.<sup>304</sup> Das ambivalente Verhältnis gegen-

<sup>294</sup> Vgl. Mattmüller 1968: 266.

<sup>295</sup> Neue Wege. Beiträge zu Religion und Sozialismus. November-Dezember 1914: 458. [Im Folgenden: NW]

<sup>296</sup> Vgl. Mattmüller 1968: 266f.

<sup>297</sup> Vgl. Holl 1988: 113.

<sup>298</sup> Vgl. Ceadel 1980: 33f. Zu den Beziehungen zwischen Russel und der Friedensbewegung vgl. Vellacott 1980.

<sup>299</sup> Vgl. Holl 1988: 112f.

<sup>300</sup> Vgl. Riesenberger 1985: 101.

<sup>301</sup> Vgl. Holl 1988: 113.

<sup>302</sup> Vgl. Goenner 2005: 68-95.

<sup>303</sup> Vgl. Holl 1988: 113f.

<sup>304</sup> Vgl. Riesenberger 1985: 100.

über den neuen pazifistischen Organisationen zeigte sich in der Schweiz, indem das IFB diese Neuschöpfungen bedauerte und sich abwartend, ja ablehnend gegenüber solchen Verbänden verhielt, die vorläufige Komitees an die Stelle der alten Friedensgesellschaften stellten.<sup>305</sup> Andererseits galt es die Fühler auszustrecken und mit den neuen pazifistischen Verbänden Kontakt aufzunehmen. So nahm Bucher-Heller am 25. Oktober an der Gründungssitzung des „Komitees zum Studium einer dauernden Friedens“ in Bern teil. Dort sprach er als Präsident der grössten und ältesten pazifistischen Organisation der Schweiz die Sorge aus, dass es zu einer Zersplitterung der Friedensbewegung käme.<sup>306</sup> Vor allem Henri Golay befürchtete, dass der *Anti-Oorlog-Raad* dem IFB aufgrund von dessen Passivität den Rang als Zentralorganisation der Friedensgesellschaften ablaufen würde. Die Sorge des Sekretärs des IFB kam – wie noch gezeigt werden wird – vor allem von daher, dass sich die niederländische Gruppierung für einen Verständigungsfrieden stark machte, während es seiner Meinung nach keinen Kompromiss mit dem preussischen Militarismus zu schliessen galt.

„Der Friede“ berichtete, dass er sich zwar über alle Organisationen freue, welche die Grundlagen eines dauerhaften Friedensvertrages und eines tatsächlichen Friedens ausfindig zu machen bemühten.<sup>307</sup> Kritisch und resignierend merkte das Vereinsblatt aber an, dass eine obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit zwar imstande sei, Kriege zu vermindern, nicht aber den Krieg an sich zu beseitigen. *„Was hilft das alles, wenn der Wille nicht vorhanden ist, diese Bestimmungen zu beachten, wenn man durch die Nichtbeachtung für sein Land einen Vorteil erzielen kann?“*<sup>308</sup>

Verstärkt durch die Neugründungen entbrannte in der Friedensbewegung eine emotional geführte Diskussion darüber, was es während des Krieges bedeute, sich für den Frieden einzusetzen. Ist es beispielsweise im Sinne des Pazifismus, so schnell als möglich einen Friedensschluss anzustreben, um damit dem grauenhaften Massaker ein Ende zu bereiten? Sollte es nicht vielmehr die Aufgabe der Friedensbewegung sein, während des Krieges die Grundlagen der zukünftigen Friedensordnung auszuarbeiten, ohne sich für einen schnellen Friedensschluss einzusetzen? Oder sollte eine zukünftige Friedensordnung erarbeitet und gleichzeitig ein schneller Friedensschluss angestrebt werden? Könnte ein solcher beim aktuellen Frontverlauf überhaupt zu einem dauerhaften Frieden führen? Diese Fragen erhielten zusätzliche Brisanz, als gemäss der Vereinszeitschrift der SFG nach Kriegsausbruch zahlreiche weitere pazifistische Gruppierungen mit unterschiedlichsten und teilweise unklaren Zielen in der Schweiz wie Pilze aus dem Boden schossen.<sup>309</sup>

In Genf bildete sich beispielsweise ein *Comité de la Paix* unter der Leitung von Jules Monod, das sich für einen schnellen Friedensschluss einsetzte, weil der Weltkrieg die Menschheit in einen Zustand der Barbarei zurückversetzen würde.<sup>310</sup> Bisher könne sich seiner Meinung nach keine der Kriegsparteien eines ausschlaggebenden Sieges rühmen, doch hätten sie alle unwiderbringliche Verluste zu beklagen, weshalb diesem Massaker ein Ende bereitet werden müsse. Die Genfer Sektion der SFG als Gegner eines sofortigen Friedensschlusses beklagte diese Neugründung und liess verlauten, sie habe *„rien en commun avec ce monsieur et son ‚Comité de la Paix‘“*.<sup>311</sup> Max Daetwyler, der bei der Mobilmachung aus Protest gegen den Krieg den Fahneid verweigerte und nach seiner Einweisung in die Psychiatrie aus der Armee ausgeschlossen wurde, gründete 1915 in Bern die „Friedens-Armee“. Die SFG wünschte ihr guten Erfolg, bedauerte aber eine zunehmende Zersplitterung der Friedensbewegung.<sup>312</sup> Im Herbst 1914 gründete der Tessiner Enrico Bignami die *Ligue des pays neutres*, die einen Zusammenschluss der neutralen Staaten vorsah, um mittels einer Konferenz der neutralen Staaten deren Interessen zu wahren und gemeinsam auf eine Beendigung

<sup>305</sup> Vgl. Mattmüller 1968: 268.

<sup>306</sup> Vgl. DF Juni 1915: 46.

<sup>307</sup> Vgl. DF 20. Juni 1915: 35.

<sup>308</sup> Ebd.

<sup>309</sup> Vgl. DF November 1916: 87; LP septembre 1917: 3.

<sup>310</sup> Vgl. Pamphlet „Pour la paix“ von Jules Monod, 15.1.1915, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

<sup>311</sup> LP septembre 1917:3.

<sup>312</sup> Vgl. DF November 1915: 88.

des Krieges hinzuarbeiten.<sup>313</sup> In den Haager-Abkommen von 1899 und 1907 war das Recht der neutralen Staaten verankert, mit einer Vermittlungsaktion bei den kriegführenden Staaten zugunsten des Friedens zu intervenieren.<sup>314</sup> Von diesem Recht wurde in der Schweiz schon bald nach Kriegsausbruch Gebrauch gemacht.

### 3.6. Erste Vermittlungsversuche bei der Schweizer Regierung

Die Diskussion über die Rolle der Schweiz und deren Neutralität wurde während des Weltkrieges im ganzen Land auf breiter Ebene geführt. Während sich die einen für möglichst baldige und zielstrebige diplomatische und humanitäre Aktionen einsetzten, mahnten die anderen zu Vorsicht und Zurückhaltung.<sup>315</sup> In der Bundeskanzlei häuften sich derweil die Eingaben von Vereinen und Parteien, die den Bundesrat zu einer Vermittlung zwischen den kriegführenden Staaten aufriefen.<sup>316</sup> Das Zentralkomitee der SFG beschloss bereits am 4. Oktober 1914 eine Petition bei Bundespräsident Arthur Hoffmann einzureichen.<sup>317</sup> Es fragte ihn an, ob er es als opportun erachte, bereits jetzt eine Eingabe an ihn zu richten oder ob er der Meinung sei, dass eine solche noch verfrüht wäre. Sie lautete folgendermassen:

*„Der hohe Schweiz. Bundesrat möchte sich heute schon mit anderen neutralen Staaten ins Einvernehmen setzen, um sich dahin zu verständigen, dass im Falle des richtigen Momentes eine gemeinsame Aktion zu Gunsten des Friedens stattfinden könnte.“*<sup>318</sup>

Bucher-Heller konnte in den ersten Kriegsmonaten mehrmals bei Arthur Hoffmann vorsprechen.<sup>319</sup> Am 31. Oktober wurde zudem die sozialdemokratische Fraktion beim Bundesrat mit dem Wunsch um eine Verständigung der neutralen Staaten vorstellig, *„um den Regierungen der kriegführenden Länder freundschaftliche Mittlerdienste anzubieten & auf diese Weise einem baldigen Waffenstillstand & Frieden vorzuarbeiten.“*<sup>320</sup> Der Bundesrat folgte in einem Antwortschreiben vom 10. November dem Antrag der SFG nicht. Er wies allerdings darauf hin, dass es nicht von der Hand zu weisen sei, dass die Schweiz im Krieg eine Mission zu erfüllen habe und unendliches Elend verhüten könne, wenn sie im richtigen Moment handle.<sup>321</sup>

Bereits am 22. November wandte sich das Zentralkomitee der SFG mit einer zweiten Eingabe erneut an den Bundesrat, um der Petition Nachdruck zu verleihen. Obwohl eine Intervention der Schweiz bei den kriegführenden Staaten zum momentanen Zeitpunkt als verfrüht zu betrachten sei, könne sich der Bundesrat *„vielleicht doch schon vorgängig mit anderen neutralen Staaten sich in Verbindung setzen [...], um dann im gegebenen Zeitpunkte sofort die gemeinsame Aktion einleiten zu können.“*<sup>322</sup> Die SFG habe wie der Bundesrat das Empfinden, es komme der Schweiz die hohe

---

<sup>313</sup> Vgl. MP janvier/février 1915: 52; Brief von Bignami an Golay, 3.5.1915, UNOG, IPM/IPB 297/5.

<sup>314</sup> Vgl. Bonjour 1967: 595.

<sup>315</sup> Vgl. Stamm 1974: 65.

<sup>316</sup> Vgl. Soiron 1973: 23.

<sup>317</sup> Vgl. Brief von Bucher-Heller an Golay, 19.11.1914, UNOG, IPM/IPB 292/5.

<sup>318</sup> Petition von Bucher-Heller an Hoffmann, 6.10.1914, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

<sup>319</sup> Vgl. DF Juni 1915: 45.

<sup>320</sup> Petition der sozialdemokratischen Fraktion an den Bundesrat, 31.10.1914, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

<sup>321</sup> Vgl. Auszug aus dem Bundesratsprotokoll betreffend Friedensvermittlung neutraler Staaten, 10.11.1914, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

<sup>322</sup> Petition von Bucher-Heller und Geering-Christ im Namen des Zentralkomitees der SFG an den Bundesrat, 22.11.1914, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

Aufgabe zu, „als Vermittler bei den kriegführenden Mächten aufzutreten.“<sup>323</sup> Die Vermittlerrolle, welche die Schweiz dabei spielen sollte, sah die SFG auch für die Sprachregionen vor:

*„Eine rechtzeitige staatsmännische Erfassung dieses Zukunftsproblems könnte auch sicherlich dazu beitragen die Versöhnung unserer eigenen inneren Differenzen zu sichern & dadurch die staatliche Einheit & Selbständigkeit & Sicherheit unseres Staatswesens (bezüglich deren in der letzten Zeit so manche Zweifel aufsteigen mussten) auf lange Zeit hinaus festzustellen, indem die Eidgenossenschaft ein solches, für alle Seiten notwendig erkanntes Vermittlungszentrum zwischen den Mächten & ganz besonders zwischen der deutschen und französischen Kultur würde.“<sup>324</sup>*

Bundeskanzler Hans Schatzmann lehnte im Antwortschreiben vom 11. Dezember im Namen des Bundesrates eine vorschnelle Kontaktaufnahme mit neutralen Staaten ab, weil dieser sich die uneingeschränkte Handlungsfreiheit bewahren müsse.<sup>325</sup> Die welschen Sektionen der SFG standen einer vorschnellen Vermittlungsaktion über die neutralen Staaten skeptisch bis ablehnend gegenüber. Besonders die Genfer Sektion liess verlauten, dass sie mit Organisationen, die sich für einen schnellen Friedensschluss einsetzen würden, nichts gemeinsam habe.<sup>326</sup>

Anders als bei der Frage einer Intervention beim Bundesrat waren sich die welschen und deutschsprachigen Sektionen grundsätzlich einig, dass die SFG zur Versöhnung zwischen den Sprachregionen in der Schweiz beitragen könne. So schloss sie sich den Ideen der „Neuen Helvetischen Gesellschaft“ (NHG) an, die sich u. a. zum Ziel setzte, die innerhelvetischen Differenzen zu überwinden.<sup>327</sup> Eine wichtige Rolle spielte in der Schweiz in diesem Kontext die von Ernest Bovet herausgegebene Zeitschrift „Wissen und Leben“. In der Kriegszeit stand sie ganz im Zeichen der Spannungen zwischen der deutschsprachigen und welschen Schweiz, wobei ihre Bemühungen auf Aussöhnung der sich streitenden Parteien im In- und Ausland ausgerichtet waren.<sup>328</sup> Überschriften wie „Europas Selbstmord“<sup>329</sup>, „Über dem Ringen“<sup>330</sup>, „Die innere Einigung der Schweiz“<sup>331</sup> und „Über den Graben weg“<sup>332</sup> verdeutlichen dieses Vorhaben. In einer Stunde der Gefahr suchte Bovet die Schweizer Bevölkerung zu beschwören, sich nicht durch fremde Propaganda gegeneinander aufhetzen zu lassen, sondern sich die Hände zur Versöhnung zu reichen.<sup>333</sup> In „Wissen und Leben“ stand in diesem Sinn geschrieben:

*„Keine Sympathie, weder für Frankreich noch für Deutschland, darf unsere Einheit irgendwie bedrohen. Wohl dürfen und sollen wir die Ereignisse, ihre Ursachen, ihre Wirkungen, in ruhiger Weise besprechen, doch immer nur um das Heil unseres Vaterlandes zu fördern. Wir sind seine Rasse und kennen keinen Rassenhass. Unsere Nation steht höher als die Rassen; wer es versucht, diese unsere Nation von ihrem*

---

<sup>323</sup> Ebd.

<sup>324</sup> Ebd.

<sup>325</sup> Vgl. Schreiben von Schatzmann an das Zentralkomitee der SFG, 11.12.1914, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

<sup>326</sup> Vgl. LP septembre 1917: 3.

<sup>327</sup> Vgl. Riesenberger 2008: 115.

<sup>328</sup> Vgl. Büttiker 1971: 58f.

<sup>329</sup> Wissen und Leben, zitiert nach: Büttiker 1971: 58.

<sup>330</sup> Wissen und Leben, zitiert nach: Ebd.

<sup>331</sup> Wissen und Leben, zitiert nach: Ebd.: 59.

<sup>332</sup> Wissen und Leben, zitiert nach: Ebd.

<sup>333</sup> Vgl. Büttiker 1971: 61.



*Höhenweg in die Tiefe abzulenken, der sündigt gegen die Arbeit von sechs Jahrhunderten.*<sup>334</sup>

In der Vereinszeitschrift „Der Friede“ wurde ebenfalls auf die Vorträge Carl Spittelers „Unser Schweizer Standpunkt“ und vor allem Paul Seippels „Die gegenwärtige Ereignisse vom Standpunkte der romanischen Schweiz betrachtet“ eingegangen und ihrer versöhnlichen Gesinnung beigepflichtet.<sup>335</sup> In diesen Vorträgen wurde ebenfalls die Verletzung der belgischen Neutralität angeprangert<sup>336</sup>, ein Thema, das auch auf der Ratssitzung des IFB im Januar 1915 für Gesprächsstoff sorgen sollte.

---

<sup>334</sup> Wissen und Leben, zitiert nach: Büttiker 1971: 61.

<sup>335</sup> Vgl. DF Januar 1915: 8; DF Februar 1915: 4.

<sup>336</sup> Vgl. DF Februar 1915: 4.

## 4. Das Jahr 1915

### 4.1. Das Scheitern der pazifistischen Einigungsbemühungen

Die Möglichkeit einer gemeinsamen Aussprache zwischen den Ratsmitgliedern im IFB ergab sich während einer Sitzung des IFB am 6. und 7. Januar 1915 in Bern. Der Belgier La Fontaine hatte sich lange gegen eine Einberufung gewehrt, weil er es als Bürger eines von deutschen Truppen überfallenen Staates als Zumutung empfand, sich mit Angehörigen dieses Landes an einen Tisch zu setzen. Sicherlich trug das für die Befürworter der französischen Linie vorteilhafte Kräfteverhältnis – 6 Stimmen aus den Ländern der Entente, 5 aus den Mittelmächten und 9 Stimmen aus den neutralen Ländern – zum Entschluss des Ratspräsidenten bei, doch noch das Wagnis einer Sitzung einzugehen.<sup>337</sup> Allerdings konnte die Zusammensetzung der Sitzung nicht als repräsentativ gelten, weil mit Ausnahme des Briten Joseph G. Alexander alle Mitglieder aus den Ländern der Entente nicht daran teilnahmen. Das Kriegsgeschehen hatte ebenfalls die Anwesenheit der Mitglieder aus den USA und den skandinavischen Ländern aufgrund von Reiseschwierigkeiten verhindert.<sup>338</sup> Von den französischen Vertretern, die zu dieser Zeit mehrheitlich Militärdienst leisten mussten, sprach sich insbesondere Gaston Moch gegen die Sitzung aus. Er liess in einem Brief an La Fontaine verlauten, dass dieser Krieg eine Fortsetzung des Kampfes der Französischen Revolution für die Ideale von Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit darstelle; eines Kampfes, der nicht vor seinem siegreichen Ende abgebrochen werden dürfe.<sup>339</sup>

*„Et cette guerre est précisément soutenue par la coalition pour leur défense et pour faire d’eux la base de la future société des nations; elle est à cette [sic] égard, la continuation directe des guerres de la Révolution, au point que, en août dernier, on pouvait s’imaginer à Paris que l’histoire du monde, arrêtée depuis le traité de Lunéville, venait de se remettre en marche. Elle doit nous conduire à la paix fondée, non sur les armements et la menace, mais sur le droit des peuples enfin reconnu et sur leur égalité au sein d’une organisation excluant toute suprématie.“*<sup>340</sup>

Die internationale Friedensbewegung sollte sich ihm zufolge erst wieder nach dem Krieg – nach dem Sieg der Entente und der Niederlage des preussischen Militarismus – reorganisieren und ihr sollten künftig nur noch „zuverlässige“ PazifistInnen angehören, womit er auf die Notwendigkeit einer programmatischen Revision innerhalb der deutschen Friedensbewegung anspielte.<sup>341</sup> Jedoch hatten die abwesenden Mitglieder aus den Ententestaaten von der Übertragung ihrer Stimmen auf andere Ratsangehörige Gebrauch gemacht. Die Sitzungsprotokolle, die in den Beständen des IFB im Archiv der Vereinten Nationen in Genf lagern, stellen eine äusserst wichtige Quelle zur Erforschung der Friedensbewegung während des Ersten Weltkrieges dar.<sup>342</sup>

Der Verlauf der Sitzung war noch offen, als der italienische Pazifist Edoardo Giretti<sup>343</sup> auf sein unmissverständliches Verhalten während des 1911 ausgebrochenen italienisch-osmanischen Krieges um Libyen aufmerksam machte, was die darauf folgenden Diskussionen massgeblich prägen sollte:

---

<sup>337</sup> Vgl. Mauermann 1990: 158.

<sup>338</sup> Vgl. Holl 2007: 165.

<sup>339</sup> Vgl. Holl 1988: 110.

<sup>340</sup> Brief von Ruysen an Golay, 1.1.1915, UNOG, IPM/IPB 400/2.

<sup>341</sup> Vgl. Holl 1988: 110.

<sup>342</sup> Vgl. Protokoll der Ratssitzungen vom 6. und 7. Januar 1915, UNOG, IPM/IPB 400/2.

<sup>343</sup> Zu seiner Person und der Friedensbewegung in Italien vgl. Angelo 1995.

*„Au moment où le gouvernement de mon pays avait réussi à exciter l'opinion publique de la majorité de mes concitoyens en faveur de la guerre pour la conquête de la Lybie, je me suis rendu au Congrès de la Paix de Genève et – comme il était de mon devoir – je n'ai pas manqué de dire, en des termes d'ailleurs plus modérés que ceux que j'employai en Italie, que je déplorais cette guerre commise en violation du traité existant entre l'Italie et la Turquie. Je fus alors dénoncé comme ennemi de mon pays par toute la presse nationaliste et militariste.“<sup>344</sup>*

Eine entsprechende Resolution gegen die aktuellen Ereignisse seit der Julikrise sollte ihm zufolge verabschiedet werden und diese mit der Wertung verbinden, dass sie elementare Verstösse gegen pazifistische Grundsätze und das Völkerrecht darstellten. Die von ihm eingebrachte Motion, die im Folgenden als „Motion Giretti“ bezeichnet wird, löste im IFB leidenschaftliche Diskussionen aus. Sie forderte:

*„Le Conseil de l'Union internationale des Sociétés de la Paix (Bureau international de la Paix) réuni à Berne le 6 Janvier 1915, après avoir constaté une fois de plus que parmi les principales causes de la guerre actuelle il y a lieu de relever le système des alliances, la diplomatie secrète et la surenchère en matière d'armements, considère de son devoir de réaffirmer les principes posés et proclamés par tous les Congrès Universels de la Paix. Il proteste en outre, avec énergie contre toutes les violations du droit international qui ont été commises dès le début de la présente guerre et au cours des hostilités, contre le caractère agressif et inexcusable de l'ultimatum adressé à la Serbie par le Gouvernement austro-hongrois et la violation brutalement avouée des traitées, qui oblig[e]aient les Empires allemand et austro-hongrois à respecter et garantir la neutralité de la Belgique et du Luxembourg.“<sup>345</sup>*

Nachdem in einer Probeabstimmung keine Mehrheit dafür gefunden werden konnte, legten Quidde, Heilberg, de Neufville und Fried eine Gegenresolution vor. Sie erklärten, nur einer Verurteilung zustimmen zu können, die sich auf sämtliche Völkerrechtsverletzungen, inklusive die der Entente – z. B. die mit dem Völkerrecht unvereinbare britische Seeblockade<sup>346</sup> – beziehen würde.<sup>347</sup> Damit wollten sie in erster Linie verhindern, dass die Resolution einseitig für die Propaganda gegen die Mittelmächte ausgenutzt würde. Weiter brachten die deutschen Ratsmitglieder das Argument vor, dass eine Zustimmung zur „Motion Giretti“ die pazifistische Tätigkeit in Deutschland bei bereits existierenden Repressionsmassnahmen gegen sie endgültig unmöglich machen würde.<sup>348</sup> Die Abstimmung zwischen den zwei Resolutionen – Kompromisse wurden nicht ernsthaft angestrebt – ergab ein Unentschieden: Während sich dem deutsch-österreichisch-ungarischen Lager die drei Niederländer und der Präsident der SFG Franz Bucher-Heller anschlossen, fand die „Motion Giretti“ Zustimmung bei La Fontaine, dem Engländer und den Ratsmitglieder aus der welschen Schweiz, denen zudem sämtliche Stimmen von den französischen Ratsmitgliedern übertragen worden waren.<sup>349</sup>

---

<sup>344</sup> Protokoll des Komitees des IFB, 6.1.1915: 5, UNOG, IPM/IPB 400/2.

<sup>345</sup> Motion Giretti „Projet de Résolution présenté par M. Giretti“, UNOG, IPM/IPB 400/2.

<sup>346</sup> Vgl. Holl 2007: 167.

<sup>347</sup> Vgl. Holl 1988: 110f.

<sup>348</sup> Vgl. Ebd.: 111.

<sup>349</sup> Vgl. Holl 2007: 167.

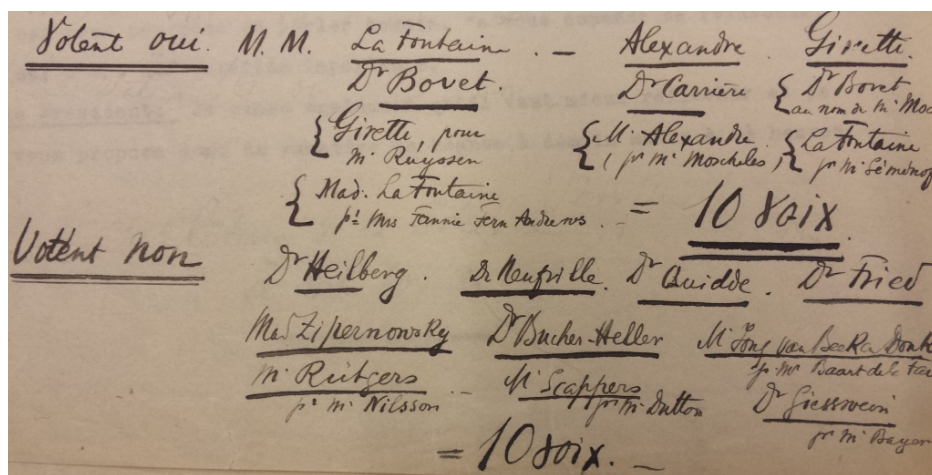


Abb. 6: Auflistung der Stimmabgaben im Sitzungsprotokoll

Bucher-Heller stimmte für die allgemein gehaltene Resolution, weil „*darin ist natürlich auch die Verletzung der belgischen Neutralität inbegriffen, und ich als Schweizer kann Sie versichern, wie ich mit Belgien gefühlt habe, denn ich habe mir gesagt, dass uns das gleiche hätte passieren können.*“<sup>350</sup> Jedoch machte er geltend, dass eine abschliessende Beurteilung der politischen Entscheidungen während des Kriegausbruchs zurzeit noch nicht möglich sei und es darum gehe, zu betonen, was die Friedensbewegung noch verbinde, nicht, was sie spalte.<sup>351</sup> Nach Kriegsende bedauerte Quidde, dass die Mitglieder aus den Mittelmächten die von Giretti vorgeschlagene Stimmenthaltung zur „Motion Giretti“ nicht aufgegriffen hätten und damit die darauf folgende Passivität des Büros massgeblich mitverschuldet hatten.<sup>352</sup> Er begründete den Verzicht damit, dass eine dadurch zustande gekommene Resolution „*uns jede weitere Tätigkeit in Deutschland unmöglich gemacht und uns jeder Aussicht, auf die öffentliche Meinung in Deutschland Einfluss zu gewinnen, beraubt hätte.*“<sup>353</sup> Zudem erwähnte Quidde, dass Bucher-Heller ihm einmal nach dem Krieg gesagt habe, „*er bereue es bitter, damals mit uns gestimmt zu haben*“<sup>354</sup>, jedoch ohne den Zeitpunkt der Aussage zu nennen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden die Massnahmen zur Begünstigung eines Friedensschlusses diskutiert. Der Brite Joseph G. Alexander schlug vor, über die Neutralen die kriegführenden Staaten zur Bekanntgabe ihrer Kriegsziele zu veranlassen, um so die Friedensgespräche ermitteln zu können. Dem Schweizer Bundesrat müsse dabei eine besondere Verantwortung zufallen. Bucher-Heller wies darauf hin, dass entsprechende Vorstösse zur Vermittlung durch Neutrale von ihm bereits unternommen worden seien (vgl. Kapitel 3.6), diese aber keinen Erfolg gezeitigt hätten. Auf Seiten der Ratsmitglieder aus der Entente bestand aber in dieser Frage zu viel Misstrauen, denn ein Frieden zum gegenwärtigen Zeitpunkt – Anfang 1915 – werde in Anbetracht des Frontverlaufs Deutschland die Chance einer europäischen Hegemonialstellung verschaffen, die Entente dagegen aber jeder Möglichkeit berauben, den deutschen Militarismus niederzuringen.<sup>355</sup> Der Rat entschloss sich deshalb, seinerseits auf einen entsprechenden Appell an die neutralen Staaten für eine Friedensvermittlung zu verzichten. Zumindest konnten sich die Ratsmitglieder auf das Abfassen von drei Appellen, an die „Friedensgesellschaften“, an die „Internationalen Organisationen“ und an die „Intellektuellen“ einigen.<sup>356</sup> Darin wurden die Friedensgesellschaften aufgefordert, ihre Organisationsstruktur auch während des Krieges aufrechtzuerhalten und bei der Ausarbeitung einer zukünftigen Friedensordnung alle Gruppierungen

<sup>350</sup> Protokoll des Komitees des IFB, 6.1.1915: 15f., UNOG, IPM/IPB 400/2.

<sup>351</sup> Vgl. Ebd.

<sup>352</sup> Vgl. Quidde 1979: 63.

<sup>353</sup> Vgl. Ebd.

<sup>354</sup> Vgl. Ebd.

<sup>355</sup> Vgl. Holl 1988: 111.

<sup>356</sup> Vgl. MP janvier/février 1915: 2-13.

herbeizuziehen, die sich der Weiterentwicklung des Internationalismus verschrieben hatten.<sup>357</sup> Eine zentrale Rolle bei der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den Staaten sollte den Intellektuellen zukommen, „*les hommes de la science et du savoir, à vous, les guides intellectuels de l’humanité, qui avez pour mission de tenir haut et flottant le drapeau de la civilisation [...]*“.<sup>358</sup> In den Appellen und Forderungen für einen zukünftigen Frieden wurde deutlich, dass der Krieg bereits weiterführende Überlegungen zu einer dauerhaften Friedenssicherung stimuliert hatte. So wurden u. a. die Beteiligung der neutralen Staaten an den Friedensverhandlungen, die Schaffung einer Staatenorganisation mit Vertretungs- und Vollzugsorganen sowie einer ständigen Gerichtsbarkeit, allgemeine Abrüstung und die Enteignung der Rüstungsindustrie, die Ungültigkeit geheimer Verträge, das Verbot aller Offensiv- und Defensivbündnisse, die Sicherung der Rechte für nationale Minderheiten, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Öffnung aller Kolonien nach dem Prinzip der „offenen Tür“ gefordert.<sup>359</sup>

Neben diesen Appellen hatte die Ratssitzung einige personelle Wechsel zur Folge. Der zurückgetretene ehemalige Bundesrat Robert Comtesse wurde durch Bucher-Heller im Ständigen Komitee ersetzt und Georges Bovet zum Präsident dieses Gremiums gewählt.<sup>360</sup> Dies geschah nicht nur wegen Bucher-Hellers besonderem Engagement für die Sache des Friedens, sondern auch mit Blick auf die Klagen der deutschen Seite, die in der personellen Besetzung des Komitees durch drei welsche Schweizer keine Gewähr für die Neutralität des IFB gegeben sahen.<sup>361</sup> Bucher-Heller war – wie seine Stimmabgabe zugunsten des deutsch-österreichischen Lagers gezeigt hatte – deutschfreundlich gesinnt, redete aber keinesfalls einem pro-deutschen Frieden das Wort, sondern setzte sich für einen ausgewogenen und gerechten Verständigungsfrieden ein. Die Sitzung im IFB förderte auch den Graben zwischen ihm und seinen welschen Kollegen zutage, die allesamt die „Motion Giretti“ befürwortet hatten.

Obwohl sich die im IFB versammelten Pazifisten wenigstens zum Abfassen einiger Appelle aufrufen konnten, erwies sich die Sitzung insgesamt gesehen eher als Fiasko. Das Büro vertagte sich auf ungewisse Zeit und fiel somit entgegen den Hoffnungen Quiddes als zentrale Instanz zur Aufrechterhaltung von internationalen Kontakten aus.

## 4.2. Humanitäres Engagement der Friedensbewegung

Aufgrund der verbreiteten Anfeindungen gegen sie und infolge der Orientierungslosigkeit in ihren Reihen sahen viele PazifistInnen die Zeit für intensive Friedensarbeit als verfrüht an. Weil sie trotzdem einen Beitrag zur Linderung der Kriegsfolgen leisten wollten, setzten sich zahlreiche von ihnen im Rahmen von humanitären Organisationen ein. In der Schweiz kam dabei dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und der nationalen Rotkreuz-Gesellschaft (SRK) eine wichtige Rolle zu. Bereits im ersten Kriegsmonat veranlasste der Genfer Gustave Ador, Regierungsrat und Nationalrat sowie seit 1910 Präsident des IKRK, die Schaffung einer Vermittlungsagentur für Kriegsgefangene.<sup>362</sup> Die wichtigste Aufgabe der *Agence Internationale des Prisonniers de Guerre* (AIPG) bestand darin, Informationen über den Verbleib und den Gesundheitszustand von Kriegsgefangenen zu sammeln und diese den Angehörigen zu übermitteln. Zu diesem Zweck wurde eine riesige Kartotheek angefertigt, die im Laufe der Jahre über 4’805’000 Karteikärtchen umfasste.<sup>363</sup>

<sup>357</sup> Vgl. Ebd.: 2-11.

<sup>358</sup> Ebd.: 12.

<sup>359</sup> Vgl. Ebd.: 5f.

<sup>360</sup> Vgl. Ebd.: 2.

<sup>361</sup> Vgl. Mauermann: 1990: 164.

<sup>362</sup> Vgl. Kreis 2014b: 234.

<sup>363</sup> Vgl. Cotter, Herrmann 2014: 250.



Abb. 7: Büro der AIPG in Genf

Die Vereinszeitschrift der SFG „Der Friede“ machte auf die Entstehung der Agentur mit einem Artikel aufmerksam<sup>364</sup> und berichtete während des Krieges permanent über die humanitären Hilfeleistungen der Schweiz und anderer Länder.<sup>365</sup> Die von der AIPG übernommenen Aufgaben wollte das IFB ursprünglich sogar selbst auf sich nehmen. Golay und Bundespräsident Arthur Hoffmann standen zu diesem Zweck in gegenseitigem Briefkontakt.<sup>366</sup> Weil Zeitungen in Frankreich und Deutschland bereits berichtet hatten, dass das IFB für die Vermittlung zugunsten von Kriegsgefangenen zuständig sei, wurde das Büro in Bern während der ersten Kriegsmonate von Anfragen regelrecht überhäuft. Nach der Initiative von Gustav Ador trat das IFB aber zugunsten des Roten Kreuzes zurück.<sup>367</sup> Allerdings rief die SFG dazu auf, dass sich ihre Sektionen den Samaritervereinen und den Zweigvereinen des Roten Kreuzes zur Verfügung stellen sollten.<sup>368</sup> Zudem übernahm das IFB selbst zahlreiche Hilfeleistungen zugunsten von Zivilpersonen und Kriegsgefangenen. Es erkundigte sich über die Behandlung der Soldaten in den Gefangenenlagern. Weiter übermittelte das IFB Briefe und intervenierte zugunsten von Zivilinternierten, um ihnen die Rückkehr in ihre Heimat zu erleichtern. In den ersten 14 Monaten nach Kriegsausbruch wurden auf diese Weise mehr als 100'000 Briefe übermittelt.<sup>369</sup>

Die Ausführungen zum humanitären Engagement der SFG und des IFB machen deutlich, dass diese auch Bestandteil der humanitären Hilfe der Schweiz während des Ersten Weltkrieges waren. Die Leistungen in diesem Bereich nahmen unterschiedlichste Formen an: Auf diplomatischer Ebene vertrat sie die Interessen einzelner kriegführender Staaten und wirkte auf das Zustandekommen von Vereinbarungen zwischen ihnen hin. Sie organisierte zu deren Erholung Internierungen von ausländischen Kriegsverletzten in der Schweiz und vermittelte Übereinkünfte zwischen verschiedenen Staaten zum Austausch von Militär- und Zivilinternierten.<sup>370</sup> In der Schweiz kamen auch

<sup>364</sup> Vgl. DF September/Oktober 1914: 67f.

<sup>365</sup> Vgl. DF Januar 1915; DF März 1915; DF November 1915; DF März 1917; DF August 1917.

<sup>366</sup> Vgl. Briefe von Hoffmann an Golay, 21.8.1914 und 25.8.1914, UNOG, IPM/IPB 290/2.

<sup>367</sup> Vgl. MP août-décembre 1914: 366-368.

<sup>368</sup> Vgl. DF September/Oktober 1914: 69.

<sup>369</sup> Vgl. DF November 1915: 86f.

<sup>370</sup> Vgl. Bürgisser 2014.

zahlreiche weitere Privatinitiativen zustande, wie etwa die Gründung des Hilfswerks der schweizerischen Hochschulen für kriegsgefangene Studenten.<sup>371</sup>

Das grosszügige humanitäre Engagement verlieh dem Land eine bedeutende Rolle auf dem internationalen Parkett.<sup>372</sup> Die Dienste der Schweiz wurden von den kriegführenden Staaten geschätzt und dienten dem guten Ruf des Landes. Insofern war das vermittelnde Engagement von grossem Nutzen für die Rechtfertigung der Neutralität, denn die kriegführenden Länder sahen häufig wegen diesen diplomatischen und karitativen Tätigkeiten über die praktizierte Neutralität der Schweiz hinweg, welche sie weder nachvollziehen noch akzeptieren wollten.<sup>373</sup> Indem die Schweizer Regierung das humanitäre Engagement zu einer patriotischen Tugend zu machen versuchte, waren die Hilfstätigkeiten auch für die inneren Belange des Landes von Nutzen. So schrieb der Bundesrat in einem Bericht an die Bundesversammlung vom 1. Dezember 1914: *„Es gehört zu den Prärogativen eines neutralen Landes, mitten im furchtbaren Kampfe der Völker die Stimme der Humanität zu erheben und zur Linderung der Kriegsnot beizutragen.“*<sup>374</sup> Die dadurch geschaffene Identität stärkte den nationalen Zusammenhalt und trug dazu bei, den Graben zwischen welschen und deutschsprachigen Schweizern zu überbrücken.<sup>375</sup> Das humanitäre Engagement der Schweiz war deshalb auch nicht völlig uneigennützig. So brachten beispielsweise die Internierten dem darniederliegenden Hotelgewerbe willkommene Belegungen und sie wurden teilweise auch als Fachkräfte eingesetzt.<sup>376</sup>



Abb. 8: Britische Internierte in einem Schlafsaal

Die Linderung des menschlichen Leidens wollte die SFG auch auf gewisse Tiere erweitert sehen. So begrüsst sie die Gründung eines Roten Kreuzes für Pferde, das sich um das Wohl dieser Tiere während des Krieges kümmern sollte.<sup>377</sup> Durch diese Forderung wird die Nähe der SFG zu weiteren Reformbewegungen wie der Tier- und Naturschutzbewegung, der ethischen Bewegung sowie der Abstinenz- und Frauenbewegung deutlich. Beispielsweise kritisierte sie, dass Soldaten durch Alkohol

<sup>371</sup> Vgl. Cotter, Herrmann 2014: 241.

<sup>372</sup> Vgl. Ebd.

<sup>373</sup> Vgl. Ebd.: 264.

<sup>374</sup> Ebd.

<sup>375</sup> Vgl. Ebd.: 241.

<sup>376</sup> Vgl. Kreis 2014b: 240f.

<sup>377</sup> Vgl. DF März 1915: 23.

zum Krieg motiviert würden und das Vereinsblatt „Der Friede“ wurde auch für dessen Auflage an alkoholfreie Restaurants verschickt.<sup>378</sup> Zudem gab es im Jahr 1915 ebenso wie im Jahr 2015 eine Diskussion um die Schweiz und ihre Erinnerungskultur.<sup>379</sup> Die SFG kritisierte, dass an verschiedenen Orten im Land die Schlacht am Morgarten von 1315 mit „militärischen Gepränge“ gefeiert wurde, während das „Friedensinstrument“ der völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung der schweizerischen Neutralität von 1815 kaum Beachtung gefunden habe.<sup>380</sup> Das Vereinsblatt stellte fest:

*„Krieg und Kriegsgeschrei ist unser Element, für ‚papierne‘ Verträge haben wir nur ein mitleidiges Lächeln übrig. Unsere Geschichte ist Kriegs- und Blutgeschichte; wir wissen eigentlich nur vom Hauen und Stechen unserer Vorfahren etwas zu berichten, von anderem sehr wenig.“*<sup>381</sup>

Die Kritik am Primat der Militär- und Kriegsgeschichte verknüpfte die SFG mit weiteren Überlegungen zu pädagogischen und ethischen Fragen, denn sie sah die tiefere Ursache des Krieges in einem „materialistischen Egoismus“ und einer fehlenden ethischen Grundlage bei den Menschen.<sup>382</sup> Der historische Ursprung der SFG im Erziehungsverein wird etwa durch die Forderung an die Lehrer deutlich, die Bedeutung des eigenen Landes in der Schule nicht über alle anderen zu erhöhen und diese nicht „chauvinistisch“ zu indoktrinieren. Ihr zufolge geschehe dies zurzeit zu ihrem Bedauern vor allem in den kriegführenden Ländern.<sup>383</sup> Die Sektion Waadt beteiligte sich weiter an einem Aufruf an Eltern, ihren Kindern zu Weihnachten keine Kriegsspielsachen zu schenken, weil sie den Krieg dadurch als etwas „Gutes“, „Natürliches“ und „Notwendiges“ ansehen würden.<sup>384</sup> Die Vereinszeitschrift der SFG berichtete in diesem Kontext, dass es vor allem in intellektuellen Kreisen ein Interesse für den Frieden gebe, während die Friedensbewegung für einen grossen Teil der Bevölkerung „ein Buch mit sieben Siegeln, etwas Unverständliches und Unausführbares“<sup>385</sup> sei. Bucher-Heller teilte beispielsweise auf der Delegiertenversammlung der SFG in Herisau 1916 mit, dass die SFG vor Kriegsausbruch allen Nationalräten das Buch „Die falsche Rechnung. Was bringt der Krieg ein?“ des britischen Publizisten Norman Angells geschenkt habe, diese seien aber eine Antwort als Reaktion darauf schuldig geblieben.<sup>386</sup> Das Friedensthema wollte die SFG deshalb auch in den bisher kaum erreichten Kreisen popularisieren und mit ihnen vermehrt zusammenarbeiten. In diesem Sinne bejahte sie die von ihr im „Frieden“ aufgeworfene Frage,

*„ob nicht neben den Friedensgesellschaften der Welt die verschiedenlichen Menschenrechtsbestrebungen, die Tierschutzbewegung, die Naturschutzvereinigungen, die internationale Frauenbewegung, das internationale Proletariat, die Antialkoholbewegung, die Kirche, die Hochschulen, die wissenschaftlichen, ethischen und die unzähligen Rechtsbewegungen sich heute die Hand bieten sollten, um in den Grundfragen für den Frieden sich zu einer Einheitsorganisation zusammenzuschliessen?“*<sup>387</sup>

---

<sup>378</sup> Vgl. DF März 1917; Protokoll der Sitzung vom 20. Februar 1917 der Sektion Schaffhausen, StadtASH, D I.02.503/01.

<sup>379</sup> Zur Debatte rund um das Jubiläumsjahr 2015 vgl. Holenstein 2015.

<sup>380</sup> Vgl. DF Dezember 1915: 91.

<sup>381</sup> Ebd.

<sup>382</sup> Vgl. DF November 1915: 85; DF Dezember 1916: 89f.; DF Dezember 1918: 43.

<sup>383</sup> Vgl. DF November 1915: 85f.

<sup>384</sup> Vgl. Pamphlet „Appel à la Population de Lausanne“, 3.12.1916, UNOG, IPM/IPB 303/5.

<sup>385</sup> DF Oktober 1915: 74.

<sup>386</sup> Vgl. DF Juni 1916: 46.

<sup>387</sup> Vgl. DF Oktober 1915: 74f.



Bereits im Februar 1915 hatte die SFG ihr Vorhaben zum Teil umsetzen können, indem sie sich zusammen mit Vertretern der Kirche, der Hochschulen und diversen Berufsverbänden mit dem Gesuch einer Intervention für die Einberufung einer internationalen Konferenz neutraler Staaten an den Bundesrat wandte.

#### 4.3. Initiative für die Einberufung einer internationalen Konferenz neutraler Staaten

Die schrecklichen Kriegsberichte in den Zeitungen wurden für die Schweiz zur blutigen Wirklichkeit, wenn Züge mit schwerverwundeten ausländischen Soldaten in Schweizer Bahnhöfe rollten.<sup>388</sup> Solche Erfahrungen weckten Betroffenheit und motivierten BürgerInnen, den Bundesrat zu einem Schritt in Richtung Vermittlung zwischen den kriegführenden Staaten zu veranlassen. Zusammen mit den oben erwähnten Institutionen und Verbänden – der organisatorische Zusammenschluss zwischen ihnen nannte sich „Initiativkomitee PAX“ – richtete die SFG am 24. Februar 1915 ein

*„Gesuch an den hohen schweizerischen Bundesrat, er möchte eine internationale Konferenz der neutralen Staaten einberufen, zu dem Zwecke, die geeigneten Schritte zu beraten:*

- a) Wie ein Friede anzubahnen wäre, der die Bedingungen grösserer Dauer in sich schliesst,*
- b) Wie die gemeinsamen Interessen der neutralen Staaten während des Krieges und beim zukünftigen Friedensschluss gewahrt werden könnten.“<sup>389</sup>*

Die Notwendigkeit der Einberufung einer internationalen Konferenz der neutralen Staaten wurde einleitend damit begründet, dass ein Ende des schrecklichsten Krieges, der die Menschheit je gesehen habe, nicht abzusehen sei. *„Hunderttausende blühender Menschen sinken vorzeitig ins Grab oder werden zu bedauernswerten Krüppeln gemacht. Zahlreiche Familien fallen in Trauer, Not und Elend.“<sup>390</sup>* Im Gesuch an den Bundesrat sticht neben dem noch nie dagewesenen Ausmass des Blutvergiessens vor allem die wirtschaftliche Notwendigkeit eines Friedensschlusses für die Schweiz ins Auge. Das Land war mitten in Europa eng verbunden mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Kontinents, die infolge des Krieges auf einen Ruin hintrieben. Begleitet wurden diese Besorgnisse von der Furcht, dass die Schweiz dadurch bald Hunger leiden werde:

*„Schwer leidet auch die Schweiz unter diesem Kriege. Handel, Industrie und Gewerbe stocken. Die Arbeitslosigkeit nimmt einen bisher nie gekannten Umfang an. Die Nahrungsmittelzufuhr ist unterbunden, und die gesamte Lebenshaltung verteuert sich mehr und mehr.“<sup>391</sup>*

Klimahistorische Forschungen von Christian Pfister haben ergeben, dass die vor allem ab 1916 einsetzenden Missernten und der daraus resultierende Nahrungsmittelengpass insbesondere durch eine bemerkenswerte Kälteperiode hervorgerufen wurden.<sup>392</sup> Neben wirtschaftlichen Sorgen gab es

---

<sup>388</sup> Vgl. Soiron 1973: 20.

<sup>389</sup> Eingabe des Initiativkomitees PAX an den Bundesrat, 24.2.1915, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

<sup>390</sup> Ebd.

<sup>391</sup> Ebd.

<sup>392</sup> Vgl. Krämer, Pfister, Segesser 2016; vor allem das Kapitel von Pfister 2016.

immer wieder Befürchtungen, dass eine der Armeen versuchen könnte, über Schweizer Territorium dem Gegner in die Flanke zu fallen, womit die Schweiz selbst endgültig in die Kriegswirren hineingezogen würde: *„Wer bürgt dafür, dass nicht noch weitere Staaten in den entsetzlichen Weltbrand hineingerissen werden, wenn nicht beizeiten eine mächtige Friedensbewegung sich Geltung verschafft!“*<sup>393</sup> Ähnliche Befürchtungen sind aus der Schweizer Armeeführung bekannt. Generalstabschef Theophil Sprecher von Bernegg schätzte die militärische Situation für die Schweiz beim Kriegseintritt Italiens im Mai 1915 in einem Memorandum an General Ulrich Wille sogar als gefährlicher ein als sie bei Kriegsausbruch gewesen war: *„Damit ist eine Situation gegeben, die für uns gefährlicher ist als die, welche für uns durch die Mobilmachungsbeschlüsse der Grossmächte um den 1. August herum geschaffen wurde.“*<sup>394</sup>

Wer eine schnelle Friedensvermittlung durch den Bundesrat erhofft hatte, wurde allerdings schwer enttäuscht. Am 30. März 1915 antwortete dieser, er könne in einer jetzt einzuberufenden internationalen Konferenz der neutralen Staaten keinen Weg erblicken, der dem von den Petenten und dem Bundesrat gleich warm erhofften Ziele entgegenführen würde.<sup>395</sup> Das Interventionsgesuch der SFG lief darauf hinaus, durch eine internationale Konferenz der neutralen Staaten gemeinsame Schritte zugunsten von Friedensverhandlungen und eines Waffenstillstands zu unternehmen.<sup>396</sup> Dieses Vorhaben beschränkte sich aber weitgehend auf die deutschsprachigen Sektionen der SFG, denn die welschen betrachteten einen solchen Schritt als verfrüht. Die führende französischsprachige Sektion in Genf lehnte in einem Schreiben an Bucher-Heller jegliche Intervention durch die SFG beim Bundesrat ab, *„qui pourrait être interprété dans le sens d’une intervention quelconque en faveur d’un des groupes des belligérants.“*<sup>397</sup> Die scheinbare Einstimmigkeit unter den welschen Sektionen trügt jedoch, denn einzelne ihrer Mitglieder gehörten ebenfalls zu den Befürworter einer Friedensvermittlung.<sup>398</sup> Prominentes Beispiel dafür war Édouard Quartier-la-Tente, der im März 1915 seinen Posten als Präsident der Sektion Neuenburg abgab, aber weiterhin ihr Ehrenpräsident blieb.<sup>399</sup> Er war daneben ein führendes Mitglied in der bereits erwähnten *Ligue des pays neutres* und gehörte als solches ebenfalls dem „Initiativkomitee PAX“ an, das am 6. August 1915 den Bundesrat erneut um eine Einberufung einer Konferenz der neutralen Staaten für eine Friedensvermittlung ersuchte.<sup>400</sup> Der Neuenburger Staatsrat gehörte zu denjenigen PazifistInnen, die sich aktiv für eine Weiterentwicklung des Friedensprogramms und um eine Verständigung zwischen den kriegführenden Staaten bemühten. Diese Kräfte fanden sich im April 1915 in Den Haag zu einer internationalen Konferenz zusammen.

#### 4.4. Die internationale Pazifistenkonferenz in Den Haag

Nachdem die Ratssitzung des IFB im Januar 1915 in einem Fiasko geendet hatte, liess die in Den Haag vom 7. bis 10. April 1915 tagende internationale Pazifistenkonferenz einen Zugewinn an Realismus, Klarheit und Stärke in der internationalen Friedensbewegung erkennen. Dort sollten die Grundlagen eines künftigen Friedens erarbeitet werden. Die Konferenz in Den Haag wurde vom niederländischen *Anti-Oorlog-Raad* in Zusammenarbeit mit dem schweizerischen „Komitee für das Studium eines dauerhaften Friedens“ initiiert. Vielversprechend erwies sich neben der Anwesenheit von Angehörigen aus neutralen Staaten, dass auch Delegationen aus den beiden kriegführenden Lagern

---

<sup>393</sup> Eingabe des Initiativkomitees PAX an den Bundesrat, 24.2.1915, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

<sup>394</sup> Memorandum des Chefs des Generalstabs der Schweizer Armee (T. Sprecher von Bernegg) an den General der Schweizer Armee (U. Wille), 7.5.1915, [dodis.ch/43396](http://dodis.ch/43396).

<sup>395</sup> Vgl. Antwortschreiben des Bundesrats an die SFG, 30.3.1915, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

<sup>396</sup> Vgl. DF März 1915: 18.

<sup>397</sup> LP septembre 1916: 3.

<sup>398</sup> Vgl. Eingabe des Initiativkomitees PAX an den Bundesrat, 24.2.1915, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

<sup>399</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Komitees der Neuenburger Sektion vom 2.3.1915, AEN, A1/II.

<sup>400</sup> Vgl. Eingabe des Initiativkomitees PAX an den Bundesrat, 6.8.1915, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

an der Konferenz teilnahmen. Zusätzlich zu den Teilnehmenden aus den neutralen Ländern Schweden, Niederlande, Norwegen, der Schweiz und den USA reiste eine deutsche, österreichische, ungarische und britische Delegation zur Konferenz in Den Haag an, auf der sowohl „neue“ als auch „alte“ pazifistische Gruppierungen anwesend waren. Die traditionellen Organisationen des pazifistischen Internationalismus waren vertreten durch den Norweger Christian Louis Lange als Präsident der IPU und das IFB indirekt durch den Belgier Paul Otlet, einem Freund La Fontaines.<sup>401</sup> Einer der Schweizer Teilnehmer war der internationale Anerkennungs- und Psychiater und Entomologe Auguste Forel<sup>402</sup>, der zumindest bis zum Kriegsausbruch Mitglied der Sektion Waadt der SFG war.<sup>403</sup> Weitere Teilnehmer aus der Schweiz waren Otto Volkart vom „Internationalen Orden für Ethik und Kultur“, der Sekretär der „Vereinigung für einen dauerhaften Frieden“ Ernst Trösch, der Rechtsprofessor an der Universität Neuenburg Georges Sauser-Hall, der Professor für Völkerrecht an der Universität Lausanne André Mercier, der Präsident des Zivilgerichts in Basel A. Huber und Hans Schenkel, Professor für Physik und Mathematik am Technikum in Winterthur.<sup>404</sup>

Es erwies sich für den Ablauf als konstruktiv, dass das Treffen als Vorkonferenz für einen späteren, umfassenden Kongress aufgefasst wurde (vgl. Kapitel 7.4) und sich die Diskussion nicht um die aktuelle Kriegslage drehte.<sup>405</sup> Die deutsche Delegation war deshalb nicht gezwungen, sich zur Verletzung der belgischen Neutralität äussern zu müssen. Die Konferenzteilnehmenden eigneten sich auf ein Mindestprogramm, das fortan als wichtige Grundlage für pazifistische Diskussionen während des Krieges diente und in seinen Grundzügen bereits in den Berner Ergebnissen von Januar 1915 enthalten waren (vgl. Kapitel 4.1). Dazu gehörte der Ausschluss von Annexionen oder Gebietsübertragungen ohne Zustimmung der betroffenen Bevölkerung, die Liberalisierung des Kolonialhandels, die Weiterentwicklung des auf den Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 beschlossenen Friedensprogramms, eine Vereinbarung über den Rüstungsbau und die parlamentarische Kontrolle der Aussenpolitik.<sup>406</sup>

Mit der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ wurde in Den Haag ein neuer pazifistischer Dachverband gegründet, der das Minimalprogramm verbreiten und weiter ausgestalten sollte. Weil deren Leitung dem niederländischen *Anti-Oorlog-Raad* übertragen wurde, zog sich einer der führenden Köpfe bei der Ausarbeitung des Haager Mindestprogramms, Otfried Nippold, zurück. Er hatte sich die Übertragung dieser Aufgabe an eine Zentralinstitution wie dem IFB gewünscht und überliess in der Schweiz Nationalrat Joseph A. Scherrer-Füllemann, Präsident der schweizerischen Sektion der IPU, die Leitung des „Komitees für das Studium eines dauerhaften Friedens“.<sup>407</sup> Gemeinsam mit den oben erwähnten Schweizer Teilnehmern an der Haager Pazifistenkonferenz gehörte Scherrer-Füllemann dem internationalen Rat der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ an.<sup>408</sup>

Die erfolgreiche Durchführung der Friedenskonferenz in Den Haag zeigte, dass die internationale Friedensbewegung die anfängliche Lähmung überwinden konnte und zu Realitätssinn und Klarheit gefunden hatte. Sie konnte eine Vermittlerrolle erfüllen, die viele PazifistInnen eigentlich vom IFB erwartet hatten. Verstärkt wurde dieser Eindruck, als vom 28. April bis 1. Mai ebenfalls in Den Haag ein Kongress der radikalen bürgerlichen Frauenbewegung, die „Internationale Frauenkonferenz für einen dauerhaften Frieden“, tagte, der bis zu 1'200 Teilnehmerinnen aus neutralen und

---

<sup>401</sup> Vgl. Holl 1988: 116.

<sup>402</sup> Vgl. Forel 1935: 264f.

<sup>403</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 161. Van der Lindens Aussage, Forel habe vor dem Ersten Weltkrieg kein Kontakt zur Friedensbewegung gehabt (vgl. Linden 2006: 182), ist deshalb falsch.

<sup>404</sup> Vgl. Linden 2006: 183.

<sup>405</sup> Vgl. Holl 1988: 116f.

<sup>406</sup> Vgl. Ebd.: 117.

<sup>407</sup> Vgl. Mauermann 1990: 167.

<sup>408</sup> Vgl. Linden 2006: 182f.

kriegführenden Staaten vereinigte.<sup>409</sup> Aus einer Genderperspektive ist anzumerken, dass diese Vereinigung die Forderungen des Haager Minimalprogramms auch auf Frauen übertragen haben wollte. So hiess es etwa, dass ein künftiger Friedensschluss davon ausgehen sollte, *„dass kein Gebiet ohne die Einwilligung seiner männlichen und weiblichen Bevölkerung übertragen werde.“*<sup>410</sup>

In den Konferenzresolutionen wurden weitreichende Forderungen nach Gleichberechtigung und nach Demokratisierung der politischen Institutionen aufgestellt. In ihnen kam die Überzeugung zum Ausdruck, mit dem Krieg habe eine ausschliesslich von Männern gemachte Politik ihren Bankrott erklärt. Weil es ihrer Meinung nach einen dauerhaften Frieden nur dann geben könne, wenn auch Frauen die Möglichkeit haben, die Entwicklungen in Politik und Gesellschaft gleichberechtigt zu beeinflussen, gehörte zu ihren Forderungen explizit das Frauenstimmrecht.<sup>411</sup> Obwohl aus der Schweiz keine Delegierten daran teilnahmen, erreichten den Kongress zahlreiche Sympathieadressen. Die in der Stimmrechtsbewegung aktive Clara Ragaz hatte anreisen wollen, doch ihr Mann Leonhard Ragaz hatte sich einer Reise durch das kriegführende Deutschland aus Sorge um ihr Wohl widersetzt.<sup>412</sup> Sie vertrat aber die Friedensanliegen des Haager Kongresses am schweizerischen Frauenstimmrechtstag in Biel vom 14. Mai 1915, wo sie ihr vielbeachtetes Referat über „Die Frau und der Friede“ hielt.<sup>413</sup> Die Anerkennung des Stimmrechts erschien umso gerechtfertigter, weil Frauen verdienstvolle Arbeit für Staat und Gesellschaft übernahmen, während viele Männer wegen des Aktivdienstes abwesend waren (vgl. Abb. 9). „Der Friede“ warb für die Broschüre, in der Clara Ragaz' Referat abgedruckt wurde, und bezeichnete die Mitbegründerin der Schweizer Sektion der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ (IFFF) als *„unsere beste Kampfgenossin für den Weltfrieden“*.<sup>414</sup>



Abb. 9: Frauen bei der Arbeit in einer Armeeschneiderwerkstätte in Bern

Angesichts der Pazifistenkonferenzen wollte Henri Golay unbedingt ein Lebenszeichen von sich geben, weil sonst das IFB seine Rolle als bisherige Zentralorganisation des Pazifismus zugunsten der Gruppierungen in Den Haag verlieren würde. Die französischen Ratsmitglieder fanden sich jedoch

<sup>409</sup> Vgl. Wilmers 2008: 35-54; „Memorandum by Aletta Jacobs, Rosika Schwimmer and Chrystal Macmillan, Members of the Delegations to the Governments of Europe from the International Congress of Women, The Hague, April 28th to May 1st. 1915, on the Envoys to the Governments and the Proposal for a Conference of Neutral Nations“, 13.8.1915, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

<sup>410</sup> Riesenberger 1985: 103.

<sup>411</sup> Vgl. Wilmers 2008: 38.

<sup>412</sup> Vgl. Mattmüller 1968: 292.

<sup>413</sup> Vgl. Ragaz 1915.

<sup>414</sup> DF Oktober 1915: 80.

weiterhin nicht zu einer Aussprache mit RepräsentantInnen eines feindlichen Landes bereit.<sup>415</sup> Damit drohte aus Golays Sicht, dass die französische Interpretation des Friedens – das Niederringen des preussischen Militarismus – gegenüber dem deutschen Vorschlag eines Friedens durch Verständigung an Bedeutung verlieren musste.<sup>416</sup> Gegenüber Moch beklagte sich Golay denn auch, dass in der in Den Haag gegründeten „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ keine Franzosen und nur solche Engländer vertreten seien, die einen Verständigungsfrieden befürworteten.<sup>417</sup> Neben Benjamin de Jong van Beek en Donk, dem Leiter des *Anti-Oorlog-Raad* und Sekretär der „Zentralorganisation“, sah Golay in der Schweiz in Scherrer-Füllemann, dem Leiter des schweizerischen „Komitees für einen dauerhaften Frieden“ und Mitglied des Rates der „Zentralorganisation“, die hauptsächlichen Gegenspieler.<sup>418</sup> Golay und Bucher-Heller waren über die Entscheidung der französischen Ratsmitglieder enttäuscht, obwohl beide unterschiedliche Ziele verfolgten; Bovet und Carrière waren aber nicht bereit, ohne französische Zustimmung die Zentrale zu aktivieren.<sup>419</sup> Während Golay das IFB für die Übernahme der französischen Vorstellung eines Friedens gewinnen wollte, betrachtete Bucher-Heller das Berner Büro als Zentralinstitution, um von der neutralen Schweiz aus alle Fäden in Richtung eines Verständigungsfriedens zu ziehen.

Der Sekretär des IFB hegte infolgedessen die Befürchtung, dass sich die Sektionen der SFG zu stark an den Positionen der neu gegründeten „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ orientieren würden, die von den französischen Ratsmitgliedern und ihm aufgrund der Beteiligung von deutschen PazifistInnen als deutschfreundlich taxiert wurde.<sup>420</sup> In diesem Zusammenhang ist die von Golay ausgearbeitete Resolution zu verstehen, die er auf der Delegiertenversammlung der SFG vom 16. Mai 1915 in Basel einbrachte:

*„Die Delegierten des Schweizerischen Friedensvereins haben in ihrer heutigen Jahresversammlung Kenntnis genommen von zahlreichen Zeitungsaufsätzen, die das Werk der Friedensgesellschaften zu diskreditieren suchen und dazu angetan sind, manche Friedensfreunde vom Beitritt abzuhalten. Die Delegierten erheben dagegen Protest und erklären, dass die organisierte Friedensbewegung keineswegs den Frieden um jeden Preis verlange, dass sie durchaus nicht dem wohlverstandenen Patriotismus, der auch die Rechte anderer achtet, ablehnend gegenüberstehe, sondern nur seiner Karikatur, dem engherzigen hasserfüllten Chauvinismus, und dass der einzige wahre Friede, den sie anerkenne, der auf das Recht, die Achtung der Verträge und das Prinzip der Freiheit gegründete Friede sei.“*<sup>421</sup>

In der Resolution wird neben zahlreichen weiteren Aspekten der „Friede um jeden Preis“ erwähnt. Darunter wurde das Eintreten für einen schnellen Friedensschluss verstanden, der aber keine dauerhafte Friedensordnung garantieren würde. Insbesondere die PazifistInnen aus der Entente, die welschen Angehörigen des IFB und der SFG warfen unter dieser Bezeichnung den PazifistInnen aus den Mittelmächten das Nichtbeachten fundamentaler pazifistischer Grundsätze vor. Sie würden durch die Forderung eines schnellen Verständigungsfriedens vernachlässigen, wer den Krieg verursacht habe und dadurch die auf den Friedenskongressen gemeinsam beschlossenen Grundsätze (z. B. es existiert kein Recht auf Eroberung) ignorieren. Dieser Vorwurf richteten sie gerade deshalb gegen die „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“, weil die deutsche Delegation auf der

<sup>415</sup> Vgl. z. B. Brief von Moch an Golay, 13.8.1915, UNOG, IPM/IPB 300/2.

<sup>416</sup> Vgl. Mauermann 1990: 168.

<sup>417</sup> Vgl. Brief von Golay an Moch, 19.5.1915, UNOG, IPM/IPB 298/1.

<sup>418</sup> Vgl. Mauermann 1990: 168.

<sup>419</sup> Vgl. Ebd.: 169.

<sup>420</sup> Zur näheren Betrachtung der Beziehungen zwischen der „Zentralorganisation“ und den Mittelmächten vgl. Zechlin 1962.

<sup>421</sup> Vgl. DF Juni 1915: 43.

Pazifistenkonferenz in Den Haag keine Stellungnahme zur Verletzung der belgischen Neutralität abgeben musste.<sup>422</sup> Auf der Delegiertenversammlung der SFG in Basel waren auch Golays „Gegenspieler“ Scherrer-Füllemann, der Wortführer des in „Vereinigung zum Studium der Grundlagen eines dauerhaften Friedensvertrages“ (VSGDF)<sup>423</sup> umbenannten Komitees sowie Ernst Trösch und Albert Schenk von der Vereinigung anwesend.<sup>424</sup>

Allerdings waren die oben erwähnten Anschuldigungen zumindest teilweise ungerechtfertigt, denn beispielsweise Fried vertrat die Meinung, dass ein baldiges Kriegsende keinesfalls das alleinige Ziel sein dürfe, wenn es keine Garantie für eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung gäbe. Auf der Januar-Sitzung im IFB teilte er mit:

*„Dieser Krieg muss aus sich selbst heraus zu Ende kommen, nachdem das System zusammengebrochen sein wird, das ihn heraufbeschworen hat. Kommen wir jetzt nicht mit Palliativmittelchen, sondern gehen wir radikal vor und fordern wir unbekümmert um die kürzere oder längere Dauer des jetzigen Krieges die Gestaltung eines künftigen Friedens, der einen neuen Krieg unmöglich macht. Ich stimme daher vollständig mit den französischen Freunden überein. Verlangen wir keine Beendigung des Krieges!“<sup>425</sup>*

Fried revidierte später seine Meinung jedoch und sah zwischen einem schnellen sowie einem auf Recht basierenden Frieden keinen Widerspruch mehr.<sup>426</sup> Der Niederländer Benjamin van Beek en Donk, der Sekretär der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“, ignorierte keinesfalls das bei Kriegsausbruch an Belgien begangene Unrecht, auch wenn er auf der Januar-Sitzung im IFB für die allgemein gehaltene Resolution aus dem deutsch-österreichischen Lager und nicht für die „Motion Giretti“ gestimmt hatte:

*„Persönlich bin ich überzeugt, dass Herr Giretti recht hat, wenn er in seiner Resolution die Verletzung der belgischen Neutralität und das Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien verurteilt, und ich bin auch überzeugt, dass die Schuld am Kriege bei Deutschland und Österreich liegt.“<sup>427</sup>*

Nachdem sich Louis Favre (Genf), Émil Buttica (Waadt) und Henri Monnier (La Chaux-de-Fonds), alles Präsidenten von welschen Sektionen, an der Delegiertenversammlung in Basel zugunsten von Golays Resolution ausgesprochen hatten, wurde sie einstimmig angenommen.<sup>428</sup> Die Einstimmigkeit bei der Stimmabgabe ist ein klarer Hinweis dafür, dass auch die deutschschweizerischen Sektionen sich keinesfalls für einen verführten pro-deutschen Frieden – einen „Frieden um jeden Preis“ – einsetzten, sondern eine Friedensordnung auf gerechter Grundlage wollten.

Golays Vorstoss ist auch vor dem Hintergrund der am 15. Mai 1915 erfolgten Einladung der schweizerischen VSGDF an das IFB zu verstehen, derzufolge sich alle Schweizer PazifistInnen in ihrer Vereinigung organisieren sollten.<sup>429</sup> Georges Bovet antwortete auf die Anfragen der VSGDF, dass das IFB als internationaler Verband und als Zentralorgan aller Friedensgesellschaften einer nationalen Vereinigung nicht beitreten könne, dagegen „dürften wir es eher erwarten dass IHRE Vereinigung

---

<sup>422</sup> Vgl. Holl 1988: 117.

<sup>423</sup> Diese wird im Folgenden vereinfacht als „Vereinigung für einen dauerhaften Frieden“ bezeichnet.

<sup>424</sup> Vgl. DF Juni 1915: 42.

<sup>425</sup> Sitzungsprotokoll, 6.1.1915: 26, UNOG, IPM/IPB 400/2.

<sup>426</sup> Vgl. Mauermann 1990: 177.

<sup>427</sup> Sitzungsprotokoll, 6.1.1915: 17, UNOG, IPM/IPB 400/2.

<sup>428</sup> Vgl. DF Juni 1915: 43.

<sup>429</sup> Vgl. Brief der VSGDF an das IFB, 15.5.1915, UNOG, IPM/IPB 297/6.

unserem Verband beitreten würde.“<sup>430</sup> Zwar sei die wachsende Zahl von pazifistischen Gruppierungen an sich ein erfreuliches Zeichen, aber diese könne „*unsere[r] Sache nur dann von Nutzen sein [...], wenn dieselben mit den bestehenden Friedensvereinen in engem Kontakt bleiben, und sie wenigstens in der Propaganda gemeinsam vorgehen.*“ Hier schimmert wiederum die Befürchtung durch, dass das IFB im Schatten der neuen Gruppierungen und der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ in Den Haag zu agieren drohte.

Allerdings sollte sich zeigen, dass die einen Verständigungsfrieden befürwortenden deutschschweizerischen Sektionen und auch mehrere welsche Mitglieder im Laufe des Krieges immer stärker eine Zusammenarbeit mit der „Vereinigung für einen dauerhaften Frieden“ und der „Zentralorganisation“ begrüßten oder sich selbst in ihr betätigten, weil das IFB und die SFG in ihrer Passivität verharrten.

Auguste Forel berichtete beispielsweise in einem über zweiseitigen Artikel im „Frieden“ von den Ergebnissen der internationalen Pazifistenkonferenz in Den Haag<sup>431</sup> und gründete in seiner Wohngemeinde Yvorne und Aigle je eine Sektion der VSGDF.<sup>432</sup> Der Präsident der Berner Sektion der SFG, Eduard Müller-Hess, war gleichzeitig Präsident des Organisationskomitees für den in Bern einzuberufenden internationalen Studienkongress, der sich mit der weiteren Ausarbeitung des in Den Haag beschlossenen Mindestprogramms beschäftigen sollte.<sup>433</sup> Der gebürtige Berliner war ordentlicher Professor für orientalische Sprachen und englische Philologie an der Universität Bern und ab 1915 deren Rektor.<sup>434</sup> Auguste Forel nahm weiter an der am 28./29. Mai tagenden „Konferenz für die Zukunftsinteressen der Menschheit“ teil, welche unter der Leitung des österreichischen Pazifisten Rudolf Broda in den Räumen des IFB einberufen wurde.<sup>435</sup> Die Konferenz verabschiedete u. a. Resolutionen gegen Gebietsannexionen ohne Zustimmung durch die Bevölkerung, betreffend den Schutz der Kunstdenkmäler im Krieg, zugunsten der Wahrung der Heiligkeit der Verträge und gegen Neutralitätsverletzungen.<sup>436</sup> Ihrem Komitee gehörte neben Auguste Forel auch Bucher-Heller an.<sup>437</sup> Andererseits betätigte sich Rudolf Broda auch in der SFG. So war er auf der Delegiertenversammlung der SFG in Basel als Delegierter der Sektion Waadt anwesend.<sup>438</sup>

Das Verhältnis zwischen den alten und den neuen pazifistischen Organisationen blieb aber weiterhin ungeklärt und die ausgesendeten Signale einer Zusammenarbeit ambivalent. Einerseits betonte „Der Friede“, „*solche frische Kräfte gilt es aufzunehmen und ihnen das bereits Errungene zu übermitteln, und auch dazu sind die vorhandenen Organe durchaus unentbehrlich.*“<sup>439</sup> Andererseits teilte Bucher-Heller Golay mit:

*„Die Einleitung der Einladung zur Sitzung der Vereinigung für einen dauerhaften Friedensvertrag, die da vom Zusammenbruch aller internationalen Verbände der Friedensbewegung spricht finde ich sehr kühn & die Bemerkung, dass sich die Vereinigung nun an ihre Stelle setzen werde, sehr anmassend. Ich werde am kommenden Samstag an der Sitzung, an der ich auch teilnehmen werde, den Herren darüber meine Meinung sagen.“*<sup>440</sup>

---

<sup>430</sup> Brief von Bovet an VSGDF, undatiert, UNOG, IPM/IPB 298/6.

<sup>431</sup> Vgl. DF Juli 1915: 51-53.

<sup>432</sup> Vgl. Linden 2006: 183.

<sup>433</sup> Vgl. DF November 1915: 82.

<sup>434</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 129.

<sup>435</sup> Vgl. DF Juni 1915: 49f.

<sup>436</sup> Vgl. Ebd.: 49f.

<sup>437</sup> Vgl. Der Schweizer Freidenker 1/1 (1915): 97.

<sup>438</sup> Vgl. DF Juni 1915: 41.

<sup>439</sup> DF Dezember 1915: 90.

<sup>440</sup> Brief von Bucher-Heller an Golay, 14.12.1915, UNOG, IPM/IPB 264/1.

Unterdessen wurden die bei Kriegsausbruch vorherrschenden Erwartungen eines kurzen Krieges als fehlerhaft entlarvt. Bucher-Heller schrieb Golay im August 1915: „Dass wir nach einem Jahr noch im Kriege stehen würden haben die Wenigsten gedacht.“<sup>441</sup> Allerdings fügte er an: „Ich habe es geahnt, denn ich habe nach meiner Rückkehr [aus Brüssel] im Bloch[s]chen [gemeint ist Jan Gotlib Bloch] Werke [Die Zukunft des Krieges] gelesen, dass ein europäischer Krieg mindestens zwei Jahre dauern würde & der Mann, der das prophezeite hat leider vorläufig Recht bekommen.“<sup>442</sup>

#### 4.5. Die Zimmerwalder Bewegung

Der Kriegsausbruch spaltete nicht nur die bürgerliche Friedensbewegung in verschiedene Lager, auch die SI war davon betroffen. Sie driftete entlang nationaler Grenzen zwischen den SozialdemokratInnen der Entente und den Mittelmächten sowie entlang von innenpolitischen Fronten zwischen Burgfrieden und Klassenkampf auseinander. Ein führendes sozialdemokratisches Mitglied der Schweiz, Robert Grimm, hielt in seiner 1917 erschienenen Broschüre „Zimmerwald und Kiental“ fest: „Die Internationale lag am ersten Tag des Krieges in tausend Scherben zerschmettert am Boden.“<sup>443</sup> Nachdem bei Kriegsausbruch die meisten SozialdemokratInnen der Politik des „Burgfriedens“ bzw. der „Union Sacrée“ ihrer Länder zugestimmt hatten und damit innenpolitische Konflikte während der Zeit des Krieges zurückstellten, begannen einzelne Teile der internationalen Arbeiterbewegung 1915 ihre Fühler wieder auszustrecken. Bereits in der ersten Hälfte des Jahres fanden in Bern zahlreiche internationale Konferenzen statt, so etwa im März eine von sozialistischen Frauen, deren Manifest die „Frauen des arbeitenden Volkes“ dazu aufrief, sich gegen den Krieg zu erheben. Die „Internationale Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen“ (IVSJ), welche vom 4. bis 6. April im Volkshaus tagte, rief die Arbeiterjugend aller Länder ebenfalls zum entschlossenen Kampf gegen den Krieg und den Militarismus auf.<sup>444</sup> Den Vorsitz der Konferenz hatte Willi Münzenberg inne, der zu dieser Zeit das Sekretariat der IVSJ in Zürich leitete.<sup>445</sup> In dieser führenden Position sorgte er dort für das Zustandekommen weiterer Antikriegsdemonstrationen (vgl. Abb. 10).

Nachdem die meisten sozialdemokratischen Abgeordneten bei Ausbruch des Krieges mit der Zustimmung zu den Militärkrediten ihrer Länder das Ende der Zweiten Internationalen besiegelt hatten, waren diese Demonstrationen und Versammlungen erste Anzeichen für ihr langsames Wiederaufstehen. Jedoch war keine Reaktivierung der alten Internationalen zu erwarten, weil sich nur kleine Minderheiten auf Oppositionskurs zu den später auf der Zimmerwalder Konferenz des Sozialpatriotismus bezichtigten MehrheitssozialistInnen befanden, die den Kriegskurs ihrer Länder unterstützten.<sup>446</sup>

---

<sup>441</sup> Brief von Bucher-Heller an Golay, 4.8.1915, UNOG, IPM/IPB 299/6.

<sup>442</sup> Ebd.

<sup>443</sup> Grimm 1917: 5.

<sup>444</sup> Vgl. Richers 2015a: 65f.

<sup>445</sup> Vgl. Ebd.: 66.

<sup>446</sup> Vgl. Mattmüller 1968: 169.





Abb. 10: Antikriegsdemonstration 1915 auf der Quaibrücke in Zürich

Schliesslich gelang es Robert Grimm im September 1915, für die „Herbeiführung einer internationalen Friedensaktion“<sup>447</sup> und die Wiederaufnahme des Klassenkampfes, führende sozialistische KriegsgegnerInnen im abgelegenen Berner Dorf Zimmerwald zu versammeln. Daneben stritten sich die SozialistInnen ganz unterschiedlicher Färbung über die grundsätzliche Ausrichtung des Sozialismus.<sup>448</sup> Zu den Teilnehmenden gehörten neben den Schweizern Robert Grimm, Charles Naine und Fritz Platten, u. a. französische, italienische und deutsche SozialistInnen sowie die zumindest teilweise im schweizerischen Exil lebenden Russen Grigorij Sinowjew, Leo Trotzki und Wladimir Iljitsch Lenin.<sup>449</sup>

Bei der hitzig und kontrovers geführten Debatte über die Friedensaktion lagen verschiedene Papiere vor. Während etwa die von Karl Radek und Lenin entworfene Strategie eine strikte Abgrenzung von den MehrheitssozialistInnen und die Vorbereitung der Revolution vorschlug, verlangte Georg Ledebour im Namen der deutschen Delegation eine Friedenskundgebung und nicht die Gründung einer Dritten Internationalen.<sup>450</sup> Der von Grimm vorgebrachte Kompromiss wurde schliesslich einstimmig angenommen. Er denunzierte darin den imperialistischen Charakter des Krieges, rief zum Kampf gegen den Burgfrieden auf, forderte internationale Proletariatsolidarität sowie einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen.<sup>451</sup> Der linke Flügel unter der Führung von Lenin, welcher die Kriegswirren zur Revolution ausnutzen wollte, blieb von Anfang an in der Minderheit; er stimmte dem Kompromiss schlussendlich aber zu, um die neue Einheit der KriegsgegnerInnen nicht zu schädigen.<sup>452</sup> In Bern wurde das Sekretariat der „Internationalen Sozialistischen Kommission“ (ISK) unter der Leitung von Grimm eingerichtet, das die Aktivitäten der sozialistischen KriegsgegnerInnen koordinieren sollte. Das auf der Titelseite der „Berner Tagwacht“ vom 18. September 1915 veröffentlichte „Zimmerwalder Manifest“ (vgl. Abb. 11) erregte nicht zuletzt wegen der Unterschriften deutscher, französischer und russischer SozialistInnen – alles Angehörige kriegführender Staaten – beträchtliches Aufsehen.<sup>453</sup> Die Vereinszeitschrift der SFG „Der Friede“ berichtete in knappen Worten, dass die Konferenz in Zimmerwald „die ersten Schritte zur

<sup>447</sup> Grimm 1917: 14.

<sup>448</sup> Vgl. Greter 2005: 258.

<sup>449</sup> Vgl. Ebd.: 260.

<sup>450</sup> Vgl. Degen 2015b: 98.

<sup>451</sup> Vgl. Ebd.

<sup>452</sup> Vgl. Mattmüller 1968: 170-172.

<sup>453</sup> Vgl. Degen 2017b.

Wiederherstellung der sozialistischen Internationale<sup>454</sup> bedeute, kommentierte die Bewegung vorerst aber nicht weiter. Diese Zurückhaltung bei der Berichterstattung war übrigens keinesfalls etwas Aussergewöhnliches, denn beispielsweise die „Friedens-Warte“ – eine der führenden Zeitschriften der Friedensbewegung – kommentierte die Konferenz vorerst überhaupt nicht.<sup>455</sup>

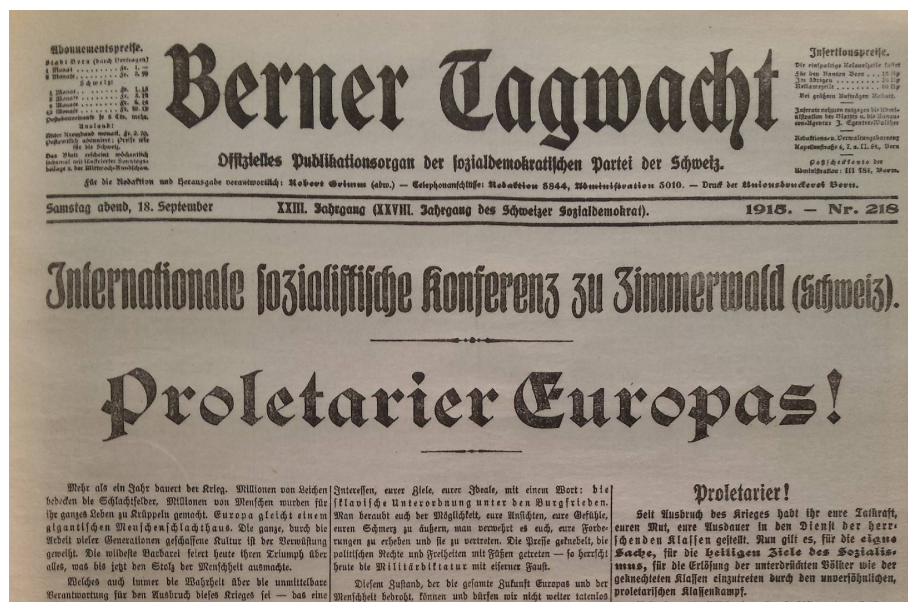


Abb. 11: Die Titelseite der „Berner Tagwacht“ vom 18. September 1915

Die Resolution der Zimmerwalder Konferenz konnte nicht ohne Einfluss auf die schweizerische Sozialdemokratie bleiben, denn mit der Forderung der Aufkündigung des Burgfriedens und dem Nachdenken über die Landesverteidigung wurden zwei zentrale Eckpfeiler des damaligen sozialdemokratischen Politikverständnisses in Frage gestellt.<sup>456</sup> Am 3. Oktober fanden an verschiedenen Orten der Schweiz Friedenskundgebungen statt, welche durch die SPS organisiert wurden. Die Neuenburger Kantonssektion, der auch die Nationalräte Charles Naine und Ernest Paul Graber angehörten, fragte in La Chaux-de-Fonds die dortige Sektion der SFG zum Mitmachen an einer Protestaktion gegen den Krieg und den Kapitalismus an.<sup>457</sup> Die Neuenburger Sektion sprach sich später auf dem Parteitag der SPS in Aarau vom 20. und 21. November 1915 für ein entschiedenes Eintreten auf die Beschlüsse von Zimmerwald aus.<sup>458</sup> Die lokale Sektion der SFG in La Chaux-de-Fonds lehnte die Einladung jedoch ab, weil ihre Forderungen explizit von der SPS kämen, sie sich aber als parteiunabhängig betrachte. Weiter hiess es im Antwortschreiben:

„[...] nous ne pouvons aujourd’hui – pas plus que nous ne l’avons pu autrefois – nous associer dans notre pays à des manifestations anti-militaristes, qui auraient pour conséquence l’affaiblissement de notre défense nationale. L’expérience faite par la Belgique nous confirme dans cette opinion. [...] Personne, croyez-le bien, ne désire la paix plus que nous, qui avons prévu les effets néfastes de la guerre et cherché à y remédier en propageant l’idée de la conciliation et d’une meilleure organisation internationale. Mais nous croyons qu’une paix conclue dans le moment présent irait à fin contraire en

<sup>454</sup> DF Oktober 1915: 75.

<sup>455</sup> Vgl. Charrier 2015a: 189.

<sup>456</sup> Vgl. Greter 2015: 263.

<sup>457</sup> Vgl. MP juillet/septembre 1915: 70.

<sup>458</sup> Vgl. Greter 2015: 265f.

*renforçant les éléments qui ont mis obstacle à nos efforts. [...] L'heure n'est pas encore venue de l'effort contre la guerre.*<sup>459</sup>

Auch wenn sich die SPS auf dem Parteitag in Aarau hinter die Zimmerwalder Bewegung stellte, die Politik des Burgfriedens aufgab und den Klassenkampf wieder aufnahm, konnte von einer Ablehnung der Landesverteidigung noch keine Rede sein.<sup>460</sup> Die Konferenz hatte in der Partei die Bemühungen um Frieden weiter stimuliert. Am 10. Dezember interpellierte Hermann Greulich erneut beim Bundesrat und forderte diesen zusammen mit weiteren Nationalräten dazu auf, seine Guten Dienste den kriegführenden Staaten anzubieten.<sup>461</sup>

---

<sup>459</sup> Vgl. MP juillet/septembre 1915: 70f.

<sup>460</sup> Vgl. Greter 2015: 265.

<sup>461</sup> Vgl. Interpellation von Greulich betreffend Friedensinitiative des Bundesrates, 10.12.1915, BAR, E2001A#1000/45#766\*.

## 5. Das Jahr 1916

### 5.1. Die Fordmission und die Stockholmer Konferenz der Neutralen

Das Jahr 1916 machte endgültig deutlich, dass an rasche militärische Siege nicht mehr zu denken war. Soldaten kämpften unter erbärmlichen Umständen in den Schützengräben um wenige hundert Meter und die kriegführenden Staaten erlitten dabei enorme Verluste, ohne den Frontverlauf massgeblich verändern zu können. Weder fiel entgegen Falkenhayns – dem Chef des deutschen Generalstabs – Erwartungen die Entscheidung zugunsten des Deutschen Reiches im blutigen Ringen um Verdun, noch wurde sie von den Angehörigen der Entente unter nicht minder entsetzlichen Verlusten in der Schlacht an der Somme herbeigeführt.<sup>462</sup> Neben dem Krieg an der Westfront darf nicht vergessen werden, dass ein solcher auch an der Ostfront in Osteuropa, im Nahen Osten, auf der See, in Afrika sowie in Ostasien und dem Pazifik geführt wurde.<sup>463</sup> Währenddessen mobilisierten die kriegführenden Mächte ihre gesamte Wirtschaft und Gesellschaft; im grossen Stil wurden dabei auch Soldaten und Arbeitskräfte aus den Kolonien eingesetzt. Deutlich spürbar war das Ergebnis dieser „totalen“ Kriegführung: Es herrschte auf allen Seiten eine tiefe Erschöpfung und an der „Heimatfront“ mehrten sich die Anzeichen von Kriegsmüdigkeit unter der Bevölkerung, verstärkt durch eine in vielen Staaten nun zu beobachtende Verknappung der Lebensmittel.<sup>464</sup>

In diesem Kontext erhielten pazifistische Initiativen Aufwind, mit denen Vermittlungsaktionen zwischen den kriegführenden Staaten eingeleitet werden sollten. Bereits Mitte 1915 konnten PazifistInnen um die Ungarin Rosika Schwimmer und den US-Amerikaner Louis Paul Lochner den Grossindustriellen Henry Ford für die Idee gewinnen, bereits während des Krieges eine ständige Stelle für Friedensverhandlungen zu schaffen.<sup>465</sup> Unter dem Slogan „*Get the boys out of the trenches by Christmas*“ sollte ein Friedensschiff ab Dezember 1915 einige Häfen neutraler Staaten anlaufen, um dort die Friedensidee zu propagieren.<sup>466</sup> Der Plan bestand darin, danach eine Expertenkommission in Stockholm zusammentreten zu lassen, welche die Fäden für Friedensvermittlungen von neutralem Terrain aus aufnehmen sollte.<sup>467</sup>

Nachdem sich Louis Paul Lochner und Harry Evans von der Fordmission in die Schweiz begeben hatten, fand am 10. Februar in Bern eine erste Besprechung statt, an der neben einigen Parlamentariern auch Joseph A. Scherrer-Füllemann, Franz Bucher-Heller und Auguste Forel teilnahmen.<sup>468</sup> Jedoch war Romain Rolland, während des Krieges einer der wichtigsten Exponenten der Friedensbewegung, von dem Unternehmen nicht begeistert. Er befürchtete, dass sich viele Menschen in seinem Umfeld vor allem für die anlässlich der Mission eingesetzten Gelder und nicht wirklich für die Friedensthematik interessieren würden.<sup>469</sup> Mehrere Zeitungen mokierten sich über die Aussichtslosigkeit von Fords Friedensaktion, so etwa das britische Satiremagazin *Punch* (vgl. Abb. 12).

---

<sup>462</sup> Vgl. Holl 2007: 195.

<sup>463</sup> Vgl. Segesser 2013a: 70-127.

<sup>464</sup> Vgl. Holl 2007: 195.

<sup>465</sup> Vgl. Mattmüller 1968: 294.

<sup>466</sup> Zur Fordmission vgl. Kraft 1978.

<sup>467</sup> Vgl. Mattmüller 1968: 294f.

<sup>468</sup> Vgl. Kraft 1978: 200; Mattmüller 1968: 296f.; DF Februar 1916: 15.

<sup>469</sup> Vgl. Rolland 1952: 654-656.





Abb. 12: Karikatur zu Fords Friedensschiff im britischen Satiremagazin *Punch*

Mitte Februar hielten die leitenden Personen der Fordmission in verschiedenen Städten – u. a. in Bern, Zürich und Genf – grosse Kundgebungen ab, um die Öffentlichkeit auf deren Ziele aufmerksam zu machen. Diese genossen in der Schweiz regen Zulauf; die Leute waren offensichtlich froh, nach anderthalb Kriegsjahren endlich einmal ihr Missfallen gegenüber dem Krieg öffentlich kund zu tun und sich auf diese Weise für den Frieden zu engagieren.<sup>470</sup> Während den vorbereitenden Sitzungen der Ausschüsse wurde eine zehnköpfige Delegation bestimmt, die für die Entsendung an die Stockholmer Konferenz vorgesehen war. Dazu gehörten mit Joseph A. Scherrer-Füllemann, Emil Göttisheim, Fritz Studer, Hermann Greulich und Heinrich Scherrer fünf Parlamentarier aus den Kreisen der IPU. Studer und Greulich waren Nationalräte bzw. Scherrer Ständerat der SPS<sup>471</sup>, was das erhöhte Engagement der Sozialdemokratie für die Friedensthematik unterstreicht. Die pazifistischen Gruppierungen in der Schweiz waren durch Bucher-Heller, Auguste Forel, William E. Rappard, Marguerite Gobat (die Tochter des Nobelpreisträgers und ehemaligen Generalsekretärs des IFB Albert Gobat) und Clara Ragaz vertreten.<sup>472</sup> Ihr Mann Leonhard präsierte am 16. Februar die Kundgebungen der Fordmission in Zürich.<sup>473</sup> Der Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Genf, William E. Rappard, war spätestens ab 1918 Mitglied des Komitees der Genfer Sektion der SFG.<sup>474</sup> Er spielte später bei der Verleihung des Völkerbundsitzes an die Rhonestadt eine entscheidende Rolle (vgl. Kapitel 8.5).<sup>475</sup>

Mitte März sandte die Stockholmer Konferenz einen Aufruf an alle an der zweiten Haager Friedenskonferenz von 1907 vertretenen Staaten. Es sollte eine Konferenz der neutralen Staaten einberufen werden, um einen gerechten und dauerhaften Friedensschluss zu beschleunigen.<sup>476</sup> Obwohl Bucher-Heller nie nach Stockholm reiste, liess er mit einem Schreiben vom 19. April dem Vorhaben der dort tagenden Konferenz Nachdruck verleihen. Er schrieb im Namen der SFG an den Bundesrat, dass durch den Fortgang der kriegerischen Aktionen neben den kriegführenden Ländern auch die neutralen Staaten dem Abgrund entgegen geführt würden. Der Schweiz käme die hohe Aufgabe zu,

<sup>470</sup> Vgl. Mattmüller 1968: 297f.

<sup>471</sup> Vgl. Ebd.

<sup>472</sup> Vgl. Ebd.: 298.

<sup>473</sup> Leonhard Ragaz liess in seiner Zeitschrift ein Gedicht zum „Friedensschiff“ abdrucken vgl. NW März 1916: 138; DF März 1916: 21f.

<sup>474</sup> Vgl. MP janvier/mars 1918: 10.

<sup>475</sup> Vgl. Monnier 1995: 63-285.

<sup>476</sup> Vgl. Schreiben der Neutralen Konferenz an die Bundesversammlung, 9.3.1916, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

*„als Vermittlerin bei den kriegführenden Mächten aufzutreten, umso mehr, nachdem wir seit 20 Monaten den uns umgebenden kriegführenden Staaten durch humanitäre, das Kriegselend lindernde Werke aller Art hilfreiche Hand geboten haben! Alle Völker sind kriegsmüde & sehnen sich nach einem baldigen Frieden & die weitesten Kreise suchen nach dem erlösenden Wort!“<sup>477</sup>*

Es dränge sich deshalb eine Vermittlung der neutralen Staaten auf und Bucher-Heller bat den Bundesrat, „er möchte die einleitenden Schritte jetzt ergreifen die Initiative zur Friedensintervention an die Hand zu nehmen, die heute möglich sind.“<sup>478</sup> Bucher-Heller und Geering-Christ schickten einen Tag später im Namen der SFG dem Bundesrat eine weitere Petition zu.<sup>479</sup>

Die Fordmission gewann jene Kreise für eine Zusammenarbeit, die schon in den Jahren zuvor für gemeinsame Aktionen hinsichtlich einer Konfliktvermittlung plädiert hatten und die dem Haager Mindestprogramm nahe standen.<sup>480</sup> In der SFG betraf es in erster Linie die deutschsprachigen Sektionen, doch zeigte sich exemplarisch anhand von Auguste Forel und William E. Rappard, dass auch eine welsche Minderheit eine Vermittlungsaktion befürwortete. Jedoch ist Forels Mitgliedschaft in der SFG für 1916 nicht mehr gesichert bzw. im Fall von Rappard ist nicht bekannt, ob er bereits zu diesem Zeitpunkt Mitglied war. Forel, der sich vor allem aktiv in der „Vereinigung für einen dauerhaften Frieden“ betätigte, rief in seinem 1916 erschienenen Buch *„Assez détruit, rebâtissons!“* zur Versöhnung zwischen den kriegführenden Staaten auf.<sup>481</sup> 1916 wurde er „aktiver Sozialist“<sup>482</sup> und trat der SPS bei.<sup>483</sup> Der ansonsten vorherrschende Graben zwischen den Sprachregionen zeigte sich insbesondere während der Feiern zu Gedenken an die Einberufung der ersten Haager Friedenskonferenz von 1899. Die Neutrale Konferenz in Stockholm sprach den Wunsch aus, in den grössten Städten der neutralen Staaten am 18. Mai zur Erinnerung öffentliche Versammlungen zugunsten des Friedens zu veranstalten.<sup>484</sup> In der Schweiz wandte sich Nationalrat Scherrer-Füllemann, der auch Präsident der Schweizerischen Ford-Delegation war, an die SFG mit der Bitte, Friedensversammlungen in der Schweiz zu organisieren.<sup>485</sup> Die Sektionen der SFG in der Deutschschweiz kamen dieser Bitte nach, indem sie in Luzern, Bern, Basel, St. Gallen, Winterthur und Zürich solche durchführten.<sup>486</sup> Am 14. Mai fand bereits eine öffentliche Versammlung vor dem internationalen Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern statt, an welcher Bucher-Heller und Scherrer-Füllemann als Redner auftraten und etwa 1'000 ZuhörerInnen mobilisieren konnten.<sup>487</sup>

Einen Tag später richteten sie gemeinsam ein Schreiben an den Bundesrat, in dem sie ihn ersuchen, alle nötigen Schritte zu tun, damit eine Konferenz der neutralen Staaten oder einzelne neutrale Regierungen den kriegführenden Staaten ihre Guten Dienste zu vermittelnden Interventionen anbieten und eine Einberufung einer allgemeinen Staatenkonferenz (3. Haager Konferenz) zu veranlassen.<sup>488</sup> Aus der Deutschschweiz gab es eine regelrechte Vermittlungsoffensive,

---

<sup>477</sup> Vgl. Schreiben von Bucher-Heller an den Bundesrat, 19.4.1916, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

<sup>478</sup> Vgl. Ebd.

<sup>479</sup> Vgl. Petition von Bucher-Heller und Geering-Christ im Namen der SFG an den Bundesrat, 20.4.1916, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

<sup>480</sup> Vgl. Mauermann 1990: 174f.

<sup>481</sup> Vgl. Forel 1916.

<sup>482</sup> Forel 1935: 271.

<sup>483</sup> Vgl. Bigler 1978: 300.

<sup>484</sup> Vgl. DF Mai 1916: 35.

<sup>485</sup> Vgl. Ebd.

<sup>486</sup> Vgl. DF Juni 1916: 45.

<sup>487</sup> Vgl. Eingabe von Scherrer-Füllemann und Bucher-Heller an den Bundesrat, 15.5.1916, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

<sup>488</sup> Vgl. Ebd.

denn die gleichen Bitten an den Bundesrat erfolgten auch durch den Berner Friedensverein<sup>489</sup>, den Winterthurer Friedensverein<sup>490</sup> und den Basler Friedensverein.<sup>491</sup>



Abb. 13: Das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern

Anders sah es dagegen bei den welschen Sektionen der SFG aus: Sie verzichteten auf die Durchführung solcher Gedenkanlässe mit der Begründung, dass ein Friede zum aktuellen Zeitpunkt zugunsten des Angreifers auszufallen drohe.<sup>492</sup> Louis Favre, der Präsident der Genfer Sektion, lehnte Scherrer-Füllemanns Einladung mit folgender Erklärung schroff ab:

*„Nous tenons [...] à déclarer que nous estimons qu’il ne convient pas de célébrer la fête de la paix pendant que des milliers de jeunes hommes et de pères de famille sont massacrés sur les champs de batailles, que nous n’avons aucune intervention à proposer au Conseil fédéral aussi longtemps que ceux des belligérants qui ont été victimes d’un militarisme agressif, cruel et impitoyable, ne s’adresseront pas eux-mêmes à notre gouvernement pour lui demander l’aide de ses bons offices dans le but de mettre un terme à l’effroyable hécatombe dont nous sommes les témoins affligés.“*<sup>493</sup>

Favre war Professor an der Universität Genf und wurde auf der Delegiertenversammlung von 1915 in Basel ins Zentralkomitee der SFG gewählt.<sup>494</sup> Er war seit 1902 Mitglied der Genfer Sektion und Präsident des Organisationskomitees für den 1912 in Genf einberufenen internationalen Friedenskongress.<sup>495</sup> Favre stellte sich zwar zum aktuellen Zeitpunkt gegen eine Friedensintervention durch den Bundesrat, legte seiner Sektion im September 1915 aber einen von ihm ausgearbeiteten Vorschlag einer neuen internationalen Rechtsordnung vor. Er forderte darin fortschreitende Abrüstung, die Anerkennung des Nationalitätenrechts und eine Föderation europäischer Staaten,

<sup>489</sup> Vgl. Eingabe des Berner Friedensvereins an den Bundesrat, 18.5.1916, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

<sup>490</sup> Vgl. Eingabe des Winterthurer Friedensvereins an den Bundesrat, 20.5.1916, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

<sup>491</sup> Vgl. Eingabe des Basler Friedensvereins an den Bundesrat, 20.5.1916, BAR, E2001A#1000/45#764\*.

<sup>492</sup> Vgl. MP mai/septembre 1916: 48f.

<sup>493</sup> LP septembre 1916: 1f.

<sup>494</sup> Vgl. DF Juni 1915: 42.

<sup>495</sup> Vgl. Linden 2006: 249.

deren Ausführungsorgane in Genf eingerichtet werden sollten.<sup>496</sup> Angesichts der Tatsache, dass die Stadt an der Rhone 1919 tatsächlich zum Sitz des Völkerbundes auserkoren wurde, ist dies bemerkenswert.<sup>497</sup>

Während der Delegiertenversammlung der SFG vom 28. Mai 1916 (vgl. Kapitel 5.3) erklärte Bucher-Heller, dass er – obwohl er den welschen Sektionen das Recht einräumte, nach eigenem Gutdünken zu entscheiden – das Vertreten des französischen *Jusqu’aboutismus* bei den Dimensionen des aktuellen Krieges durch eine Mehrheit der welschen Mitglieder nicht richtig verstehen könne.<sup>498</sup> Andererseits forderte Bucher-Heller ihre Toleranz, dass sie den Standpunkt der deutschschweizerischen Sektionen begreifen,

*„dass wir glauben, es sei die Pflicht der Regierungen der kriegführenden Völker Gott und der Menschheit gegenüber, nach einer auf Wahrheit und Gerechtigkeit basierenden Versöhnung zu trachten, anstatt das abscheuliche und verbrecherische Werk der Zerstörung und Verheerung fort dauern zu lassen.“*<sup>499</sup>

Vermutungen von Mitgliedern der welschen Sektionen, die Versammlungen und die Initiative einer Friedensvermittlung seien für die Begünstigung der Mittelmächte zustande gekommen, weil deren Truppen tief im Feindesland stehen und sie deshalb eine bessere Verhandlungsposition hätten, bestritt Bucher-Heller vehement. Er liess verlauten:

*„Ich weise von mir zum voraus jede Anschuldigung zurück, als wären diese Versammlungen abgehalten worden, um den Bedürfnissen irgendwelcher Mächtigkeitsgruppe entgegenzukommen. Nein, wir erhofften, dadurch das Unsrige beizutragen, um die Friedensbestrebungen zu fördern, die ganz Europa vor dem Ruine retten wollen! Eine weitere Fortsetzung des Krieges geht auf einen Rachekrieg heraus, der alles bisher Erlebte übersteigen würde an Grausamkeit und Vernichtung.“*<sup>500</sup>

Andererseits beklagte sich Jules Jacquemin, der Vizepräsident der Genfer Sektion, über die Äusserungen Bucher-Hellers, die pazifistischen Stimmen in Frankreich und der Westschweiz seien angesichts des Krieges kaum mehr existent. Er konterte seine Aussagen mit dem Argument, dass sich die deutschsprachigen PazifistInnen bei Kriegsausbruch auch nicht für den Frieden eingesetzt hätten.<sup>501</sup> Momentan würden die französischsprachigen PazifistInnen nur aus folgendem Grund schweigen:

*„Ils savent que si les auteurs actuels de la guerre ne sortent qu’éclopés de la bagarre, ils recommenceront, tandis que si les partisans du Droit et de la Justice auxquelles la guerre a été déclarée sont vainqueurs, ils imposeront une paix durable en mettant un service*

---

<sup>496</sup> Vgl. Rappard 1923: 365.

<sup>497</sup> Auch Rappard schreibt in diesem Zusammenhang: „Ce travail [...] mérite, à cause de ses vues prophétiques, d’être rappelé à l’attention des historiens de l’avenir.“ Vgl. Rappard 1923: 365f. Allerdings blieb Favres Studie mit dem Titel „La Mission de la Franc-Maçonnerie dans les problèmes actuels“ unveröffentlicht. Vgl. Ebd.

<sup>498</sup> Vgl. DF Juni 1916: 45.

<sup>499</sup> DF Juni 1916: 45.

<sup>500</sup> Ebd.

<sup>501</sup> LP septembre 1916: 6.



*d'un tribunal international une force armée pour faire respecter ses décisions! La raison et la logique appartient donc aux pacifistes de la guerre jusqu'au bout!*<sup>502</sup>

Die Mehrheit der welschen Mitglieder der SFG und allen voran diejenigen Genfs blieben passiv oder befürworteten den offiziellen Standpunkt der französischen PazifistInnen. Ihnen zufolge sollte dieser Krieg bis zur Vernichtung des preussischen Militarismus – *jusqu'au bout* – weitergeführt werden, weil sie in ihm den Widersacher jeglicher Friedensbestrebung sahen. Die Genfer Sektion habe folglich mit den diversen nach dem Kriegsausbruch gebildeten Friedenskomitees nichts gemeinsam, die ihr zufolge unter dem Deckmantel des Pazifismus einen „Frieden um jeden Preis“ anstreben und damit die Schuldigen am Krieg – womit sie auf die Mittelmächte abzielte – verteidigen würden.<sup>503</sup> Zu ihnen zählte sie auch die Fordmission, deren Vorgehen scharf kritisiert wurde:

*„Elle [la Société genevoise de la Paix] n'a rien en commun, en particulier, avec la trop célèbre mission qui est venue dernièrement, en notre ville, couvrir nos murs d'une publicité tapageuse ayant plus d'analogie avec une réclame mercantile qu'avec la convocation d'une réunion pacifiste.“*<sup>504</sup>

Diese Aussage der Genfer Sektion spielte auf eine Veranstaltung der Fordmission an, die am 17. Februar 1916 zu ihrem Ärger auch in Genf Massen von Zuhörenden erreichte. Die von Henri Guilbeaux eingeleitete Kundgebung wurde von Auguste Forel präsiert und William E. Rappard war für die Übersetzung zuständig.<sup>505</sup> Der in Belgien geborene Franzose Henri Guilbeaux lehnte den französischen „*Jusqu'aboutismus*“ ab und zog im April 1915 in die Schweiz, wo er in Genf für die Kriegsgefangenenhilfe des Roten Kreuzes arbeitete. Seine erste dort publizierte Schrift hatte zum Ziel, den wegen seiner pazifistischen Haltung in die Schusslinie der französischen NationalistInnen geratene Romain Rolland zu verteidigen.<sup>506</sup> Ab dem 15. Januar 1915 gab er in Genf die Monatszeitschrift *demain* heraus, die seit dem Erscheinen eine Plattform für KriegsgegnerInnen war und in der u. a. der Engländer Edmund D. Morel, Sekretär der UDC, Romain Rolland, Auguste Forel, Lenin oder der französische Anarchist Maurice Wullens zu Wort kamen.<sup>507</sup> Sie profitierte ab Erscheinen von der finanziellen Unterstützung durch Louis Paul Lochner von der Fordmission. Guilbeaux liess dem IFB die erste Ausgabe zukommen mit der Bitte, im Gegenzug dafür *Le mouvement pacifiste* zu erhalten.<sup>508</sup> Er war ein Beispiel für die sich in der Westschweiz um Romain Rolland gruppierenden französischen KriegsgegnerInnen. Wegen dem pazifistischen Gedankengut wurde seine Monatszeitschrift in Frankreich schnell von der Zensur erfasst und bereits am 25. Februar 1916 verboten. Nicht zuletzt weil Guilbeaux im April 1916 an der Kientaler Konferenz teilnahm und er nunmehr offen die Linie der Bolschewiki vertrat, avancierte *demain* je länger je mehr zu einem wichtigen Organ der sozialistischen KriegsgegnerInnen.<sup>509</sup>

---

<sup>502</sup> Ebd.

<sup>503</sup> Vgl. LP septembre 1916: 2.

<sup>504</sup> MP mai/septembre 1916: 53.

<sup>505</sup> Vgl. Mattmüller 1968: 297.

<sup>506</sup> Vgl. Guilbeaux 1915.

<sup>507</sup> Vgl. Elsig 2015: 150-153.

<sup>508</sup> Vgl. Schreiben von Guilbeaux an Golay, 21.1.1916, UNOG, IPM/IPB 302/1.

<sup>509</sup> Vgl. Elsig 2015: 150.

## 5.2. Die Kientaler Konferenz

Nachdem das im September 1915 verabschiedete „Zimmerwalder Manifest“ in zahlreichen Ländern – wenn auch in teils zensierter Form – verbreitet worden war, wuchs die Bewegung der sozialistischen KriegsgegnerInnen rasch an. Der ISK waren im Februar 1916 insgesamt 21 Organisationen angeschlossen, darunter der *Partito Socialista Italiano*, die SPS, die *Independent Labour Party*, die *British Socialist Party*, sowie je drei russische und polnische Parteien.<sup>510</sup> Das Wachstum der Zimmerwalder Bewegung machte neue Absprachen nötig und während der vom 5. bis 9. Februar 1916 tagenden Versammlung des ISK im Berner Volkshaus wurde die Einberufung einer zweiten Zimmerwalder Konferenz beschlossen. Obwohl sie zur Verschleierung in ihrem Bulletin „*in einem noch zu bestimmenden Orte Hollands*“ angekündigt wurde, fand sie vom 24. bis zum 30. April 1916 nach einer ersten Sitzung in Bern schliesslich im Hotel Bären in Kiental im Berner Oberland statt.<sup>511</sup>

Die Konferenz vereinigte 44 sozialistische KriegsgegnerInnen aus neun Ländern. Die SPS war mit einer offiziellen Delegation vertreten. Neben den sieben Schweizern Robert Grimm, Ernst Nobs, Fritz Platten, Ernest Paul Graber, Hermann Greulich, Charles Naine und der Schweizerin Agnes Robmann waren vor allem russische, italienische, deutsche und französische SozialistInnen anwesend.<sup>512</sup> Die allgemeine Ablehnung des Krieges war bei den Teilnehmenden mittlerweile gewachsen. Unter der Leitung von Robert Grimm wurde in Kiental über Wege und Ziele des proletarischen Kampfes zur Beendigung des Krieges und über die Stellungnahme des internationalen Sozialismus zur Friedensförderung verhandelt.<sup>513</sup> Auch wenn es Lenin wiederum nicht gelingen sollte, die Konferenz von seinen Ideen zu überzeugen, machte sich das Erstarken des linken, revolutionären Flügels mit rund einem Dutzend Delegierten in der verabschiedeten Resolution deutlich bemerkbar. Das Manifest geisselte die Durchhaltepolitik der sozialistischen Mehrheitsparteien und beklagte die durch den Krieg verursachten Milliardenkosten, die für die Wohlfahrt der Bevölkerung und soziale Reformen fehlen würden. In einem leidenschaftlichen Schlussappell forderte es die Ablehnung aller Kriegskredite und den Kampf für die Herbeiführung eines schnellen Friedens.<sup>514</sup>

Die SFG berichtete über die Durchführung der Kientaler Konferenz in ihrem Vereinsorgan „Der Friede“ und liess verlauten, dass zahlreiche sozialistische Parteien weltweit – darunter die SPS – „*ihre Zustimmung zur Zimmerwalder Aktion erteilt*“ hätten.<sup>515</sup> Die revolutionäre „Zimmerwalder Linke“ fand in Zürich einigen Rückhalt. Die gesamtschweizerische Partei war hingegen noch nicht einmal auf dem Stand des „Zimmerwalder Zentrums“ um Robert Grimm angekommen, die eine Linie vertrat, die sowohl die Burgfriedenspolitik als auch bolschewistische Aufstandspläne ablehnte.<sup>516</sup>

## 5.3. Die Delegiertenversammlung der Schweizerischen Friedensgesellschaft in Herisau

Inmitten von kriegführenden Staaten hatte die Schweiz zunehmend mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu kämpfen. Die nationale Kohäsion wurde aufgrund der zwischen den Sprachregionen auseinanderklaffenden Sympathien arg auf die Probe gestellt. Als prägendes Moment für diesen Graben erwies sich die im Vorfeld der Delegiertenversammlung in Herisau abspielende „Obersten-Affäre“, die vom Militärhistoriker Hans Rudolf Fuhrer als „*tiefgreifendste und gefährlichste kulturelle*

---

<sup>510</sup> Vgl. Degen 2015c: 122.

<sup>511</sup> Vgl. Ebd.: 121-124.

<sup>512</sup> Vgl. Degen 2017a.

<sup>513</sup> Vgl. Greter 2005: 269.

<sup>514</sup> Vgl. Ebd.: 271.

<sup>515</sup> Vgl. DF Mai 1916: 39.

<sup>516</sup> Vgl. Degen 2015a: 31.

*Krise seit dem Sonderbundskrieg*<sup>517</sup> gewertet wurde. Friedrich Moritz von Wattenwyl und Karl Egli, beides Oberste im Schweizerischen Generalstab, belieferten von Beginn des Krieges an die deutschen und österreichisch-ungarischen Militärattachés mit den Tagesbulletins des eigenen Generalstabs.<sup>518</sup> Dies wurde durch den im Nachrichtendienst tätigen Kryptographen André Langie – nicht zufälligerweise einem Romands – via die französische Botschaft bekannt und der Skandal dadurch ins Rollen gebracht. Zwar liess der General Ulrich Wille in der Hoffnung auf eine diskrete Beilegung der Affäre die Offiziere versetzen, doch auf Druck von Parlamentariern, Presse und Öffentlichkeit ordnete der Bundesrat Mitte Januar 1916 Gerichtsverfahren gegen sie an. Obwohl Wille die beiden für schuldig hielt, lehnte er ihre Verurteilung aus Furcht vor einem Reputationsschaden für die Armee ab.<sup>519</sup> Das Gericht in Zürich erklärte die beiden Offiziere schliesslich strafrechtlich für nicht schuldig, Wille verurteilte sie zu zwanzig Tagen scharfem Arrest und der Bundesrat entthob sie ihrer Funktion.<sup>520</sup> Während die milde Sanktionierung des Vergehens in der Deutschschweiz schöngeredet wurde, löste sie in der Westschweiz eine tiefe Vertrauenskrise aus. Die Kritik richtete sich insbesondere gegen die deutschfreundliche Haltung in der Armeeführung, die durch den General Wille, norddeutscher Herkunft und verheiratet mit der Tochter des württembergischen Generalleutnants Friedrich Wilhelm von Bismarck, besonders treffend personifiziert wurde.<sup>521</sup> Angesichts des offenen Ausgangs des Weltkrieges drohte sich der seit Kriegsbeginn bestehende Graben zwischen der deutschen und der welschen Schweiz zu verschärfen.



Abb. 14: Sechs Bundesräte und der Generalstab bei einem Defilee in Bern (General Wille auf dem vordersten Pferd sitzend)

In diesem Kontext versuchte Bucher-Heller auf der am 28. Mai 1916 in Herisau tagenden Delegiertenversammlung Einigkeit zwischen den Sektionen der Sprachregionen zu demonstrieren und betonte:

<sup>517</sup> Fuhrer 1999: 535.

<sup>518</sup> Vgl. Kreis 2014b: 131.

<sup>519</sup> Vgl. Guanzini 2010b.

<sup>520</sup> Vgl. Ebd.

<sup>521</sup> Vgl. Fuhrer, Strässle 2003.

*„Abgesehen davon, dass durch innere Zerrissenheit die Schweiz Gefahr läuft, bei der Fortführung des Weltkrieges noch in den Hexenkessel hineingezogen zu werden, wäre eine zerrissene Schweiz ein furchtbarer Rückschlag für die Friedensbewegung und den Fortschritt einer zukünftig wieder einsetzenden Kulturbewegung überhaupt.“<sup>522</sup>*

Abgesehen von den Friedensdemonstrationen im Rahmen der Gedenkanlässe an die Einberufung der ersten Haager Konferenz am 18. Mai entfaltete die SFG keine öffentlichen Aktivitäten. Ihre Passivität lässt sich gut anhand der Delegiertenversammlung in Herisau veranschaulichen, an der nur 11 von insgesamt 19 Sektionen teilnahmen.<sup>523</sup> Der Zentralkassierer Hans Buchli liess weiter verlauten, dass acht Sektionen bisher keine Beiträge an die Zentralkasse entrichtet hätten, worunter sechs (Boudry, La Chaux-de-Fonds, Fleurier, Genf, Le Locle, Neuenburg) aus der welschen Schweiz stammten.<sup>524</sup> Andererseits gab es auch Anzeichen dafür, dass die SFG nicht gänzlich verstummt war. So wurde die Sektion St. Imier, die 1915 nach einem dort von Golay gehaltenen Referat gegründet worden war, in Herisau einstimmig in die SFG aufgenommen. Zudem hatte sich Alfred H. Fried der SFG in Basel, Zürich, Luzern, Schaffhausen und Appenzell mehrmals als Redner zur Verfügung gestellt.<sup>525</sup>

Franz Bucher-Heller und Émil Buttica, der Präsident der Sektion Waadt, drückten in ihren Referaten über die zukünftige Friedensarbeit das Bedürfnis aus, dass die SFG ihre pazifistischen Ideen noch stärker in die Bevölkerung tragen müsse. Als hauptsächliche Adressaten der pazifistischen Aufklärungsarbeit erachteten sie die Geistlichkeit, die Presse und die Jugend.<sup>526</sup> Die SFG sollte zukünftig noch mehr Artikel in der Tagespresse abdrucken lassen und noch stärker mit Schulen in Kontakt treten, indem Beiträge in der „Schweizerischen Lehrer-Zeitung“ publiziert würden. An die Pfarrer und Priester seien Appelle zu richten, der Einberufung der ersten Haager Konferenz jeweils mit einer Friedenspredigt zu gedenken.<sup>527</sup> Theater und Kino sollten ebenfalls in den Dienst der Friedensbewegung gestellt werden. Bucher-Heller wies in seinem Jahresbericht darauf hin, dass dies durch die Aufführung eines nach dem Roman von Bertha von Suttner benannten Dramas „Die Waffen nieder!“ in Luzern, Schaffhausen, St. Gallen, Zürich und weiteren Ortschaften bereits erfolgt sei.<sup>528</sup> Die Sektionen der SFG sollten aktiv um neue Mitglieder werben und neue lokale Sektionen gründen, wobei insbesondere auch Frauen als solche zu gewinnen seien.<sup>529</sup> Buttica stimmte mit Bucher-Heller überein, dass der Pazifismus in erster Linie viel praktischer werden müsse. Es sei dabei alles zu vermeiden, was sich gegen die „Schönheit des Patriotismus“ und die „Notwendigkeit der Landesverteidigung“ stelle, um sich im Falle eines Angriffskrieges zur Wehr setzen zu können.<sup>530</sup> Andererseits sei auch ein übersteigerter Nationalismus zu bekämpfen, der sich chauvinistisch über alle anderen erhebe. Buttica distanzierte sich weiter von den Ansichten der *„partisans de la paix à tout prix, de la paix immédiate, des internationalistes, des antimilitaristes, des antipatriotes, de ceux qui refusent tout crédit militaire, etc.“*<sup>531</sup> Der Pazifismus müsse in erster Linie auf eine bessere rechtliche Grundlage gestellt werden, denn *„le pacifisme de demain doit avoir une base juridique; il sera fondé sur le droit ou il ne sera pas.“*<sup>532</sup> Es sollte zudem eine dritte Haager Konferenz einberufen und eine internationale Zwangsgewalt geschaffen werden, welche die Respektierung des internationalen Rechts in Zukunft durchsetzen könne.<sup>533</sup>

---

<sup>522</sup> DF Juni 1916: 49.

<sup>523</sup> Vgl. Ebd.: 41.

<sup>524</sup> Vgl. Ebd.: 42.

<sup>525</sup> Vgl. Ebd.: 45.

<sup>526</sup> Vgl. DF Juni 1916: 49.

<sup>527</sup> Vgl. Ebd.: 47.

<sup>528</sup> Vgl. DF Juni 1916: 46.

<sup>529</sup> Vgl. Ebd.: 49.

<sup>530</sup> Vgl. LP septembre 1916: 4.

<sup>531</sup> LP septembre 1916: 4.

<sup>532</sup> Ebd.

<sup>533</sup> Vgl. Ebd.: 4f.

In Bucher-Hellers Ausführungen zur zukünftigen Friedensarbeit machte sich eine Veränderung des Verhältnisses der SFG zu anderen pazifistischen Gruppierungen bemerkbar. Seines Erachtens sollte mit ihnen verstärkt zusammengearbeitet werden, denn es wäre „absolut verfehlt, wenn wir bei der Friedensarbeit anderer Kreise [...] eine illoyale Konkurrenz erblicken würden!“<sup>534</sup> Mit einer bestimmten Vereinigung strebte er sogar eine enge Kooperation an:

*„Nun, ich denke, dass der Verein für einen Dauerfrieden und die Schweizerische Friedensgesellschaft Hand in Hand arbeiten können; dass sie das können, haben wir bei den Manifestationen vom 18. Mai ja bewiesen, und der verehrte Vorsitzende, Herr Nationalrat Scherrer-Füllemann, der sich in so anerkennenswerter Weise für die Manifestationen zur Verfügung stellte, ist mir ein sprechender Beweis für das gute Einverständnis beider Vereinigungen.“*<sup>535</sup>

Zwar stimmte Butticaz mit Bucher-Heller, der sich selbst in der „Vereinigung für einen dauerhaften Frieden“ engagierte, überein, dass die SFG mehr Fühlung mit anderen Gruppierungen nehmen sollte, die pazifistische Ziele verfolgen würden.<sup>536</sup> Seines Erachtens gehörten dazu Gruppierungen, die sich direkt als Teil der Friedensbewegung verstehen wie die „Vereinigung für einen dauerhaften Frieden“ und die *Ligue des pays neutres*, nicht aber solche, die nur philanthropische, humanitäre und moralische Ziele verfolgen würden.<sup>537</sup> Andererseits distanzierte er sich weiter wie folgt:

*„[...] nous devons nous désolidariser nettement et catégoriquement du pacifisme intéressé et louche, des associations interlopes qui, sous le prétexte de vouloir travailler en vue de la paix, ne poursuivent que des buts ou des ambitions égoïstes et personnelles. Nous avons été fréquemment, dans plusieurs de nos sections, l'objet de sollicitations en faveur de réunions, de conférences, d'appels dont nous ne discernions pas clairement les intentions. Nous pensons qu'en présence de ces tentatives plus ou moins voilées, il faut être très, très prudent et ne donner son appui qu'à des efforts sincères et surtout sérieux, car il peut y avoir, et il y a des personnes animées des meilleurs intentions qui se lancent sans réfléchir dans des entreprises sans issue et sans résultat possible.“*<sup>538</sup>

Den nach dem Kriegsausbruch gebildeten Gruppierungen machte Butticaz im Gegensatz zu Favre und Golay nicht den Vorwurf, durch ihre Tätigkeiten unter dem Deckmantel des Pazifismus indirekt die Mittelmächte zu verteidigen, die auch er für die Schuldigen am Kriege hielt. Mit mindestens zwei unter ihnen, der „Vereinigung für einen dauerhaften Frieden“ und der *Ligue des pays neutres* konnte er sich sogar eine Zusammenarbeit vorstellen. Das Mitmachen in diesen Gruppierungen implizierte keinesfalls eine deutschfreundliche Ausrichtung. Tatsächlich sassen im Komitee der *Ligue des pays neutres* ab Anfang 1915 neben den deutschsprachigen Mitgliedern Bucher-Heller, Geering-Christ und Broda die französischsprachigen Forel, Quartier-la-Tente, Monnier und de Maday.<sup>539</sup> Henri Monnier war Präsident der Sektion La Chaux-de-Fonds und André de Maday Präsident der Neuenburger Sektion. Ebenfalls gab sich Émil Butticaz in seinem Referat als überzeugter Unterstützer der von der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ ausgearbeiteten Forderungen im Mindestprogramm, wie etwa keine Annexion ohne Volksbegehren, Reduktion der Militärrüstung und

---

<sup>534</sup> DF Juni 1916: 49.

<sup>535</sup> DF Juni 1916: 42.

<sup>536</sup> Vgl. LP septembre 1916: 4.

<sup>537</sup> Ebd.

<sup>538</sup> Ebd.

<sup>539</sup> Vgl. Linden 2006: 305.

obligatorische Schiedsgerichtbarkeit, zu erkennen.<sup>540</sup> Die im Protokoll der Delegiertenversammlung abgedruckte und nach den beiden Referaten eingebrachte Äusserung eines Vereinsmitglieds, er freue sich „über die Einigkeit zwischen deutsch und welsch“<sup>541</sup>, kann also durchaus als eine Annäherung zwischen den Sektionen der Sprachregionen verstanden werden. Sie übersieht allerdings die Tatsache, dass die Sektion Genf erstmals seit dem Kriegsausbruch nicht an der Delegiertenversammlung teilnahm.<sup>542</sup>

Für ihre Abwesenheit machte die Genfer Sektion verschiedene Gründe wie die Verhinderung ihrer Delegation aufgrund von Krankheit, Unfallverletzung, Todesfällen, die grosse Distanz bis nach Herisau und die dabei anfallenden Kosten geltend.<sup>543</sup> Ihre Erklärungen mögen zutreffen, doch es gibt mehrere Hinweise dafür, dass die Differenzen zwischen ihr und den deutschsprachigen Sektionen besonders gross waren und dieser Grund sogar den hauptsächlichen Ausschlag für ihre Abwesenheit gegeben hat. Für diese These spricht die Tatsache, dass die Genfer Sektion bei den vorgängigen Delegiertenversammlungen immer sehr darum bemüht war, dass möglichst alle welschen Sektionen vertreten waren. Sie hatte den einzelnen Sektionen jeweils sogar einen Brief mit der Aufforderung zur Teilnahme geschrieben, damit der welsche Standpunkt gut vertreten sei. Weiter stellte Bucher-Heller in Herisau die von ihr gemachte Angabe, sie habe mit 1'500 Mitgliedern mehr AnhängerInnen als alle anderen Sektionen der SFG zusammen, in Abrede.<sup>544</sup> Bei rund 6'000 Mitgliedern, wovon etwa 3'150 aus der deutschsprechenden Schweiz kamen, hielt sich die Mitgliederzahl nach Sprachregion etwa die Waage.<sup>545</sup> Die Genfer Sektion grenzte sich zudem – wie durch die 18.-Mai-Feiern deutlich wurde – vehement von der Fordmission ab, mit deren Delegierten in der Schweiz Bucher-Heller zukünftig Hand in Hand arbeiten wollte. Nationalrat Scherrer-Füllemann, der sowohl Delegierter der Fordmission als auch der „Vereinigung für einen dauerhaften Frieden“ war, entpuppte sich als einer der aktivsten Befürworter eines Verständigungsfriedens, dem die Genfer Sektion die französische Friedenskonzeption einer vorgängigen Niederlage des preussischen Militarismus entgegenstellen wollte.

Für die Begründung ihres Standpunktes gab die Genfer Sektion im September 1916 eine Sonderausgabe der welschen Vereinszeitschrift „La Paix“ heraus. Darin beklagte sie sich, dass sich zahlreiche Gruppierungen wie etwa die Fordmission und die Zimmerwalder Bewegung für einen schnellen Friedensschluss einsetzten. Doch zum aktuellen Zeitpunkt könne keine Rede von Frieden sein. Sie machte dabei explizit auf die Alliierten aufmerksam, denn

*„les sacrifices énormes auxquels les a obligés l'agression de l'Allemagne et de l'Autriche sont trop onéreux pour qu'ils puissent songer à se soumettre aux exigences des Impériaux austro-allemands.“*<sup>546</sup>

Weil die Mittelmächte zum aktuellen Zeitpunkt im Besitz eines Teils von Nordfrankreich, Belgien, Russland und Serbien seien, wäre eine Weiterführung des Krieges zu ihrem Nachteil; zum momentan Zeitpunkt könnte ein Friedensschluss deshalb nicht zu einem dauerhaften Frieden führen. Zusammenfassend merkte Louis Favre, der Präsident der Sektion Genf, an:

*„Cette guerre, cependant, poursuit, du côté de ceux qui ont dû l'accepter, des fins libératrices pour les peuples, et elle conduira à des solutions qui seront des assurances*

---

<sup>540</sup> Vgl. LP septembre 1916: 5.

<sup>541</sup> DF Juni 1916: 42.

<sup>542</sup> Vgl. LP septembre 1916: 3.

<sup>543</sup> Vgl. LP septembre 1917: 3.

<sup>544</sup> Vgl. DF Juni 1916: 45.

<sup>545</sup> Vgl. Ebd.

<sup>546</sup> LP septembre 1916: 2.

*formelles et efficaces contre le renouvellement d'un pareil fléau, à condition que la paix future soit ce qu'on appelle une paix durable. La paix durable, seul les adversaires du militarisme exalté sont capables de nous l'apporter. C'est donc être dans l'esprit du véritable pacifisme que de se refuser à donner aux belligérants le conseil de déposer les armes tant que subsiste encore entre eux un équilibre de forces qui, s'il n'était définitivement rompu, conduirait à un arrangement final boiteux, source d'une nouvelle guerre qui dépasserait en folies criminelles tout ce que celle-ci ne nous permet déjà que trop de contempler, et de haïr.*<sup>547</sup>

Bei solchen unversöhnlichen Worten in der SFG erstaunt es nicht, dass auch auf internationaler Ebene das IFB nicht aus seiner Passivität austreten konnte (vgl. Kapitel 5.4).

Erstmals während des Krieges warfen zwei Mitglieder aus der Winterthurer Sektion während der Delegiertenversammlung die Frage auf, ob *„nicht unsere Gesellschaft eine weniger ablehnende Haltung gegen den Antimilitarismus einnehmen sollte.“*<sup>548</sup> Der Sekretär des Zentralkomitees, Geering-Christ, warnte jedoch vor einer solchen Annäherung, *„indem er mit einem Hinweis auf das Schicksal Belgiens die Verantwortung für unser Militärwesen den zuständigen Behörden überlassen wissen möchte.“*<sup>549</sup> Der Grundtenor in der SFG bestand in einer klaren Verwerfung des Antimilitarismus. Dies wurde bereits im September 1915 in einem Kommentar der Redaktion des „Friedens“ ersichtlich, der vom Aufruf der „Kirchenpflege Zürich Wipkingen“ berichtete, demzufolge die Schweiz auf weitere Rüstung verzichten solle und das Militär abzuschaffen sei: *„Die Kirchenpflege soll sich unbewaffnet in einen Raubtierkäfig der nächsten Menagerie begeben und versuchen, wie ihr das Experiment bekommt!“*<sup>550</sup>

Die vermehrte Auseinandersetzung mit antimilitaristischen Positionen fiel in eine Zeit, als sich dem „Frieden“ zufolge die Dienstverweigerungen mehrten.<sup>551</sup> Für Aufsehen sorgte etwa der 1916 aus London nach La Chaux-de-Fonds zurückgekehrte Pfarrer Jules Humbert-Droz, der das Einrücken sofort verweigerte und im August 1916 zu sechs Monaten Gefängnis und zu drei Jahren Verlust der bürgerlichen Rechte verurteilt wurde. Der junge Theologe machte eine stürmische persönliche Entwicklung durch und wurde 1920 Sekretär der Kommunistischen Internationale (Komintern) für Westeuropa.<sup>552</sup> Ebenfalls im August 1916 erlagen zwei höhere Offiziere der Versuchung, von ihrer militärischen Position aus in der Politik mitzureden, was die Diskussionen über Militarismus bzw. Antimilitarismus in der Schweiz weiter anfachte. Major Eugen Bircher holte in der „Solothurner Zeitung“ zu einer massiven Kritik an der schweizerischen Politik aus und erhielt dabei Rückendeckung vom Waadtländer Divisionskommandanten Treytorrens de Loys. Den politischen Verantwortsträgern warf Bircher vor, in den Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ausland die Souveränität der Schweiz geopfert und im Parlament „widerliche“ Diskussionen über die Bereitstellung der Truppen zugelassen zu haben.<sup>553</sup> Robert Grimm bezeichnete darauf de Loys öffentlich als „Kriegshetzer“ und auch in bürgerlichen Blättern wie der NZZ stand geschrieben, es gebe in der Schweiz eine Kriegspartei, welche die Jugend zur Schlachtbank führen wolle. General Wille erteilte nur widerwillig und auf Drängen des Bundesrats de Loys einen Verweis, Bircher blieb dagegen unbehelligt und agitierte weiter.<sup>554</sup>

In der Auseinandersetzung der SFG mit antimilitaristischen Positionen spielte Rudolf Geering-Christ, der Sekretär des Zentralkomitees, eine wichtige Rolle. Ausgehend von einem Definitions-

---

<sup>547</sup> LP septembre 1916: 1.

<sup>548</sup> DF Juni 1916: 42.

<sup>549</sup> Ebd.

<sup>550</sup> DF September 1915: 71.

<sup>551</sup> Vgl. DF Mai 1916: 35f.

<sup>552</sup> Vgl. Mattmüller 1968: 280f.

<sup>553</sup> Vgl. Kreis 2014b: 55.

<sup>554</sup> Vgl. Ebd.

versuch des Begriffs „Militarismus“ legte er seine Meinung in mehreren Artikeln in der Vereinszeitschrift dar.<sup>555</sup> Seines Erachtens könne unter Militarismus in der Schweiz folgende Punkte verstanden werden:

- „1. Die Ueberschreitung der zur reinen Verteidigung seiner Unabhängigkeit notwendigen Massnahmen eines Landes.
2. Die Ueberschätzung des Militärstandes gegenüber der Zivilbevölkerung.
3. Die Uebergriffe der Militärgewalt gegenüber der Zivilgewalt.
4. Gewisse Härten, die mehr oder weniger bedingt sind durch das militärische hierarchische System.“<sup>556</sup>

Ein Militarismus im Sinne der ersten Definition sei nicht vorhanden. Geering-Christ bedauerte zwar, dass die Schweiz einen „so hohen Tribut an den europäischen Kriegsmoloch“ zahlen musste, doch muteten die militärischen Behörden der Schweiz nicht mehr Opfer zu als notwendig und deshalb sei ein Antimilitarismus unbegründet.<sup>557</sup> Ein Militarismus gemäss der zweiten Definition existiere ebenso wenig, da es in der Schweiz mit Ausnahme des Instruktionspersonals kein Berufsmilitär gebe. Drittens möge es während der Grenzbesetzung Übergriffe der Militärgewalt auf die Zivilgewalt gegeben haben, doch in diesen Fällen würden die demokratischen Institutionen der Schweiz schnell greifen – hier gab er keine Beispiele an –, weshalb eine solche Form des Militarismus nicht aufkommen könne. Geering-Christ konnte den aufgrund der vierten Militarismus-Definition entstehenden grösseren Widerwillen gegen den Militärdienst zwar verstehen, doch billigen könne er ihn nicht. Die „Bürgerwürde“ jedes Einzelnen solle respektiert werden, aber andererseits dürfe seines Erachtens die „Empfindlichkeit“ nicht zu sehr gepflegt werden. Gerade in dieser Ein- und Unterordnung in einen grossen Organismus liege ein wertvolles pädagogisches Element, das gerade den Republikanern heilsam sein könne. Dienstverweigerung aus religiösen und persönlichen Gewissensgründen müsse zudem als fanatisch und schwärmerisch verworfen werden. Geering-Christ resümierte aus diesen Überlegungen, dass von der Berechtigung eines Antimilitarismus in der Schweiz „eigentlich gar nichts“ übrigbleibe.<sup>558</sup> Geering-Christ fühlte sich durch die im Zusammenhang mit den Ereignissen um die Offiziere Bircher und de Loys in der Öffentlichkeit ausgelösten Entrüstungstürme bestätigt, es sei „die Richtigkeit unserer Anschauungen erhärtet worden.“<sup>559</sup>

Weitere im „Frieden“ abgedruckte Beiträge zur Diskussion äusserten sich auch gegen den Antimilitarismus, verwarfen antimilitaristische Positionen jedoch nicht grundsätzlich. In der Ausgabe vom Monat September 1916 stand in einem Artikel geschrieben, dass sich Pazifismus und Antimilitarismus ergänzen, denn „ein Pazifist ist ausnahmslos in irgendeinem Sinne auch Antimilitarist“, andererseits „denke und fühle ein Antimilitarist auch pazifistisch.“<sup>560</sup> Ein weiterer Artikel umging die Problematik, indem er darauf hinwies, dass sich jeder der Friedensbewegung anschliessen könne, der ihre Zielsetzung – die Herstellung eines Rechtszustandes zwischen den Staaten, in dem der Krieg ausgeschlossen sei – unterstütze. Der Grund, warum der Einzelne mit diesem Programm einverstanden sei, könne ihr gleichgültig sein. Deshalb sollte die Einstellung gegenüber dem Militarismus, zum Militär überhaupt und zum Antimilitarismus jedem selbst überlassen bleiben.<sup>561</sup> Geering-Christ beharrte auf einer Abgrenzung von Pazifismus und Antimilitarismus, denn letzterer sei „eine in der Schweiz ganz unbegründete Wühlarbeit, mit der wir

<sup>555</sup> Vgl. DF August 1916: 59f.; DF September 1916: 69; DF November 1916: 84f.

<sup>556</sup> DF August 1916: 59.

<sup>557</sup> Ebd.

<sup>558</sup> Vgl. Ebd.: 60.

<sup>559</sup> DF September 1916: 69.

<sup>560</sup> Ebd.: 67.

<sup>561</sup> Vgl. DF Oktober 1916: 73.



keine Gemeinschaft haben wollen.“<sup>562</sup> Die meisten Mitglieder der SFG postulierten insofern wie vor dem Ersten Weltkrieg die moralische Superiorität dessen, der seine individuellen moralischen Prinzipien dem in den geltenden Gesetzen festgelegten Willen der Gesamtheit unterordnete.<sup>563</sup>

#### 5.4. Das Internationale Friedensbüro verharret in der Passivität

In einer Phase des Krieges, in der die Friedenssehnsucht in der Bevölkerung zunahm und in der Hunderttausende Soldaten in der „Hölle von Verdun“<sup>564</sup> ihr Leben liessen, war Golay weiterhin ein Befürworter eines aktiven IFB. Allerdings vertrat er diese Haltung nur unter der Bedingung, dass dieses den offiziellen Standpunkt der Mehrheit der französischen PazifistInnen einnehme.<sup>565</sup> Er äusserte gegenüber Moch die Besorgnis, das IFB drohe wegen der Inaktivität neben der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ in die Zweitrangigkeit abzudriften.<sup>566</sup> Dies wird etwa auch in der Korrespondenz zwischen Golay mit den führenden VertreterInnen der Fordmission und der „Zentralorganisation“ deutlich. Im Mai 1916 baten Louis Paul Lochner und Benjamin de Jong van Beek en Donk von der Neutralen Konferenz in Stockholm darum, eine Verbindung aller internationalen und nach Frieden strebenden Kräfte einzugehen.<sup>567</sup> Das ISB, die IPU, die „Zentralorganisation“, die Frauenorganisationen und als Vertreter der bürgerlichen Friedensbewegung das IFB sollten ein gemeinsames Programm während eines Weltkongresses erarbeiten. Auf diese Einladung antwortete Golay, dass das IFB das Zentralorgan des organisierten Pazifismus bleibe und es in keine Verbindung mit anderen Organisationen trete, die seine Handlungsfreiheit einschränken würden.<sup>568</sup>

Für den Sekretär des IFB war insbesondere ein alarmierendes Zeichen, dass die britische UDC ab Mitte 1915 in ihrer Friedenskonzeption zunehmend einen Verständigungsfrieden in Betracht zu ziehen schien, sich also von den französischen Parolen eines Siegfriedens löste und sich damit den holländisch-deutschen Positionen annäherte.<sup>569</sup> Auf diesen Wandel in der UDC wies ebenfalls die Tatsache hin, dass Frederick Maddison und Joseph Fred Green, die beide im Rat des IFB sassen und für das politische Bündnis mit Frankreich – auch um den Preis einer Verlängerung des Krieges – standen, Ende 1915 nicht mehr ins Exekutivkomitee der UDC gewählt wurden.<sup>570</sup> Trotz grosser Anstrengungen Golays gelang es ihm aber weder La Fontaine zum Handeln zu bewegen, noch die französischen Angehörigen des IFB zu einer Abkehr von der bisher vertretenen Position, das Berner Büro solle erst nach dem Krieg seine Tätigkeiten wieder aufnehmen, zu gewinnen. Moch gab Golay im Januar sogar Folgendes zu bedenken:

*„J'avoue d'ailleurs que, même s'il m'était possible d'aller à Berne, je ne tiendrais pas à me rencontrer avec MM. les pacifistes-impérialistes; ce sera déjà une épreuve bien assez pénible après la guerre, quand il s'agira de reconstruire quelque chose sur les ruines du passé.“*<sup>571</sup>

---

<sup>562</sup> DF November 1916: 84f.

<sup>563</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 202-205.

<sup>564</sup> Lefebvre 1983.

<sup>565</sup> Vgl. Mauermann 1990: 165.

<sup>566</sup> Vgl. Brief von Golay an Moch, 25.2.1916, UNOG, IPM/IPB 264/1.

<sup>567</sup> Vgl. Brief von De Jong van Beek en Donk und Lochner an das IFB, 30.5.1916, UNOG, IPM/IPB 302/6.

<sup>568</sup> Vgl. Brief von Golay an De Jong van Beek en Donk und Lochner, 20.6.1916, UNOG, IPM/IPB 302/6.

<sup>569</sup> Vgl. Mauermann 1990: 169.

<sup>570</sup> Vgl. „Rapport présenté par M. Golay au Comité permanent sur son voyage à Paris du 26 Avril au 3 Mai 1916“, UNOG, IPM/IPB 398/1.

<sup>571</sup> Brief von Moch an Golay, 17.1.1916, UNOG, IPM/IPB 264/1.

Eigens mit dem Ziel, die französischen Ratsmitglieder für eine Wiederbelebung des IFB zu motivieren, unternahm Golay vom 26. April bis am 3. Mai 1916 eine Reise nach Paris. In der französischen Hauptstadt traf er neben ihnen mit dem Italiener Edoardo Giretti und dem Briten George Herbert Perris zwei weitere Ratsmitglieder. Die meisten französischen PazifistInnen zeigten sich aber immer noch so unversöhnlich wie nach Kriegsausbruch, indem sie von gemeinsamen Aktionen mit den PazifistInnen aus den Mittelmächten weiterhin nichts wissen wollten.<sup>572</sup> Den deutschen Angehörigen des IFB warfen sie vor, die gemeinsamen Beschlüsse der Zeit vor 1914 (z. B. es gibt kein Recht auf Eroberung) nicht mehr zu beachten und somit die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zu verhindern. Charles Richet kritisierte den deutschen Standpunkt in folgendem Sinn:

*„C'est le départ entre le vrai et le faux pacifisme, entre le pacifisme fondé sur le droit et le respect des traités, pacifisme que la conduite de nos ennemies a rendue intransigeant, et jusqu'aboutiste – et le pacifisme de nos adversaires qui semble s'accommoder de tout ce que fait leur gouvernement.“*<sup>573</sup>

Diese Worte zeigten nicht nur die Unversöhnlichkeit der Positionen, sie belegten zu ihrem Nachteil auch die Unkenntnis vieler französischer PazifistInnen über die Diskussionen eines Friedensprogramms innerhalb der deutschen und der niederländischen Friedensbewegung.<sup>574</sup> Die Ergebnisse der zwei Friedenskonferenzen in Den Haag vom Mai 1915 hatten sie aufgrund der Anwesenheit von deutschen PazifistInnen von vornherein als deutschfreundlich abgestempelt. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Positionen der dort anwesenden niederländischen, deutschen und britischen PazifistInnen sowie ihren Lösungsvorschlägen zur belgischen Frage und über die Wiedergutmachung von deutscher Seite fand nicht statt.<sup>575</sup> Infolge des erschwerten Briefverkehrs und der Zensur fehlten zudem oft entsprechende Informationen. Nachdenklich stimmte Golay die Mitteilung des Ökonomen und Professors des *Collège de France*, Charles Gide, in Paris habe sich ein fünfzigköpfiges Komitee gebildet, das sich den britischen Positionen der *UDC* annäherte. Ihm gehörten neben Gide und dem sozialistischen Abgeordneten Jean Longuet mit der Feministin Séverine (Caroline Rémy) und Lucien Le Foyer auch bekannte PazifistInnen an. Die Bildung dieses Komitees machte deutlich, dass es auch in der französischen Friedensbewegung Stimmen gab, die mit einem Verständigungsfrieden sympathisierten. Golay verglich ihre Situation in der Friedensbewegung mit derjenigen der Zimmerwalder Bewegung, die sich ausserhalb der Mehrheit der sozialistischen Parteien befand.<sup>576</sup>

Dass die Übermittlung von Briefen mit pazifistischem Inhalt an Kontakte im Ausland durch die Zensur zunehmend erschwert wurde, bekam auch Quidde in Deutschland zu spüren. Die praktisch einzige Möglichkeit für ihn war, sich mit vertrauenswürdigen Personen aus dem neutralen Ausland während umsichtig arrangierten und mit konspirativer Sorgfalt vorbereiteten Treffen zu Gesprächen zu verabreden. Während Golay als Kontaktperson für die französischen Mitglieder des IFB fungierte, war es Bucher-Heller für die deutschsprachigen. Ende März 1916 setzte sich der auf Ausgleich zwischen den beiden Lagern bedachte Bucher-Heller parallel zu Golay während einer Reise nach Lindau am Bodensee mit Quidde in Verbindung, um die Positionen deutscher PazifistInnen neu auszuloten.<sup>577</sup> Karl Holl hat jedoch herausgefunden, dass auch diese Begegnung von den deutschen

<sup>572</sup> Vgl. Mauermann 1990: 170.

<sup>573</sup> „Rapport présenté par M. Golay au Comité permanent sur son voyage à Paris du 26 Avril au 3 Mai 1916“, UNOG, IPM/IPB 307/4.

<sup>574</sup> Vgl. Mauermann 1990: 171.

<sup>575</sup> Vgl. Ebd.

<sup>576</sup> Vgl. „Rapport présenté par M. Golay au Comité permanent sur son voyage à Paris du 26 Avril au 3 Mai 1916“, UNOG, IPM/IPB 398/1.

<sup>577</sup> Vgl. Rapport „Meine Besprechung mit Dr. Quidde am 23. & 24. März in Lindau“, 17.4.1916, UNOG, IPM/IPB 398/1.

Behörden nicht unbelauscht blieb.<sup>578</sup> Bereits vor der Reise sicherte ein Mittelsmann der britischen UDC Bucher-Heller während eines Gesprächs in Zürich zu, dass seine Vereinigung in Grossbritannien gegen die BefürworterInnen des Krieges zu Felde ziehen werde, falls die deutschen Angehörigen des IFB eine offizielle Erklärung hinsichtlich der Wiederherstellung der belgischen Souveränität abgeben würden. Bucher-Heller formulierte diesen Sachverhalt im Rapport über die Besprechung mit Quidde wie folgt:

*„Wenn man einige Garantien erhalte von offizieller Seite Deutschlands, dass das geschehen werde, so habe ja England eigentlich sein Kriegsziel erreicht. Alles andere könne dann am grünen Tisch ausgemacht werden, dafür brauchen die Kanonen nicht mehr zu sprechen.“*<sup>579</sup>

Obwohl Quidde gegenüber Bucher-Heller seine Überzeugung versicherte, Deutschland wolle keine Annexion Belgiens, zeigte er sich betreffend der von der UDC gemachten Vorbedingungen zu wenig flexibel. Er beharrte auf bestimmten Garantieerklärungen der Alliierten, dass sie nach der deutschen Räumung Belgiens das Land nicht ihrerseits besetzten.<sup>580</sup> Dieser Standpunkt verunmöglichte eine schnelle Einigung mit der Mehrheit der britischen Friedensbewegung.<sup>581</sup>

Die welschen Schweizer im Ständigen Komitee sahen aufgrund der beiden Reiseberichte keine Veranlassung, ihre passive Politik aufzugeben, weil ihnen zufolge die Grundlage für Diskussionen zwischen den beiden Parteien fehlte.<sup>582</sup> Als schärfster Kritiker der passiven Politik der Berner Zentrale profilierte sich Alfred H. Fried. Er bezeichnete das IFB als einen „lebendigen Leichnam“ und trat 1916 in eine öffentlich geführte Kontroverse mit dem Franzosen Théodore Ruysen ein, die über Leserbriefe in der NZZ ausgefochten wurde.<sup>583</sup> Fried bestritt in seiner Argumentation, dass nur eine völlige Niederwerfung der Mittelmächte diese vom preussischen Militarismus befreien könne. Gerade weil er den Militarismus bekämpfe, befürworte er eine rasche Beendigung des Krieges, denn in Kriegen zwischen stark gerüsteten Staaten könne es keine materiellen Sieger mehr geben.<sup>584</sup> Dagegen brachte Ruysen den Einwand ein, in Deutschland würden zahlreiche Gruppierungen wie die Alldeutschen, der Flottenverein, Konservative und wirtschaftliche Verbände Annexionen fordern. Ein sofortiger Friede, der mit dem Verlust Belgiens, Polens, Serbiens und vielleicht sogar eines Teils Frankreichs an die Mittelmächte bezahlt werden müsste, wäre ebenso unerträglich wie der Verzicht auf die Luft zum Atmen.<sup>585</sup> Romain Rolland zeigte sich dagegen versöhnlicher und meinte, dass Ruysen und seine Zeitschrift *La Paix par le Droit* der Sache des Pazifismus untreu geworden seien, weil Ruysen auch „*tous les plus nobles efforts tentés pour arrêter ou limiter les ravages de la guerre*“ bekämpfe.<sup>586</sup> Vom Ausmass der vergifteten Atmosphäre zwischen den kriegführenden Staaten wurden Institutionen und Zeitungen in den neutralen Staaten keineswegs verschont. Dass die NZZ als eine der führenden deutschsprachigen Zeitungen der Schweiz bereits früh ihre Seiten für deutsche Emigranten öffnete und Fried erstmals im März 1915 für sie schrieb, gefiel nicht allen. So übte Gaston Moch heftige Kritik an ihr:

---

<sup>578</sup> Vgl. Holl 2007: 201.

<sup>579</sup> Rapport „Meine Besprechung mit Dr. Quidde am 23. & 24. März in Lindau“, 17.4.1916, UNOG, IPM/IPB 398/1.

<sup>580</sup> Vgl. Ebd.

<sup>581</sup> Vgl. Mauermann 1990: 173.

<sup>582</sup> Vgl. Ebd.: 174.

<sup>583</sup> Vgl. Ebd.: 178.

<sup>584</sup> Vgl. Lang 1968: 44.

<sup>585</sup> Vgl. Ebd.: 45.

<sup>586</sup> Vgl. Rolland 1952: 767f.

*„Il est prodigieux qu'on ait pu organiser en Suisse un semblable instrument de propagande prussienne, car au fond ce n'est pas autre chose: ce n'est pas la manière violente qui convient aux pangermanistes opérant en Allemagne même, c'est du travail cauteleux, insidieux, [...] et ce journal devrait s'appeler la Neue Berliner Ztg. Je suppose d'ailleurs que personne ne s'y laisse prendre, en Suisse, sauf les teutomanes a priori, et que ça ne tire donc pas à conséquence.“*<sup>587</sup>

Um das Verständnis der Haltung des IFB in den folgenden Kapiteln zu gewährleisten, ist auf den von ihm neu verfolgten Kurs hinzuweisen, der ab Herbst 1916 einsetzte. In einer Ausgabe seiner Zeitschrift war ein Artikel mit dem Titel „Au Bureau International de la Paix“ abgedruckt, der als Zirkular an alle ihm angegliederten Friedensgesellschaften gesendet wurde.<sup>588</sup> In diesem gab das IFB seine Neutralität zugunsten der Entente formell auf, und es betrachtete eine Niederlage der Mittelmächte als Vorbedingung, um eine dauerhafte Friedensordnung etablieren zu können. Golays Vorhaben, die Berner Zentrale zu einem Propagandainstrument der Entente zu machen, setzte sich zunehmend durch.<sup>589</sup> Während Bucher-Heller als einziges Deutschschweizer Mitglied im Ständigen Komitee des IFB nicht aktiv gegen diese Entwicklung opponierte, leistete er auf nationaler Ebene als Präsident der SFG gegen diesen Kurs erbitterten Widerstand.

## 5.5. Der Friedensfunken ist in die Welt gesetzt: Jahreswechsel 1916/1917

Weil die Versuche zur Wiederbelebung des IFB scheiterten, versuchte Golay zumindest die SFG während einer Zeit der zunehmenden Kriegsmüdigkeit für eine aktive Friedensarbeit im Sinne der offiziellen französischen Konzeption zu gewinnen. Das IFB und die SFG drohten andernfalls endgültig im Schatten der neu gegründeten Organisationen agieren zu müssen; *„si nous n'agissions pas c'est pour nous la fin, la mort sans phrase.“*<sup>590</sup> Anfangs Oktober 1916 unternahm Golay zu diesem Zweck eine Reise in die Westschweiz, um Buttica und Favre zu treffen, die sich seiner Ansicht nach für gemeinsame Tätigkeiten mit den deutschschweizerischen Sektionen gesprächsbereit zeigten. Bucher-Heller freute sich über diese Nachricht:

*„Ich bin hoch erfreut, dass die welschen Kollegen, speziell die Freunde in Genf ihren Standpunkt des ‚Jusque au bout Schweigens‘ [sic] aufgeben wollen & das Bedürfniss [sic] zur Aussprache & nachfolgenden Action an den Tag legen! Es war mir zuwider mit der einen Hälfte der schweizerischen Friedensgesellschaft zu arbeiten & deshalb hatte ich auch keine Eile, diesen Herbst unsere Arbeiten aufzunehmen.“*<sup>591</sup>

Allerdings verfolgten Golay und Bucher-Heller mit ihrem Bemühen um eine Reaktivierung der SFG und die Ausarbeitung eines Aktionsprogramms weiterhin nicht die gleichen Ziele. Golay plante für den Winter eine grosse Kampagne von pazifistischen Konferenzen, während denen in Zusammenarbeit mit der Presse diejenigen Prinzipien bekanntgegeben und bestätigt werden sollten, *„qui furent ceux de Louis Ruchonnet, d'Elie Ducommun et aussi du père Gobat [erster, zweiter und dritter Leiter des IFB] qui était un vaillant et un brave et qui ne se fut jamais laissé aller à collaborer avec des gens qui refusent de protester contre le crime et de demander le châtement des*

---

<sup>587</sup> Brief von Moch an Golay, 14.6.1916, UNOG, IPM/IPB 303/1.

<sup>588</sup> Vgl. MP mai/septembre 1916: 45-48.

<sup>589</sup> Vgl. Linden 2006: 200.

<sup>590</sup> Brief von Golay an Bucher-Heller, 19.10.1916, UNOG, IPM/IPB 264/1.

<sup>591</sup> Brief von Bucher-Heller an Golay, 6.11.1916, UNOG, IPM/IPB 264/1.

*coupables*<sup>592</sup>, wie er Fritz Berthoud, dem Präsidenten der neu gegründeten Sektion St. Imier, mitteilte.

Golay wandte sich in einem Schreiben an Berthoud mit der Frage, ob es ihm möglich sei, eine Initiative zwecks Unterstützung dieses Vorhabens im Zentralkomitee der SFG einzubringen. Er könne dies als Sekretär des IFB nicht selber machen. Dem *Anti-Oorlog-Raad*, der in der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ federführend war, warf er weiterhin vor, die auf den internationalen Friedenskongressen beschlossenen Grundsätze vor 1914 nicht mehr zu beachten. So wies er im Schreiben explizit darauf hin, dass die Mitglieder des *Anti-Oorlog-Raad* „*furent de ceux qui dans notre célèbre séance du Bureau de Janvier 1915 s’opposèrent à ce que le Bureau élève[ît] une protestation contre la violation de la Belgique [sic]*“.<sup>593</sup> Diese Aussage stimmt mit den tatsächlichen Fakten jedoch nicht überein. So wurde im Kapitel 4.4 nachgewiesen, dass sich De Jong van Beek en Donk keinesfalls gegen eine Verurteilung der Verletzung der belgischen Neutralität wehrte und er sogar die Meinung vertrat, die Kriegsschuld liege bei Deutschland und Österreich. Die Tatsache, dass die deutsche Friedensbewegung in der „Zentralorganisation“ mitbeteiligt war, reichte, um sie und den *Anti-Oorlog-Raad* als deutschfreundlich abzustempeln. Zwar wollte Bucher-Heller die SFG ebenfalls aus ihrer passiven Haltung befreien, strebte aber im Gegensatz zu Golay – wie bereits auf der Delegiertenversammlung von 1916 in Herisau klar wurde – eine Zusammenarbeit mit den neuen pazifistischen Organisationen an und arbeitete selbst in solchen (z. B. der „Vereinigung für einen dauerhaften Frieden“ und der *Ligue des pays neutres*) in Hinblick für einen Verständigungsfrieden mit.

An dieser Stelle sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die Friedensbewegung allgemein und pazifistische Organisationen in neutralen Ländern von beiden Mächtigkeitsgruppierungen verdächtigt wurden, die eigene Nation zu schwächen, ihre militärische Schlagkraft zu mindern oder sogar im Dienste der militärischen Gegner zu stehen. Ihre Einschätzung fiel denn auch je nach Perspektive sehr unterschiedlich aus: Die Regierungen der Entente weigerten sich in den meisten Fällen während des Krieges, den PazifistInnen aus ihren Ländern Reisepässe für Friedenskongresse auszustellen, die von der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ organisiert wurden, weil diese deutschfreundlich seien. Gleichzeitig schätzte die politische und militärische Führung in Deutschland den *Anti-Oorlog-Raad* und die „Zentralorganisation“ gemeinsam mit ihrem Sekretär De Jong van Beek en Donk als deutschfeindlich ein.<sup>594</sup>

In der am 19. November 1916 im IFB abgehaltenen Sitzung des Zentralkomitees der SFG, in der auch Golay anwesend war, wurde das Vorhaben eines gemeinsamen Aktionsprogramms schliesslich diskutiert.<sup>595</sup> Bucher-Heller wies darauf hin, dass die Erarbeitung eines Papiers bisher wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen den welschen und den deutschsprachigen Sektionen, die er als Missverständnisse bezeichnete, nicht habe angegangen werden können. Diese scheinen nach Golays Anmerkungen über die Gesprächsbereitschaft der welschen Sektionen mittlerweile geklärt zu sein und spätestens nach der folgenden Diskussion nicht mehr weiterzubestehen. Allerdings handelte es sich bei dieser Aussage selbst um ein Missverständnis, denn Louis Favre bekräftigte die von der Genfer Sektion bisher verfolgte Haltung. Wenn etwas zu Missverständnissen geführt habe, dann sei es der Glaube, dass die Schuldigen am Krieg geglaubt hätten, die Friedensbewegung würde sich für Unternehmen einspannen lassen, gegenüber denen man misstrauisch sein müsse. Dazu gehörten Gruppierungen mit einem ausländischen Hintergrund – womit er auf den *Anti-Oorlog-Raad* und die „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ anspielen wollte –, deren pazifistisches Programm nie klar deklariert worden sei. Weiter gab er bekannt: „*A leurs [pacifistes genevois] yeux la cause de la paix est inséparable de celle du droit. Ils ne se résigneront jamais à mettre sur le même*

---

<sup>592</sup> Brief von Golay an Berthoud, 21.10.1916, UNOG, IPM/IPB 264/1.

<sup>593</sup> Ebd.

<sup>594</sup> Vgl. Riesenberger 2008: 124.

<sup>595</sup> Vgl. „Rapport sur la séance du Comité central de la Société suisse de la Paix“, 19.11.1916, UNOG, IPM/IPB 264/1.

*pied les agresseurs et ceux qui défendent leur pays.*<sup>596</sup> Mit Émil Buttica, dem Präsidenten der Sektion Waadt, stimmte er überein, momentan noch kein detailliertes pazifistisches Aktionsprogramm für die SFG zu erarbeiten.<sup>597</sup>

Die Positionen zwischen den welschen und den deutschsprachigen Exponenten innerhalb der SFG divergierten auf der Sitzung zu stark, als dass von einem gemeinsamen Friedensprogramm die Rede sein konnte. Die Satirezeitschrift „Nebelspalter“ stellte die geteilte Schweiz – die sich auch in der Friedensbewegung zeigte – symbolisch mit einer Jasskarte dar, auf der sich die welsche und die deutschsprachige Schweiz mit ihren kulturellen Eigenheiten frontal gegenüberstehen (vgl. Abb. 15).



Abb. 15: Symbolische Darstellung der „geteilten Schweiz“ im „Nebelspalter“

Golay bereute die Haltung von Favre und Buttica. Seiner Ansicht nach würden neue Gruppierungen die Passivität der etablierten pazifistischen Organisationen in der Schweiz ausnützen und durch ihre Aktivitäten die pazifistischen Kräfte verzetteln. Sie würden alle einen schnellen Friedensschluss fordern, nach Golay seien mehr oder weniger alle wegen ihrer Forderung eines schnellen Friedensschlusses deutschfreundlich gesinnt. Er schlug deshalb vor, eine Kommission einzusetzen, welche die „pazifistische Doktrin“ der Schweizer Friedensbewegung klar benennen sollte. Während sich Müller-Hess als Präsident der Sektion Bern gegen sein Vorhaben stellte, stimmte Buchli von der Sektion Herisau der allgemeinen Haltung zu, dass die SFG mehr Aktivität an den Tag legen sollte. Er versuchte Hoffnung zu verbreiten, indem er auf einen Mitgliederzuwachs in seiner Sektion hinwies.<sup>598</sup>

Trotz den unterschiedlichen Auffassungen wurde für die Ausarbeitung eines Aktionsprogramms für die SFG eine „Propaganda-Kommission“ bestimmt, der Bucher-Heller, Maier, Favre und Golay angehören sollten.<sup>599</sup> Allerdings fungierte Henri Golay schliesslich nicht mehr unter den Namen der Leiter der Propaganda-Kommission im veröffentlichten Aktionsprogramm.<sup>600</sup> Golay beschwerte sich infolgedessen bei Bucher-Heller, er sei einfach ohne formellen Beschluss aus ihr herausgeworfen worden. Es komme ihm deshalb vor, als würde seine Anwesenheit dort nicht als erwünscht

<sup>596</sup> Ebd.

<sup>597</sup> Vgl. Ebd.

<sup>598</sup> Vgl. Ebd.

<sup>599</sup> Vgl. Ebd.

<sup>600</sup> Vgl. Zirkular Aktionsprogramm der SFG, UNOG, IPM/IPB 304/ 1.

betrachtet.<sup>601</sup> Bucher-Heller antwortete Golay, es sei ihm „nicht im Entferntesten in den Sinn gekommen, Sie in ein Komitee nicht mehr einzuladen [...] dem Sie angehörten durch Wahl des Central Komitees.“<sup>602</sup> Er sei der Meinung gewesen, dass er nicht selbst Mitglied dieses Komitees, sondern nur an den ersten vorbereitenden Sitzungen teilnehmen werde. Trotz dieser Beschwichtigungen darf vermutet werden, dass Bucher-Heller tatsächlich ein Interesse daran hatte, Golay nicht in diesem Gremium zu haben, weil er als Folge seiner Präsenz eine zu starke Annäherung der SFG an die französische Position befürchtete. Das Aktionsprogramm sah die Möglichkeit vor, als Vortragsredner Personen aus der „Vereinigung für einen dauerhaften Frieden“ und der „Neutralen Konferenz“ zu engagieren, deren Präsident Scherrer-Füllemann war und von denen sich Golay im Gegensatz zu Bucher-Heller explizit distanzieren wollte.<sup>603</sup>

Das Aktionsprogramm hielt fest, dass „die Stunde gekommen ist, wo eine energische Tätigkeit der Schweizerischen Friedensgesellschaft an der Spitze der Bewegung einsetzen kann und einsetzen muss.“ Es rief zur Erstarkung bestehender und der Gründung neuer Sektionen auf. Ausserdem sollten regelmässig Versammlungen durchgeführt werden, während denen die Grundlagen eines Dauerfriedens, das Nationalitätenproblem, die Möglichkeit des Schiedsgerichtsverfahrens, die Stellung der Schweiz im kommenden Europa, das Programm der Friedensbewegung in der Schweiz nach dem Kriege sowie die Tätigkeiten des IFB traktandiert werden. Als mögliche Referenten waren u. a. Alfred H. Fried, Leonhard Ragaz, William E. Rappard, Édouard Quartier-la-Tente und Joseph A. Scherrer-Füllemann vorgeschlagen. Regelmässige Zusammenkünfte sollten bewirken, „den verdienstlichen Bestrebungen vieler anderen, neuerstandener Vereinigungen in den Sektionen der Friedensgesellschaft einen Mittelpunkt zu geben, an den sie sich anschliessen und in dem sie sich betätigen können.“<sup>604</sup>

Der Zeitpunkt für die Ausarbeitung eines Aktionsprogramms war günstig, weil sich angesichts einer zunehmenden Kriegsmüdigkeit die Friedensnoten zum Jahreswechsel 1916/17 häuften. Der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg richtete am 12. Dezember ein Friedensangebot an die Entente, in welchem er sie dazu aufforderte, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten.<sup>605</sup> In der Deutschschweizer Presse wurde das Friedensangebot als „Lichtstrahl“ freudig begrüsst<sup>606</sup> und auch die welschen Zeitungen hielten einen Frieden für wünschbarer als den völligen Sieg der Ententemächte, so sehr dieser auch verdient wäre.<sup>607</sup> Fried ersuchte Bucher-Heller in einem Telegramm um die Einberufung des Rates des IFB „zwecks Unterstützung des Friedensangebotes der Zentralmächte“<sup>608</sup>, das von ihm an Golay weitergeleitet wurde. Auf die Unterstützung der deutschen Note zielte auch eine von den freisinnigen Nationalräten Emil Zürcher, Albert Locher, Joseph A. Scherrer-Füllemann, Henri Calame, Emil Göttisheim, Robert Forrer und dem Sozialdemokraten Fritz Studer am 19. Dezember veranlasste Aussprache im IFB.<sup>609</sup> Golay teilte Bucher-Heller mit, dass Carrière und Bovet nicht der Meinung seien, dass er den Rat einberufen solle, und weil sich nur ein Teil der Ratsmitglieder für eine Zusammenkunft bereit erklären würde, bringe eine solche sowieso nichts.<sup>610</sup>

Am 21. Dezember 1916 hatte der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson sich in einer Friedensnote an die kriegführenden Mächte darum bemüht, dass diese ihre Kriegsziele präzisierten und öffentlich bekanntgeben würden. Zudem versandte der schweizerische Bundesrat eine eigene

---

<sup>601</sup> Vgl. Brief von Golay an Bucher-Heller, 12.2.1917, UNOG, IPM/IPB 264/1.

<sup>602</sup> Brief von Bucher-Heller an Golay, 13.2.1917, UNOG, IPM/IPB 264/1.

<sup>603</sup> Vgl. Zirkular Aktionsprogramm der SFG, UNOG, IPM/IPB 304/1.

<sup>604</sup> Ebd.

<sup>605</sup> Vgl. MP octobre/décembre 1916: 133f.

<sup>606</sup> Vgl. NZZ, 13.12.1916.

<sup>607</sup> Vgl. Journal de Genève, 14.12.1916; Mattmüller 1968: 306.

<sup>608</sup> Telegramm von Fried an Bucher-Heller, 13.12.1916, UNOG, IPM/IPB 303/5.

<sup>609</sup> Vgl. „Rapport du Comité Permanent sur la réunion du 19. Décembre 1916“, 19.12.1916, UNOG, IPM/IPB 264/1.

<sup>610</sup> Vgl. Brief von Golay an Bucher-Heller, 14.12.1916, UNOG, IPM/IPB 303/5.

Note an die kriegführenden Mächte und bot ebenfalls seine Vermittlungsdienste an.<sup>611</sup> Die Entente nahm das deutsche Friedensangebot schlussendlich aber nicht an und bezeichnete es in ihrer Antwort als „Kriegsmanöver“. Nach der militärischen Niederlage Rumäniens, der für die deutschen Militärs günstigen Entwicklung im Osten und nach dem Scheitern der alliierten Offensive an der Somme schien die militärische Position der Mittelmächte den Ententestaaten zu stark, um an ernsthafte politische Zugeständnisse glauben zu können.<sup>612</sup>

Die Episode der Friedensnoten im Jahreswechsel 1916/17 wurde in der Vereinszeitschrift „Der Friede“ begrüsst, indem sie eine Zeit anbrechen sah, in welcher der Frieden zum zentralen Diskussionsthema werden würde: *„Der Friedensfunken ist nun mal in die Welt gesetzt; er wird nicht mehr erlöschen, sondern bald [...] zur lodernden Flamme“* werden.<sup>613</sup> Die deutschschweizerischen Sektionen der SFG hatten das Friedensangebot der Mittelmächte begrüsst, obwohl auch sie feststellten, dass gewisse von deren Gesten – hier folgten keine Präzisierungen – keineswegs für Verhandlungen einladend waren. *„Aber [...] trotz alledem hätten wir die Anbahnung von Unterhandlungen begrüsst, damit dem unsinnigen Blutvergiessen und der weiteren Verschuldung Europas ein Ziel gesetzt werde.“*<sup>614</sup> Obwohl sich die Propaganda-Kommission der SFG im Dezember zweimal traf und sich zur Formulierung eines Aktionsprogramms durchringen konnte, entmutigte das Scheitern der Friedensnoten viele Mitglieder und liess das Vereinsleben wieder einschlafen.<sup>615</sup>

Weil sich die Ratsmitglieder des IFB wegen der bestehenden Meinungsverschiedenheiten nicht an einen Tisch bringen liessen, schlug Golay die Bildung eines Komitees *ad hoc* aus „hervorragenden Schweizern“ vor. Bucher-Heller begrüsst diesen Vorschlag, denn bei so langem Schweigen werde die Bevölkerung das IFB nicht mehr als Sprachrohr des Pazifismus ansehen.<sup>616</sup> Im Schreiben versicherte ihm Bucher-Heller:

*„Ich will keinen deutschen, ich will keinen Frieden der Entente, sondern ich will den europäischen Frieden, denn wenn die kriegführenden Staaten sich nicht bald die Hand zum Frieden reichen können, dann geht Europa zum Teufel. Kein neutraler Pacifist, der nur einen einigermaßen klaren Kopf sich bewahren konnte, darf von nun an müssig der Menschenschlächtereie zu sehen, sonst macht er sich am Verbrechen mitverantwortlich.“*<sup>617</sup>

Die Möglichkeit, eine Zusammenarbeit mit den seit Kriegsausbruch entstandenen pazifistischen Organisationen neu auszuloten, ergab sich auf einer auf den 14. Januar 1917 im IFB einberufenen Sitzung.<sup>618</sup> Geleitet wurde sie von der im November 1916 gegründeten und von Édouard Quartier-là-Tente präsidierten „*Organisation internationale*“, als Sekretär fungierte Auguste Forel. Ihr Ziel bestand darin, die Grundlagen für eine internationale Rechtsorganisation zu erarbeiten.<sup>619</sup> Zudem wollte sie gemeinsam mit allen pazifistischen Gruppierungen in der Schweiz den Bundesrat um eine Einberufung einer Konferenz der neutralen Staaten ersuchen. Auf den Aufruf einer gemeinsamen Sitzung meldeten sich 14 Gruppierungen, darunter die SFG, die *Union mondiale de la femme*, die *Ligue des pays neutres*, die *Alliance des Eglises pour l'amitié entre les Nations* und die *Société suisse des femmes pour une paix durable*.<sup>620</sup> Das wichtigste Ergebnis der Sitzung war die Bildung eines aus

---

<sup>611</sup> Vgl. MP octobre/décembre 1916: 137-140.

<sup>612</sup> Vgl. Mauermann 1990: 176.

<sup>613</sup> Vgl. DF Januar 1917: 5.

<sup>614</sup> DF Januar 1917: 1.

<sup>615</sup> Vgl. DF November 1917: 85.

<sup>616</sup> Vgl. Brief von Bucher-Heller an Golay, 18.12.1916, UNOG, IPM/IPB 264/1.

<sup>617</sup> Ebd.

<sup>618</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung der Organisation internationale, 14.1.1917, UNOG, IPM/IPB 264/1.

<sup>619</sup> Vgl. Pamphlet „Organisation internationale. Association suisse de propagande“, UNOG, IPM/IPB 264/1.

<sup>620</sup> MP janvier/avril 1917: 13f.



sieben Mitgliedern bestehenden Aktionskomitees, das „Comité des sept“. Dem mit vollem Titel „Comité d'action des Sociétés suisses pour l'étude du problème de la paix et de l'ordre juridique international“ genannten Komitee gehörten Franz Bucher-Heller, Gustave Maier, Louis Favre, Édouard Quartier-la-Tente, Auguste Forel, Ernst Trösch und Alice Hoffmann an.<sup>621</sup> Neben den drei Mitgliedern des Zentralkomitees der SFG (Bucher-Heller, Maier, Favre), setzte es sich aus den zwei leitenden Persönlichkeiten der „Organisation internationale“ (Quartier-la-Tente und Forel), einem führenden Mitglied der „Neutralen Konferenz“ (Trösch) sowie Alice Hoffmann als Präsidentin der „Union mondiale de la femme pour la concorde internationale“ zusammen. Die Besetzung des Komitees machte deutlich, dass das Friedensthema und die Erarbeitung einer internationalen Rechtsordnung in der Schweiz keineswegs der SFG alleine überlassen wurden. Allerdings kam ihr weiterhin die führende Rolle in der schweizerischen Friedensbewegung zu. Verdeutlicht wurde dies, indem Bucher-Heller das Präsidium des Komitees übernahm.<sup>622</sup>

Das „Comité des sept“ ersuchte den Bundesrat in einem Schreiben vom 23. Januar 1917 für die Herbeiführung eines baldigen Friedens, „er möchte sofort in Fühlung treten mit den Regierungen der übrigen neutralen Staaten, zwecks Einberufung einer internationalen Konferenz derselben.“<sup>623</sup>

„Die Aufgabe dieser neutralen Konferenz dürfte sein:

- a) Aufstellen von Massnahmen zum grösstmöglichen Schutze der einzelnen neutralen Staaten während und nach dem Kriege.
- b) Verhütung einer noch grösseren Ausdehnung des europäischen Krieges
- c) Studium der Grundlagen einer internationalen Rechtsordnung zu Handen des künftigen Friedenskongresses.“<sup>624</sup>

Das ambivalente Verhältnis von Favre zum „Comité des sept“ zeigte sich bereits Anfang Februar 1917, als er seinen Rücktritt aus dem Komitee bekanntgab.<sup>625</sup> Dieser erfolgte, als ihm zufolge in mehreren Zeitungen geschrieben stand, das „Comité des sept“ bereite in Bern einen Kongress vor, um zusammen mit dem *Anti-Oorlog-Raad* Massnahmen ausfindig zu machen, wie die kriegführenden Staaten zur Eröffnung von Friedensverhandlungen gezwungen werden könnten.<sup>626</sup> In seinem Rücktrittsschreiben an Bucher-Heller schrieb er:

„Tant que les centraux ont, à l'origine de cette guerre effroyable, remporté des succès foudroyants, personne, ni en Suisse, ni ailleurs, n'a élevé la voix pour flageller les auteurs de cette atroce agression et pour demander la paix. Depuis que l'on peut espérer que les défenseurs du Droit et de la Justice se trouveront bientôt en état de réduire au silence le militarisme agressif et cruel, fauteur de tant d'horreurs, cause de tant d'atrocités et d'hécatombes, les efforts, en vue d'obtenir la paix, coûte que coûte, se multiplient et se manifestent de tous côtés. Le rôle des représentants de la Société suisse de la Paix, ne peut être de collaborer à une œuvre pareille, et, pour ma part, jamais je consentirai à coopérer d'une façon quelconque à des tentatives entreprises dans le but de forcer les

<sup>621</sup> Vgl. Ebd.

<sup>622</sup> Vgl. MP janvier/avril 1917: 13f.

<sup>623</sup> Eingabe des Comité des sept an den Bundesrat, 23.1.1917, StALU, 44/4688.

<sup>624</sup> Ebd.

<sup>625</sup> Vgl. LP avril 1917: 4.

<sup>626</sup> Vgl. Ebd.: 4f.

*belligérants à ouvrir des négociations de paix avant qu'ils n'en manifestent pas eux-mêmes le désir.*<sup>627</sup>

Nachdem sich die entsprechenden Zeitungsberichte aber als Falschmeldungen herausgestellt hatten, zog er seinen Rücktritt vom „Comité des sept“ nach Rücksprache mit den welschen Sektionen wieder zurück.<sup>628</sup> Allerdings illustriert Favres Verhalten, dass die Genfer Sektion und mit ihr die anderen welschen Sektionen der SFG gegenüber Friedensverhandlungen in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen zum aktuellen Zeitpunkt weiterhin äusserst skeptisch waren. Die Diskussionen über die Ausrichtung des Friedensprogramms in der schweizerischen Friedensbewegung wurden im Ausland mit grossem Interesse mitverfolgt. Golay tauschte sich darüber mit verschiedenen Mitgliedern aus, die dem Internationalen Rat des IFB angehörten. Nach der Bildung des „Comité des sept“ teilte er beispielsweise dem Franzosen Théodore Ruyssen mit, er könne es nicht verstehen, dass sich die SFG von den neuen pazifistischen Organisationen den Rang ablaufen lasse, weil sich unter ihnen zahlreiche Personen befänden, die einen „Frieden um jeden Preis“ befürworten würden.<sup>629</sup> Das „Comité des sept“ legte ausser dem Appell an den Bundesrat keine weitere Aktivität mehr an den Tag. Auguste Forel erinnerte sich in seiner Autobiographie:

*„Im Monat Januar 1917 versuchten wir in Bern eine Versammlung aller schweizerischen Friedensgesellschaften unter den Fittichen der ältesten derselben, der Schweizerischen Friedensgesellschaft, zustande zu bringen. Leider aber liess das Phlegma ihres Vorstehers, Bucher-Heller in Luzern, verbunden mit dem ententistischen Chauvinismus ihrer welschen Mitglieder, alles bald einschlafen.“*<sup>630</sup>

---

<sup>627</sup> LP avril 1917: 5.

<sup>628</sup> Vgl. LP avril 1917: 5.

<sup>629</sup> Vgl. Brief von Golay an Ruyssen, 31.1.1917, UNOG, IPM/IPB 264/1.

<sup>630</sup> Forel 1935: 278.

## 6. Exkurs: Pazifistische EmigrantInnen in der Schweiz

Während des Ersten Weltkrieges diente die Schweiz vielen Menschen, die den Krieg ablehnten, als internationaler Ort der Zuflucht. Das Land war seit dem Kriegseintritt Italiens im Mai 1915 vollständig von kriegführenden Staaten umgeben und somit „das Auge des Wirbelsturms, der über Europa tobte.“<sup>631</sup> Die Neutralität, die humanitäre Tradition und die Zugehörigkeit sowohl zum deutschen als auch zum französischen Kulturkreis prädestinierte die Schweiz geradezu zu einer Mittlerrolle zwischen den kriegführenden Parteien.<sup>632</sup> Hier hatten zahlreiche internationale Organisationen wie etwa das IFB und das IKRK ihren Sitz. Anders als in den kriegführenden Ländern, in denen die Meinungs- und Pressefreiheit stark eingeschränkt waren, konnten sich die DissidentInnen in der Schweiz verhältnismässig frei äussern. Im neutralen Kleinstaat gab es trotz einer Verschärfung der Immigrationspolitik auf Bundesebene immer noch Möglichkeiten, sich über die nationalen Grenzen hinweg auszutauschen. Unter diesen Umständen wurde die Schweiz während des Ersten Weltkrieges zu einem eigentlichen „intellektuellen Zentrum“ in Europa.<sup>633</sup> In schweizerischen Zeitungen wurde kontrovers über die Kriegsursachen und Friedensmöglichkeiten gestritten; die NZZ wurde zu einem regelrechten „Kampfplatz der Meinungen“.<sup>634</sup> Die Anwesenheit von EmigrantInnen jeglicher Herkunft und die Lage inmitten von kriegführenden Staaten machten die Schweiz aber nicht nur zu einem vermittelnden Zentrum in Europa, sondern auch zum „Mittelpunkt aller Intrigen, ein wahres Schlachtfeld des Geistes“.<sup>635</sup> In den vorangegangenen Kapiteln wurde zwar immer wieder auf pazifistische EmigrantInnen eingegangen; ihnen wird hier aufgrund ihrer Wichtigkeit in den Friedensdiskursen während des Ersten Weltkrieges ein ganzes Kapitel in Form eines Exkurses gewidmet.

Die pazifistischen DissidentInnen liessen sich bevorzugt entlang der Ufer des Genfersees, in Bern und Zürich nieder. Daneben entwickelte sich die Siedlung *Monte Verità* in der Nähe von Ascona im Tessin zu einem Ort der Gegenkultur zum grassierenden Bellizismus.<sup>636</sup> Diese hatte seit der Jahrhundertwende eine starke Anziehungskraft auf AnarchistInnen, UtopistInnen und LebensreformerInnen ausgeübt. Während des Ersten Weltkrieges wurde sie deshalb zu einem Sammelplatz für PazifistInnen, Kriegsdienstverweigerer und Flüchtlinge.<sup>637</sup> Eine der prägenden Figuren auf dem *Monte Verità* war der deutsche Schriftsteller Hermann Hesse, der als dienstuntauglich befunden wurde, nachdem er sich bei Kriegsausbruch als Freiwilliger bei der deutschen Botschaft in Bern meldete. Am 3. November 1914 rief er unter dem Titel „*O Freunde, nicht diese Töne*“ die deutschen Intellektuellen in der NZZ dazu auf, nicht in nationalistische Polemik zu verfallen.<sup>638</sup> Anschliessend wurde Hesse zu einem entschiedenen Kriegsgegner.

Die Stadt Zürich entwickelte sich während des Ersten Weltkrieges zu einer internationalen Metropole, in deren Cafés und Künstlerkneipen sich Intellektuelle aus der ganzen Welt tummelten und so das hiesige Kulturleben bereicherten. Im Februar 1916 gründeten die deutschen Exilanten Hugo Ball und Emmy Hennings in Zürich das *Cabaret Voltaire*, das als Geburtsort des Dadaismus gilt.<sup>639</sup> Diese Kunstrichtung war ein „antikriegerisches Narrenspiel“, das eine radikale Absage an den Krieg formulierte. Im Grunde genommen war der Dadaismus eine Antikunst: Indem sie sich dazu bekannte, Nonsense zu zelebrieren, war sie das radikalste vorstellbare Gegenprogramm zum hohlen

---

<sup>631</sup> Vgl. Piper 2013: 368.

<sup>632</sup> Vgl. Charrier 2012: 424-438.

<sup>633</sup> Vgl. Ebd.: 426. Vgl. jüngst auch Huber 2018: 169-178.

<sup>634</sup> Vgl. Lang 1968.

<sup>635</sup> Vgl. Riesenberger 2008: 113.

<sup>636</sup> Vgl. Clavien 2014: 119.

<sup>637</sup> Vgl. Piper 2013: 377.

<sup>638</sup> Vgl. NZZ, 3.11.1914.

<sup>639</sup> Vgl. Baumberger, Behrmann 2015.

Pathos der patriotischen Kriegsgesänge, das überall in Europa grassierte.<sup>640</sup> In der satirischen Zeitschrift „Der Revoluzzer“ erschien im Januar 1916 Hugo Balls Gedicht „Totentanz 1916“, das später auch als Postkarte im Cabaret Voltaire Verbreitung fand:

*„So sterben wir, so sterben wir  
Und sterben alle Tage  
Weil es so gemütlich sich sterben lässt.  
Morgens noch in Schlaf und Traum  
Mittags schon dahin  
Abends schon zuunterst im Grabe drin.*

*Die Schlacht ist unser Freudenhaus  
Von Blut ist unsre Sonne  
Tod ist unser Zeichen und Losungswort.  
[...]*

*So morden wir, so morden wir  
Und morden alle Tage  
Unsere Kameraden im Totentanz.  
[...]*

*Wir danken Dir, wir danken Dir  
Herr Kaiser für die Gnade,  
Dass Du uns zum Sterben erkoren hast.  
[...]*<sup>641</sup>



Abb. 16: Hugo Ball im Bischofskostüm bei einer Vorstellung 1916 im *Cabaret Voltaire*

<sup>640</sup> Vgl. Piper 2013: 376.

<sup>641</sup> Piper 2013: 375.

Ein weiterer Treffpunkt für PazifistInnen, DadaistInnen, Bolschewiki und SchriftstellerInnen in Zürich war das *Café Odéon*, in dem z. B. Leonhard Frank, Claire und Iwan Goll, Annette Kolb, Andreas Latzko, Else Laske-Schüler, René Schickele, Franz Werfel und Stefan Zweig zu den oft gesehenen BesucherInnen gehörten.<sup>642</sup> René Schickele suchte 1916 mit seiner Zeitschrift „Die Weissen Blätter“, die zu den wichtigsten Organen des politischen Expressionismus gehörte, ebenfalls Zuflucht in der Schweiz.<sup>643</sup> Er hatte wie zahlreiche andere EmigrantInnen – z. B. Iwan Goll, Hans Arp und Annette Kolb – einen deutsch-französischen Hintergrund und wollte sich nicht in einen Krieg zwischen seinen Vaterländern verwickeln lassen.<sup>644</sup> Insgesamt war in der Schweiz um 1916 eine bedeutende Emigrantenszene, „eine Armee von internationalen Revolutionären, Reformatoren, Dichtern, Malern, Neutönern, Philosophen, Politikern und Friedensaposteln“, entstanden.<sup>645</sup>

Die NZZ als eine der führenden deutschsprachigen Zeitungen der Schweiz versuchte eine vermittelnde Stellung im Krieg einzunehmen und öffnete ihre Seiten bald für ausländische Autoren. Fried schrieb erstmals im März 1915 für sie und hat „ihre Linie massgebend beeinflusst. Sein Edelmut und ein ungebrochener Idealismus inmitten eines chaotischen Abendlandes trugen wesentlich dazu bei, dass das Zürcher Blatt über die nationalen Egoismen hinweg das humanitäre Postulat einer zwischenstaatlichen Organisation, die den bewaffneten Konflikt ausschliessen sollte, vertrat.“<sup>646</sup> Eine weniger bekannte Diskussionsplattform war die ab 1915 in Zürich herausgegebene „Internationale Rundschau“, die von den deutschfreundlich gesinnten Österreichern Karl Brockhausen und Ludo Moritz Hartmann initiiert wurde. Sie bemühten sich um einen Brückenschlag zwischen den Intellektuellen der verfeindeten Staaten und versuchten den Anstoss zu einer kulturellen Demobilmachung zu geben.<sup>647</sup> Die auf Deutsch, Französisch und Englisch herausgegebene und international vernetzte Zeitschrift räumte verschiedenen Friedensorganisationen wie etwa dem *Anti-Oorlog-Raad*, dem BNV und der UDC einen wichtigen Platz ein.<sup>648</sup>

Bereits seit Kriegsausbruch suchten pazifistische DissidentInnen wie der Franzose Romain Rolland in der Schweiz nach Zuflucht. Das Jahr 1916 spielte beim verstärkten Einsetzen der Emigration von PazifistInnen in die Schweiz jedoch eine besondere Rolle. Dafür war das Ausbleiben einer militärischen Wende in den Schlachten von Verdun und an der Somme massgeblich verantwortlich, das eine zunehmende Verbitterung über den Krieg in der Bevölkerung der kriegführenden Länder zur Folge hatte. Die jeweiligen Regierungen reagierten auf dieses Phänomen, indem sie verstärkt von Propaganda Gebrauch machten und oppositionelle Stimmen noch energischer unterdrückten.<sup>649</sup> Während bereits nach Kriegsausbruch die Aktivitäten pazifistischer Gruppierungen verschiedentlich eingeschränkt worden sind, verbot beispielsweise das militärische Oberkommando in Deutschland dem BNV am 7. Februar 1916 jegliche Betätigung.<sup>650</sup> Unter diesen Umständen entschieden sich zahlreiche PazifistInnen, in der Schweiz ins Exil zu gehen. Obwohl sie durch die diversen repressiven Massnahmen gegen sie geradezu zur Emigration gedrängt wurden, waren sie nicht unmittelbar an Leib und Leben gefährdet.<sup>651</sup> In diesem Punkt besteht im Fall von Deutschland der Unterschied zu PazifistInnen, die nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 die Flucht ergriffen.<sup>652</sup>

---

<sup>642</sup> Vgl. Charrier 2014: 13.

<sup>643</sup> Vgl. Riesenberger 2008: 108.

<sup>644</sup> Vgl. Piper 2013: 372.

<sup>645</sup> Vgl. Ebd.: 371.

<sup>646</sup> Vgl. Lang 1968: 43.

<sup>647</sup> Vgl. Charrier 2015b: 282f.

<sup>648</sup> Vgl. Ebd.: 290.

<sup>649</sup> Vgl. Charrier 2015a: 82.

<sup>650</sup> Vgl. Quidde 1979: 101f.

<sup>651</sup> Vgl. Korol 1985a: 34.

<sup>652</sup> Vgl. Krohn et al. 2008.

## 6.1. Die pazifistischen Milieus

Unter den emigrierten PazifistInnen aus den Mittelmächten lassen sich zwei Gruppen mit unterschiedlichen ideologischen Ansichten identifizieren.

Die erste Gruppe mit liberal-demokratischen Vorstellungen sammelte sich um die seit März 1915 von Alfred H. Fried in der Schweiz herausgegebene „Friedens-Warte“. Frieds Emigration im Frühjahr 1915 bedeutete für ihn keinen Schritt in die Isolation, denn er war in der Schweiz durch seine international geschätzte Zeitschrift bereits bekannt. Als Ratsmitglied des IFB verfügte er über diverse internationale Kontakte und er kannte auch Franz Bucher-Heller.<sup>653</sup> Fried nahm an der Gründungssitzung des „Schweizerischen Komitees zum Studium der Grundlagen eines dauerhaften Friedensvertrages“ im Oktober 1914 teil und widmete dem späteren Vorsteher der Vereinigung Joseph A. Scherrer-Füllemann den vierten Band seines Kriegstagebuchs, *„dem ausgezeichneten Schweizer Vorkämpfer der Friedens- und Völkerbundidee, dargebracht in Freundschaft und gleichzeitig als bescheidenes Zeichen der Dankbarkeit des Verfassers für die Schweiz, wo während der Jahre des Weltkriegs dieses Kriegstagebuch entstanden ist.“*<sup>654</sup> Der Gruppe um die „Friedens-Warte“ standen Prinz Alexander von Hohenlohe, ein Sohn des ehemaligen Reichkanzlers von Hohenlohe-Schillingfürst, der Schriftsteller Leonhard Frank, der Journalist Hermann Fernau und der General Max von Montgelas nahe. Letzterer nahm nach Kriegsausbruch mit seiner Division an den Kämpfen in Lothringen, Flandern und Nordfrankreich teil. Er hatte den Bruch der belgischen Neutralität und die brutale deutsche Kriegsführung in der Anfangsphase des Ersten Weltkrieges kritisiert, weshalb er zur Disposition gestellt bzw. in den Ruhestand geschickt wurde. Im Juli 1915 emigrierte er in die Schweiz, wo er sich zum überzeugten Kriegsgegner wandelte.<sup>655</sup> In erster Linie erstrebte die Gruppe um die „Friedens-Warte“ eine demokratische Reform der Innen- und Aussenpolitik und auf dieser Basis einen Verständigungsfrieden zwischen den Zentralmächten und der Entente.<sup>656</sup> Fried vertrat die Meinung, dass der Militarismus in Deutschland auch durch einen Verständigungsfrieden verschwinden würde. Eine Weiterführung des Krieges bis an sein bitteres Ende sei dagegen in seinen Auswirkungen gleichbedeutend mit dem Untergang des Abendlandes.<sup>657</sup>

Ein Ziel der „Friedens-Warte“ war es, die durch den Krieg auseinandergebrochenen internationalen Fäden wieder zusammenzubinden. Während des Krieges publizierten in ihr nicht nur in der Schweiz lebende Deutsche wie der bereits erwähnte Fernau, der Romancier Edward Stillebauer, der Pädagoge und Philosophieprofessor Friedrich Wilhelm Foerster oder Alexander Prinz von Hohenlohe, sondern auch die Völkerrechtswissenschaftler Alexander Giesswein aus Ungarn und Heinrich Lammasch aus Österreich, der Schriftsteller Romain Rolland und der holländische Pazifist Benjamin de Jong van Beek en Donk.<sup>658</sup> Letzterer reiste mehrmals von Holland in die Schweiz, so etwa anlässlich der im Herbst 1917 von der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ in Bern einberufenen Studienkonferenz (vgl. Kapitel 7.4).

Zwischen Fried und der SFG gab es eine intensive Zusammenarbeit. Er stellte sich ihren Sektionen mehrmals als Redner im Rahmen von Vorträgen zur Verfügung.<sup>659</sup> Fried betrachtete Bucher-Heller als seine Kontakt- und Ansprechperson im IFB, so ersuchte er ihn im Dezember 1916 bei Bekanntwerden des Friedensangebots der Zentralmächte um die Einberufung des Internationalen Rates. Weiter berichtete „Der Friede“ über Vorträge, die er gehalten hat.<sup>660</sup> Das Vereinsorgan der SFG setzte sich

---

<sup>653</sup> Vgl. Charrier 2015a: 103.

<sup>654</sup> Fried 1920: Widmung.

<sup>655</sup> Vgl. Vogel 1999.

<sup>656</sup> Vgl. Eisenbeiss 1980: 167.

<sup>657</sup> Vgl. Charrier 2015a: 180.

<sup>658</sup> Vgl. Riesenberger 2008: 109.

<sup>659</sup> Vgl. DF April 1915: 30.

<sup>660</sup> Vgl. DF Januar 1917: 7.

mit den in der „Friedens-Warte“ erschienenen Artikeln auseinander und warb für das von Fried herausgegebene Buch Bertha von Suttners „Der Kampf um die Vermeidung des Weltkrieges“.<sup>661</sup>

Die zweite Emigrantengruppe formierte sich erst im Jahr 1917 und unterschied sich im Gegensatz zu derjenigen um die „Friedens-Warte“ durch die Radikalität ihrer politischen Forderungen. Bei ihren Zugehörigen führte der Krieg zur Überzeugung, dass der deutsche Militarismus nur durch die Niederlage der Mittelmächte überwunden werden könne.<sup>662</sup> Insofern war es nur konsequent, einen Sieg Frankreichs und der Entente als die Voraussetzung für eine grundlegende Erneuerung und eine Demokratisierung des Deutschen Reiches anzusehen.<sup>663</sup> Ihr publizistisches Organ war die erstmals im April 1917 in Bern erschienene „Freie Zeitung“, deren ideologische Ausrichtung der deutsche Philosoph Ernst Bloch folgendermassen beschrieb:

*„Sie steht im Kampf, aber sie führt nicht Krieg gegen die Welt; sie führt Kampf gegen den Krieg, sie steht auf den Barrikaden gegen das System des Krieges, sie ist sich gründlich, grundhaft wehrender Pazifismus und, mit voller Paradoxie des Wortes, kämpfende Christenheit, ecclesia militans.“*<sup>664</sup>

Zu ihren AnhängerInnen gehörten neben einigen Schweizer Redakteuren der Journalist Hermann Rösemeier, der Schriftsteller Eduard Stillebauer, Richard Grelling, der Mitbegründer des Dadaismus Hugo Ball und der Philosoph Ernst Bloch.<sup>665</sup> Grelling sorgte mit seinem illegal in Deutschland verbreiteten Buch „J'accuse“<sup>666</sup> als einer der schärfsten Kritiker der deutschen Vorkriegs- und Kriegspolitik für Aufsehen und prägte damit im und nach dem Ersten Weltkrieg die Haltung grosser Teile der deutschen Friedensbewegung zur Kriegsschuldfrage.<sup>667</sup> Der Emigrantenkreis um die „Freie Zeitung“ vertrat eine republikanische Gesinnung; ihre programmatischen Ziele umriss sie wie folgt:

*„Es sind die Prinzipien der demokratisch-republikanischen Völkerrechte, die von der grossen französischen Revolution proklamiert [...] [wurden]. [...] Dieser Krieg wird um die Erreichung und Errichtung der demokratisch-republikanischen Staatsform in allen jenen Staaten geführt, die sie noch nicht besitzen. Es ist der Krieg gegen Autokratie und Despotismus, gegen Gottesgnadentum und dynastische Regierungsmethoden. Nicht Völker werden also in ihm besiegt werden, sondern Regierungssysteme, die nicht mehr in unsere Zeit gehören.“*<sup>668</sup>

Otfried Nippold, welcher der „Freien Zeitung“ vom ideologischen Standpunkt nahestand, schrieb im September 1918 in ihr erstmals einen Artikel<sup>669</sup> und publizierte 1918 zwei Bücher beim „Freien Verlag“.<sup>670</sup> Er verstand sich in erster Linie als Jurist und Völkerrechtler und lehnte es selbst ab, als „Pazifist“ etikettiert zu werden.<sup>671</sup> Sein Vorschlag für die Neuordnung des Völkerrechts legte er in seinem Buch „Die Gestaltung des Völkerrechts nach dem Weltkriege“ dar.<sup>672</sup> Weil sich die Kreise um

---

<sup>661</sup> Vgl. DF Dezember 1916: 96; DF Januar 1917: 8.

<sup>662</sup> Vgl. Eisenbeiss 1980: 167.

<sup>663</sup> Vgl. Piper 2013: 388.

<sup>664</sup> Korol 1985b: 317.

<sup>665</sup> Vgl. Eisenbeiss 1980: 167.

<sup>666</sup> [Grelling] 1915.

<sup>667</sup> Vgl. Donat 1983.

<sup>668</sup> FZ, 14.4.1917.

<sup>669</sup> Vgl. Ebd., 21.9.1918; Charrier 2015a: 231.

<sup>670</sup> Vgl. Eisenbeiss 1980: 168; Gasser 1983: 288f.

<sup>671</sup> Vgl. Charrier 2015a: 273.

<sup>672</sup> Vgl. Nippold 1917.

die „Freie Zeitung“ und die „Friedens-Warte“ organisatorisch nie verfestigt hatten und sich eher als lockere Diskussionszirkel betrachteten, gab es auch EmigrantInnen wie Annette Kolb und der ehemalige Kruppdirektor Wilhelm Muehlon, die zwischen den genannten Kreisen standen.<sup>673</sup>

Neben der Befürwortung eines Verständigungsfriedens bzw. einer Niederlage des preussischen Militarismus und der Fortsetzung des Krieges „*jusqu’au bout*“, gab es weitere Unterscheidungsmerkmale zwischen den zwei Gruppierungen. Die der „Friedens-Warte“ nahestehenden PazifistInnen waren durchschnittlich älter und blieben stärker mit ihrem Land verbunden als dies bei den EmigrantInnen um die „Freie Zeitung“ der Fall war, die mehrheitlich einer jüngeren Generation angehörten.<sup>674</sup> Wie im folgenden Kapitel gezeigt wird, machte die schlechte finanzielle Lage die Mitarbeitenden der „Freien Zeitung“ besonders anfällig für die Propaganda der Entente. Sie bekamen wegen ihren scharfen Angriffen auf die deutsche Regierung wiederholt Schwierigkeiten mit der auf strikte Neutralität bedachten schweizerischen Justiz (vgl. Kapitel 8.2).<sup>675</sup> Verständigungsbereite PazifistInnen um die „Friedens-Warte“ hielten es denn auch für verwerflich und widersprüchlich, den Kriegsfanatismus der Entente für die Zerstörung des preussischen Militarismus geradezu zu befürworten.<sup>676</sup> Die „Freie Zeitung“ konnte aufgrund ihrer ideologischen Ausrichtung auf die Sympathien aus der Westschweiz und Frankreich zählen. So äusserte sich Gaston Moch nach dem Erscheinen der ersten Ausgabe in einem Brief an Golay positiv über zwei ihrer Mitarbeiter: „[...] Fernau et Rosenmeyer [sic] sont des gens de bien (des Allemands, pas des Boches), qu’il faut honorer et encourager.“<sup>677</sup>

Im Gegensatz zur „Freien Zeitung“ respektierte die Gruppe um Fried die schweizerische Neutralität.<sup>678</sup> Dieter Riesenberger schätzt, wie damals das Auswärtige Amt, die propagandistische Wirksamkeit der Emigrantengruppe um die „Friedens-Warte“ aufgrund ihrer Beziehungen zum *Anti-Oorlog-Raad*, der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“, den Verbindungen mit der schweizerischen Friedens- und Reformbewegung und den weiterhin bestehenden Kontakten mit pazifistischen Gruppierungen in Deutschland höher ein, als diejenige, die vom Emigrantenkreis um die „Freie Zeitung“ ausging.<sup>679</sup> Weil die pazifistischen DissidentInnen in Opposition zu ihrer Regierung standen, wurden in der Schweiz unorthodoxe Formen der Zusammenarbeit möglich. Während Fried ideologisch in erster Linie den deutschsprachigen Sektionen der SFG nahestand, wird im Kapitel 8 gezeigt, dass andererseits der der „Freien Zeitung“ nahestehende Otfried Nippold eng mit der führenden welschen Sektion der SFG in Genf kooperierte.

Neben den Angehörigen aus den Mittelmächten suchten auch zahlreiche PazifistInnen aus den Ländern der Entente in der Schweiz nach Zuflucht. Als sich bereits Romain Rolland nach Kriegsausbruch zum Verbleiben in der Schweiz entschieden hatte, liessen sich zahlreiche ExilantInnen aus Frankreich und Belgien an den Ufern des Genfersees nieder, wo es ab 1915 ein regelrechtes „*milieu rollandien*“ gab.<sup>680</sup> Zu ihnen gehörten Henri Guilbeaux, René Arcos, Frans Masereel, Charles Baudouin, Claude Salives (genannt Le Maguet) und Pierre-Jean Jouve.<sup>681</sup> In Genf existierte auch eine namhafte russische Diaspora.<sup>682</sup> Der französische Schriftsteller Romain Rolland, dem 1915 der Nobelpreis für Literatur verliehen wurde, war eine zentrale Persönlichkeit der Kriegsoption in Europa. Während die meisten Intellektuellen in den Ländern der Entente die Kriegspolitik ihrer Regierungen bereitwillig unterstützten, versuchten die ExilantInnen eine pazifistische „Gegenkultur“ zu ihr aufzubauen. Dies erfolgte in erster Linie über Zeitschriften, welche vor allem in den Jahren

---

<sup>673</sup> Vgl. Eisenbeiss 1980: 168.

<sup>674</sup> Vgl. Charrier 2015a: 240.

<sup>675</sup> Vgl. Eisenbeiss 1980: 168.

<sup>676</sup> Vgl. Charrier 2015a: 279.

<sup>677</sup> Brief von Moch an Golay, 16.4.1917, UNOG, IPM/IPB 304/2.

<sup>678</sup> Vgl. Riesenberger 2008: 115 und 126.

<sup>679</sup> Vgl. Ebd.: 129f.

<sup>680</sup> Vgl. Elsig 2015: 193.

<sup>681</sup> Vgl. Corbellari 2012: 92.

<sup>682</sup> Vgl. Richers 2015b: 43-49.



1916 und 1917 – oft in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren – lanciert wurden.<sup>683</sup> Eine wichtige Rolle spielte dabei der Genfer Jean Debrit, der Hauptverantwortlicher für die ab 1917 erschienenen Zeitschriften „*La Nation*“ und „*La Feuille*“ war. Einige Auszüge aus „*La Feuille*“ druckte die SFG in ihrer Zeitschrift „*Der Friede*“ ab.<sup>684</sup> Zu den Autoren gehörten neben Debrit der Belgier Frans Masereel sowie die Franzosen Henri Guilbeaux und Claude le Maguet. Sie verschonten in ihren Artikeln keine bestimmte Kriegspartei, sondern gaben Rüstungsmagnaten, die Anhänger eines Krieges „*jusqu’au bout*“ und Militaristen aller Art dem Spott preis. In Henri Guilbeaux’ in Genf herausgegebenen Wochenzeitschrift „*demain*“ erschienen Artikel verschiedener Kriegsgegner wie des Sekretärs der englischen UDC, Edmund D. Morel, aber auch von Auguste Forel, Lenin und Romain Rolland. Nachdem Guilbeaux auf der Kientaler Konferenz im Mai 1916 sich Lenins Ideen anschloss, war seine Wochenzeitschrift nunmehr offen auf der Linie der Bolschewiki. Er stand zudem mit dem elsässischen Pazifisten Charles Leopold Hartmann in Kontakt, der mit seiner Zeitung „*Paris-Genève*“ vor allem eine grenzüberschreitende Wirkung anstrebte. Anders als Guilbeaux folgte der Franzose Claude le Maguet dessen leninistischen Einstellungen nicht, sondern propagierte in der im Oktober 1916 in Genf gegründeten Zeitschrift „*Les Tablettes*“ anarchistische und tolstojanische Elemente der Gewaltlosigkeit. Ausserdem publizierte er in seiner Zeitschrift auch Artikel von Romain Rolland, Alfred H. Fried und Stefan Zweig.<sup>685</sup>

Die Ausführungen zu den pazifistischen Emigrantenkreisen aus den Ländern der Entente machen deutlich, dass sich die meisten unter die Ägide von Romain Rolland stellten.<sup>686</sup> Doch nicht immer war das dem berühmten Schriftsteller, der selbst einen möglichst unabhängigen Standpunkt vertreten und von niemandem vereinnahmt werden wollte, genehm. Nachdem er beispielsweise die erste Nummer von „*demain*“ gelesen hatte, notierte er in sein Tagebuch: „*Je fais grise mine au numéro parce qu’à chaque page de la partie documentaire et quelquefois à chaque demi-page je trouve mon nom.*“<sup>687</sup> Ende Juni 1917 ärgerte er sich, Guilbeaux’ Zeitschrift mache den Anschein, als würde sie von ihm selbst redigiert werden, weil sich Guilbeaux ständig auf ihn berufe.<sup>688</sup> Die pazifistischen DissidentInnen der Entente entwickelten sich denn auch nicht – womit eine Parallele zu den Emigrantenkreisen aus den Mittelmächten bestand – zu einem einheitlichen ideologischen Block, sondern sie vertraten teilweise sehr heterogene Ansichten.

Die Emigration von PazifistInnen aus den kriegführenden Staaten in die Schweiz trug dazu bei, die internationalen Kontakte und Verbindungen während des Krieges aufrechtzuerhalten. Aufgrund ihrer Emigration in die Schweiz wurde es möglich, von der einseitigen Berichterstattungen über den Krieg in ihren Ländern etwas Distanz zu gewinnen und insofern trugen sie dazu bei, die einseitigen und propagandistisch gefärbten Aussagen zu relativieren.<sup>689</sup> Die pazifistischen Milieus in der Schweiz konnten aber auch selbst zum Instrument der Propaganda werden.

## 6.2. Im Feuer der Propaganda

Wenn die Schweiz während des Ersten Weltkrieges abseits der militärischen Konflikte blieb, entkam sie keineswegs dem Beschuss durch die Propaganda der kriegführenden Staaten. Aufgrund der Mehrsprachigkeit und der Lage inmitten von kriegführenden Ländern war sie ein bevorzugter Resonanzkörper für verschiedenste Propagandaaktivitäten.<sup>690</sup> Im Laufe des Krieges wurde das gesamte Medien- und Kulturspektrum zum Propagandaträger, um die Kriegsgegner zu

---

<sup>683</sup> Vgl. Elsig 2015: 193.

<sup>684</sup> Vgl. DF September 1918: 35f.; DF Mai 1919: 22f.

<sup>685</sup> Vgl. Elsig 2015: 197-206.

<sup>686</sup> Vgl. Elsig 2014: 100.

<sup>687</sup> Rolland 1952: 644.

<sup>688</sup> Vgl. Ebd.: 1249.

<sup>689</sup> Vgl. Eisenbeiss 1980: 170.

<sup>690</sup> Vgl. Elsig 2014: 75.

demoralisieren und die Zustimmung zur eigenen Meinung zu erhöhen. In den ersten zwei Kriegsjahren konzentrierte sich die Beeinflussung vor allem auf schriftliche und literarische Zeugnisse wie Pamphlete, Broschüren und Bücher, später wurden auch neue Kanäle wie Konferenzen, Kunst, Theater und Kinos aktiviert. Die kriegführenden Staaten waren sich insofern einig, dass der Krieg nicht nur ein militärischer Konflikt war, sondern er auch im Namen der „Kultur“ und der „Zivilisation“ geführt wurde.<sup>691</sup> Beispielsweise sollte durch in der Bevölkerung in Umlauf gebrachte Postkarten, auf denen das emotional aufgeladene Bild eines blutrünstigen Wilhelm II. prangte, die Ablehnung der in ihm personifizierten deutschen Kriegsführung bezwecken (vgl. Abb. 17).



Abb. 17: Darstellung von Wilhelm II. als „Schlächter“ auf einer Postkarte des Illustrators Pierre Châtillon, 1915

Zu den verschiedenen Akteuren, welche die Propagandastellen für ihre Ziele instrumentalisieren wollten, waren die pazifistischen DissidentInnen in der Schweiz ein intensiv bearbeitetes Tätigkeitsgebiet. Sie gerieten vor allem ab 1916 in ihr Fadenkreuz, als sich mit dem Ausbleiben einer militärischen Wende die kriegführenden Staaten mit zunehmender Kriegsmüdigkeit und ersten Verschleisserscheinungen (z. B. Streiks) in ihrer Bevölkerung konfrontiert sahen. Weil sich die im schweizerischen Exil befindenden pazifistischen Kreise weiterhin in Kontakt mit ihrem „Heimatland“ befanden, erkannten die Propagandastellen in ihren Friedensdiskursen ein „defätistisches Potenzial“, vor dem sie sich selbst sehr fürchteten.<sup>692</sup> Indem die pazifistischen Milieus die Bevölkerung ihrer Ursprungsländer zu einer Abkehr von der bisher verfolgten Kriegspolitik motivieren könnten, versuchten die kriegführenden Mächte diese Stimmung auf die öffentliche Meinung ihrer militärischen Gegner einwirken zu lassen, um sie auf diese Weise indirekt zu schwächen. Eine

<sup>691</sup> Elsig 2013: 382-404.

<sup>692</sup> Vgl. Elsig 2014: 97-100.

bewährte Strategie der Ententepropaganda bestand darin, die „Freie Zeitung“ auf verschiedenen Wegen über die Schweiz nach Deutschland zu schmuggeln.<sup>693</sup>

Eine ähnliche Strategie wurde bei der Beeinflussung der in der Schweiz internierten Soldaten angewendet, die nach ihrem Aufenthalt wieder in ihre Heimatländer zurückkehrten. Die feindlichen Propagandaeinrichtungen versuchten ihre Kriegsmoral zu schwächen, indem sie pazifistische Schriften bei ihnen in Umlauf brachten.<sup>694</sup>

In der Deutschschweiz gerieten die pazifistischen Milieus 1917 ins Fadenkreuz der Propagandastellen der Entente. Obwohl die Finanzierung der „Freien Zeitung“ bis heute nicht restlich geklärt ist, deuten zahlreiche Hinweise darauf hin, dass sie von der Entente und insbesondere von Frankreich und den USA finanziell unterstützt wurde.<sup>695</sup> Die deutschen Behörden betrachteten das Blatt als Teil eines *„einheitlich gehaltenen und mit reichen Geldmitteln ausgestatteten Propagandafeldzug[s] der Entente.“*<sup>696</sup> Daneben gibt es auch Hinweise auf eine Zuwendung durch den „Schoggibaron“ und Erfinder der Toblerone Theodor Tobler, der für seine pazifistischen Überzeugungen bekannt war.<sup>697</sup> So liess die Tobler-Fabrik in verschiedenen Ausgaben der „Freien Zeitung“ zusammen mit Friedensmotiven Werbung für seine *„echte Schweizer Milchchocolade“* inserieren.<sup>698</sup>



Abb. 18: Werbung der Schokoladenfabrik Tobler in der „Freien Zeitung“

Für die deutsche Propaganda wurde ihrerseits die Westschweiz ab Frühling 1917 zu einer regelrechten „subversiven Schanze“ in Richtung Frankreich.<sup>699</sup> Das Scheitern der Nivelle-Offensive im Mai 1917 hatte einen starken Einbruch in der Kriegsmoral zur Folge, sodass es zu Streiks in den Fabriken und zu Meutereien bei Soldaten in den französischen Reihen kam. Die Armeeführung

<sup>693</sup> Vgl. Charrier 2015: 225-229. Zum Schmuggel in der Schweiz während des Ersten Weltkrieges vgl. Rickenbacher 2017: 74-76.

<sup>694</sup> Vgl. Ebd., Elsig 2014: 97.

<sup>695</sup> Vgl. Korol 1999: 239-245.

<sup>696</sup> Piper 2013: 387.

<sup>697</sup> Vgl. Feuz, Tobler 1998.

<sup>698</sup> Vgl. z. B. FZ, 19.1.1918 und 19.6.1918.

<sup>699</sup> Vgl. Elsig 2015: 144f.

reagierte mit drakonischen Massnahmen und liess Hunderte Todesurteile verhängen.<sup>700</sup> In diesem Kontext erhoffte sich die deutsche Propaganda, die Kriegsmoral durch die in ihrem Heimatland als DefätistInnen verschrien PazifistInnen noch weiter zu schwächen. Während sich ihre Propagandastellen bereits ab 1915 Jean Debrit angenähert hatten, erlaubten es die finanziellen Zuschüsse 1917 an ihn, „*La Nation*“ und „*La Feuille*“ zu publizieren. Weil in ihnen allerdings alle Kriegsparteien kritisiert wurden und nur wenige Artikel offensichtlich deutschfreundlich waren, unterlagen die beiden Blätter ab Ende 1917 sowohl in Frankreich wie auch in Deutschland der Zensur. Henri Guilbeaux' Monatsschrift „*demain*“ musste ihr Erscheinen Ende 1916 aus finanziellen Gründen einstellen. Aufgrund eines finanziellen Zuschusses zwischen 10'000 und 12'000 Franken durch einen Vertreter der deutschen Propaganda konnte er jedoch seine Zeitschrift im Mai 1917 wieder erscheinen lassen. Der konkrete Nutzen für Deutschland zeigte sich beispielsweise, als „*demain*“ über die nach dem Scheitern der Nivelle-Offensive bei den französischen Soldaten ausgebrochenen Meutereien berichtete – „*le front est gagné par l'esprit révolutionnaire*“<sup>701</sup> – während sich praktisch alle französischen Zeitungen darüber ausgeschwiegen haben.<sup>702</sup> Seine Zeitschrift profitierte neben der deutschen ebenfalls von der Unterstützung der bolschewistischen Propaganda, weshalb Guilbeaux durchaus als „Doppelagent“ bezeichnet werden kann. Auch Claude le Maguets Zeitschrift „*Les Tablettes*“ und „*Paris-Genève*“ von Charles Hartmann profitierten von den finanziellen Unterstützungen aus Deutschland.<sup>703</sup>

Die Milieus der in die Schweiz emigrierten PazifistInnen spielten vor allem in der zweiten Hälfte des Krieges in verschiedener Hinsicht eine wichtige Rolle. Deshalb werden sie in den nachfolgenden Kapiteln vermehrt in die Analyse miteinbezogen.

---

<sup>700</sup> Vgl. Rolland 2005.

<sup>701</sup> *demain*. Pages et documents, 14.6.1917: 67.

<sup>702</sup> Vgl. Elsig 2015: 152.

<sup>703</sup> Vgl. Ebd.: 144-157.

## 7. Das Jahr 1917

### 7.1. Russische Februarrevolution und Kriegseintritt der USA

Das Jahr 1917 erwies sich in verschiedenen Bereichen als „epochales Schlüsseljahr“<sup>704</sup>. Einerseits begann sich die Grossmacht Russland mit der Februarrevolution in neuer politischer Form zu konstituieren und mit dem Kriegseintritt der USA hatte sich die weltpolitische Konstellation wesentlich verändert. In die Geschichte eingegangen ist die von Woodrow Wilson vor dem amerikanischen Kongress gehaltene Rede unter dem Stichwort „*Peace-without-Victory*“ vom 22. Januar. Er skizzierte darin erstmals vor der Weltöffentlichkeit die Grundlagen des liberalen Internationalismus.<sup>705</sup> Im Vordergrund seiner Rede stand weniger die Ansicht, dass ein Verständigungsfriede gesucht werden müsse, sondern der Vorschlag der Schaffung einer übernationalen Gewalt – einer „*League of Nations*“ –, welche eine zukünftige dauerhafte Friedensordnung garantieren sollte. Das alte System des Gleichgewichts der Mächte müsse einer neuen, organisierten Gemeinschaft des Friedens weichen.<sup>706</sup> Neben der Beschränkung der Rüstung forderte er auch im innenpolitischen Bereich eine Demokratisierung, gleiche Rechte für grosse und kleine Nationen sowie den Verzicht auf imperialistische Bündnisse. Die Wirkung der Rede gründete vor allem darauf, dass sich Wilson bewusst direkt an die Völker und nicht an die Regierungen wandte.<sup>707</sup> Er umschrieb in seiner Rede zum ersten Mal das Selbstbestimmungsprinzip. Keine Nation sollte demnach ihre Politik irgendeiner anderen Nation aufdrängen, sondern jedes Volk sollte frei sein, seine eigene Politik selber zu bestimmen.<sup>708</sup> Aus diesem Grund wurde Wilsons Botschaft auch in der Bevölkerung vieler Kolonien positiv aufgenommen.<sup>709</sup> In diesem Kontext ist ein im Schweizerischen Bundesarchiv in Bern aufbewahrtes Telegramm aus der Ortschaft *El Hadj Abdallah* in Algerien zu erwähnen, das via Zürich an Woodrow Wilson gesendet wurde:

*„votre dernière adresse au sénat au sujet de la paix qui doit régner entre les peuples a manifesté une noble et généreuse initiative: les sujets sous une domination étrangère ne doivent être gouvernés que par un gouvernement qui soit agréé par les sujets. au nom d'une grosse majorité de nos coreligionnaires musulmans de l'algérie nous déclarons que le gouvernement français ne répond nullement à notre désir dans ce pays et nous espérons que l'amérique ne nous oubliera pas quand nous demanderons l'autonomie de l'algérie et sa libération du joug étranger qui nous a été imposé par la france.“*<sup>710</sup>

Die Rede Wilsons wurde von den meisten PazifistInnen freudig begrüsst. „Der Friede“ kommentierte sie sehr wohlwollend. Wilson habe die Grundlagen gefunden, „*auf denen sich das künftige Nebeneinander der Staaten aufbauen liesse.*“<sup>711</sup> Alfred H. Fried freute sich in einem NZZ-Artikel mit dem Titel „*Die Wilson-Botschaft*“ darüber, dass die Ideen der Friedensbewegung immer mehr von Verantwortlichen der Weltpolitik übernommen würden; er verglich sie in ihrer Bedeutung mit dem

<sup>704</sup> Vgl. Wolfrum, Arendes 2007: 15.

<sup>705</sup> Vgl. Berg 2017: 112.

<sup>706</sup> Vgl. Ebd.

<sup>707</sup> Vgl. Mattmüller 1968: 313f.

<sup>708</sup> Vgl. Ebd.: 314.

<sup>709</sup> Vgl. Manela 2007: 19-34.

<sup>710</sup> Telegramm der „patriotes algériens“ an Wilson, BAR, E2001A#1000/45#770\*. Die Kleinschreibung im Telegramm wurde übernommen.

<sup>711</sup> DF Februar 1917: 15.

Zarenmanifest von 1898, das die erste Haager Konferenz herbeigeführt hatte.<sup>712</sup> Romain Rolland äusserte sich in seinem Tagebuch begeistert über die Rede:

*„La grande honnête parole de Wilson s’élève de nouveau; et, cette fois elle domine le tumulte du monde entier. [...] Cette grande initiative vient d’imprimer une nouvelle orientation à l’histoire du monde. Elle place les Etats-Unis à la tête de la civilisation dont l’Europe déchue a perdu la direction.“*<sup>713</sup>

Die Phase der Vermittlungspolitik mit dem Austausch der Friedensnoten zum Jahreswechsel 1916/17 wurde am 31. Januar brüsk abgebrochen, als Deutschland die Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges ankündigte. Darauf brachen die USA am 3. Februar die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland ab und traten am 6. April auf Seiten der Entente in den Krieg ein.<sup>714</sup> Fried beklagte sich in seinem Tagebuch. Den Kriegseintritt der USA

*„verdanken wir dem vom Militarismus und der Rüstungsindustrie beschützten Treiben unsrer Alldeutschen, unsrer Flotten- und Rüstungshetzer, den Weltfressern und Weltherrschaftsnarren, die Deutschland in der Welt gefürchtet und verhasst machten und wahnwitzig das Spiel mit dem Krieg trieben.“*<sup>715</sup>

Anfang des Jahres 1917 hatten die politischen und sozialen Probleme in Russland, verstärkt durch militärische Niederlagen und Lebensmittelmangel ein unerträgliches Mass erreicht. Am 23. Februar nach julianischem Kalender (8. März nach gregorianischer Zeitrechnung) brach die Februarrevolution aus. Mit der Abdankung des Zaren Nikolaus II. endete schliesslich im März die 300-jährige Herrschaft der Romanow-Dynastie.<sup>716</sup>

Neben Wilsons Rede und dem Kriegseintritt der USA war die Februarrevolution eine wichtige Ursache, dass sich der Friedensdiskurs im Jahr 1917 verstärkt auf die innenpolitische Ebene verschob, da eine Demokratisierung Russlands erwartet wurde. Bisher hatten die pazifistischen Programme in erster Linie die Neuregulierung zwischenstaatlicher Beziehungen betroffen.<sup>717</sup> Infolge dieser neuen weltpolitischen Entwicklungen wurde es nun plausibler, den Weltkrieg als Ringen zwischen demokratischen und antidemokratischen politischen Systemen zu verstehen.<sup>718</sup> In der ersten Ausgabe der Zeitschrift des IFB im Jahr 1917 wurde ebenfalls über die im monarchistisch regierten Osmanischen Reich begangenen Massaker an ArmenierInnen berichtet.<sup>719</sup> Die Schärfung der ideologischen Trennlinie erlaubte es den PazifistInnen aus den Staaten der Entente, sich intensiver mit diesem Thema auseinanderzusetzen, ohne in die Verlegenheit zu geraten, den Bündnispartner Russland gleich wie die monarchistisch regierten Mittelmächte als innenpolitisch rückständig bezeichnen zu müssen.<sup>720</sup> So erklärte Ruysen in einem Brief an Golay, die Intervention der USA und die Februarrevolution verdeutlichten, dass dieser Krieg nicht nur materieller Natur, sondern auch einer der politischen Ideen sei:

---

<sup>712</sup> Vgl. NZZ, 26.1.1917.

<sup>713</sup> Rolland 1952: 1053f.

<sup>714</sup> Vgl. Holl 2007: 203f.

<sup>715</sup> Fried 1919b: 211.

<sup>716</sup> Vgl. Haumann 2016.

<sup>717</sup> Vgl. Riesenberger 1985: 115-118.

<sup>718</sup> Vgl. Holl 1988: 129.

<sup>719</sup> Vgl. MP janvier/avril 1917: 24f. Zum Völkermord an den ArmenierInnen und anderen christlichen Minderheiten vgl. Kévorkian 2006.

<sup>720</sup> Vgl. Mauermann 1990: 179.

*„De plus en plus, il devient manifeste que les sociétés démocratiques achèvent de se cristalliser contre l'autocratie de sorte que ce qu'il y a à la base du conflit, c'est un véritable problème de politique générale, je dirais même de politique nationale intérieure, bien plutôt que de politique internationale. Je veux dire que la question qui se pose aujourd'hui, est de savoir si l'Allemagne et l'Autriche continueront à faire bloc avec les souverains qui entraînent leur peuple à la ruine, ou s'il s'éveillera enfin, dans certaines couches de la population, une conscience du caractère véritable de la lutte.“*<sup>721</sup>

In den Vordergrund des Friedensdiskurses rückte in der Friedensbewegung nunmehr die Forderung nach Demokratisierung, worunter fundamentale Veränderungen der innerstaatlichen Verhältnisse der Mittelmächte verstanden wurden.<sup>722</sup> Während die französischen Angehörigen des IFB die Passivität des Büros bis Anfang 1917 akzeptiert und befürwortet hatten, forderten sie nun die Zentrale auf, eine entsprechende Resolution zu veröffentlichen: *„Mais aujourd'hui, l'indécision n'est plus possible et il n'est jamais trop tard pour reconnaître la vérité.“*<sup>723</sup> Ruysen wies in seinem Brief an Golay darauf hin, dass Fried in der „Friedens-Warte“ die „Verblendung der herrschenden Klasse“ in Deutschland angeprangert hatte und er wertete dies als Signal, offen über die innerstaatlichen Verhältnisse sprechen zu wollen. Mittlerweile hatten sich auch die DFG und verschiedene andere pazifistische Organisationen für die Demokratisierung Deutschlands ausgesprochen.<sup>724</sup> Quidde bekannte sich in einer Denkschrift an den Deutschen Reichstag mit dem Titel *„Die Friedensfrage nach der russischen Revolution“* zu einem freiheitlichen und fortschrittlichen Ausbau der inneren Verhältnisse des Reiches:

*„Äussere und innere Politik stehen in einem Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit zueinander. Freie innere Verfassungen der Staaten sind in der Tat eine der Voraussetzungen für das Gedeihen einer zwischenstaatlichen Organisation und für eine diesem Ziele zugewandte Politik.“*<sup>725</sup>

Anlass zu ersten Schritten in diese Richtung gab die am 7. April 1917 erfolgte Ankündigung des deutschen Kaisers Wilhelm II., die preussische Verfassung reformieren zu wollen. Allerdings war diese alles andere als aufrichtig im Sinne einer tatsächlichen schnellen Umsetzung gemeint, sondern sie sollte in erster Linie der Aufheiterung der gedrückten, kriegsmüden Stimmung in der Bevölkerung dienen.<sup>726</sup> Auch wenn die deutschen Angehörigen des IFB auf die Fortschritte in ihrem Land hinzuweisen versuchten, gewannen Carrière und Bovet zusammen mit Golay den Eindruck, dass sie die Demokratisierung der deutschen Verfassung als Angebot einsetzen wollten, um die Zustimmung der Berner Zentrale zu einem schnellen Verständigungsfrieden zu erlangen.<sup>727</sup>

Wilsons Rede und die Februarrevolution in Russland waren Ereignisse, die auch die leitende welsche Sektion der SFG aus Genf nicht ignorieren konnte. In „La Paix“ stand dazu geschrieben: *„la révolution russe est venue, qui fait disparaître le plus dangereux argument dont pouvaient user ceux qui marquaient quelque scepticisme [...] quand on leur parlait de l'œuvre libératrice des Alliées.“*<sup>728</sup> Nachdem bereits am 25. Februar eine Versammlung der welschen Sektionen in Yverdon stattgefunden hatte, hielt die Genfer Sektion am 3. April 1917 ihre erste Generalversammlung seit

<sup>721</sup> Brief von Ruysen an Golay, 17.4.1917, UNOG, IPM/IPB 304/2.

<sup>722</sup> Vgl. Mauermann 1990: 179.

<sup>723</sup> Brief von Ruysen an Golay, 17.4.1917, UNOG, IPM/IPB 304/2.

<sup>724</sup> Vgl. Mauermann 1990: 180.

<sup>725</sup> Vgl. Quidde 1917, zitiert nach: Quidde 1979: 140.

<sup>726</sup> Vgl. Holl 2007: 206.

<sup>727</sup> Vgl. Mauermann 1990: 180.

<sup>728</sup> LP avril 1917: 3.

dem Ausbruch des Krieges ab.<sup>729</sup> Sie wiederholte ihren Standpunkt, dass sie *„se désolidarise des groupements pacifistes créés en vue d’amener la conclusion d’une paix ne garantissant pas d’emblée le droit et la liberté et n’assurant pas les réparations nécessaires.“*<sup>730</sup> Als Nationalrat Scherrer-Füllemann in der Parlamentssession vom 28. März 1917 vorschlug, die Schweiz solle den kriegführenden Staaten ihre Guten Dienste anbieten<sup>731</sup>, warf Louis Favre ihm explizit vor, im Dienste der deutschen Propaganda zu stehen. Dieser schickte einen Brief an Bundespräsident Hoffmann, in dem er sich klar von Scherrer-Füllemann distanzierte und ihm das Recht absprach, in Namen der schweizerischen Friedensbewegung zu sprechen:

*„Monsieur le Conseiller National Scherrer-Füllemann a été, tout au moins jusqu’à ces derniers temps, l’agent salarié d’une mission étrangère à notre pays; en cette qualité, son rôle a consisté [...] à faire surgir, depuis quelques mois, sur le sol de la Suisse, une multitude de comités, commissions, associations, dans lesquels il s’est réservé le rôle principal et dont les membres, salariés ou non, en nombre très restreint, à peu près toujours les mêmes, figurent dans ces diverses fondations. Monsieur le Conseiller national Scherrer-Füllemann ne parle donc qu’en son nom et au nom de la mission étrangère dont il est le principal agent en Suisse. Son attitude et ses propositions sont en contradiction avec les résolutions des congrès et des réunions de la Société Suisse de la Paix qui compte des sections dans la plupart des cantons et des milliers de membres dans l’étendue de notre patrie. La Société genevoise de la Paix [...] tient à déclarer qu’elle n’a rien de commun avec le Monsieur Conseiller national Scherrer-Füllemann auquel elle dénie le droit de parler au nom des pacifistes en Suisse.“*<sup>732</sup>

Der Graben zwischen den welschen und den deutschschweizerischen Sektionen zeigte sich hier nur allzu deutlich: Während Scherrer-Füllemann von Favre vorgeworfen wurde, als bezahlter Propagandist im Dienste der Mittelmächte zu stehen, hatten die deutschschweizerischen Sektionen ebendiesen im Jahr 1917 mehrmals als Redner zu Vorträgen eingeladen.<sup>733</sup> Golay musste gegenüber La Fontaine feststellen: *„En somme, les pacifistes de la Suisse romande sont à cent lieues de ceux de la Suisse alémanique [sic] et on ne s’entend qu’à la condition de rester à la surface des choses.“*<sup>734</sup> Im Gefolge der politischen Vorgänge in Russland zeigte sich der Graben zwischen ihnen auch bei der Bewertung einer politischen Affäre, die vor allem in der Schweiz für hohe Wellen sorgte.

## 7.2. Die Grimm-Hoffmann-Affäre

Nach dem Sturz des Zaren wollten viele russische EmigrantInnen, die in der Schweiz im Exil weilten, zurück in ihre Heimat gelangen. Weil Frankreich und Italien als Alliierte des ehemaligen Zarenreichs kein Interesse an der Rückkehr erklärter KriegsgegnerInnen zeigten, bestand ein Plan darin, sie durch das feindliche Deutschland zu schleusen. Robert Grimm und Fritz Platten handelten mit dem deutschen Gesandten in Bern, Gisbert von Romberg, die Reisebedingungen aus.<sup>735</sup> Deutschland hatte ein aktives Interesse an der Rückkehr Lenins, denn dieser forderte den Sturz der provisorischen

<sup>729</sup> Vgl. LP avril 1917: 5.

<sup>730</sup> MP janvier/avril 1917: 13.

<sup>731</sup> Vgl. Petitionen zugunsten einer Friedensvermittlung an der 10. Sitzung des Nationalrates, 28.3.1917, BAR, E2001A#1000/45#770\*.

<sup>732</sup> Brief von Favre an Hoffmann, 3. 4. 1917, BAR, E2001A#1000/45#770\*.

<sup>733</sup> Beispielsweise in Herisau vgl. DF März 1917: 22; für die Zusammenarbeit mit der Vereinigung für einen dauerhaften Frieden vgl. DF Juni 1917: 47f.

<sup>734</sup> Brief von Golay an La Fontaine, 20.4.1917, UNOG, IPM/IPB 264/1.

<sup>735</sup> Vgl. Degen 2015d: 155f.



Regierung und die sofortige Einleitung der sozialistischen Revolution. Damit würde Russland geschwächt und es bestand Aussicht auf einen Separatfrieden und eine Entlastung der Kriegsfront im Osten. Schliesslich gelang es Lenin und einer Reihe weiterer RevolutionärInnen – darunter auch weitere Zimmerwalder wie Karl Radek und Grigorij Sinowjew – in einem als exterritorial definierten Eisenbahnwagen via das Deutsche Reich und Skandinavien nach Petrograd, dem heutigen St. Petersburg, zu gelangen.<sup>736</sup> In diesem Kontext kam es zu einer politischen Affäre, die für zwei Persönlichkeiten schwerwiegende Folgen hatte.

Wie die Reaktionen auf die Petitionen der SFG an den Bundesrat nach einer Friedensvermittlung gezeigt haben, war die Einstellung der „offiziellen“ Schweiz zu Friedensfragen sehr zurückhaltend. Diese passive Haltung wurde im Spätfrühling 1917 durch das Handeln des Leiters des EPD, Arthur Hoffmann, und des sozialdemokratischen Nationalrats Robert Grimm bemerkenswert kontrastiert. Grimm war leitendes Mitglied der ISK und fuhr im April/Mai über Stockholm ebenfalls nach Petrograd, um dort – so wurde die Mission offiziell begründet – die Heimkehr russischer EmigrantInnen aus dem schweizerischen Exil vorzubereiten.<sup>737</sup> Sein eigentliches Ziel bestand jedoch darin, auf einen Separatfrieden zwischen Deutschland und Russland hinzuwirken, wobei er von Hoffmann unterstützt wurde. Dieser handelte allerdings ohne das Einverständnis seiner Regierungskollegen.<sup>738</sup> Grimm übermittelte am 26. Mai ein Telegramm an Hoffmann, in dem geschrieben stand, dass ein Friedensschluss in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht für die Stadt zwingend wäre und deshalb Aussichten auf Friedensverhandlungen bestünden. Nachdem Grimm ihn um genauere Informationen über die Kriegsziele der kriegführenden Staaten gebeten hatte, wurde Hoffmanns Antwort, wonach Deutschland und seine Verbündeten sofort Friedensverhandlungen aufnehmen würden, abgefangen und sofort publik gemacht.<sup>739</sup>

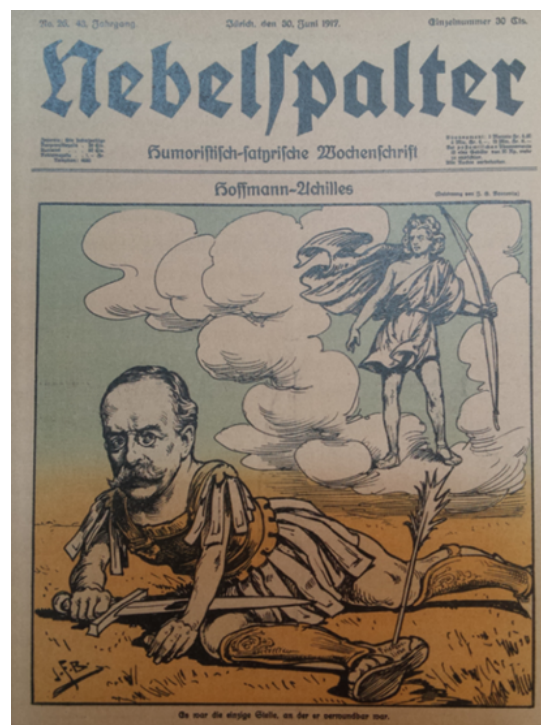


Abb. 19: Hoffmanns Darstellung als gefallener Achill im „Nebelspalter“

<sup>736</sup> Für Plattens Darstellung vgl. Platten 1924.

<sup>737</sup> Vgl. Guanzini 2010a.

<sup>738</sup> Vgl. Ebd.

<sup>739</sup> Vgl. Moos 2014: 230.

Über die Motive für Hoffmanns Handeln wird bis heute debattiert.<sup>740</sup> Der deutschfreundliche „Nebelspalter“ präsentierte ihn etwa als gefallenen Achill, dessen einzig verwundbare Ferse mit „Friedensliebe“ angeschrieben war (vgl. Abb. 19).<sup>741</sup> Es gibt einige Hinweise, dass auch die deutschschweizerischen Sektionen der SFG diese Auffassung vertraten. So steht im Sitzungsprotokoll der Sektion Schaffhausen vom 13. August geschrieben, dass ihre Mitglieder auf eine Solidaritätskundgebung für alt Bundesrat Hoffmann verzichteten, allerdings nur weil der Zeitpunkt dafür zu spät sei.<sup>742</sup> Auch in der Sektion Neuenburg beschäftigten sich die Mitglieder mit der Frage, welche Motivation hinter Hoffmanns Handeln stand, *„cette question si malheureuse pour notre pays et compromettant notre neutralité.“*<sup>743</sup> Im Protokollband der Sektion steht, dass viele Personen in der Schweiz das Vorgehen von Grimm und Hoffmann als einen rein pazifistischen Akt betrachteten, womit allgemein auf die Haltung der Deutschschweiz in dieser Affäre angespielt wurde. Die Neuenburger Sektion war aber anderer Meinung und führte sein politisches Handeln entschieden auf seine Deutschfreundlichkeit zurück. Ein Separatfriede mit Russland hätte es dem Deutschen Reich erlaubt, seine Truppen an der Westfront zu konzentrieren und nicht mehr ständig in einen Zweifrontenkrieg verwickelt zu sein.<sup>744</sup>

Auch wenn die Affäre auf internationaler Ebene – wohl weil die Ereignisse in Russland mehr Aufmerksamkeit erhielten – keine hohen Wellen warf, wurde sie in der Schweiz emotional diskutiert und Bundesrat Hoffmann trat infolgedessen zurück.<sup>745</sup> Auf seinen Rücktritt folgte die Wahl des Genfers Gustav Ador, der zwar als Präsident des IKRK eine überparteiliche Statur hatte, doch als Träger eines Grosskreuzes der französischen Ehrenlegion als ausgesprochen ententefreundlich galt.<sup>746</sup> Ein zu langer Verbleib Adors im EPD wurde in regierungsnahen Kreisen Deutschlands als gleichbedeutend mit dem Abmarsch der Schweiz in das Lager der Entente gefürchtet.<sup>747</sup> Nachdem die Schweiz durch die Machenschaften von Hoffmann in den Verdacht der Parteinahme für Deutschland geraten war, schien der neu gewählte Bundesrat für die Schweiz die ideale Lösung zu sein, um das Vertrauen der Welschen in den Bundesrat wieder zu stärken.<sup>748</sup> Die Wahl Adors eröffnete die Möglichkeit, die pro-deutschen Sympathien der Regierung im eigenen Land und vor den Augen der Welt herunterzuspielen und zugleich den Nutzen des humanitären Engagements der Schweiz und ihrer Neutralität in den Mittelpunkt zu rücken.<sup>749</sup> Mit seiner Ententefreundlichkeit und seinem humanitären Engagement hatte der Genfer Gustave Ador nicht nur viel mit der Genfer Sektion der SFG gemeinsam, sondern er war tatsächlich auch ihr Ehrenmitglied. Dieser Titel wurde ihm auf der Generalversammlung der Genfer Sektion im April 1917 für seine Verdienste rund ums Rote Kreuz und der AIPG verliehen *„qui a fait chérir le nom de Genève par des millions de coeurs meurtris [...]“*.<sup>750</sup>

Louis Favre, der Präsident der Genfer Sektion der SFG, lehnte einen Verständigungsfrieden weiterhin ab. Zur Illustration dient seine Antwort auf einen Brief von Benjamin de Jong van Beek en Donk vom 18. Juli 1917. Letzterer rief in diesem die wichtigsten Friedensgesellschaften dazu auf, ihre Vorschläge darzulegen, welchen Weg die Friedensbewegung einschlagen sollte, um einen Friedensschluss zu erreichen.<sup>751</sup> Er schlug vor, die Publikation der Antworten in Zeitungen der kriegführenden und neutralen Länder sollte zu einem Zeitpunkt erfolgen, sobald der neue

<sup>740</sup> Vgl. Ebd.: 230-232.

<sup>741</sup> Vgl. Ebd.: 231.

<sup>742</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung vom 13.8.1917, StadtASH, D I.02.503/01.

<sup>743</sup> Protokoll der Sitzung des Komitees der Neuenburger Sektion vom 11. Juli 1917, AEN, A1/II.

<sup>744</sup> Zum Abschluss eines solchen Separatfriedens kam es im März 1918 in Brest-Litowsk vgl. Kapitel 8.1.

<sup>745</sup> Vgl. Bundesratsprotokoll der Sitzung vom 19.6.1917, [dodis.ch/43601](https://dodis.ch/43601).

<sup>746</sup> Vgl. Kreis 2014b: 70.

<sup>747</sup> Vgl. Riesenberger 2008: 123.

<sup>748</sup> Vgl. Cotter, Hermann 2014: 252f.

<sup>749</sup> Vgl. Ebd.: 253.

<sup>750</sup> LP septembre 1917: 4.

<sup>751</sup> Vgl. Brief von De Jong van Beek en Donk im Namen des Anti-Oorlog-Raad an Société genevoise de la Paix, 18.7.1917, in: LP septembre 1917: 7.

Reichskanzler Georg Michaelis sein politisches Programm bekanntgegeben habe und die Friedensresolution, die einen Verständigungsfrieden zur Beendigung des Krieges forderte, im Reichstag diskutiert worden sei.

Louis Favre versuchte in seiner Antwort in der Einleitung die grosse Bedeutung der Genfer Sektion der SFG bzw. der „Genfer Friedensgesellschaft“ für die Friedensbewegung hervorzuheben:

*„La Société genevoise de la Paix fut fondée par de Sellon en 1830; elle est le plus ancien groupement pacifiste existant actuellement; elle compte 1'500 membres; elle est donc la plus importante section pacifiste de la Suisse et réunit à elle seule autant d'adhérents à la cause de la Paix que toutes les autres sections suisses ensemble; elle a eu l'honneur d'être chargée à deux reprises d'organiser des congrès universels de la Paix, le premier en 1867 et le second en 1912.“*<sup>752</sup>

Favre präsentierte die Genfer Sektion der SFG als Kontinuum zur ältesten kontinentaleuropäischen Friedensgesellschaft, die Jean-Jacques de Sellon 1830 in Genf gegründet hatte. Mit diesem Hintergrund fragte er in seinem Antwortschreiben De Jong van Beek en Donk vom *Anti-Oorlog-Raad*, weshalb dieser sich das Recht zu nehmen erlaube, im Namen der Friedensbewegung zu sprechen. Entgegen Favres Darstellung gilt es festzuhalten, dass de Sellons Friedensgesellschaft nach seinem Tod 1839 nicht mehr weiterbestand.<sup>753</sup> Die Genfer Sektion der SFG, deren Präsident Favre seit 1915 war, wurde erst 1893 als Sektion der *Ligue internationale de la Paix et de la liberté* gegründet.<sup>754</sup> Favre warf De Jong van Beek en Donks Vereinigung zudem vor, sie sei *„composée presque exclusivement de représentants des nationalités de souche germaniques du nord et de deux professionnels du pacifisme de la Suisse allemande“*<sup>755</sup>, wobei er offenbar nicht zwischen dem *Anti-Oorlog-Raad* und der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ zu unterscheiden schien. Zudem gab er wiederum einen zu hohen Mitgliederanteil seiner Sektion in der SFG an, was Bucher-Heller bereits auf der Delegiertenversammlung in Herisau 1916 kritisiert hatte (vgl. Kapitel 5.3). Favre weigerte sich schlussendlich, eine Resolution auszuarbeiten, weil sich Deutschlands „aggressive Kriegspolitik“ auch nach Antritt des neuen Reichkanzlers nicht ändern werde.<sup>756</sup>

*„Vous prétendez travailler en vue de l'établissement d'une paix durable, mais la paix que nous désirons aussi ardemment que vous, soyez-en convaincus, ne surgira pas des vœux pieux que vous formulerez autour d'un tapis vert, ni des discours, quelque habiles qu'ils soient, d'un chancelier allemand. L'œuvre de la Paix, de la Paix non seulement durable, mais définitive, s'élabore sur les champs de bataille, au prix d'indicibles souffrances, de ruines amoncelées, dans les larmes et le sang des millions d'innocents. – Et cette paix ne sera pas la paix des Hohenzollern, ni celles des Habsbourg; elle ne sera pas surtout, souhaitons-le ardemment, une paix de conciliation qui permettrait au militarisme prussien d'organiser une nouvelle agression et de se jeter, d'ici à quelques années, sur l'Europe encore pantelante; elle sera la Paix des Démocraties fondée sur le Droit et la Liberté.“*<sup>757</sup>

<sup>752</sup> Brief von Favre an De Jong van Beek en Donk, 24.7.1917, UNOG, IPM/IPB 264/1.

<sup>753</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 65.

<sup>754</sup> Vgl. Ebd.:114.

<sup>755</sup> Brief von Favre an De Jong van Beek en Donk, 24.7.1917, UNOG, IPM/IPB 264/1.

<sup>756</sup> Ebd.

<sup>757</sup> Ebd.

Neben der expliziten Ablehnung eines Verständigungsfriedens demonstrierte Favre offen seine grosse Sympathie für Frankreich:

*„Pour la France, cette noble et généreuse nation, éternelle victime des périodiques agressions germaniques, nous joignons à ces vœux, le tribut de notre profonde admiration devant l'inlassable ténacité de son sacrifice et le sublime héroïsme de son martyre.“*<sup>758</sup>

Nach der Ausrufung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zu Beginn des Jahres 1917 hatte sich Deutschland seine Sympathien auch bei vielen deutschschweizerischen Mitgliedern der SFG verscherzt.<sup>759</sup> Der sich seit 1917 in der Schweiz aufhaltende Deutsche Walter von Rummel wies auf diesen Stimmungsumschwung in der Deutschschweiz in seinem Tagebuch hin:

*„Zu Beginn des Krieges mochten in der Ostschweiz ungefähr 75 Prozent der Bevölkerung auf Seiten der Mittelmächte gewesen sein. Im Frühjahr 1917 waren davon vielleicht noch 40 Prozent deutschfreundlich, weitere 40 Prozent waren neutral, 20 Prozent aber waren Anhänger der Entente.“*<sup>760</sup>

Louis Favre berichtete auf der Jahresversammlung der Genfer Sektion im April 1917, dass die deutschsprachigen Sektionen der SFG nunmehr Hand in Hand mit den welschen zusammenarbeiten und sich keineswegs von ihnen trennen wollten, während sie bisher Befürworter eines schnellen Verständigungsfriedens gewesen seien.<sup>761</sup> Tatsächlich erschienen vermehrt Artikel mit einer skeptischen Haltung gegenüber der deutschen Politik im „Frieden“. So kommentierte die Vereinszeitschrift einen im Berliner „Vorwärts“ veröffentlichten Briefwechsel zwischen Bethmann-Hollweg und dem Alldeutschen Verein vom Mai 1915, in dem der deutsche Reichskanzler gesagt hatte *„Ich lasse den Verdienst gelten, das[s] der Alldeutsche Verband durch die Hebung des nationalen Machtwillens und die Bekämpfung der Völkerverbrüderungsideologie sich vor dem Kriege errungen hat...“* wie folgt: *„Wir Pazifisten müssen prinzipiell die Gegner eines Volkes, einer Mächtigkeitsgruppe sein, deren offizieller Vertreter einen solchen Satz schreiben darf!“*<sup>762</sup> Der Sekretär des Zentralkomitees, Rudolf Geering-Christ, schrieb im „Frieden“ einen Artikel, der die Anhänger eines „Friedens um jeden Preis“ kritisierte und sich wohlwollend über die Entente äusserte:

*„Dieser Grundirrtum über das Wesen des Pazifismus verführt heute noch viele gute Menschen zu den unsinnigsten Handlungen, heute, wo endlich die Vertreter des Rechtsprinzips, denen die Waffen durch die Vertreter des Machtprinzips in die Hand gedrückt wurden, Oberwasser bekommen. Sie meinen, Pazifisten zu sein und sind die Handlanger des Macht-, des Kriegsprinzips, indem sie den Krieg zugunsten jener Friedensstörer abkürzen wollen. Wir müssen sie von uns abschütteln; unser Wahlspruch heisst nicht ‚Frieden um jeden Preis‘, sondern zunächst noch ‚Krieg gegen Macht und für Frieden durch Recht!‘“*<sup>763</sup>

---

<sup>758</sup> Ebd.

<sup>759</sup> Vgl. DF Februar 1917: 16.

<sup>760</sup> Rummel 1919: 27.

<sup>761</sup> Vgl. LP septembre 1917: 4.

<sup>762</sup> DF Juni 1917: 48.

<sup>763</sup> DF Juli 1917: 52f.

Obwohl sich die Sektionen der Sprachregionen 1917 durchaus annäherten, konnte von einem Konsens zwischen ihnen weiterhin keinesfalls die Rede sein. So wurde die auf Mai vorgesehene Delegiertenversammlung der SFG nicht einberufen, obwohl es, wie Golay in einem Brief an Butticaz darlegte, nach der Russischen Revolution und der Intervention Wilsons sehr wichtige Themen zu besprechen gegeben hätte.<sup>764</sup> Golay äusserte gegenüber dem französischen Pazifisten Edgar Milhaud im Juni in einem Brief den Verdacht, dass Bucher-Heller die auf Mai in Genf vorgesehene Delegiertenversammlung zweifelsohne deshalb verschoben habe, um die SFG nicht zu stark in Richtung Entente zu treiben.<sup>765</sup> Seine Aussage widerspricht aber den von Bucher-Heller gemachten Angaben im Jahresbericht, in dem er verkündete, dass die Genfer Sektion der SFG selbst um eine Verschiebung der Delegiertenversammlung gebeten habe.<sup>766</sup>

Golay und Favre ersuchten Bucher-Heller schliesslich, die für November geplante Delegiertenversammlung auf den 20. und 21. Oktober 1917 vorzuverschieben, was von ihm akzeptiert wurde.<sup>767</sup> Sie befürchteten, dass die von der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ auf Mitte November in Bern einberufene Studienkonferenz (vgl. Kapitel 7.4), die von ihnen aufgrund der starken Anwesenheit von PazifistInnen aus den Mittelmächten als deutschfreundlich taxiert wurde, in der Bevölkerung zu grosse Aufmerksamkeit erhalten würde, wenn nicht zuvor die SFG ihre Position zur Friedensfrage bekanntgebe.

### 7.3. Die Delegiertenversammlung der Schweizerischen Friedensgesellschaft in Olten

Während der schlussendlich in Olten einberufenen Delegiertenversammlung sorgten vor allem eine von der Genfer Sektion vorgeschlagene Statutenrevision und eine Resolution für Aufsehen. Für die Unterstützung ihrer Vorstösse hatte sie wie gewohnt einige Wochen zuvor einen Brief an die welschen Sektionen geschrieben mit der Aufforderung, zur Unterstützung ihrer Position möglichst zahlreich zu erscheinen.<sup>768</sup>

Bei der Revision der Statuten der SFG war der Änderungsvorschlag zentral, dass der Präsident des Zentralkomitees *„est désigné alternativement dans une section romande et dans une section alémanique.“*<sup>769</sup> Angesichts der Tatsache, dass aktuell der Vorsitz mit dem seit 1909 amtierenden Deutschschweizer Franz Bucher-Heller besetzt war, hätte dies zur Folge gehabt, dass bei der nächsten Wahl ein Welscher die Führung der SFG übernehmen würde. Louis Favre begründete den Antrag damit, dass er keinesfalls aus persönlichen, sondern nur aus sachlichen Gründen – im Sinne einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen welschen und deutschschweizerischen Sektionen – erfolge.<sup>770</sup> Er hatte sich zuvor bereits bei *„l’aimable et dévoué président“* Bucher-Heller bedankt, dass er sich nicht nur dafür eingesetzt habe, ein Gleichgewicht zwischen den Sektionen der Sprachregionen zu erhalten, sondern auch, dass sich die deutschsprachigen Sektionen den welschen annähern.<sup>771</sup> Die Statutenrevision wurde schlussendlich mit 22 gegen 11 Stimmen angenommen. Jedoch war sie auch unter welschen Sektionen nicht unumstritten. So hatte sich Henri Monnier als Präsident der Sektion La Chaux-de-Fonds gegen sie ausgesprochen.<sup>772</sup> Die Sektion Neuenburg

<sup>764</sup> Vgl. Brief von Golay an Butticaz, 2.7.1917, UNOG, IPM/IPB 264/1.

<sup>765</sup> Vgl. Brief von Golay an Ruysen, 6.6.1917, UNOG, IPM/IPB 264/1.

<sup>766</sup> Vgl. DF November 1917: 87.

<sup>767</sup> Dies ergeht aus einem Brief von Golay an Favre vgl. Brief von Golay an Favre, 14.9.1917, UNOG, IPM/IPB 264/1.

<sup>768</sup> Vgl. z. B. Brief der Sektion Genf an die Sektion Boudry, 27.9.1917, AEN, B6/IV.

<sup>769</sup> Protokoll der Sitzung des Komitees der Neuenburger Sektion vom 9.10.1917, Genfer Vorschlag einer Statutenrevision, AEN, A1/II.

<sup>770</sup> Vgl. DF November 1917: 83.

<sup>771</sup> Vgl. LP septembre 1917: 4.

<sup>772</sup> Vgl. DF November 1917: 83.

fürchtete sich im Vorfeld vor einer Spaltung der SFG, „*ce qui serait fort regrettable*“, und beauftragte ihre Delegierten „*de la soutenir dans la mesure où son adoption n’aurait pas pour conséquence la division au sein de la Société de la Paix entre Suisses allemands et Suisses romands*.“<sup>773</sup>

Für mehr Gesprächsstoff sorgte die ebenfalls von Louis Favre eingereichte, drei Seiten umfassende Resolution zur pazifistischen Lehre der SFG, über die in den folgenden Zeilen berichtet wird. Bezeichnenderweise wurde sie aber nicht von ihm, sondern von Golay ausgearbeitet. Favre sollte sie für ihn während der Delegiertenversammlung der SFG einbringen, aber die Herkunft der Resolution verschweigen, weil eine solche Intervention eigentlich nicht zu seinen Aufgaben als Sekretär des IFB gehöre.<sup>774</sup> Bereits Ende 1916 hat Golay das Bestreben geäußert, es sollten öffentliche Veranstaltungen über das Thema „*ce que c’est le pacifisme suisse*“ in der Schweiz veranstaltet werden. So wohnte er beispielsweise einer Sitzung der Sektion Neuenburg am 12. Dezember 1916 bei, während der er sich darüber beklagte, dass das BIP und die SFG pazifistische Gruppierungen aus dem Ausland nicht in ihre Vereinsstrukturen integrieren können. Sie sollten mit allen vor 1914 entstandenen Gruppierungen zusammenarbeiten, die einen Frieden etablieren wollen, der auf dem Recht basiert.<sup>775</sup> Golays Meinung, dass die nach Kriegsausbruch entstandenen Gruppierungen die pazifistischen Grundsätze nicht ausreichend garantierten, wurde bereits in der Einleitung der von Favre eingebrachten Resolution deutlich.

Der Resolution schlug auf der Delegiertenversammlung eine harsche Opposition entgegen, sie wurde denn auch mit 23 zu 16 Stimmen abgelehnt.<sup>776</sup> Umstritten war u. a. der Einleitungssatz:

*„En présence des suspicions qu’a jetées sur le pacifisme organisé l’action de certains groupements qui, sous l’étiquette du pacifisme n’affirment pas les principes essentiels de la paix par le droit et cherchent à défendre les gouvernements responsables de la catastrophe actuelle; [...]“*<sup>777</sup>

Es wurde vor allem von Delegierten aus deutschschweizerischen Sektionen bemängelt, dass dadurch pazifistische Gruppierungen wie z. B. die „Vereinigung für einen dauerhaften Frieden“ diskreditiert würden, welche eigentlich die Unterstützung durch die SFG verdient hätten.<sup>778</sup> Es sei zudem keinesfalls deren Absicht, durch ihre Aktivitäten und die Forderung eines Verständigungsfriedens die Schuldigen am Kriege zu verteidigen. Weiter kritisierten sie, dass in der Resolution von Serbien die Rede war, während die Ereignisse in Griechenland nicht angesprochen würden. Hier zeigte sich der klassische Konflikt auf der Delegiertenversammlung: während die welschen Sektionen die von den Mittelmächten begangenen unrechtmässigen Manöver – die Nichtanrufung einer schiedsgerichtlichen Lösung des Konflikts mit Serbien – hervorhoben, wollten die deutschschweizerischen Sektionen auch diejenigen der Entente zur Sprache bringen. Dazu gehörte u. a. die von ihr aufgrund der Landung britischer und französischer Truppen in Saloniki im Oktober 1915 begangene Verletzung der griechischen Neutralität.<sup>779</sup> Dadurch entstehe der Eindruck, die SFG würde nur eine Mächtegruppierung verurteilen.<sup>780</sup> Allerdings zeigte sich eine namhafte Abweichung vom Graben entlang der Sprachgrenze, denn auch die Sektion Waadt lehnte die Genfer Resolution ab.

<sup>773</sup> Protokoll der Sitzung des Komitees der Neuenburger Sektion vom 9.19.1917, AEN, A1/II.

<sup>774</sup> Vgl. Brief von Golay an Favre, 14.9.1917, UNOG, IPM/IPB 264/1.

<sup>775</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Komitees der Neuenburger Sektion vom 12.12.1916, AEN, A1/II.

<sup>776</sup> Vgl. DF November 1917: 83.

<sup>777</sup> „Résolution proposée par le Comité de la Section de Genève“, AEN, A6/IV.

<sup>778</sup> Vgl. MP janvier/avril 1917: 97.

<sup>779</sup> Vgl. Wakefield, Moody 2004. Die Verletzung der griechischen Neutralität wurde schliesslich nicht in den Resolutionstext aufgenommen.

<sup>780</sup> Vgl. MP janvier/avril 1917: 97.

Nachdem die drei Seiten lange Resolution abgelehnt worden war, reichte Auguste de Morsier, Sekretär des Komitees der Sektion Genf, eine kürzere und ausgewogenere Resolution ein, welche die Grundlage für die nachfolgend einsetzende Diskussion bildete.<sup>781</sup> Sie wurde mit 47 zu 3 Stimmen angenommen und lautete folgendermassen: Die Delegiertenversammlung der SFG erklärt,

*„entsprechend den auf den Weltfriedenskongressen angenommenen Resolutionen, dass die pazifistische Lehre notwendigerweise auf dem Grundsatz des Friedens durch das Recht beruht und dass ein dauerhafter Friede in sich schliessen muss:*

*die Achtung vor den Verträgen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Notwendigkeit des obligatorischen Schiedsverfahrens, die Einschränkung der Rüstungen, die Abschaffung der Geheimdiplomatie, die rechtliche Verständigung der Völker zur Schaffung einer staatsrechtlichen Verbindung der Nationen;*

*sie wünscht, dass der Friede, der den Weltkrieg beenden soll, die obigen Grundsätze enthalte und sie verwirkliche, dass er die Völker befreie, die jetzt unter fremder Herrschaft leiden, und dass er insbesondere Belgien wiederherstelle, das entgegen den internationalen Verpflichtungen, vergewaltigt wurde;*

*sie bedauert, dass die schiedsgerichtlichen Vorschläge Serbiens und Russlands im Juli 1914 nicht angenommen worden sind;*

*sie anerkennt mit Genugtuung, dass sowohl die Botschaft des Präsidenten Wilson vom 22. Januar 1917 als auch diejenige des Papstes vom 1. August 1917, die von den internationalen Friedenskongressen seit 50 Jahren verkündeten Grundsätze in zusammenfassender Weise bekräftigen;*

*sie begrüsst die Geburt der Demokratie in Russland;*

*sie bekundet ihren festen Willen, für die Entwicklung der Schweizerischen Friedensgesellschaft zu arbeiten zur Förderung der dargelegten Grundsätze und zur Erhaltung des internationalen Friedensbureaus in Bern.“<sup>782</sup>*

Die Resolution sei zahlreichen National- und Ständeräten der Bundesversammlung zugestellt worden, diese hätten sich aber in Schweigen gehüllt.<sup>783</sup> Ohne an dieser Stelle auf die einzelnen Punkte detailliert eingehen zu können, bietet der Resolutionstext einen guten Überblick, auf welche pazifistischen Grundsätze sich die SFG Ende 1917 berief. Wird die ursprünglich vorgeschlagene mit der schlussendlich angenommenen Resolution verglichen, so fällt auf, dass der umstrittene Einleitungssatz gänzlich weggelassen wurde. Den neu gegründeten Organisationen wurde also nicht vorgeworfen, sie würden die Schuldigen am Krieg – womit Golay auf die Mittelmächte abzielte – mit ihren Tätigkeiten verteidigte. Insgesamt war sie viel ausgewogener als die von Favre eingebrachte Resolution, die jedoch Golay ausgearbeitet hatte. Die Tatsache, dass diese kürzere Version von einem leitenden Mitglied der Genfer Sektion eingebracht wurde, illustriert, dass es in ihr deutlich gemässigtere Stimmen gab als etwa die von Favre. In der angenommenen Resolution wurde nur noch bedauert, dass die *„schiedsgerichtlichen Vorschläge Serbiens und Russlands im Juli 1914 nicht angenommen worden sind“<sup>784</sup>*, hingegen wurde das darauf folgende Ausbleiben eines Protests der internationalen Vereinigungen (u. a. explizit des IFB) nicht mehr erwähnt. Ein weiterer Unterschied bestand darin, dass Wilson und der Papst als diejenigen Personen fungierten, welche mit ihren Kundgebungen vom 22. Januar (Peace without Victory) bzw. 1. August (Friedensappell des Papstes) die Grundsätze der Friedensbewegung zusammenfassten und bekräftigten. In der langen Resolution

---

<sup>781</sup> Vgl. DF November 1917: 85.

<sup>782</sup> DF November 1917: 83.

<sup>783</sup> Vgl. DF April 1919: 17.

<sup>784</sup> DF November 1917: 83.

war vorgesehen, dieses Verdienst nur Wilson zuzuschreiben.<sup>785</sup> Die meisten Delegierten der Sektionen erklärten sich also damit einverstanden, ihr Friedensprogramm nicht nur an Wilson zu orientieren, der ja mittlerweile auf Seiten der Entente in den Krieg eingetreten ist, sondern sich diesbezüglich auch mit einer „neutraleren“ Person wie dem Papst zu solidarisieren. Papst Benedikt XV. hatte am 1. August 1917 an die Regierungschefs der kriegführenden Völker appelliert, einen baldigen Frieden zu schliessen, sowie die *„gegenseitige Rückgabe aller besetzten Gebiete, insbesondere vollständige Räumung Belgiens unter Sicherung seiner vollen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit gegenüber jeder Macht sowie Rückgabe der deutschen Kolonien.“*<sup>786</sup> Sein Friedensappell wurde beispielsweise auch von den meisten deutschen PazifistInnen begrüsst.<sup>787</sup>

Die SFG bekundete zudem auf der Delegiertenversammlung, dass ihr Bekenntnis zur schweizerischen Neutralität nicht mit einer Verschlussenheit gegenüber der Ausarbeitung einer zukünftigen internationalen Rechtsordnung gleichzusetzen sei.<sup>788</sup> An die obige Resolution schloss deshalb ein weiterer Text an, der von Golay eingebracht wurde:

*„In Anbetracht ferner, dass die Schaffung eines Bundes der Völker zur Stunde als die einzige geeignete Lösung erscheint, um fortan nicht nur den Frieden der Welt zu sichern und normale Beziehungen unter den Völkern wiederherzustellen, sondern auch die Stunde des Friedens zu beschleunigen; ladet die Schweizerische Friedensgesellschaft den Bundesrat ein:*

- 1. ohne Verzug eine ausserparlamentarische Kommission, bestehend aus den hervorragendsten Staatsmännern, Juristen und Volkswirtschaftern des Landes zu bilden und sie mit der Aufgabe zu betrauen, die Bedingungen zu studieren, unter denen die Schweiz einem zukünftigen Völkerbunde beitreten könnte;*
- 2. wenn immer möglich in der nächsten Parlamentssession eine öffentliche Erklärung abzugeben, in der die Stellungnahme der Schweiz zu dieser Frage festgelegt wird. Dadurch soll ähnlichen Erklärungen der anderen neutralen Länder der Weg gebahnt werden, so dass die Kriegführenden erkennen, inwieweit sie auf die Beteiligung der neutralen Länder an einem Völkerbunde rechnen können;*
- 3. im geeigneten Zeitpunkte einen internationalen Kongress einzuberufen, mit der Aufgabe, die grundlegenden Programmpunkte eines zukünftigen Völkerbundes festzulegen.“*<sup>789</sup>

Allerdings bestand der von Golay eingebrachte zweite Teil der Resolution ursprünglich nur aus den zwei ersten Forderungen.<sup>790</sup> Der zusätzliche dritte Punkt stammte von Hermann Häberlin von der Sektion Zürich. Er wurde schlussendlich angenommen, obwohl sich Golay dagegen ausgesprochen hatte.<sup>791</sup> Dieser schrieb in einem Brief an Nippold, er wolle eine Erörterung der Frage des Völkerbundes aus Schweizer Sicht und keinen internationalen Kongress, weil eine solche Forderung zurzeit nicht beliebt sei und den Bundesrat zum Ablehnen der Resolution veranlassen könnte.<sup>792</sup> Im Kapitel 8.1 wird gezeigt, dass die Genfer Sektion der SFG später eine Eingabe an den Bundesrat formulierte, welche diesen dritten Punkt ausliess. Der Grund dafür war, dass sie eine

<sup>785</sup> Vgl. „Résolution proposée par le Comité de la Section de Genève“, AEN, A6/IV.

<sup>786</sup> Piper 2013: 422; zum Friedensappell des Papstes vgl. Steglich 1970.

<sup>787</sup> Vgl. Holl 1988: 128.

<sup>788</sup> Vgl. MP janvier/avril 1917: 98f.

<sup>789</sup> DF November 1917: 83f.

<sup>790</sup> Vgl. MP janvier/avril 1917: 98f.

<sup>791</sup> Vgl. Ebd.: 99.

<sup>792</sup> Vgl. Brief von Golay an Nippold, 29.10.1917, UNOG, IPM/IPB 264/1.



Zusammenarbeit mit der als deutschfreundlich taxierten „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ ablehnte.

Der Bundesrat reagierte weiterhin mit grosser Zurückhaltung auf die Petition. Im Antwortschreiben vom 20. November 1917 teilte dieser mit, dass er zwar *„eifrig den Abschluss eines gerechten und dauernden Friedens“* wünsche und *„die Sympathien der Schweiz und ihrer Regierung für den Gedanken einer auf Recht gegründeten internationalen Ordnung dürften [...] ausser Zweifel stehen“*, doch *„der Augenblick [sei nicht] günstig [...], um den von der Schweizerischen Friedensgesellschaft formulierten Begehren eine konkrete Folge zu geben.“*<sup>793</sup>

Der Sekretär des IFB, der seine lange Resolution als programmatische Vorlage für die SFG nicht ohne Abänderungen durchsetzen konnte, bekundete gegenüber dem französischen Pazifisten Edgar Milhaud, er sei nach der Delegiertenversammlung äusserst entmutigt gewesen.<sup>794</sup> Er beklagte sich, dass die SFG – und zu seinem besonderen Ärger auch die Sektion Waadt – seine lange Resolution abgelehnt hatte, *„sans invoquer contre ce projet un seul argument sérieux.“* Auguste de Morsier von der Genfer Sektion habe zwar auch einen guten Text ausgearbeitet, *„mais vous le connaissez, il est porté à faire beaucoup de concessions. [...] C'est donc l'esprit de concessions qui l'a emporté.“*<sup>795</sup> Bei welcher Resolutionsversion die Sympathien von Golay gelegen haben, zeigte sich auch bei ihrer Darstellung in der Zeitschrift des IFB. Die ursprüngliche Genfer Resolution (die bekanntlich seine eigene war) wurde am Anfang zusammen mit Favres Erläuterungen in vollem Umfang abgedruckt, die beschlossene kürzere Version folgte darauf in einer kleineren Schriftgrösse.<sup>796</sup> Die Delegiertenversammlung der SFG in Olten wurde von den pazifistischen Gruppierungen im Ausland mit grossem Interesse mitverfolgt, so schrieb etwa *La Paix par le Droit* einen Bericht *„sur la très intéressante assemblée générale tenue à Olten [...] par la Société Suisse de la Paix.“*<sup>797</sup>

Während der Delegiertenversammlung bekannte sich erstmals während des Krieges der Präsident der Sektion Winterthur, Ernst Rudolf Sommer, zum Antimilitarismus. Er bekundete, dass er auch den Verteidigungskrieg als unrecht ansehe und die Befürwortung von dessen Legitimität für ihn inkonsequent sei. Seine Sektion forderte deshalb eine Modifizierung der Statuten der SFG, die einen Passus gegen den Antimilitarismus enthielt.<sup>798</sup> Wahrscheinlich gehörte der im Schulhaus Heiligberg tätigte Sekundarlehrer nicht der SPS oder dem Grütliverein an, wie eine Nachfrage beim Stadtarchiv Winterthur ergab.<sup>799</sup> Auch in der neu gegründeten Sektion Basel-Landschaft, die an der Versammlung mit fünf Delegierten vertreten war, scheint es antimilitaristische Tendenzen gegeben zu haben.<sup>800</sup> Gleichzeitig zum erstmaligen Erstarken von antimilitaristischen Positionen in der SFG gelangten im „epochalen Schlüsseljahr“ 1917 die Diskussionen um Dienstverweigerungen auf einen Höhepunkt.<sup>801</sup> Für Aufsehen in der Öffentlichkeit sorgte im Frühjahr ein Fall, mit dem sich sogar das Parlament beschäftigte: Der Student Max Kleiber vom Eidgenössischen Polytechnikum wurde aus diesem Grund als erster Offizier vom Militärgericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt und zusätzlich von der Hochschule mit der Wegweisung sanktioniert. Aus Protest gegen die Behandlung Kleibers formierten sich verschiedene Komitees. Die mehrheitlich aus Mitglieder der SPS bestehende Kirchenpflege Wipkingen, über welche die SFG bereits im Mai 1916 berichtet hatte (vgl. Kapitel 5.3), verweigerte beispielsweise am Nationalfeiertag 1917 aus Protest das Festtagsgeläute. Während Leonhard Ragaz

---

<sup>793</sup> DF Dezember 1917: 95.

<sup>794</sup> Vgl. Brief von Golay an Milhaud, 23.10.1917, UNOG, IPM/IPB 264/1.

<sup>795</sup> Ebd.

<sup>796</sup> Vgl. MP janvier/avril 1917: 93-99.

<sup>797</sup> LPpID novembre 1917: 406f.

<sup>798</sup> Vgl. DF November 1917: 82.

<sup>799</sup> Es existieren keine Mitgliederlisten der SP Winterthur und des Grütlivereins, dafür ein Mitgliederverzeichnis des lokalen sozialdemokratischen Vereins, auf dem sein Name jedoch nicht vermerkt ist. Vgl. Antwort per E-Mail von Lilian Banholzer, Stadtarchiv Winterthur, 17.10.2017.

<sup>800</sup> Dies ergeht aus Golays Rapport über die Delegiertenversammlung in Olten vgl. Rapport über die Delegiertenversammlung der SFG, 20./21.10.1917, UNOG, IPM/IPB 263/1.

<sup>801</sup> Vgl. Mattmüller 1968: 285.

für die Aktion Sympathien empfand, brachen empörte Bürger die Türe zum Kirchturm auf und liessen die Glocken von Wipkingen eine Stunde später doch noch läuten.<sup>802</sup>

In der Schweiz spielte der religiöse Sozialist Leonhard Ragaz beim Thema Dienstverweigerer eine wichtige Rolle, weil er mehrere von ihnen – u. a. vor Gericht – ideell unterstützte. Er lehnte eine rein politisch motivierte Dienstverweigerung jedoch ab. Nur aus Gewissensgründen und als Tat der christlichen Zeugenschaft gegen den Krieg schien sie ihm vertretbar.<sup>803</sup> Obwohl Ragaz niemals für sie geworben hat, behielt ein grosser Teil der schweizerischen Öffentlichkeit nach dem Krieg ein Bild von ihm, das den religiösen Sozialisten als Anstifter zur Dienstverweigerung und als Jugendverderber abstempelt. Der „Nebelspalter“ sah ihn in diesem Sinne auf einem „schmalen Pfade zwischen Ueberintelligenz und Geistesgestörtheit wandelnd.“ (vgl. Bild 20)



Abb. 20: Karikatur von Leonhard Ragaz im „Nebelspalter“

Grossen Anteil an dieser einseitigen Sichtweise hatte ein von General Ulrich Wille verfasster Bericht über den Aktivdienst 1914/18, den er 1919 der Bundesversammlung vorlegte. In einem kurzen Abschnitt über die Dienstverweigerer liess er Ragaz bei der Schilderung eines Falls vor dem Divisionsgericht 5 in Liestal schlecht dastehen:

*„Als Entlastungszeuge war Prof. Ragaz vorgeladen und beglückte dort den Angeklagten mit seinen Glückwünschen zu der Überzeugungstreue, aber der Herr Professor vermied vorsichtig jedes Wort, das direkte Aufreizung zur Dienstverweigerung zum Ausdruck gebracht hätte. So musste wieder ein junger, sonst unbescholtener Mann zu Gefängnis verurteilt werden, der mir durch seine Überzeugungstreue tatsächlich sympathischer ist als der Mann, der ohne Gewissensbisse den Professorengehalt des Staates bezieht, dessen Gesetze er missachtet.“<sup>804</sup>*

<sup>802</sup> Vgl. Ebd.: 286.

<sup>803</sup> Vgl. Ebd.: 281.

<sup>804</sup> Wille 1923, zitiert nach: Mattmüller 1968: 284.



Abb. 21: General Ulrich Wille

Die Ausführungen zur Delegiertenversammlung der SFG im November 1917 zeigen, dass ein grosser Teil der Mitglieder an der Landesverteidigung festhielt und nur einzelne Mitglieder einen antimilitaristischen Kurs vertraten. Im Gegensatz zu den bürgerlichen PazifistInnen in der SFG beschloss eine Mehrheit der SPS an ihrem im Berner Volkshaus einberufenen Parteitag vom 9. und 10. Juni 1917, die Landesverteidigung abzulehnen.<sup>805</sup> Damit vergrösserte sich der Graben zwischen dem Bürgertum und der Sozialdemokratie in der Schweiz weiter. Ihre Armeegegnerschaft beschränkte sich jedoch unmittelbar nach dem Parteitag vor allem auf ein theoretisches Konzept und es wurde kein praktisches Aktionsprogramm formuliert. So kehrten auch alle in Uniform an den Parteitag in Bern angereisten Delegierten der SPS wieder in den Aktivdienst zurück. Aus bürgerlicher Sicht war die Ablehnung der Landesverteidigung jedoch ein weiterer Beweis für die Unzuverlässigkeit, ja sogar Staatsfeindlichkeit der Sozialdemokratie.<sup>806</sup>

#### 7.4. Der Internationale Studienkongress in Bern

Auf der internationalen Pazifistenkonferenz in Den Haag 1915 wurde bereits beschlossen, einen mit dem Studium der Grundlagen eines dauerhaften Friedens betrauten Studienkongress einzuberufen. Dieser musste allerdings mehrmals verschoben werden, weil die kriegführenden Staaten sich weigerten, entsprechende Reisepässe auszustellen.<sup>807</sup> Der Studienkongress trat schliesslich vom 19. bis 22. November 1917 in Bern zusammen. Dieser Versammlung konnte allerdings nur als Vorkonferenz deklariert werden, weil den PazifistInnen aus den Ländern der Entente weiterhin die Ausreise verboten und den skandinavischen Teilnehmenden die Durchreise durch Deutschland verweigert wurde. Es waren jedoch VertreterInnen aus verschiedenen Ländern der Mittelmächte, Skandinavien, der Schweiz und der Generalsekretär der „Zentralorganisation für einen dauerhaften

<sup>805</sup> Vgl. Greter 2005: 350-352.

<sup>806</sup> Vgl. Ebd.: 352-357.

<sup>807</sup> Vgl. z. B. DF Dezember 1915: 93f.

Frieden“, Benjamin de Jong van Beek en Donk, aus den Niederlanden anwesend.<sup>808</sup> Quidde schrieb über die Abwesenheit von TeilnehmerInnen aus der Entente: *„Auf Seite der Entente-Regierungen hatte man während des ganzen Krieges das Vorurteil, dass jede Art von Verhandlung eine Parteinahme für Deutschland bedeute.“*<sup>809</sup> Auch die Anreise aus Deutschland war nicht unproblematisch, denn das Auswärtige Amt und das Preussische Kriegsministerium waren sich nicht einig darüber, ob deutschen TeilnehmerInnen eine Ausreisebewilligung erteilt werden sollte. Letzteres versuchte ihre Beteiligung zu verhindern, was im Falle Helmut von Gerlachs tatsächlich so geschah. Eigentlich bestand auch bei Quidde seit dem Mai 1916 ein Ausreiseverbot, wofür seine Besprechung mit Bucher-Heller in Lindau im Frühjahr 1916 die Grundlage bildete (vgl. Kapitel 5.4). Jedoch setzte sich der bayerische Kriegsminister Philipp von Hellingrath über die militärischen Bedenken aus Berlin hinweg und erlaubte seine Ausreise.<sup>810</sup> Besondere Beachtung verdiente der Umstand, dass die gut vertretene deutsche Delegation ein einigermaßen zuverlässiges Bild der für einen Verständigungsfrieden eintretenden Kräfte des Reiches bot: Neben den erklärten Pazifisten Ludwig Quidde, Walther Schücking und der Pazifistin Helene Stöcker nahmen Vertreter aller drei Fraktionen der Kriegszielmehrheit des Reichstages teil, so Matthias Erzberger (Deutsche Zentrumspartei, DZP), Wolfgang Heine (Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD), Andreas Blunck (Nationalliberale Partei, NLP), Eduard Bernstein (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, USPD) und Georg Gothein (Fortschrittliche Volkspartei, FVP).<sup>811</sup> Zu den teilnehmenden PazifistInnen aus den Mittelmächten, die sich im Schweizer Exil befanden, gehörten u. a. Fried, Rudolph Said-Ruete und Rudolf Broda.<sup>812</sup>

Die weltpolitische Lage hatte sich nach dem Kriegseintritt der USA und der Februarrevolution in Russland stark verändert, was eine Weiterentwicklung der im pazifistischen Mindestprogramm festgelegten Ansätze nahelegte. Anhand der traktandierten Themen wie die „Grundlagen eines Völkerbundes“ und die „künftigen Völkerbeziehungen“ wird ersichtlich, dass sich die Studienkonferenz auf neue Fragestellungen einliess. Weil es nicht zu einem direkten Gedankenaustausch mit PazifistInnen aus der Entente kam, bestand für die deutsche Delegation ein wichtiges Ziel darin, von neutralem Boden aus konstruktive Vorstellungen für einen Verständigungsfrieden nach aussen dringen zu lassen.<sup>813</sup> Dazu gehörten neben Schückings Vorschlägen zum Ausbau des Haager Werkes Quiddes und Gotheins Überlegungen zur Verstaatlichung der Rüstungsindustrie sowie zur Reduzierung der Streitkräfte aller Staaten. Letztere wollten sie bis zu einem für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erforderlichen Mass reduzieren, womit sie Forderungen aussprachen, die über das Haager Mindestprogramm hinausgingen. Bei ihren Ansichten zur Nationalitätenfrage stimmten sie weitgehend mit Wilsons Programm überein. So forderten sie keine territorialen Veränderungen ohne Zustimmung der betroffenen Bevölkerung und die Gewährung kultureller Autonomie an die nationalen Minderheiten in national gemischten Staaten.<sup>814</sup>

Präsiert wurde der Studienkongress durch den St. Galler Nationalrat und Interparlamentarier Scherrer-Füllemann, das Vizepräsidium hatte der Genfer Professor Paul Moriaud von der Genfer Sektion inne.<sup>815</sup> Moriaud gehörte dem Rat der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ an.<sup>816</sup> Weitere Teilnehmer aus der Schweiz waren der Präsident der Berner Sektion der SFG Eduard Müller-Hess sowie die beiden Vertreter der „Neutralen Konferenz“ Trösch und Schenk, die beide auch im „Comité des sept“ sassen. Besondere Beachtung verdient der Umstand, dass neben den Teilnehmenden aus der Deutschschweiz auch Welsche anwesend waren. Neben Moriaud gehörten zu ihnen Auguste Forel, André de Maday, der Professor für internationales Recht an der Universität

<sup>808</sup> Vgl. Holl 1988: 130.

<sup>809</sup> Vgl. Quidde 1979: 164.

<sup>810</sup> Vgl. Holl 2007: 213.

<sup>811</sup> Vgl. Eisenbeiss: 1980:163.

<sup>812</sup> Vgl. Linden 2006: 234.

<sup>813</sup> Vgl. Holl 1988: 130f.

<sup>814</sup> Vgl. Ebd.: 131f.

<sup>815</sup> Vgl. Quidde 1979: 163.

<sup>816</sup> Vgl. Linden 2006: 798.

Fribourg Edouard Bise, Henri Golay und Jean Debrit<sup>817</sup>, der Herausgeber von „La Feuille“ und „La Nation“. Der Neuenburger Professor André de Maday war Präsident der dortigen Sektion der SFG und gehörte ab 1917 sogar dem Rat der „Zentralorganisation“ an.<sup>818</sup> Er gehörte zusammen mit Paul Moriaud zu den welschen Mitgliedern der SFG, die aktiv in ihr mitarbeiteten, während sie vor allem Favre und Golay als deutschfreundlich abzustempeln versuchten. Auf der Studienkonferenz wurde klar, dass einige deutsche TeilnehmerInnen bereit waren, weitergehende Forderungen als im Haager Minimumprogramm zu erheben. Sogar Ruysen gestand der Studienkonferenz deshalb in seiner Zeitschrift *La Paix par le Droit* einen positiven Verlauf zu.<sup>819</sup> Fried freute sich darüber, dass neben PazifistInnen und Rechtsgelehrte auch Parlamentarier an ihr teilnahmen.<sup>820</sup> Golay hielt dagegen an seiner bisherigen Meinung fest und legte Wert auf eine klare Trennung zwischen der „Zentralorganisation“ und der SFG. Gegenüber der welschen Zeitung „Le Temps“ liess er verlauten: *„Je saisis cette occasion pour vous faire remarquer que la Société suisse de la Paix n’a rien de commun avec les Conférences pour la Paix durable qui viennent d’avoir lieu à Berne.“*<sup>821</sup>

Golay bedauerte, dass Mitglieder der SFG nur einen Tag nach der Studienkonferenz in Bern eine öffentliche Veranstaltung über die Frage organisierte, wie der Krieg so schnell als möglich beendet werden könne. Neben den österreichischen Referenten Fried, Johann Ude und dem Ungarn Oscar Jászi warb auch Ludwig Quidde für internationale Verständigung. Mit folgenden Worten löste er beim Publikum zwiespältiges Echo aus:

*„Ich wünsche, auch als deutscher Pazifist, meinem Volke den Sieg. Aber ein Sieg, der Deutschland dazu verleiten würde, fremdes Volkstum zu vergewaltigen, wäre so verderblich für Deutschland und die Welt wie ein Sieg der Alliierten, der deutsches Land von Deutschland fortreißen würde.“*<sup>822</sup>

Die Reaktionen reichten von heftiger Kritik aus Kreisen des pazifistischen deutschen Exils in der Schweiz bis zu enthusiastischer Zustimmung durch den bayerischen Minister-Residenten in Bern. In der deutschen Rechtspresse kam es dagegen zu heftigen Angriffen auf Quiddes Stellungnahme.<sup>823</sup> Auch die „Freie Zeitung“ berichtete in einem Artikel unter dem Titel *„Der Friedensapostel Quidde aus München“*, dass dem *„armen Manne widersprochen werden“* müsse.<sup>824</sup>

---

<sup>817</sup> Vgl. Ebd.: 240-242.

<sup>818</sup> Vgl. Ebd.: 240.

<sup>819</sup> Vgl. LPpD décembre 1917: 454.

<sup>820</sup> Vgl. Fried 1920: 83.

<sup>821</sup> Brief von Golay an den Chefredaktor von „Le Temps“, 23.11.1917, UNOG, IPM/IPB 263/1.

<sup>822</sup> Quidde 1979: 165.

<sup>823</sup> Vgl. Holl 2007: 213f.

<sup>824</sup> FZ, 28.11.1917.

## 8. Das Jahr 1918

### 8.1. Anstösse zur Erarbeitung eines Völkerbundprogramms

Zu Beginn des Jahres 1918 stellte Woodrow Wilson in einer programmatischen Rede der „Vierzehn Punkte“ am 8. Januar vor beiden Häusern des US-Kongresses seinen Vorschlag für eine Friedensordnung nach dem Krieg vor. Wesentliche Forderungen des internationalen Pazifismus wie das Verbot geheimer Verträge, Rüstungsbeschränkungen, die Bekräftigung des Prinzips der Freiheit der Meere, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Gründung eines Völkerbundes nahmen dadurch die Form eines regierungsoffiziellen Programms an.<sup>825</sup> Nach Wilson sollte ein Netz vertraglicher und institutioneller Garantien aufgebaut werden, um in einer internationalen Völkergemeinschaft den Frieden in Zukunft zu sichern. Dieser Vorschlag wurde von der SFG freudig begrüsst und „Der Friede“ kommentierte ihn mit dem Titel: *„Grosse Freude in der Schweiz über Wilsons Friedensprogramm.“*<sup>826</sup> Die Rede war von Wilson als Appell an die russische provisorische Regierung gedacht, keinen Separatfrieden zu schliessen und er wollte ihr während den Verhandlungen einen Weg aufzeigen, um eine Unterwerfung unter die deutschen Friedensbedingungen zu vermeiden. Die von Historikern wie Thomas J. Knock<sup>827</sup> und Adam Tooze<sup>828</sup> vertretene These, die „Vierzehn Punkte“ seien eine ideologische Kampfansage an Lenin gewesen, ist ein Mythos, der den Kalten Krieg und die damit einhergehende Blockkonfrontation zwischen Kapitalismus und Sozialismus rückwärts liest. Obwohl Wilson mit seiner programmatischen Rede innerhalb des alliierten Lagers Tatsachen schaffen wollte, war trotz unverbindlicher Freundlichkeiten keine der verbündeten Regierungen bereit, sein Programm öffentlich zu akzeptieren.<sup>829</sup>

Gestärkt durch Wilsons Intervention, wies die SFG der Ausarbeitung einer Nachkriegsordnung und eines Programms für den Völkerbund erste Priorität zu, wobei sich die leitende welsche Sektion in Genf als federführend erwies. Auf der Delegiertenversammlung in Olten hatte die SFG bereits eine Resolution für die Grundsätze eines dauerhaften Friedens verabschiedet, die mit dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und einer „staatsrechtlichen Verbindung der Nationen“ (vgl. Kapitel 7.3) ähnliche Forderungen enthielt, wie sie nun von Wilson erhoben wurden. In einem Schreiben an den Bundesrat vom 9. März zeigte sich Bucher-Heller deshalb im Namen des Zentralkomitees enttäuscht darüber, dass er den in Olten ausgearbeiteten Forderungen keine Folge geleistet habe. Die Beschäftigung mit einer derart komplizierten und delikaten Angelegenheit sollte die Schweizer Regierung unbedingt bereits vor Kriegsende ins Auge fassen: *„Ne pensez-vous pas [...] qu'en faisant étudier dès à présent les conditions qu'il faudrait qu'elle remplît pour que la petite République helvétique, libre et souveraine, pût y entrer sans crainte [...]?”*<sup>830</sup>

Im Jahr 1918 liess sich innerhalb der SFG die Entwicklung beobachten, dass die Genfer Sektion vermehrt eigenständige Eingaben an den Bundesrat richtete. Ihr Vorpreschen kann mit der in Olten verabschiedeten Statutenrevision der SFG erklärt werden, wonach als nächster Vereinspräsident ein Mitglied aus den welschen Sektionen gewählt werden müsse. Die Genfer Sektion schickte am 11. März ein Schreiben an den Bundesrat, in dem sie darauf hinwies, dass die Etablierung einer internationalen Rechtsordnung für die Schweiz von grösster Bedeutung sei. Grundsätzlich war der Inhalt ähnlich wie in Bucher-Hellers Schreiben zwei Tage zuvor. Sie bezeichnete den Völkerbund darüber hinaus als „natürliche Erweiterung der Schweiz“ und forderte vom Bundesrat bereits ein klares Bekenntnis zur Gründung eines solchen:

---

<sup>825</sup> Vgl. Holl 1988: 134.

<sup>826</sup> DF Februar 1918: 5.

<sup>827</sup> Vgl. Knock 1992: 145.

<sup>828</sup> Vgl. Tooze 2014: 119-123.

<sup>829</sup> Vgl. Berg 2017: 142.

<sup>830</sup> MP janvier/avril 1918: 20-22, hier: 20.

*„1. faire acte d'adhésion publique au principe de la fondation d'une Société des Nations, extension naturelle de la Confédération Suisse;*

*2. instituer sans retard une commission extra-parlementaire composée des hommes d'Etat, des juristes et des économistes les plus éminents du pays en vue d'étudier les conditions dans lesquelles la Suisse pourrait entrer dans une Fédération des Nations.“<sup>831</sup>*

Die am Anfang des Ersten Weltkrieges beinahe verstummte und bis Ende des Jahres 1918 auf 1'725 Mitglieder<sup>832</sup> wiedererstarke Genfer Sektion investierte viel Zeit in die Propagierung der von Wilson vorgeschlagenen Idee eines Völkerbundes. Der einflussreichen Sektion gehörten 26 Gesellschaften, darunter mehrere protestantische Zirkel, ein Frauenverein, acht Freimaurerlogen sowie mehrere wissenschaftliche und ökonomische Gruppierungen an.<sup>833</sup> Für die Verbreitung der Idee eines Völkerbundes liess sie entsprechende Artikel in Zeitungen abdrucken. Die Ausgabe des *Journal de Genève* vom 13. März enthielt beispielsweise einen anonym verfassten Artikel, der – weil darin explizit auf die Genfer Friedensgesellschaft Bezug genommen wird – höchstwahrscheinlich aus der Feder eines führenden Mitglieds der Sektion stammte.<sup>834</sup> Schwarz auf weiss war hier zu lesen, dass Wilson mit seiner Rede der „Vierzehn Punkte“ in keiner anderen Stadt ausserhalb der kriegführenden Länder mehr Zustimmung erhalten habe als in Genf.

*„Le droit des peuples de disposer d'eux-mêmes, dont Wilson fait le point de départ de son action, ne fut-il pas en premier lieu proclamé par notre Théodore de Bèze? Et toute notre histoire de liberté et de démocratie, aboutissant à notre réunion volontaire à la Confédération suisse, n'est-elle pas l'histoire prématurée de tous ces peuples qui aspirent à leur propre liberté qui trouvera son aboutissement et sa garantie définitive dans une Confédération des Etats qu'ils constitueront d'un commun accord?“<sup>835</sup>*

Der im Artikel vorgenommene Rückbezug auf die Genfer Geschichte diente dazu, eine Parallele zwischen Genf als Rückzugsort für protestantische Flüchtlinge sowie dem Beitritt Genfs zur Eidgenossenschaft 1815 und der Schweiz zum Völkerbund zu ziehen.<sup>836</sup> Der Stadt Genf komme dieser Darstellung zufolge die Aufgabe zu, als führende Kraft die Gründung eines Völkerbundes zu propagieren und als Sitz der neuen Völkergemeinschaft auserkoren zu werden. Theodore de Bèze verteidigte in seiner Schrift *„Du droit des magistrats“* im Kontext der Religionskriege des 16. Jahrhunderts das Recht der französischen Protestanten (Hugenotten), sich gegen die Verfolgungen durch den König zu wehren. Es wäre legitim, dass Stadtmagistraten den protestantischen Gläubigen vor den religiösen Verfolgungen Schutz gewähren, ohne die königliche Autorität grundsätzlich zu bestreiten. Das Buch von de Bèze habe dazu beigetragen, demokratische Ideen in protestantischen und angelsächsischen Ländern Vorschub zu leisten.<sup>837</sup> Die Verteidigung der französischen Protestanten durch Calvins Nachfolger sollte eine Verbindung zu Jean-Jacques de Sellon bilden, dessen Familie als Hugenotten wie bereits Calvin in Genf Zuflucht fand und der 1830 die erste kontinentaleuropäische Friedensgesellschaft gegründet hatte. Die Genfer Sektion der SFG setzte sie wie bereits zuvor (vgl. Kapitel 7.2) mit dieser gleich. Wilson, der calvinistischer Presbyterianer war,

---

<sup>831</sup> Ebd.: 22.

<sup>832</sup> Vgl. Protokoll „Rapport Présidentiel à l'Assemblée générale de la Société genevoise de la Paix, Salle de l'Athénée“, 17.12.1918: 2, UNOG, IPM/IPB 307/3.

<sup>833</sup> Vgl. Ebd.

<sup>834</sup> Vgl. *Journal de Genève*, 13.3.1918.

<sup>835</sup> Ebd.

<sup>836</sup> Zur Geschichte Genfs und dem Beitritt zur Eidgenossenschaft vgl. Dufour 2014: 81-113.

<sup>837</sup> Vgl. Dufour 2006.

schöpfe mit seiner Idee eines Völkerbundes, in dem die Völker durch den Beitritt ihre Freiheit erlangen würden, aus dem gleichen „Genfer Geist“.

Besonders inspiriert von der Idee eines Völkerbundes sei die Genfer Friedensgesellschaft. Diese habe sich seit Kriegsbeginn darum bemüht, Aktionen zu entkräften, die Deutschland unter dem Deckmantel des Pazifismus durchführte. Sie selber unterscheide dagegen sorgfältig zwischen zwei Arten von Pazifismus, dem „*pacifisme du droit*“ und dem „*pacifisme des concessions*“, wie sie einer der führenden Völkerrechtler, Otfried Nippold, definierte.<sup>838</sup> Hier wurde auf den von ihm verfassten Artikel „*Les Deux Pacifismes*“ verwiesen, der in der Zeitschrift des IFB veröffentlicht worden war.<sup>839</sup> Nippold verstand darin den Weltkrieg als einmalige Chance, den preussischen Militarismus zu besiegen, den er als Feind jeglicher Friedensordnung betrachtete. Er beschrieb den Weltkrieg folglich als Kampf zwischen zwei Kräften:

*„Dans le conflit qui divise le monde, les deux forces qui sont en présence, c’est le pacifisme d’un côté et le militarisme de l’autre. Tous les hommes d’Etat de ce temps – et notamment le président Wilson – l’ont proclamé en des termes clairs et des formules précises. Le vaincu, nous le répétons, ce ne sera pas le pacifisme, ce sera le militarisme. C’est une chose d’ores et déjà certaine. Tant que ce résultat ne sera pas atteint, la guerre ne cessera pas.“*<sup>840</sup>

Die Anhänger des „*pacifisme des concessions*“, zu denen Nippold u. a. den *Anti-Oorlog-Raad*, die von ihrem Generalsekretär geleitete „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“, die Zimmerwalder Bewegung und die schweizerische „Vereinigung für einen dauerhaften Frieden“ zählte, würden mit ihrem Einsatz für einen Verständigungsfrieden den endgültigen Sieg über den Militarismus verhindern. Dagegen wollten die VertreterInnen des „*pacifisme du droit*“ den Militarismus endgültig besiegen, um nach dem Krieg eine auf dem Recht basierende Friedensordnung herbeizuführen. Nach Nippold folgte aus diesen Überlegungen:

*„Il n’y a aujourd’hui qu’un seul pacifisme qui conduise au bout, il n’y a qu’un seul pacifisme qui ait le droit d’exister. C’est le pacifisme radical, par quoi nous entendons le pacifisme du droit. L’autre, le pacifisme des concessions, le pacifisme des attermolements, qui n’a pas compris de quoi il s’agit dans cette guerre, signifie un danger à l’heure actuelle, il ne fait que compromettre le mouvement pacifiste aux yeux du monde entier.“*<sup>841</sup>

Während Nippolds Artikel in der Zeitschrift des IFB Lob erhielt, wurde er in anderen pazifistischen Kreisen scharf kritisiert. Carl Heath als leitendes Mitglied des britischen *National Peace Council* bemängelte beispielsweise, dass die Vielzahl der Strömungen in der Friedensbewegung nicht auf eine bestimmte juristische „pazifistische Doktrin“ reduziert werden könne, denn dadurch würden andere Ansichten wie etwa diejenige der integralpazifistisch orientierten Quäker oder die einen Verständigungsfrieden befürwortenden Gruppierungen davon ausgeschlossen.<sup>842</sup> Nippolds Artikel wurde insbesondere von PazifistInnen kritisiert, die der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ nahestanden. Fried lehnte es beispielsweise ab, den Artikel in der „Friedens-Warte“ erscheinen zu lassen. Die KritikerInnen betonten vor allem, dass Nippold in ihm den Sieg des

<sup>838</sup> Vgl. Journal de Genève, 13.3.1918.

<sup>839</sup> Vgl. MP mai/août 1917: 77-85.

<sup>840</sup> MP mai/août 1917: 77-85, hier: 78.

<sup>841</sup> Ebd.: 84.

<sup>842</sup> Vgl. Linden 2006: 505.



Pazifismus gleichbedeutend mit dem Sieg der Entente verwende.<sup>843</sup> Wilhelmus Hubertus van der Linden bezeichnet diese Form des Pazifismus als „*bellopacifism*“, welche eine dauerhafte Friedensordnung durch den militärischen Sieg der Entente erreichen wollte.<sup>844</sup>

Die erneute Abgrenzung der Genfer Sektion von den BefürworterInnen eines Verständigungsfriedens muss vor allem im Kontext des Separatfriedens verstanden werden, der zwischen der bolschewistischen Regierung und den Mittelmächten am 3. März 1918 in Brest-Litowsk unterzeichnet wurde.<sup>845</sup> Die deutsche Militärführung wollte damit nicht mehr in einen Zweifrontenkrieg verwickelt sein und die Westfront mit zusätzlichen Truppen verstärken. Das Ziel der Bolschewiki bestand dagegen darin, Zeit für die Stabilisierung ihrer Macht zu gewinnen. Wilson zufolge zeigten die militärischen Herrscher der Mittelmächte bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk ihr wahres Gesicht, indem sie rücksichtslos nach Eroberung und Unterwerfung fremder Völker strebten.<sup>846</sup> Nach dem Separatfrieden konnte die deutsche Heeresleitung neue Kräfte an die Westfront werfen und vom März bis in den Juli hinein fünf grosse militärische Offensiven entfalten.<sup>847</sup> Wenn diese Gegenangriffe aus heutigem Blickwinkel wie letzte, verzweifelte Versuche einer im Grunde schon besiegten Macht erscheinen, konnten sie in den Augen der ZeitgenossInnen aber durchaus den Eindruck wecken, dass sich das Schicksal des Krieges endgültig zu Deutschlands Gunsten wende.<sup>848</sup> Paris schien zeitweilig wieder bedroht; die alliierte Führung geriet in helle Panik.<sup>849</sup>

Unter dem Eindruck der deutschen Frühjahrsoffensive wurde heftig darum gerungen, wer das Sprachrohr der internationalen Friedensbewegung sein sollte. In diesem Kontext erscheint es aufschlussreich, dass die im März an den Bundesrat gerichtete Eingabe der Genfer Sektion die ursprünglich dritte Forderung, welche eine Einberufung eines internationalen Kongresses für die Festlegung der Programmpunkte eines zukünftigen Völkerbundes vorsah und die Golay als Sekretär des IFB in Olten kritisierte (vgl. Kapitel 7.3), nunmehr ausgelassen wurde.<sup>850</sup> Dies unterstreicht wiederum die enge Zusammenarbeit zwischen ihr und dem Sekretär des IFB. Aus Golays Sicht drohte diese durch die Beteiligung von Angehörigen der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“, die er wie Nippold zum „*pacifisme des concessions*“ zählte, den Mittelmächten zu stark entgegenzukommen. Seine Haltung zeigte sich ebenfalls anhand einer von der „Zentralorganisation“ im Frühjahr 1918 in Genf geplanten internationalen Konferenz zum Studium eines Völkerbundes. Weil in deren Exekutive auch Angehörige aus den Mittelmächten sassen und jede Form von Verhandlung eine Parteinahme für Deutschland bedeute, weigerte sich die Regierung in Frankreich, für französische PazifistInnen Reisepässe auszustellen.<sup>851</sup> In der Folge war vorgesehen, je eine separate Konferenz zwischen VertreterInnen aus neutralen Ländern und der Entente in Genf sowie eine Konferenz zwischen VertreterInnen aus den Mittelmächten und den Neutralen in Bern oder Zürich durchzuführen. Der in Genf lebhafte Franzose Edgar Milhaud regte Ende Februar eine Sitzung mit Louis Favre, weiteren Mitgliedern der Genfer Sektion der SFG und Golay für die Besprechung der geplanten Konferenz in Genf an.<sup>852</sup> Nachdem Golay diese mit dem Verweis auf De Jong van Beek en Donks Verhalten auf der Januar-Sitzung im IFB, als er sich ihm zufolge gegen eine die Verletzung der belgischen Neutralität beinhaltende Resolution ausgesprochen habe, als „deutsches Manöver“ bezeichnet hatte, lehnten die Anwesenden eine von der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ durchgeführte Konferenz in Genf ab.<sup>853</sup> Eine solche sollte ihm zufolge in der Schweiz nicht

---

<sup>843</sup> Vgl. Ebd.: 505f.

<sup>844</sup> Vgl. Ebd.: 81.

<sup>845</sup> Vgl. Quidde 1979: 173-179.

<sup>846</sup> Vgl. Berg 2017: 141-144.

<sup>847</sup> Vgl. Mattmüller 1968: 322.

<sup>848</sup> Vgl. Holl 1988: 134.

<sup>849</sup> Vgl. Berg 2017: 144.

<sup>850</sup> Vgl. MP janvier/avril 1918: 22.

<sup>851</sup> Vgl. DF Mai 1918: 21.

<sup>852</sup> Vgl. Linden 2006: 258.

<sup>853</sup> Vgl. Ebd.

durch eine holländische Gruppierung, sondern durch das IFB oder eine ihm angegliederte Sektion erfolgen.

Aus einem Brief von Favre an Golay geht hervor, dass Quartier-la-Tente und de Maday, beide führende Mitglieder der Neuenburger Sektion der SFG und beide im Rat der „Zentralorganisation“ vertreten, die Genfer Sektion zu einer Verständigung mit De Jong van Beek en Donk drängten.<sup>854</sup> Golay blieb aber der Meinung, falls eine Konferenz stattfinden sollte, müsse deren Organisation alleine durch die Genfer Sektion erfolgen: *„Pourquoi M. de Jong ne se désiste-t-il pas en faveur de la Société de Genève? Elle suffit pleinement à la tâche.“*<sup>855</sup> Er pflichtete der von der Genfer Sektion vertretenen Position, keine Zusammenarbeit mit den einen Verständigungsfrieden befürwortenden Organisationen einzugehen, bei. Im gleichen Brief bekundete er gegenüber Favre, er habe Reisen zu den Sektionen von Le Locle, Neuenburg und La Chaux-de-Fonds unternommen, denn es sei wünschenswert *„que toutes les sections romandes se groupassent autour de la vôtre qui est bien pour l’instant la section modèle sous tous les rapports.“*<sup>856</sup>

Die französische Regierung erklärte sich unterdessen bereit, einigen französischen Pazifisten Reisepässe für die Konferenz zwischen den Neutralen und der Entente in Genf auszustellen, *„unter der Bedingung, dass die Konferenz sich mit der theoretischen Erörterung einer internationalen Staatenorganisation nach dem Kriege befasse.“*<sup>857</sup> Daraufhin erklärte sich eine Gruppe französischer Pazifisten, darunter Théodore Ruysen (Paix par le Droit), Ferdinand Buisson (Präsident der Ligue des Droits de l’Homme) sowie die Sozialisten Pierre Renaudel und Albert Thomas zur Teilnahme bereit.<sup>858</sup> Doch obwohl De Jong van Beek en Donk sich zugunsten einer von der Genfer Sektion der SFG organisierten internationalen Konferenz zwischen PazifistInnen aus den neutralen Staaten und der Entente ausgesprochen hatte, wurde sie schliesslich nie einberufen. Die führenden Mitglieder der Genfer Sektion wollten die französischen Pazifisten vor einem möglichen Fehlentscheid bewahren, solange die Entente die deutschen Armeen noch nicht besiegt hat.<sup>859</sup>

Die Episode rund um die Einberufung einer internationalen Konferenz zum Studium eines Völkerbundes in Genf verdeutlicht, dass der Erste Weltkrieg nicht nur ein Kampf mit militärischen Mitteln war, sondern auch um verschiedene Friedenskonzeptionen gerungen wurde. In Frankreich wurde am 16. November 1917 mit Georges Clemenceau ein vehementer Befürworter des Kriegskurses und entschiedener Gegner eines Verständigungsfriedens zum Ministerpräsidenten gewählt.<sup>860</sup> Die französische Regierung bezichtigte die BefürworterInnen eines Verständigungsfriedens des „Defätismus“ – der resignierenden Überzeugung, dass für die Entente keine Aussicht mehr auf den Sieg bestehe und deshalb ein Friedensschluss eingegangen werden sollte. Defätismus war ein „Kampfbegriff“, um die AnhängerInnen eines Verständigungsfriedens zu diskreditieren. Joseph Caillaux, der politische Gegenspieler Clemenceaus, wurde wegen dieses Vorwurfs verhaftet und beschuldigt, mit dem Feind zusammengearbeitet zu haben.<sup>861</sup> Auch Golay und Favre bemühten sich um eine Abgrenzung gegenüber den einen Verständigungsfrieden befürwortenden und als „DefätistInnen“ bezeichneten PazifistInnen. So schrieb der Generalsekretär des IFB beispielsweise an einen Redaktor des *Journal de Genève*: *„Il faut aider au pacifisme de droit à se maintenir contre le défaitisme avec lequel il veut n’avoir rien de commun.“*<sup>862</sup> Die zwei Exponenten aus der Schweiz gingen in diesem Punkt jedoch noch weiter als die französische Regierung, schienen sie doch sogar bedauert zu haben, dass letztere einer Gruppe französischer Pazifisten Reisepässe für die internationale Konferenz in Genf ausgestellt hatte.

<sup>854</sup> Vgl. Brief von Favre an Golay, 17.3.1918, UNOG, IPM/IPB 263/1.

<sup>855</sup> Brief von Golay an Favre, 19.3.1918, UNOG, IPM/IPB 262/2.

<sup>856</sup> Ebd.

<sup>857</sup> DF Mai 1918: 21.

<sup>858</sup> Vgl. Ebd.

<sup>859</sup> Linden 2006: 260.

<sup>860</sup> Vgl. Elsig 2015: 154.

<sup>861</sup> Vgl. Ebd.

<sup>862</sup> Brief von Golay an William Martin, 8.2.1918, UNOG, IPM/IPB 263/1.

Die Auffassung von Friedensinitiativen als „Kriegsmanöver“ manifestierte sich beispielsweise auch im Kontext Österreich-Italien, die gegeneinander am Isonzo in blutige Schlachten verstrickt waren.<sup>863</sup> Nachdem Kaiser Franz Joseph I. am 21. November 1916 verstorben war, folgte ihm der um Frieden bemühte Kaiser Karl I.. Im Frühjahr 1917 unterbreitete er über seinen Schwager Sixtus Ferdinand von Bourbon-Parma, der als Offizier in der belgischen Armee diente, vertrauliche Friedensangebote an die Entente.<sup>864</sup> Die geheimen Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und der Entente, die im April 1918 bekannt wurden (Sixtus-Affäre), sollten der italienischen Bevölkerung als List der Feinde dargestellt werden. Ein italienisches Plakat titelte in diesem Sinne *„Parlano di pace e nascondono il pugnale!“* – „Sie reden über Frieden und verheimlichen den Dolch!“



Abb. 22: Friedensdiskussionen wurden auf diesem italienischen Plakat als List der Feinde dargestellt

## 8.2. Eine fragile Neutralität

Während des Ersten Weltkrieges strapazierten mehrere politische Affären die Neutralität der Schweiz und stellten den inneren Zusammenhalt in der Bevölkerung auf den Prüfstand. Die Obersten-Affäre zum Jahreswechsel 1915/1916 oder Arthur Hoffmanns Beihilfe zu einem Separatfrieden im Frühjahr 1917 waren Vorkommnisse, welche die Schweizer Neutralität im Zwielicht erscheinen liessen. Auch die Friedensbewegung war in die Debatte um die schweizerische Neutralität involviert. Insbesondere in die Schweiz emigrierte PazifistInnen, die teilweise auf polemische Art und Weise die Politik ihrer Regierungen kritisierten, bekamen wegen ihrer scharfen Angriffe Probleme mit den Schweizer Behörden. Die presserechtlich als Schweizer Zeitung deklarierte „Freie Zeitung“ kam von Anfang an in den Verdacht, ein von der Entente unterstütztes Presseorgan zu sein.<sup>865</sup> Im Zusammenhang mit einem Fälschungsvorwurf leitete die Staatsanwaltschaft *„wegen des neutralitätswidrigen Verhaltens“* bereits im August 1917 eine Untersuchung gegen sie ein. Ihr Bericht hielt fest, dass die Mentalität ihrer Mitarbeiter *„mitunter an die Geistesverfassung jener*

<sup>863</sup> Vgl. Thompson 2008.

<sup>864</sup> Vgl. Griesser-Pecar 1988.

<sup>865</sup> Vgl. Riesenberger 2008: 118.

Partikularisten“ erinnere, „die nach der Schlacht bei Sedan [vorentscheidende Schlacht 1870 im Deutsch-französischen Krieg<sup>866</sup>] Tränen vergossen, weil die Preussen nicht Schläge bekommen hatten.“<sup>867</sup> Ihre abschliessende Feststellung, die Aktivitäten der „Freien Zeitung“ betrachte sie als neutralitätswidrige Propaganda und sie seien deshalb zu unterdrücken, löste in der Westschweiz helle Empörung aus.<sup>868</sup> Bundesrat Gustav Ador persönlich kritisierte darauf das rigorose Vorgehen der Behörde gegenüber der Zeitung, die er selbst „à tendance nettement démocratique“ qualifizierte:

*„Le soussigné [Ador] ne partage pas cette opinion. Il estime qu'on peut en Suisse discuter librement des principes et des idées qui correspondent à nos sentiments démocratiques, sans être pour cela accusé de manquer aux devoirs de la neutralité.“<sup>869</sup>*

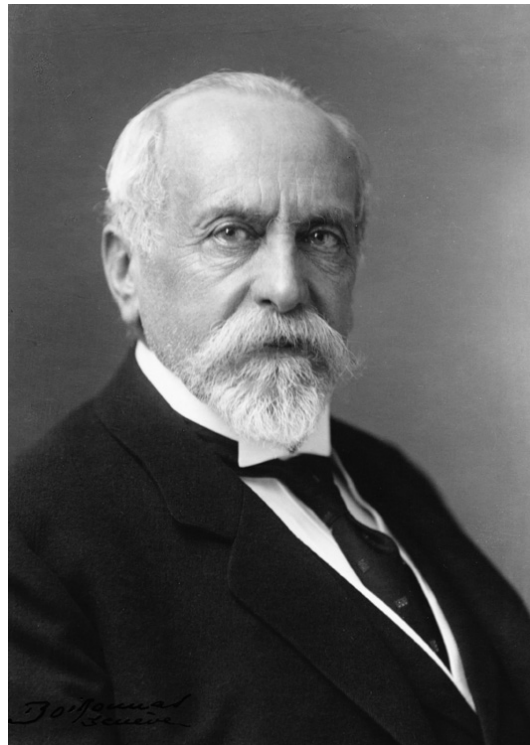


Abb. 23: Gustave Ador

Nachdem im November 1917 in Frankreich Georges Clemenceau zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, hatte der Kampf der französischen Regierung gegen die als „DefätistInnen“ verschrienen BefürworterInnen eines Verständigungsfriedens im eigenen Land auch unmittelbare Auswirkungen auf die pazifistisch gesinnten ExilantInnen in der Schweiz.<sup>870</sup> Sie beschuldigte den in Genf wohnhaften Henri Guilbeaux, in Frankreich revolutionäre Bewegungen angezettelt zu haben; im Februar 1918 wurde denn auch eine Untersuchung gegen ihn eröffnet. Nachdem am 18. Juni 1918 ein angebliches Beweisstück gegen den französischen Pazifisten an die eidgenössische Staatsanwaltschaft übergeben worden war, eröffnete auch sie eine Untersuchung gegen ihn wegen Gefährdung der schweizerischen Neutralität.<sup>871</sup> Trotz mehreren Verteidigungsversuchen durch Romain Rolland wurde

<sup>866</sup> Vgl. Ganschow, Haselhorst, Ohnezeit 2009.

<sup>867</sup> Riesenberger 2008:118.

<sup>868</sup> Vgl. Riesenberger 2008: 118f.

<sup>869</sup> Vgl. Schreiben von Ador an Bundesrat, 19.8.1917, BAR, E2001B#1000/1501#2531\*.

<sup>870</sup> Vgl. Elsig 2015: 154.

<sup>871</sup> Vgl. Ebd.

Guilbeaux im Mai 1918 schlussendlich verhaftet, im August aufgrund von mangelnden Beweisen aber wieder provisorisch auf freien Fuss gesetzt.<sup>872</sup>

Auch die schweizerische Friedensbewegung geriet wegen ihren Tätigkeiten und Äusserungen verschiedentlich in Verdacht, neutralitätswidrig zu handeln. Die welschen Sektionen der SFG warfen den deutschschweizerischen Sektionen mehrmals vor, sich mit ihrer Forderung für einen schnellen Verständigungsfrieden zugunsten der Mittelmächte einzusetzen (vgl. z. B. Kapitel 5.1). Ansonsten galten die Vorwürfe aufgrund ihrer Äusserungen zugunsten der Entente vor allem der Genfer Sektion. Weil sie sich jeglichen Friedensverhandlungen entgegenstellte, bevor der preussische Militarismus zerstört sei, schrieb Jean Debrit in der von ihm in Genf herausgegebenen Zeitschrift „La Feuille“ ironisch von der „*Société genevoise dite de la Paix*“.<sup>873</sup>

### 8.3. Die Schweiz und der Völkerbund

Während die Genfer Sektion der SFG nicht mit der von ihr als deutschfreundlich eingestuften „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ für die Erarbeitung der Grundlagen eines Völkerbundes zusammenarbeiten wollte, machte sie sich in der Schweiz und vor allem in Genf für die Völkerbundidee stark. Als die Diskussionen um die Einberufung der oben erwähnten internationalen Konferenz zum Studium eines Völkerbundes noch in vollem Gange waren, wandte sie sich am 3. April in einem Aufruf, von dem 18'000 Exemplare verteilt wurden, direkt an die Bürger von Genf:

*„La Société genevoise de la Paix estime que l'heure est venue de donner aux Genevois et aux confédérés établis à Genève le moyen de se prononcer en faveur de la Société des Nations, telle que le président Wilson a proposé solennellement au monde de l'établir. [...] Pacifistes détestant la guerre, nous plaçons l'origine de la calamité d'aujourd'hui dans les ambitions illégitimes de l'agresseur et dans la politique de la Prusse. Les responsables de la guerre mondiale, ce sont ceux qui l'ont préparée de longue date en construisant et en inculquant à tout un peuple l'odieuse doctrine de la force supérieure au droit, doctrine qui est la négation de l'idéal que l'humanité s'efforce de réaliser par étapes depuis plus de dix-neuf siècles. Avec Wilson, avec le plus grand nombre des peuples de la terre, nous sommes du côté du droit contre la force.“*<sup>874</sup>

Dass der Krieg bis zur Niederlage der deutschen Armeen weitergeführt werden müsse und kein Verständigungsfrieden angestrebt werden dürfe, wurde in folgendem Abschnitt deutlich:

*„La société genevoise ne propose donc en aucune façon à la Suisse d'intervenir dans le conflit actuel autrement qu'en affirmant sa volonté populaire d'une Société de Nations qui se créera à l'issue de la formidable tourmente. Que les kienthaliens, les zimmerwaldiens, les antimilitaristes suisses, les germanophiles et les défaitistes de tout genre se tiennent à l'écart du mouvement qu'elle crée. Ils n'y trouveraient que déceptions et déboires.“*<sup>875</sup>

---

<sup>872</sup> Vgl. Ebd.: 155f.

<sup>873</sup> La Feuille. Journal d'idées et d'avant-garde, 1.10.1918.

<sup>874</sup> MP janvier/avril 1918: 8.

<sup>875</sup> Ebd.: 6; Diese Passage wurde auch bereits im Journal de Genève abgedruckt vgl. Journal de Genève, 13.3.1918.

Der Aufruf, zu deren Unterzeichnern auch Gustave Ador gehörte<sup>876</sup>, blieb nicht unwidersprochen. Fried äusserte sich in einem Brief an Golay kritisch gegenüber der von der Genfer Sektion vertretenen Position, die Errichtung eines Völkerbundes als Garant für eine dauerhafte Friedensordnung in der Öffentlichkeit zu propagieren, sich aber konsequent gegen einen Verständigungsfrieden einzusetzen. Weiter gab er seine Meinung gegenüber dem von ihr am 13. März 1918 im *Journal de Genève* abgedruckten Artikel (vgl. Kapitel 8.1) kund: „*Vielleicht machen Sie die Herren darauf aufmerksam, dass der moderne Friedensgedanke nicht in Genf erfunden worden ist.*“<sup>877</sup> Der Grund, weshalb sich Fried für einen Verständigungsfrieden einsetzte, war vorwiegend humanitärer Natur. Er zweifelte nicht daran, dass spätestens der Kriegseintritt der USA die Niederlage Deutschlands und des preussischen Militarismus nach sich ziehen werde.<sup>878</sup> Der Preis an Menschenleben, um dies durch eine Verlängerung des Krieges zu erreichen, erschien Fried jedoch viel zu hoch, denn „*jeder Tag der Verlängerung [ist] ein Verbrechen.*“<sup>879</sup> Er hegte aus diesem Grund bis November 1918 die Hoffnung, dass ein Verständigungsfriede den Krieg beenden werde.<sup>880</sup> Jedoch gelang es auch ihm nie überzeugend darzulegen, wie ein Verständigungsfriede und die Überwindung des deutschen Militarismus zu erreichen seien, wenn bei Wilhelm II. kein Wille zum Abdanken vorhanden war.<sup>881</sup> Der Völkerrechtler Otfried Nippold, der in seiner publizistischen Tätigkeit die Niederlage der Mittelmächte als einzigen Weg darstellte, auf dem eine dauerhafte Friedensordnung zustande kommen könne, bezeichnete deshalb Fried in einem Brief an Golay als ihren grössten Gegner: „*Je crois que notre nouveau pacifisme trouvera son plus grand adversaire dans M. Fried, qui y verra un danger pour son pacifisme à tout prix, mais nous l'emporterons sur lui.*“<sup>882</sup>

Für die Verbreitung seiner Sichtweisen arbeitete Nippold in der Schweiz mit verschiedenen Gruppierungen zusammen. Gegen Ende des Krieges suchte er vermehrt die Nähe zur deutschen Oppositionsgruppe um die „Freie Zeitung“. Im September 1918 schrieb er erstmals einen Artikel für sie<sup>883</sup> und er liess zwei Bücher beim „Freien Verlag“ veröffentlichen.<sup>884</sup> Von grosser Bedeutung für die Diskussionen in der Friedensbewegung war die Tatsache, dass er die von der Genfer Sektion vertretene Stossrichtung vehement unterstützte. Er sprach in diesem Kontext von einem „neuen Pazifismus“, der keinen Verständigungsfrieden fordert, sondern der die Niederlage der Mittelmächte als Vorbedingung für die Etablierung einer dauerhaften Friedensordnung durch den Völkerbund erachtet. Er sollte auch in diesem Sinne „neu“ sein, als dass sich die Friedensbewegung an der Genfer Sektion der SFG und nicht am bisher dominanten niederländischen „*Anti Oorlog-Raad*“ und der von ihm geleiteten „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ zu orientierten habe. Nippold gab in diesem Sinne in einem Brief an Golay bekannt: „*En ce qui concerne les efforts de la Société genevoise de la Paix, je veux bien les appuyer de toute ma force. Il nous faut en Suisse un 'néo-pacifisme' et celui-là viendra sans doute de Genève.*“<sup>885</sup>

An den am 18. Mai abgehaltenen Feiern zum Gedenken an die Einberufung der ersten Haager Konferenz hatte die Genfer Sektion seit Kriegsausbruch jeweils nicht teilgenommen.<sup>886</sup> Im Jahr 1918 hatte sie diese Gelegenheit erstmals dazu genutzt, um Wilson geradezu zu verherrlichen. Bei dieser Gelegenheit hatten sich in der *Salle de la Réformation*, in welcher später die ersten Versammlungen des neugegründeten Völkerbundes stattfinden werden<sup>887</sup>, mehr als 1'500 Menschen eingefunden,

<sup>876</sup> Vgl. MP janvier/avril 1918: 10.

<sup>877</sup> Brief von Fried an Golay, 29.4.1918, UNOG, IPM/IPB 263/1.

<sup>878</sup> Vgl. Charrier 2015a: 125.

<sup>879</sup> Fried 1919b: 267.

<sup>880</sup> Vgl. Charrier 2015a: 125.

<sup>881</sup> Vgl. Ebd.

<sup>882</sup> Brief von Nippold an Golay, 8.5.1918, UNOG, IPM/IPB 263/1.

<sup>883</sup> Vgl. FZ, 21.9.1918; Charrier 2015a: 231.

<sup>884</sup> Vgl. Nippold 1918a; Nippold 1918b.

<sup>885</sup> Brief von Nippold an Golay, 8.5.1918, UNOG, IPM/IPB 263/1.

<sup>886</sup> Vgl. hierzu vor allem das Kapitel 5.1 und MP avril/août 1918: 54.

<sup>887</sup> Comité d'organisation 1980: 46.

um den Vorträgen von Louis Favre und Albert Malche zuzuhören.<sup>888</sup> Letzterer war Mitglied der Genfer Sektion und Professor für Pädagogik an der Universität Genf. Später, von 1931 bis 1951, vertrat er als Freisinniger seinen Kanton im Ständerat.<sup>889</sup> Der Reformationssaal war als Ort der Veranstaltung nicht zufällig ausgewählt worden, denn damit sollte die Verbindungslinie zwischen Wilson – einem calvinistischen Presbyterianer<sup>890</sup> – und Genf als Wirkungsort Calvins symbolträchtig verdeutlicht werden. Golay leitete die im *Mouvement pacifiste* abgedruckten Vorträge in diesem Sinne wie folgt ein:

*„C’est un pacifisme agissant qui se prêche dans la Cité de Calvin, un pacifisme qui sait très clairement ce qu’il veut et où il va, un pacifisme qu’on pourrait qualifier de ‘jusqu’aboutiste’ en ce sens qu’il n’entend sacrifier à la paix aucun des principes que nous avons considérés toujours, dans nos congrès, comme la base même de notre doctrine: le droit, le respect des traités, l’égalité de tous les peuples devant la loi des nations.“*<sup>891</sup>

Auf die von ihm selbst aufgeworfene Frage, weshalb die Genfer Sektion den 18. Mai wieder als Friedenstag feire, antwortete Louis Favre:

*„C’est aujourd’hui, des temps nouveaux se sont levés: Là-bas, à l’occident, de l’autre côté de l’océan, une grande et noble conscience s’est révélée au monde. Wilson, ce descendant spirituel des Genevois de 1535, ce continuateur de Jean-Jacques Rousseau, a réuni dans sa main puissante les petites lumières tremblotantes que des milliers de pacifistes promènent depuis plus de cinquante ans dans les rangs indifférents ou hostiles de la société, il les a réunies en un faisceau radieux, il a allumé le flambeau qui doit dès maintenant allumer la route que suit l’humanité, puis il a élevé sa voix retentissante et il a crié aux hommes: ‘Enfants de toutes les nations, cessez de vous entr’égorguer, tendez-vous la main et formez entre vous une grande société, la ‘Société des Nations’, dans laquelle tous les peuples seront libres, indépendants et égaux, vivez coude é coude dans la concorde de la paix, et proposez à vos efforts, non plus le carnage et la dévastation, mais la prospérité et le bonheur.“*<sup>892</sup>

In seinen weiteren Ausführungen betonte Favre, es liege nicht nur im Interesse der Schweiz, dem Völkerbund beizutreten, weil das Interesse der kleinen Völker darin bestehe, ihre Unabhängigkeit gegenüber den Machenschaften der Grossmächte zu sichern. Es sei sogar die aus ihrer Geschichte resultierende *Aufgabe* der Schweiz, dem Völkerbund beizutreten. Die Eidgenossenschaft existiere vor allem aufgrund ihres in die Praxis umgesetzten Föderalismus. Der Völkerbund verfolge das gleiche Prinzip, nur im grossen Format:

*„Le massage du président Wilson a inscrit à tout jamais une date mémorable dans l’histoire de l’humanité. Ce qu’il veut, c’est la fédération de tous les peuples de la terre, c’est, en grand, ce que les Waldstaetten ont réalisé en petit il y a 600 ans.“*<sup>893</sup>

---

<sup>888</sup> Vgl. MP avril/août 1918: 54.

<sup>889</sup> Vgl. Barrelet 2008.

<sup>890</sup> Vgl. Fleury 1981: 254.

<sup>891</sup> MP avril/août 1918: 54.

<sup>892</sup> Ebd.: 54f.

<sup>893</sup> Ebd.: 55.

Nach Albert Malche ging es angesichts der deutschen Frühjahrsoffensive darum, im Krieg – den er mit Nippold übereinstimmend als Auseinandersetzung zwischen Pazifismus und Militarismus charakterisierte – eindeutig Farbe zu bekennen. Ihre enge Anlehnung an die Entente zeigt sich insbesondere in folgendem Abschnitt seiner Rede:

*„Ainsi, tout pacifiste qu'on soit, ne perdons pas de vue que le fait de la guerre s'impose. [...] Je sortirais immédiatement de la Société de la Paix si son action risquait d'affaiblir, ne fût-ce que d'une nuance, le moral des Alliés. Je n'ignore pas que les Etats-Unis, la France, l'Angleterre et les pays qui les aident sont les champions de la démocratie et défendent l'Europe pacifique traîtreusement assaillie.“*<sup>894</sup>

Die beiden Reden liefen weiter darauf hinaus, Wilsons Politik als übereinstimmend mit dem Denken zahlreicher berühmter Persönlichkeiten, die in Genf gewirkt hatten, zu deklarieren, um die Zustimmung ihrer Bevölkerung zur Genfer Sektion der SFG und ihrem Friedensprogramm zu erreichen. Wilsons Politik schöpfe demzufolge aus dem gleichen calvinistischen Geist – einem *„Esprit de Genève“*<sup>895</sup> – wie er auch bereits bei Jean-Jacques Rousseau als Wegbereiter der modernen Demokratie<sup>896</sup> oder bei Henri Dunant durch sein humanitäres Wirken im Rahmen des Roten Kreuzes<sup>897</sup> zum Vorschein gekommen sei. Favre und Malche riefen zur Formierung einer breiten Bewegung zugunsten des Völkerbundes auf. Sie hegten die Hoffnung, dass die Genfer Bevölkerung ihrer Sektion, *„la doyenne des sociétés pacifistes d'Europe“*, in grosser Zahl beitreten würde.<sup>898</sup> Der ebenfalls unter den Unterzeichnern figurierende William E. Rappard übersetzte den Aufruf auf Englisch und liess ihn der US-amerikanischen Gesandtschaft zukommen, die ihn ihrerseits dem US-Aussenministerium zustellte.<sup>899</sup>

Die Aufrufe der Genfer Sektion illustrieren, dass sie nunmehr die tonangebende Sektion in der SFG war. Die Völkerbundsidee wurde in den deutschschweizerischen Sektionen deutlich weniger enthusiastisch aufgenommen als in der Westschweiz.<sup>900</sup> Die Zurückhaltung in der Deutschschweiz zeigte sich auch später, als die Vorlage zum Völkerbundsbeitritt im Mai 1920 dort insgesamt verworfen wurde. In der lateinischsprachigen Schweiz wurde sie dagegen mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen.<sup>901</sup> Ein zentraler Grund dafür war, dass die Deutschschweiz den Völkerbund als Instrument der Siegermächte wahrnahm und sie – zumindest während des Krieges – mehrheitlich mit den Mittelmächten sympathisiert hatten.<sup>902</sup> Golay berichtete Ruysen im Sommer 1918 jedenfalls freudig, dass sich das „Gravitationszentrum des Pazifismus“ in der Schweiz in Richtung Westschweiz verschiebe, während sich die Deutschschweiz zunehmend in Schweigen hülle.<sup>903</sup> Das Vorpreschen der kompromisslosen Genfer Sektion war einer Zusammenarbeit mit den Sektionen aus der Deutschschweiz nicht dienlich, wo sich im fünften Kriegsjahr die Hoffnungen auf einen Verständigungsfrieden ohnehin weitgehend verflüchtigt hatten. Der Grossteil der Sektionen der SFG bezahlte 1918 keine Jahresbeiträge, Bucher-Heller musste *„selbst mit dem Bettelsack herum-*

<sup>894</sup> MP avril/août 1918: 56.

<sup>895</sup> Zehn Jahre nach der Gründung des Völkerbundes gab der Schweizer Schriftsteller Robert de Traz 1929 unter diesem Titel ein Buch heraus. Das Erbe von Jean Calvin, Jean-Jacques Rousseau und Henri Dunant trugen ihm zufolge dazu bei, dass Genf zu einem Symbol für Frieden, Dialog und Demokratie wurde vgl. Traz 1929.

<sup>896</sup> Vgl. Trousson 2003.

<sup>897</sup> Vgl. Chaponnière 2010.

<sup>898</sup> MP avril/août 1918: 55.

<sup>899</sup> Vgl. Monnier 1995: 157.

<sup>900</sup> Für die von deutschschweizerischen Mitgliedern geäusserten Bedenken gegenüber einem Beitritt der Schweiz zum Völkerbund auf der Delegiertenversammlung von 1919 in Genf vgl. Kapitel 8.5 und DF April 1919: 16.

<sup>901</sup> Vgl. Moos 2014: 237.

<sup>902</sup> Vgl. Kreis 2014b: 279.

<sup>903</sup> Vgl. Brief von Golay an Ruysen, 2.8.1918, UNOG, IPM/IPB 263/1.



wandern“ und versuchte auf diese Weise den Verein finanziell über Wasser zu halten.<sup>904</sup> Er liess verlauten, er sei zurzeit beruflich sehr ausgelastet und könne sich kaum um Vereinssachen kümmern.<sup>905</sup> Weiter gab er Golay bekannt, dass er sich anfangs August erholen gegangen sei und sich deshalb von den Vereinsarbeiten gänzlich ferngehalten habe, weil er Angst gehabt hatte, an der Spanischen Grippe zu erkranken.<sup>906</sup> Auch das erstmalige Ausbleiben einer Delegiertenversammlung der SFG im Jahr 1918 begründete Bucher-Heller mit der um sich greifenden Grippe und dem daraus resultierenden Versammlungsverbot.<sup>907</sup> Die Spanische Grippe forderte in der Schweiz zwischen Juli 1918 und Juni 1919 24'449 Todesopfer und stellte damit die grösste demografische Katastrophe für das Land im 20. Jahrhundert dar.<sup>908</sup>

Die Rufe nach der Gründung eines Völkerbundes in der Schweiz, bei denen die SFG eine führende Rolle spielte, blieben im Bundesrat nicht ungehört. Bis Anfang 1918 war aber eine Mehrheit dort der Idee einer Friedensorganisation und dem Gedanken, die Schweiz habe in diesem Zusammenhang eine Aufgabe zu erfüllen, mit Ausnahme des Bündners Felix Calonder und des Genfers Gustave Ador mit grosser Zurückhaltung begegnet.<sup>909</sup> Im Januar beantragte Calonder dem Bundesrat, ihm in Fragen der internationalen Organisation einen Berater zur Verfügung zu stellen, worauf am 16. Februar der Zürcher Professor Max Huber zum Rechtskonsulent für das EPD berufen wurde. Im Laufe des Jahres erkannten die einzelnen Departemente in zunehmendem Mass, dass die Veränderungen, welche Europa erfahre, auch Schweizer Interessen berühren mussten. Der Krieg hatte die enge politische und ökonomische Abhängigkeit des Landes von den europäischen Staaten und diejenigen Europas von der übrigen Welt überdeutlich gezeigt.<sup>910</sup> Der Bundesrat erkannte die Gefahr, dass die Siegermächte nach dem Krieg über die Interessen der Schweiz hinweg handeln und entscheiden könnten. Aus diesem Grund schlug Max Huber im März vor, der von der SFG und anderer Gruppierungen eingebrachten Forderung der Einberufung einer ausserparlamentarischen Kommission zum Studium der Friedenssicherungsprobleme Folge zu geben.<sup>911</sup> Nachdem der Bundesrat am 3. Juni dieses Begehren unterstützte und Fragen des Völkerbundes im Bundeshaus vermehrt diskutiert wurden<sup>912</sup>, schlug Huber Mitglieder für die Kommission vor. Die von ihm dem Bundesrat am 10. September vorgelegte Liste umfasste 28 Namen, als Vertreter des Pazifismus waren Bucher-Heller und Quartier-la-Tente vorgesehen.<sup>913</sup> Dieser Vorschlag war dem Bundesrat zu umfassend und die Kommission wurde infolgedessen auf 16 Mitglieder begrenzt. Aufgrund dieser Kürzung gehörten diese beiden Exponenten der SFG der Kommission schliesslich nicht mehr an. Max Huber bedauerte dies sehr. Schliesslich hatten diese zwei Pazifisten die Völkerbundidee bereits zu einem Zeitpunkt vertreten, als sie die Politiker noch ignoriert hatten.<sup>914</sup>

Am 17. September wählte der Bundesrat die Mitglieder der von Calonder präsidierten Expertenkommission, die sich aus Diplomaten, Vertretern des Parlaments, Professoren und zwei Bundesrichtern zusammensetzte.<sup>915</sup> Minister Charles Lardy, der von 1883 bis im Juli 1917 die Schweiz in Paris vertreten hatte und ein hervorragender Kenner des internationalen Rechts war, wurde ihr stellvertretender Vorsitzender. Der diplomatische Dienst war weiter durch den früheren Gesandten in Rom, Minister Alfred von Planta, vertreten. Der Nationalrat und Interparlamentarier Joseph A. Scherrer-Füllemann, der sich während des Krieges aktiv in der Friedensbewegung betätigt hatte,

---

<sup>904</sup> Vgl. DF April 1919: 18.

<sup>905</sup> Vgl. Brief von Bucher-Heller an Golay, 12.6.1918, UNOG, IPM/IPB 305/2.

<sup>906</sup> Vgl. Ebd.

<sup>907</sup> Vgl. DF April 1919: 18.

<sup>908</sup> Vgl. Sonderegger 2017. Detailliertere Information finden sich bei Sonderegger; Tscherrig 2016: 260-283.

<sup>909</sup> Vgl. Soiron 1973: 76.

<sup>910</sup> Vgl. Ebd.: 81-83.

<sup>911</sup> Vgl. Ebd.: 78.

<sup>912</sup> Vgl. z. B. die Rede des Bundespräsidenten (F. Calonder) über das Problem des Völkerbundes vor dem Nationalrat, 6.6.1918, [dodis.ch/43707](http://dodis.ch/43707).

<sup>913</sup> Vgl. Soiron 1973: 91f.

<sup>914</sup> Vgl. Ebd.

<sup>915</sup> Vgl. Rappard 1923: 370.

nahm ebenfalls Einsitz in die Kommission. Der als Freimaurer bekannte freisinnige Nationalrat Benno Bertoni wurde als Vertreter des Tessins gewählt. Vertreter der Katholisch-Konservativen war Ständerat Adalbert Wirz. Er stand mit der katholischen Friedensbewegung in enger Beziehung, 1917 und 1918 hatte er die Kongresse der „Internationalen katholischen Union für einen dauernden Weltfrieden“ in Zürich und Luzern präsiert.<sup>916</sup> Zur Kommission gehörten mit dem Nationalrat Aloys de Meuron und dem Ständerat Heinrich Scherrer weitere Mitglieder der IPU sowie Fritz Studer, der von 1903 bis 1915 als Mitglied dem ISB in Brüssel angehört hatte. Neben den Vertretern der Diplomatie und des Parlaments wählte der Bundesrat sechs Professoren in die Expertenkommission, darunter William E. Rappard und Paul Moriaud, die von der Genfer Sektion der SFG zur Wahl vorgeschlagen worden waren.<sup>917</sup>

Einer der Professoren, Ernst Roguin, und Nationalrat Bertoni lehnten eine Mitarbeit in der Expertenkommission u. a. aus gesundheitlichen Gründen ab. An die Stelle Bertonis wurde Achille Borella gewählt, ein freisinniger Nationalrat und Mitglied der *Ligue des pays neutres*. Felix Calonder und Max Huber erweiterten die Kommission durch zusätzliche Mitglieder, wobei sie es als wichtig erachteten, im Zusammenhang mit dem Thema Friedenssicherung die Verbindung zur Sozialdemokratie zu stärken. Insbesondere Huber erhoffte sich durch ihre Beteiligung eine Milderung der Gegensätze zwischen ihr und dem Bürgertum zu erreichen.<sup>918</sup> Das Friedensthema schien dafür umso mehr geeignet, weil der Sozialismus in dieser Hinsicht auf eine lange Tradition zurückblicken konnte (vgl. Kapitel 2.3). Erschwert wurde die Zusammenarbeit mit der Mehrheit der Sozialdemokratie jedoch dadurch, dass die SPS die Landesverteidigung im Juli 1917 abgelehnt hatte.<sup>919</sup> Es erstaunt deshalb nicht, dass der am 28. September vom Bundesrat zusätzlich in die Expertenkommission gewählte Berner Nationalrat Gustav Müller – ebenso wie Heinrich Scherrer und Fritz Studer – der sozialdemokratischen Minderheit angehörte, der auf dem Parteitag 1917 von ihren Parteigenossen „Sozialchauvinismus“ vorgeworfen wurde.<sup>920</sup> Zusätzlich zu den zwei Bundesrichtern Victor Merz und Vincent Gottofrey wurde auf Calonders Antrag hin Professor Charles Borgeaud gewählt, welcher in der „Neuen Helvetischen Gesellschaft“ eine wichtige Rolle spielte und der Genfer Sektion der SFG nahestand.<sup>921</sup> Max Huber versuchte zudem Otfried Nippold als wichtigster Vertreter des völkerrechtlichen Pazifismus in die Expertenkommission zu wählen. Gegen seine Wahl erhob sich jedoch im Bundesrat eine fast unüberwindliche Gegnerschaft, weil seine Schriften in harten Worten immer wieder das Deutsche Reich für den Kriegsausbruch verantwortlich gemacht und die Niederlage der Zentralmächte als einzigen Weg dargestellt hatte, auf dem ein dauerhafter Friede zustande kommen könne. Nippold wurde schliesslich zum Sekretär der Kommission ernannt, womit er zwar nur beratende Stimme besass, aber trotzdem an allen Verhandlungen teilnehmen konnte.<sup>922</sup>

Die im Laufe des Jahres 1918 einsetzende Unterstützung Nippolds für die Genfer Sektion, hatte sich mittlerweile zu einer Mitgliedschaft verfestigt.<sup>923</sup> Diese war in der Expertenkommission weiter durch drei Professoren äusserst gut vertreten: Charles Borgeaud stand ihr zumindest nahe, William E. Rappard und Paul Moriaud sassen sogar in ihrem Komitee.<sup>924</sup> Während die Anwesenheit der drei Genfer Persönlichkeiten in der Expertenkommission bereits in der bisherigen Forschung vereinzelt

---

<sup>916</sup> Vgl. Soiron 1973: 93.

<sup>917</sup> Vgl. Ebd.: 91-95.

<sup>918</sup> Vgl. Ebd.: 95.

<sup>919</sup> Vgl. Greter 2005: 352.

<sup>920</sup> Vgl. Soiron 1973: 95.

<sup>921</sup> Vgl. Ebd.

<sup>922</sup> Vgl. Ebd.: 96f.

<sup>923</sup> Vgl. Protokoll „Rapport Présidentiel à l'Assemblée générale de la Société genevoise de la Paix, Salle de l'Athénée“, 17.12.1918: 4, UNOG, IPM/IPB 307/3.

<sup>924</sup> Vgl. Ebd.

Erwähnung fand<sup>925</sup>, blieb ihre organisatorische Bündelung in der Genfer Sektion der SFG bisher unbeachtet.<sup>926</sup>

## 8.4. Die Sondierung nach Friedensmöglichkeiten

Im fünften Kriegsjahr stieg die allgemeine Sehnsucht nach Frieden in der Bevölkerung an. In diesem Kontext versuchten etliche PazifistInnen, nach Möglichkeiten einer Vermittlungsaktion zu sondieren.<sup>927</sup>

Ludwig Quidde traf sich am 16. April 1918 in Lausanne mit dem Mathematikprofessor William Henry Young und einen Tag darauf in Genf mit dem Journalisten Herbert Arthur White.<sup>928</sup> Die Begegnung mit den beiden Vertrauten der britischen Regierung kamen durch die Vermittlung von Benjamin de Jong van Beek en Donk zustande. Ebenfalls über De Jong van Beek en Donk kam es am 17. April in Genf zu einem Treffen zwischen Quidde und dem US-amerikanischen Theologen George David Herron, der zur Anknüpfung von Friedenskontakten in die Schweiz gereist war und vielfach als Emissär Wilsons gehandelt wurde.<sup>929</sup> Obwohl nur ein unverbindlicher Meinungsaustausch zustande kam, erschien am 10. Mai in der „Daily Mail“ ein Artikel, Quidde habe im Auftrag des Auswärtigen Amtes gehandelt und Friedensvorschläge – Wiederherstellung Belgiens, Revision des Friedens von Brest-Litowsk, Autonomie für Elsass-Lothringen (diese beiden Massnahmen formell aus freier Initiative Deutschlands) und Wiederherstellung des internationalen Wirtschaftsverkehrs – überbracht. Herron habe Quidde danach angeherrscht, wie er „es wagen könnte, ihm mit so heuchlerischen Bedingungen zu kommen“ und ihm „die Türe gewiesen“.<sup>930</sup> Die deutsche Übersetzung dieses Berichts, der den Verlauf des Gespräches entstellte, wurde unter dem Titel „Apostel eines deutschen Friedens“ von der „Freien Zeitung“ übernommen.<sup>931</sup>

Nachdem das fünfte Kriegsjahr begonnen hatte und die deutschen EmigrantInnen in der Schweiz weiterhin in zwei Lager gespalten waren, startete Fried im Juni 1918 eine Initiative, sie um die „Friedens-Warte“ zu sammeln. Es sollte zunächst einmal um einen Austausch der Positionen zwischen den deutschen PazifistInnen kommen. Dieser erste Austausch mit friedensstiftender Wirkung sollte auch österreich-ungarischen und einigen deutschschweizerischen PazifistInnen offen stehen.<sup>932</sup> Bei dieser Gelegenheit sollten die Friedensresolution des Reichstags, die ambitionierten Annexionen des Militärs und die Zukunft der Friedensbewegung diskutiert werden. Schliesslich waren aber die Differenzen zwischen den beiden Emigrantengruppierungen zu gross, um sie miteinander an einen Tisch zu bringen.<sup>933</sup>

Im IFB traf unterdessen ein Schreiben der Odessaer Friedensliga vom 19. August 1918 ein: „*Die Odessaer Friedensliga erachtet den Zeitpunkt zur Einberufung eines ordentlichen Friedenskongresses als gekommen und bittet um unverzügliche Einberufung eines solchen Kongresses in der neutralen Schweiz.*“<sup>934</sup> Nur so sei eine schnelle Beendigung des furchtbaren Völkerrings möglich, das „alle

---

<sup>925</sup> Vgl. z. B. David 2000: 103.

<sup>926</sup> Einzig Soiron erwähnt in seiner Dissertation, Rappard und Moriaud seien durch die Genfer Friedensgesellschaft zur Wahl in die Expertenkommission vorgeschlagen worden und Borgeaud habe in der Genfer Friedensbewegung einen bedeutenden Platz eingenommen. Vgl. Soiron 1973: 94f. Jedoch weist auch er nicht explizit auf die Mitgliedschaft zumindest der zwei ersten Persönlichkeiten in der Genfer Sektion der SFG bzw. der Genfer Friedensgesellschaft hin.

<sup>927</sup> Vgl. Eisenbeiss 1980: 165.

<sup>928</sup> Vgl. Quidde 1978: 189.

<sup>929</sup> Vgl. Holl 2007: 215.

<sup>930</sup> Vgl. Quidde 1978: 190.

<sup>931</sup> Vgl. FZ, 25.5.1918.

<sup>932</sup> Vgl. FW Juli/August 1918: 177.

<sup>933</sup> Vgl. Charrier 2015a: 273-280.

<sup>934</sup> DF September 1918: 36.

*geistigen und materiellen Kulturwerte der Menschheit vernichtet.*<sup>935</sup> Der Präsident des Ständigen Komitees, Georges Bovet, antwortete darauf, dass es nicht Aufgabe des IFB sei, die Feindseligkeiten zu beenden. Ziel sei vielmehr die Etablierung einer Rechtsordnung, die eine Wiederkehr eines solchen Krieges unmöglich mache. Der Friedensbewegung falle vor allem die Aufgabe zu, der Demokratie und der Freiheit die Wege zu bahnen, um den verschiedenen Staaten den Eintritt in den Völkerbund zu ermöglichen.<sup>936</sup> Das IFB reagierte insbesondere misstrauisch, weil dieses Schreiben von der deutschen Feldpost anstandslos befördert worden war und es befürchtete, dass offizielle deutsche Regierungskreise das Büro in Bern für pro-deutsche Propaganda einspannen wollten.<sup>937</sup> Für die deutschen PazifistInnen bedeutete dies dagegen eine Anmassung, die nach vier Jahren Krieg nicht zu rechtfertigen sei. Auch Fried war mit der Antwort des Ständigen Komitees an die Odessaer Friedensliga nicht zufrieden und es gab zahlreiche weitere Protestschreiben von diversen Personen.<sup>938</sup> Fried argumentierte, dass die vergangenen Kriege solche von relativ kurzer Dauer und von räumlich beschränktem Umfang gewesen waren, die das Leben der übrigen Welt nur wenig und nur indirekt in Mitleidenschaft gezogen hatten. Er verwies auf noch nie gekannte Dimensionen des aktuellen Krieges und sah es unter diesen Umständen als pazifistische Pflicht, so rasch wie möglich auf eine Einstellung der Feindseligkeiten hinzuarbeiten:

*„Jetzt handelt es sich um einen Weltenbrand, der seit mehr als vier Jahren mitten im Herzen von Europa wütet, der überdies alle andern Erdteile blutig erschüttert. Hier besteht die Gefahr, dass bei unentwegter Fortsetzung dieses Kriegs, unsre Kultur völlig zugrunde gehen muss, alles, was das Leben lebenswert erscheinen lässt, auf Generationen hinaus derart vernichtet wird, dass selbst das Glück einer erreichten Weltordnung, die künftige Kriege zu verhüten imstande wäre, völlig wertlos werden würde, da es sich dann kaum noch verlohnen könnte, einen Frieden gesichert zu wissen, der nichts anderes bedeuten würde als Elend, Armut, Verrohung und Barbarentum.“*<sup>939</sup>

An der Haltung des Ständigen Komitees des IFB konnte allerdings auch Fried nichts ändern. Dies zeigt, dass sich der ab Herbst 1916 verfolgte politische Kurs zugunsten der Entente in der Berner Zentrale längst durchgesetzt hatte.

## 8.5. Der Waffenstillstand und Ausblick

Nachdem die deutsche Frühjahrsoffensive 1918 endgültig gescheitert war, mit der das deutsche Kaiserreich das letzte Mal an der Westfront einen für die Mittelmächte günstigen Ausgang des Krieges hatten herbeiführen wollen, wurde der deutschen Heeresleitung klar, dass dieser Krieg militärisch nicht mehr zu gewinnen war. Den erschöpften deutschen Armeen standen ausser den durch die „Tank-Waffe“ (Panzer) verstärkten französischen und britischen Truppen nun auch US-amerikanische Soldaten gegenüber, die in beträchtlicher Zahl an der Front eintrafen.<sup>940</sup> „Der Friede“ sprach im Zusammenhang mit dem am 11. November 1918 in einem Eisenbahnwagon bei Compiègne unterzeichneten Waffenstillstand von einem ausserordentlichen Ereignis, obwohl sich die Freude darüber in Grenzen hielt:

<sup>935</sup> Schreiben der Odessaer Friedensliga an das IFB, 19.8.1918, UNOG, IPM/IPB 305/4.

<sup>936</sup> Vgl. Schreiben von Bovet an Lemesch, 24.8.1918, UNOG, IPM/IPB 305/4.

<sup>937</sup> Vgl. Mauermann 1990: 181.

<sup>938</sup> Vgl. Brief von Fried an das Ständige Komitee des IFB, 1.9.1918, UNOG, IPM/IPB 305/4.

<sup>939</sup> Ebd.

<sup>940</sup> Vgl. Holl 2007: 219.

*„Heute aber ist ein ausserordentlich wichtiger, ein bedeutungsvoller Tag: Seit 4.1/4 Jahren zum ersten Mal schweigen die Kanonen! Der Waffenstillstand ist unterzeichnet und damit auch zweifellos der Friede. Aber zur Freude ist dennoch keine grosse Veranlassung. Zu schrecklich klaffen die Wunden beim Besiegten und beim Sieger. Ein verwüstetes, entkräftetes, verschuldetes ein total ruiniertes Europa ist das Resultat dieses Kampfes.“<sup>941</sup>*

Nachdem die sozialen Spannungen in der Schweiz deutlich zugenommen hatten, entluden sich diese bei Kriegsende am 11./12. November im ausgerufenen Landesstreik, der sich für die bürgerlich dominierte Schweiz in der Zwischenkriegszeit als bestimmendes Schlüsselereignis erwies.<sup>942</sup> Die von Armut betroffene Arbeiterschaft forderte die sofortige Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage des Proporz, das aktive und passive Frauenstimmrecht, allgemeine Arbeitspflicht, die Einführung der 48-Stunden-Woche, die Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres, die Sicherung der Lebensmittelversorgung, eine Alters- und Invalidenversicherung, Staatsmonopole für Importe und Exporte sowie eine Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden.<sup>943</sup> Der Konflikt zwischen den Sprachregionen hatte gegen Ende des Krieges an Schärfe verloren; eine Entwicklung, die auch in der SFG zum Teil beobachtet werden konnte. Einerseits fanden sich nach anfänglicher Skepsis auch vermehrt welsche Mitglieder (z. B. André de Maday und Paul Moriaud) neben Deutschschweizern zur Mitarbeit in der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ bereit.<sup>944</sup> Andererseits mehrten sich im Laufe des Krieges auch in den deutschschweizerischen Sektionen die offen entente-freundlichen Stimmen, wie etwa diejenige von Rudolf Geering-Christ in einem Artikel der Juli-Ausgabe 1917 der Vereinszeitschrift.<sup>945</sup> Während die Petitionen an den Bundesrat zugunsten einer Friedensvermittlung in der ersten Kriegshälfte von den welschen Mitgliedern mehrheitlich abgelehnt worden waren, vermochte der gemeinsame Einsatz zugunsten der Erarbeitung einer internationalen Rechtsordnung die Differenzen zwischen den Sektionen der Sprachregionen zu einem gewissen Mass zu überbrücken.<sup>946</sup>

Der während des Krieges dominante Konflikt zwischen den Sprachregionen wurde im Landesstreik durch einen sozialen Graben zwischen der Arbeiterschaft und dem Bürgertum überlagert. Der Streikaufruf wurde aber in der französischen und italienischen Schweiz weit weniger befolgt, weshalb die beiden Gräben, der kulturelle und der sozialpolitische, tendenziell zusammenfielen. Bezeichnenderweise wurde Landesstreikführer Robert Grimm in der Presse der französischen Schweiz verdächtigt, ein erst kürzlich naturalisierter Deutscher zu sein.<sup>947</sup> Für die SFG war während des Landesstreiks besonders problematisch, dass Truppenaufgebote erfolgten. „Der Friede“ kommentierte kritisch, dass am Tag des Waffenstillstands zwar die Waffen an der Front schweigen würden,

*„an dem aber in den Städten unseres Vaterlandes die Maschinengewehre bereitgestellt werden! [...] Schon wieder ist ein Krieg entbrannt und nur die Parolen haben gewechselt. Hie Entente, hie Zentralmächte hiess es bis jetzt und nun heisst es hie Bürgertum, hie Sozialdemokratie.“<sup>948</sup>*

---

<sup>941</sup> DF November 1918: 43.

<sup>942</sup> Vgl. Kreis 2014b: 213.

<sup>943</sup> Vgl. Degen 2012.

<sup>944</sup> Vgl. Linden 2006: 240 und 798.

<sup>945</sup> Vgl. DF Juli 1917: 52f.

<sup>946</sup> Vgl. DF November 1917: 83f.

<sup>947</sup> Vgl. Kreis 2014b: 217-220.

<sup>948</sup> DF November 1918: 43.



Abb. 24: Truppen auf dem Waisenhausplatz in Bern während des Landesstreiks

Allerdings ist die Quellenlage, welches die Haltung der SFG zum Landesstreik war, dünn. Es gibt keine Dokumente, in denen sich ihre Mitglieder detailliert zu seinem Verlauf, den Forderungen der Streikenden und dem Truppeneinsatz äusserten. Dies kann einerseits damit erklärt werden, dass sich die Vereinszeitschrift während des Krieges *„stets jeder einseitigen Kritik unserer Armeeverhältnisse widersetzt“* hatte.<sup>949</sup> Weiter ist die fehlende Quellenbasis auf die allgemeine Passivität der SFG als Gesamtverein zurückzuführen. Vor dem Ersten Weltkrieg akzeptierten die führenden Vertreter der SFG den Einsatz von Militär unter der Bedingung, dass er nicht zur Bekämpfung des Streiks, sondern zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung diene.<sup>950</sup> Die Beurteilung, ob das Militär den Landesstreik bekämpfte oder lediglich die Ordnung aufrechterhielt, fiel je nach Perspektive sehr unterschiedlich aus. Während die Mehrheit der Arbeiterschaft in den Städten die Forderungen als legitim und längst überfällig betrachtete, handelte es sich beim Landesstreik aus rechtsbürgerlicher Sicht unzweifelhaft um ein *„frevlerisches, gegen die gesetzliche Ordnung und Regierung gerichtetes revolutionäres Unternehmen, zu dem intensive bolschewistische Wühlarbeit getrieben hatte.“*<sup>951</sup> Mag seine Beurteilung aus Sicht der Mitglieder der SFG nicht ganz so deutlich ausgefallen sein, lehnten auch sie Streik zur Lösung der sozialen Frage grundsätzlich ab.<sup>952</sup>

Gleichzeitig zu den dramatischen Ereignissen in der Schweiz spielten sich am Kriegsende ähnliche Ereignisse in den Nachbarländern ab. Anfang November übernahmen praktisch in allen grösseren Städten in Deutschland revolutionäre Arbeiter- und Soldatenräte die jeweiligen Verwaltungen. Am 9. November wurde die Republik ausgerufen, worauf Kaiser Wilhelm II. das Land verliess und am 28. November offiziell abdankte.<sup>953</sup> Kurz nach dem Landesstreik publizierte „Der Friede“ ein Schreiben des Präsidenten der Appenzeller Sektion, Konrad Rüd, das stellvertretend für die SFG interpretiert werden kann. Er nahm Bezug auf die am Kriegsende in den monarchistisch regierten Ländern ausgebrochenen Revolutionen und äusserte sich – mit Blick auf den Landesstreik in der Schweiz – dazu wie folgt:

<sup>949</sup> Vgl. DF Dezember 1918: 49.

<sup>950</sup> Vgl. Zwahlen 1991: 185-187.

<sup>951</sup> Vgl. Kreis 2014b: 222.

<sup>952</sup> Vgl. Zwahlen 1985: 80.

<sup>953</sup> Vgl. Ullrich 2009.

*„Wir Schweizer haben [...] keine Ursache zur Unterstützung revolutionärer Bewegungen in unserem Lande. Was die monarchistisch regierten Völker mit der Revolution erzwingen wollen, das Mitspracherecht in ihren Verwaltungsangelegenheiten, das ist dem Schweizerbürger schon [...] garantiert. [...] Seit dem August 1914 sind wir von der Demokratie in einen Militärstaat verwandelt worden; aber sowohl der Bundesrat als auch das Parlament haben ihre Pflicht erfüllt, soweit es ihnen eben möglich war. Wäre das nicht der Fall, so dürfte das Schweizervolk wissen, dass ihm das Beschwerderecht zugänglich ist, wie in keinem anderen Staate. Vier und einhalbes [sic] Jahr haben wir gemeinsam die Leiden in Ruhe ertragen, sollen wir uns nun am Ende des Krieges von ausländischen Elementen dazu verleiten lassen, unseren Behörden das Vertrauen und den Gehorsam zu verweigern? Gewiss nicht!“<sup>954</sup>*

Nach dem Ersten Weltkrieg galt der Einsatz der SFG vor allem der Propagierung der von Wilson vorgeschlagenen Errichtung eines Völkerbundes, der eine gerechte Nachkriegsordnung gewährleisten sollte:

*„Der Völkerbund soll die Frucht sein, die gleich einer schmerzvollen Geburt nun das Licht der Welt erblicken soll. Ein Völkerbund, aufgebaut nach allen Regeln der Wissenschaft und ausgestattet mit den nötigen Organen zu lebensfähigem Gedeihen.“<sup>955</sup>*

Wie bereits während des letzten Kriegsjahres, so erwies sich auch nach dem Waffenstillstand in der SFG die Genfer Sektion beim Einsatz für die Errichtung eines Völkerbundes als treibende Kraft. Louis Favre setzte alle Hebel in Gang, um seine Sektion bei diversen politischen Persönlichkeiten und Regierungsmitgliedern weltweit bekannt zu machen. Er liess zu diesem Zweck dem belgischen König Albert I., dem französischen Präsidenten Raymond Poincaré, dem US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson und dem tschechoslowakischen Aussenminister Edvard Beneš entsprechende Briefe zukommen.<sup>956</sup> Hinter diesem Anliegen verbarg sich die Absicht, den Sitz des Völkerbundes nach Genf zu holen. Paul Moriaud, Rechtsprofessor an der Universität Genf, erarbeitete einen Entwurf für eine Völkerbunds-Charta, die er auf der Generalversammlung der Genfer Sektion am 17. Dezember 1918 vorlegte.<sup>957</sup> William E. Rappard und der Redaktor des *Journal de Genève*, William Martin, unternahmen Reisen in die USA, um die Genfer Sektion der SFG und ihren Einsatz für den Völkerbund in der US-amerikanischen Friedensbewegung, bei Wilson sowie regierungsnahen Kreisen bekannt zu machen.<sup>958</sup> Am 18. Oktober liess die Genfer Sektion dem Verwaltungsrat und dem Staatsrat von Genf sowie dem Bundespräsidenten Gustave Ador ein Schreiben zukommen, *„dans lequel nous faisons valoir les droits que possède [sic] notre Cité à devenir le siège des Autorités législatives ou exécutives de la future Société des Nations.“*<sup>959</sup> Im Protokoll der Generalversammlung der Genfer Sektion vom Dezember 1918 hiess es dazu weiter:

*„Nous avons quant à nous, d'autres visées: nous demandons que la cité qui fut le berceau de la Croix-Rouge, le siège du premier tribunal d'arbitrage international, celui de l'Alabama, la cité des premiers Congrès internationaux de la Paix, particulièrement celui de 1867 présidé par Victor Hugo et Garibaldi, le lieu de naissance de J. J. de Sellon, d'Elie*

---

<sup>954</sup> DF Dezember 1918: 48.

<sup>955</sup> DF November 1918: 43.

<sup>956</sup> Vgl. MP septembre/décembre 1918: 92-94.

<sup>957</sup> Vgl. Ebd.: 102-117.

<sup>958</sup> Vgl. Protokoll „Rapport Présidentiel à l'Assemblée générale de la Société genevoise de la Paix, Salle de l'Athénée“, 17.12.1918: 6f., UNOG, IPM/IPB 307/3.

<sup>959</sup> Ebd.: 7.

*Ducommun, d'Henry Fazy et de Gustave Ador, cité qui possède [sic] la plus ancienne Société de la Paix d'Europe, celle qui, depuis tant d'années, proclame à la face du monde de quel côté se trouvent les véritables défenseurs du Droit, que cette Cité, que notre chère [sic] Genève, devienne l'une des capitales du monde.*<sup>960</sup>

Als der wie ein Messias erwartete Wilson europäischen Boden betrat, sandte die SFG ihm am 14. Dezember 1918 umgehend ein Begrüssungstelegramm zu, das sein Sekretär Gilbert Close stellvertretend für Wilson verdankte.<sup>961</sup> Der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson war nicht nur Initiator eines Völkerbundes auf internationaler Ebene, er hegte als calvinistischer Presbyterianer auch Sympathien dafür, dass der Sitz des Völkerbundes in der Wirkungsstadt Calvins angesiedelt werde. Genf als Stadt des Roten Kreuzes stand symbolisch für einen Rest von Humanität und sie bot sich deshalb als Sitz einer neuen internationalen Solidarität an.<sup>962</sup> Die Stadt verband zudem sehr alte Beziehungen mit dem angelsächsischen Protestantismus, dessen führende Rolle in der Friedensbewegung nicht zuletzt in der Persönlichkeit des US-amerikanischen Präsidenten verkörpert war. Professor Charles Borgeaud, welcher der Genfer Sektion der SFG zumindest nahestand, setzte sich in seinen historischen Forschungen mit den Verbindungen zwischen Genf und Nordamerika auseinander. Über den Genfer Einfluss auf die Gemeinden Neuenglands im 18. Jahrhundert und deren Führungsrolle in der Geschichte der US-amerikanischen Demokratie schlug er in einer Rede am 23. Dezember 1918 eine Brücke zur Gegenwart, welche Genf zum Ausgangspunkt der weltweiten demokratischen und pazifistischen Bewegung machte.<sup>963</sup>

Mehrere Hoffnungen, welche die Schweizer Regierung nach Kriegsende hegte, erfüllten sich jedoch nicht. Einer am 20. November 1918 an die Alliierten ergangene Bitte des Bundesrates, zur künftigen Friedenskonferenz eingeladen zu werden, um die schweizerischen Vorstellungen eines Völkerbundes präsentieren zu können, wurde nicht entsprochen. Ebenfalls zerschlugen sich die Hoffnungen, eine Schweizer Stadt könnte Gastgeber der Friedenskonferenz werden.<sup>964</sup> Die zur Festlegung der Friedensbedingungen abgehaltene Konferenz, welche über eine neue Weltordnung entscheiden sollte, wurde schliesslich im Januar 1919 in Paris eröffnet.<sup>965</sup>

Nur einige Wochen später, am 1. und 2. März, fand die Delegiertenversammlung der SFG statt. Sie konnte nicht früher durchgeführt werden, weil es wegen der Spanischen Grippe ein Versammlungsverbot gab.<sup>966</sup> Sie wurde in Genf einberufen, „in der Stadt de Sellons, in der schon im Jahre 1830 die erste Friedensgesellschaft des Kontinents begründet wurde.“<sup>967</sup> Mit diesem Zitat aus der Vereinszeitschrift der SFG wurden die historischen Rückbezüge angesprochen, die auf der Delegiertenversammlung eine zentrale Rolle spielten. Bucher-Heller spielte in seiner Rede auf das Rütli an, wo einst der erste Völkerbund im Kleinformat geschlossen worden sei.<sup>968</sup> Offizieller Teil der Delegiertenversammlung war der Besuch des Grabes von Jean-Jacques de Sellon in Petit-Saconnex, vor welchem Auguste de Morsier in Erinnerung an ihn verlauten liess:

*„Affirmer la force du droit et combattre la théorie du droit de la force, telle fut l'idée fondamentale que de Sellon, après Kant et bien d'autres proclama. Et le 1<sup>er</sup> Décembre 1830, il fondait la Société genevoise de la Paix, la première du Continent. [...] Les messages de Wilson sont la réalisation la plus haute et la plus pure des principes du*

---

<sup>960</sup> Ebd.

<sup>961</sup> Vgl. DF April 1919: 18.

<sup>962</sup> Vgl. Fleury 1981: 254.

<sup>963</sup> Vgl. Soiron 1973: 206.

<sup>964</sup> Vgl. Kreis 2014b: 276f.

<sup>965</sup> Vgl. MacMillan 2002.

<sup>966</sup> Vgl. DF April 1919: 18.

<sup>967</sup> Ebd.: 13.

<sup>968</sup> Vgl. Ebd.: 15.



*pacifisme du Droit, et en honorant la mémoire de J. J. de Sellon, nous saluons ici avec émotion, la grande figure de Wilson.*<sup>969</sup>

Für die Popularisierung der Völkerbundsidee suchte die SFG die Nähe zur Politik. Ursprünglich sollte der Genfer Grossratspräsident Paul Pictet vor de Sellons Grab eine Rede halten. Ebenso wurde Bundesrat Felix Calonder an die Delegiertenversammlung eingeladen. Schliesslich waren jedoch beide verhindert und konnten nicht teilnehmen; Calonder bedankte sich brieflich für die Einladung.<sup>970</sup> Während der Delegiertenversammlung wurde Bucher-Heller durch Louis Favre als Präsident des Zentralkomitees der SFG abgelöst. Indem der Wechsel des Vereinspräsidiums vom bei Kriegsausbruch als deutschfreundlich zu bezeichnenden Bucher-Heller durch den pointiert ententefreundlichen Favre erfolgte, zeigte sich eine Parallele zur personellen Besetzung der Schweizer Regierung. Der Genfer Gustave Ador hatte 1917 Arthur Hoffmann abgelöst, nachdem dieser in Verdacht geraten war, sich mit seiner geheimen Absprache für einen Separatfrieden zugunsten des Deutschen Reichs eingesetzt zu haben.<sup>971</sup> Im Gegensatz zu Hoffmann trat Bucher-Heller aber keinesfalls zurück, sondern blieb der SFG in einer führenden Position erhalten.<sup>972</sup>

Auf der Delegiertenversammlung in Genf machte sich eine veränderte Haltung zu antimilitaristischen Positionen bemerkbar. Die SFG war bei dieser Frage in zwei Lager gespalten: Ein Teil wollte in den Vereinsstatuten keinen Passus mehr sehen, der antimilitaristische PazifistInnen von ihr fernhalte, ein anderer verwarf dieses Anliegen. Die für die Überarbeitung des Paragraphen 2 einberufene Kommission eignete sich auf folgenden Kompromiss: *„Die Schweizerische Friedensgesellschaft stellt sich auf den Boden der Verfassung und bekennt sich zur vollständigen Neutralität in politischen und religiösen Fragen.*“<sup>973</sup>

Die Wahl des Wortlauts mit dem ausdrücklichen Bezug auf die Verfassung kann in diesem Sinne gewertet werden, dass sich die SFG weiterhin klar zu Landesverteidigung bekannte. Mit dem Verzicht auf eine explizite Distanzierung vom Antimilitarismus wurde der Beitritt integralpazifistisch orientierter PazifistInnen jedoch neuerdings akzeptiert.

Die von Professor Paul Moriaud ausgearbeitete Völkerbundscharta, die er zuvor der Genfer Sektion vorgelegt hatte, wurde von den Delegierten der SFG angenommen. Otfried Nippold, der als Mitglied der Genfer Sektion anwesend war, sprach sich ebenfalls zugunsten von Moriauds Völkerbundscharta aus.<sup>974</sup> Einen Höhepunkt markierte in Genf eine von William E. Rappard gehaltene Rede über das Thema „Die Schweiz und der Völkerbund“. Er betonte darin: *„Der Beschluss zum Beitritt würde der Schweiz sehr erleichtert, wenn zum Sitz des Bundes ihr Land gewählt würde.*“<sup>975</sup>

Obwohl das Zentralkomitee der SFG beauftragt wurde, eine Bewegung zugunsten des Eintritts der Schweiz in den Völkerbund mitzutragen, trugen verschiedene Redner – Hermann Häberlin (Zürich), Hans Buchli (Herisau) und J. Zeller (Basel-Land) – mehr oder weniger grosse Bedenken in Bezug auf einen sofortigen Anschluss der Schweiz an den Völkerbund vor. Sie gaben bekannt, dass sie kein Vertrauen zur Arbeit der Friedenskonferenz von Paris hätten, weil sie nicht im Sinne der Völker, sondern im alten Diplomatenstil vollzogen werde.<sup>976</sup> Es erstaunt nicht, dass viele kritische Stimmen aus der Deutschschweiz kamen, die vor allem zu Beginn des Ersten Weltkrieges starke Sympathien für Deutschland gehegt hatte. Die Satzung des Völkerbundes war auch Teil des Versailler Vertrages und die SympathisantInnen der Verlierer interpretierten ihn denn auch statt als internationale

<sup>969</sup> Rede von Auguste de Morsier vor dem Monument von de Sellon, 2.3.1919, UNOG, IPM/IPB 307/4.

<sup>970</sup> Vgl. DF April 1919: 14f.

<sup>971</sup> Vgl. Kreis 2014b: 70.

<sup>972</sup> An der Delegiertenversammlung der SFG am 1. und 2. Mai 1920 in Luzern war er Vizepräsident des Zentralkomitees vgl. Einladung an die Delegiertenversammlung der SFG, 12.4.1920, StALU, 1044/4687.

<sup>973</sup> DF April 1919: 15.

<sup>974</sup> Vgl. DF April 1919: 13 und 15.

<sup>975</sup> DF April 1919: 16.

<sup>976</sup> Vgl. DF April 1919: 16.

Organisation für kollektive Friedenssicherung als „Versailler Bund“, d. h. als ein Ausführungsorgan der Siegermächte.<sup>977</sup>

Die Frage des Völkerbunds und des Völkerbundssitzes wurde an der im Januar 1919 einberufenen Friedenskonferenz in Paris kontrovers diskutiert und war für die Schweiz von grosser Bedeutung. Der Bundesrat befürchtete, dass die Alliierten über die Köpfe der neutralen Staaten hinweg Beschlüsse fassen und sie vor vollendete Tatsachen stellen würden. Er befand, Rappard sei der geeignete Mann, um in Paris die Schweizer Interessen zu wahren.<sup>978</sup> Dieser reiste mehrmals nach Paris, liess dort seine internationalen Kontakte spielen und war stark in die Diskussionen um die Zusprechung des Völkerbundssitzes an die Schweiz involviert.<sup>979</sup> Der Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Genf hatte der Schweiz bereits im Sommer 1917 wichtige Dienste erwiesen. Als nach dem Kriegseintritt der USA in der Schweiz wegen der gekappten Versorgungswege eine Hungersnot drohte, gehörte er der Sonderdelegation an, welche die Getreidelieferungen aus den USA sicherstellen sollte.<sup>980</sup> Der in New York geborene und aus einer Thurgauer Familie stammende Rappard, der 1911/12 Assistenzprofessor in Harvard war, konnte während einer Unterredung bei Wilson persönlich vorsprechen und besass Kontakte zu dessen Berater Edward House.<sup>981</sup> Unterstützt wurde er in Paris vom Völkerrechtler Max Huber und von Gustave Ador, der 1919 zwar nicht mehr Leiter der Aussenpolitik, dafür aber Innenminister und vor allem Bundespräsident war. Zwischen Januar 1919 und Februar 1920 reiste Ador dreimal an die Friedenskonferenz in der französischen Hauptstadt.<sup>982</sup> Auch Professor Charles Borgeaud weilte im Februar 1919 in Paris.<sup>983</sup> Auf Regierungsebene war der Rätoromane Felix Calonder der eigentliche Völkerbundsprotagonist. Allerdings scheiterte er in der Vorarlberg-Frage und trat Anfang 1920 zurück, nachdem er sich im Alleingang für den von ihm gewünschten Anschluss an die Schweiz engagiert hatte.<sup>984</sup> Während ihrer Aufenthalte in Paris wiesen die Genfer Ador, Rappard und Borgeaud, die für ihre Stadt als Sitz des Völkerbundes warben, immer wieder auf die Verbindung zwischen Calvin, Amerika und der Friedensbewegung hin.<sup>985</sup> Vor allem Rappard wird zugeschrieben, durch sein freundschaftliches Verhältnis zu den Architekten der Friedensordnung erwirkt zu haben, dass die Schweiz den Völkerbundssitz zugesprochen erhielt. Ausschlaggebend dafür waren seine persönlichen Kontakte zu wichtigen Entscheidungsträgern wie Wilson, House und dem Briten Robert Cecil.<sup>986</sup> Dieser konnte die Angelsachsen für Genf gewinnen und so den französischen Vorstoss abwehren, der sich für das von Frankreich abhängige Brüssel stark machte.<sup>987</sup>

Mit der am 28. April 1919 erfolgten Wahl Genfs zum Sitz des Völkerbundes wurde die Stadt zu einem Zentrum der internationalen Beziehungen.<sup>988</sup> Es war allerdings noch keinesfalls sicher, ob die Schweizer Regierung dem Völkerbund beitreten wollte. Die Beitrittsfrage warf zudem verschiedene Probleme auf, die vor allem die Neutralität betrafen.<sup>989</sup> Weil am Vorabend der endgültigen Annahme des Völkerbundsvertrages durch die Pariser Plenarkonferenz alles auf einen Fehlschlag hindeutete,

---

<sup>977</sup> Kreis 2014b: 279.

<sup>978</sup> Vgl. Peter 1973: 41f.

<sup>979</sup> Vgl. Notiz des Professors W. E. Rappard an die Unterkommission für den Sitz des Völkerbundes, 4.4.1919, [dodis.ch/44048](https://dodis.ch/44048).

<sup>980</sup> Vgl. Bundesratsprotokoll der Sitzung vom 1. Juni 1917, [dodis.ch/43589](https://dodis.ch/43589).

<sup>981</sup> Vgl. Peter 1973: 36.

<sup>982</sup> Vgl. Berichterstattung von der Mission des Bundespräsidenten (G. Ador) in Paris. Besprechungen und ausgetauschte Dokumente, 21.-29.1.1919, [dodis.ch/43874](https://dodis.ch/43874); Bundesratsprotokoll der Sitzung vom 5. Mai 1919, [dodis.ch/44132](https://dodis.ch/44132).

<sup>983</sup> Vgl. Soiron 1973: 215.

<sup>984</sup> Vgl. Moos 2014: 237.

<sup>985</sup> Vgl. Soiron 1973: 206.

<sup>986</sup> Vgl. Peter 1973: 44.

<sup>987</sup> Vgl. Kreis 2014b: 278.

<sup>988</sup> Vgl. Ebd.: 277.

<sup>989</sup> Vgl. Telegramm des Leiters des Politischen Departements (F. Calonder) an die Schweizer Gesandtschaft in Paris, 18.4.1919, [dodis.ch/44088](https://dodis.ch/44088); Zala 2014: 500f.

riefen Rappard und Huber am 27. April 1919 Bundespräsident Ador nach Paris.<sup>990</sup> Durch den Übergang zu einer „differenziellen Neutralität“ konnte das Problem entschärft werden. Dieses Modell bestand im Kern darin, dass zwischen wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen unterschieden wurde. Erstere mussten von der Schweiz mitgetragen werden, während die militärische Neutralität anerkannt wurde.<sup>991</sup> Die Verleihung des Völkerbundssitzes kam der Schweiz in diesem Punkt entgegen, denn mit dem Festhalten an der militärischen Neutralität wurde das Risiko gebannt, dass dieser in einen Krieg einbezogen würde.<sup>992</sup> In der Londoner Deklaration vom 13. Februar 1920 anerkannte der Völkerbundsrat schliesslich die unbeschränkte militärische Neutralität der Schweiz innerhalb des Bundes.<sup>993</sup>

Die Genfer Sektion der SFG war der zentrale schweizerische Akteur bei der Zusprechung des Völkerbundssitzes an Genf<sup>994</sup>: Die Professoren William E. Rappard und Paul Moriaud sassen in ihrem Komitee, Otfried Nippold war ein Mitglied und Charles Borgeaud stand ihr nahe. Zu guter Letzt war auch Bundespräsident Gustave Ador ein Ehrenmitglied der Genfer Sektion.

Die Neutralitätsfrage prägte auch die Diskussionen über die vom Bundesrat auf den 16. Mai 1920 festgelegte Volksabstimmung über den Beitritt zum Völkerbund. Die von den Befürwortenden ins Feld geführte Auffassung der Neutralität als Mittel der Politik zur aktiven Teilnahme am Frieden und die Fortsetzung eines gutschweizerischen Verhaltens der Offenheit wurde von ablehnenden Stimmen in ihrer Bedeutung gerade umgedreht. Sie betonten dagegen den Wert einer althergebrachten Politik des Abseitsstehens, wofür u. a. Niklaus von Flüe mit der Aufforderung „*Mischt euch nicht in fremde Händel!*“ und Wilhelm Tell mit „*Hütet euch vor dem Versailler Völkerbund*“ als Mahner herhalten mussten.<sup>995</sup> Ohne grossen Enthusiasmus entschieden sich die stimmberechtigten Männer<sup>996</sup> mit 416'870 Ja- gegen 323'719 Neinstimmen für einen Beitritt der Schweiz zum Völkerbund. Allerdings wäre dieser Ausgang beinahe am fehlenden Ständemehr gescheitert, denn 11 ½ Kantone hiessen den Beitritt gut, 10 ½ waren dagegen.<sup>997</sup> Georg Kreis weist zu Recht auf den knappen Ausgang der Abstimmung hin: Wenn 94 von 10'941 Appenzeller (Innerrhoden) anders gestimmt hätten, wäre die Schweiz wegen des fehlenden Ständemehrs kein Mitglied der ersten internationalen Organisation für kollektive Friedenssicherung geworden.<sup>998</sup>

Das Abstimmungsergebnis zeigte eine ähnliche Spaltung der Bevölkerung, wie sie bereits während des Weltkrieges vorgeherrscht hatte. Während die lateinische Schweiz überwältigend für den Beitritt stimmte, wurde die Vorlage in der Deutschschweiz insgesamt verworfen.<sup>999</sup> Insbesondere der harte rechtsnationale Kern, der mit dem Verlierer des Weltkrieges sympathisierte und den Völkerbund als Ausführungsorgan der Siegermächte betrachtete, lehnte einen Beitritt ab.<sup>1000</sup> Mit Ausnahme von sozialdemokratischen Befürwortern wie Leonhard Ragaz und Auguste Forel war auch die SPS Gegnerin eines Beitritts, weil sie im Völkerbund ein Siegerdiktat und ein Instrument des

---

<sup>990</sup> Vgl. Peter 1973: 55; Bundesratsprotokoll der Sitzung vom 27. April 1919, [dodis.ch/44106](https://dodis.ch/44106).

<sup>991</sup> Vgl. Moos 2014: 234.

<sup>992</sup> Vgl. Kreis 2014b: 278.

<sup>993</sup> Vgl. Peter 1973: 60; Londoner Erklärung (1920), [dodis.ch/R27166](https://dodis.ch/R27166).

<sup>994</sup> Rolf Soiron erwähnt in seiner Dissertation im Kontext seiner Erläuterungen zu Genf als Sitz des Völkerbundes lediglich, dass die Stadt mit der ältesten Friedensgesellschaft des Kontinents einen klangvollen Namen in der internationalen Friedensbewegung hatte und Ador, Rappard und Borgeaud 1919 in Paris für die Rhonestadt warben (vgl. Soiron 1973: 205f.) Jedoch unterlässt er es, auf ihre Mitgliedschaft in der Genfer Sektion der SFG bzw. der Genfer Friedensgesellschaft explizit hinzuweisen. Er formuliert zudem nicht die These, diese sei der zentrale schweizerische Akteur bei der Verleihung des Völkerbundssitzes an Genf gewesen.

<sup>995</sup> Vgl. Moos 2014: 234-236.

<sup>996</sup> Frauen mussten auf ihr Stimmrecht noch eine geraume Zeit warten vgl. Mesmer 2007.

<sup>997</sup> Vgl. Fleury 2014.

<sup>998</sup> Vgl. Kreis 2014b: 279.

<sup>999</sup> Vgl. Moos 2014: 237.

<sup>1000</sup> Vgl. Kreis 2014b: 279.

kapitalistischen Westens sah.<sup>1001</sup> Der bereits während des Krieges erfolgte Einsatz der dem Freisinn nahestehenden SFG für den Völkerbund weist darauf hin, dass eine Mehrheit der Mitglieder zu den Befürwortern eines Beitritts gehörte.<sup>1002</sup> Dies äusserte sich formal vor allem darin, dass die SFG durch die Fusion mit dem „Aktionskomitee für den Völkerbund“ und der „Nationalen Vereinigung für den Völkerbund“ am 19. Dezember 1920 in der „Schweizerischen Vereinigung für den Völkerbund“ aufging.<sup>1003</sup> Louis Favre wurde an der Gründerversammlung in den aus drei Personen bestehenden Vorstand der „Vereinigung“ gewählt.<sup>1004</sup> Jedoch ist über die Entwicklung der SFG nach dem Ersten Weltkrieg erst wenig bekannt und weitere Forschungen müssen hier Licht ins Dunkel bringen. Ruedi Brassel und Jakob Tanner sind der Meinung, dass die Mitglieder der SFG das „Hauptrekrutierungsfeld“ der „Vereinigung“ darstellten.<sup>1005</sup> Georges Büttiker gibt in seiner Dissertation zu Ernest Bovet an, die Mitglieder der SFG machten in den Jahren 1921/22 den Grossteil der Mitglieder der „Vereinigung“ aus. Er legt aber nahe, dass sich viele PazifistInnen aus der SFG sehr zurückhaltend gegenüber einem Beitritt zu dieser neuen Vereinigung verhielten. Ein beträchtlicher Teil nahm ihm zufolge die Umwandlung der Sektionen der SFG in Lokalgruppen der „Vereinigung“ zum Anlass, aus der SFG auszusteigen, weil der Völkerbund ihre Ideale nicht vertreten könne.<sup>1006</sup>



Abb. 25: Postkarte der Befürworter eines Beitritts zum Völkerbund

Die Zuspriechung des Sitzes der internationalen Völkergemeinschaft verhalf der Schweiz und Genf zu grosser Ausstrahlung auf dem internationalen Parkett.<sup>1007</sup> Der Tessiner Bundesrat Giuseppe Motta eröffnete am 15. November 1920 im Palais Wilson in Genf die erste Völkerbundmitgliederversammlung. Nach einer Hommage an das vom Krieg versehrte Belgien und einem Dank an den Völkerbund für das Entgegenkommen in der Neutralitätsfrage nahm er eine Würdigung aller Kräfte –

<sup>1001</sup> Vgl. Ebd.

<sup>1002</sup> Für die Unterstützung der Sektion La Chaux-de-Fonds für den Völkerbund vgl. Stawarz 2002: 167.

<sup>1003</sup> Vgl. Büttiker 1971: 88; Brassel, Tanner 1986: 43.

<sup>1004</sup> Vgl. Büttiker 1971: 89.

<sup>1005</sup> Vgl. Brassel, Tanner 1986: 43.

<sup>1006</sup> Vgl. Büttiker 1971: 104-106.

<sup>1007</sup> Vgl. Moos 2014: 237.

u. a. der Friedensgesellschaften – vor, die sich für die Idee und die Schaffung eines Völkerbundes engagiert hatten:

*„Je m’incline avec le respect et la gratitude qui sont dûs aux bienfaiteurs de l’humanité, devant tous ceux qui, précurseurs, philosophes, hommes d’Etat, philanthropes, hommes et femmes travaillant dans les églises, dans les parlements, dans les sociétés de la paix, dans les congrès internationaux, n’ayant jamais désespéré, ont fait descendre la noble idée de la région des rêves dans celle de la réalité vivante.“*<sup>1008</sup>



Abb. 26: Erste Versammlung des Völkerbundes in der *Salle de la Réformation* in Genf 1920

---

<sup>1008</sup> Rede des Bundespräsidenten (G. Motta) während der Einweihung der ersten Versammlung des Völkerbundes, 15.11.1920, [dodis.ch/44642](https://dodis.ch/44642).

## 9. Fazit

Die Schweiz bekam während des Ersten Weltkrieges die Auswirkungen des Konflikts inmitten von kriegführenden Staaten mit voller Wucht zu spüren. Engpässe bei der Nahrungsmittel- und Energieversorgung führten zu sozialen Spannungen in der Bevölkerung, der Konflikt zwischen den Sprachregionen stellte die Schweiz vor eine innere Zerreissprobe. Der Krieg nahm ein weltweites Ausmass an, er wurde auch im Namen der „Kultur“ und der „Zivilisation“ geführt. Dies waren Dimensionen, welche die Diskurse in der Friedensbewegung zutiefst beeinflussten. Der Erste Weltkrieg war nicht nur ein Kampf mit militärischen Mitteln, sondern gleichzeitig ein Ringen um verschiedene Friedenskonzeptionen. Obwohl und gerade *weil* die Schweiz nicht direkt in die militärischen Konflikte involviert war, spielte das Land in dieser Auseinandersetzung eine wichtige Rolle. Hier waren internationale Organisationen wie das Internationale Friedensbüro (IFB) und die Internationale Zentralstelle für Kriegsgefangene des IKRK (AIPG) angesiedelt, der 1917 aufgrund ihrer Verdienste im humanitären Bereich der Friedensnobelpreis verliehen wurde. Die Schweiz wurde infolge der Emigration von pazifistischen DissidentInnen aus kriegführenden Ländern zudem das intellektuelle Zentrum in Europa, als bevorzugter Resonanzkörper für die ausländische Propaganda aber auch in friedenspolitischer Hinsicht ein „*Schlachtfeld des Geistes*“<sup>1009</sup>.

Anlässlich der Zuspitzung der politischen Konflikte in der Julikrise und bei Kriegsausbruch musste die Friedensbewegung einsehen, dass sie der Gewalt der Ereignisse nichts entgegenhalten konnte und ihre Vorschläge für eine friedliche Konfliktlösung nicht umgesetzt wurden. Der Kriegsausbruch kam auch für die schweizerische Friedensbewegung überraschend, obwohl die SFG stets vor einer solchen Gefahr gewarnt hatte. Weil in keiner nationalen Friedensgesellschaft die Legitimität des Verteidigungskrieges offiziell bestritten wurde, optierten die PazifistInnen wie die SozialistInnen trotz ihrer internationalen Gesinnung zugunsten der eigenen Nation und liessen sich grossmehrheitlich in die Burgfriedenspolitik bzw. in die *Union Sacrée* einspannen. Der Tod der Nobelpreisträger Albert Gobat und Bertha von Suttner kurz vor Kriegsausbruch erscheint daher wie ein Vorbote für die Orientierungslosigkeit und Lähmung, welche die vor 1914 entstandene Friedensbewegung erfasste. Während des ganzen Krieges waren in der Schweiz die Aktivitäten der SFG generell stark reduziert; nur einzelne Mitglieder liessen sich zu einer aktiven Friedensarbeit motivieren. Einige Sektionen, wie z. B. diejenigen von St. Gallen und Graubünden, welche vor dem Krieg zu den mitgliederreichsten gehörten, verstummten sogar gänzlich. Zwar trat der Internationale Rat des IFB in reduziertem Umfang im Januar 1915 das letzte Mal zusammen, doch die am Kanonenweg 12 in Bern abgehaltene Sitzung stand ganz im Zeichen des Krieges und endete in einem Fiasko. Die vor 1914 so zentrale Organisation des internationalen Pazifismus stürzte in eine Krise. Neben Uneinigkeiten bei der Verabschiedung einer Resolution betreffend die in Belgien und Luxemburg begangenen Völkerrechtsverletzungen, welche die Ratsmitglieder aus den Mittelmächten nicht vorbehaltlos zu akzeptieren bereit waren, tat sich ein tiefer Graben auf in der Frage, wie die Friedensbewegung während des Krieges grundsätzlich agieren sollte. Der Vorschlag der Ratsmitglieder aus den Mittelmächten, einen möglichst baldigen Verständigungsfrieden anzustreben, stiess vor allem bei den französischen Pazifisten nach der deutschen Invasion auf Unverständnis. Sie stilisierten den Krieg als Auseinandersetzung zwischen Recht und Unrecht bzw. Demokratie und Militarismus hoch. Das Ausfechten des Kampfes gegen den deutschen Militarismus sei eine Vorbedingung, um daraufhin einer auf dem Recht basierenden Friedensordnung zum Durchbruch zu verhelfen. Der in der internationalen Friedensbewegung in aller Deutlichkeit hervortretende Graben machte vor den nationalen Grenzen keineswegs Halt; vielmehr widerspiegelte sich dieser in Kleinformat: Während die welschen Sektionen der SFG ihre Aktivitäten bei Kriegsausbruch weitgehend stilllegten und einer frühen Vermittlungsaktion skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, galt es für die meisten aktiv gebliebenen Mitglieder der deutschsprachigen Sektionen, von der Schweiz aus alle Fäden in Richtung eines schnellen Verständigungsfriedens zu ziehen.

---

<sup>1009</sup> Riesenberger 2008: 113.



Eine unübersehbare Konsequenz dieser Unzulänglichkeiten der in der Vorkriegszeit entstandenen bürgerlich geprägten Friedensgesellschaften war die Suche nach neuen pazifistischen Konzepten und die Auffächerung der Friedensbewegung in diverse neue Gruppierungen. Der von Markus Mattmüller beschriebene Übergang des Friedensgedankens von traditionellen zu neuen Organen<sup>1010</sup> konnte in dieser Publikation auf internationaler Ebene anhand des *Anti-Oorlog-Raads* in den Niederlanden, der *Union of Democratic Control (UDC)*, der *Fellowship of Reconciliation* und der *No-Conscription Fellowship* in Grossbritannien; des „Bundes Neues Vaterland“ (BNV) in Deutschland und der *League to Enforce Peace* in den USA veranschaulicht werden. In der Schweiz bildeten sich, teilweise auf Initiative von Mitgliedern der SFG, das „Komitee zum Studium der Grundlagen eines dauerhaften Friedens“, die *Ligue des pays neutres*, ein Gremium für die Unterstützung der Fordmission, eine Delegation für die Stockholmer Konferenz der Neutralen sowie diverse weitere Friedenskomitees. Während des Krieges liess sich insbesondere ein erhöhtes Interesse der Kirchen und der Frauen für das Friedensthema beobachten. Der Kriegsausbruch führte bei der bereits bestehenden Gruppierung um die Zeitschrift „Neue Wege“ des religiösen Sozialisten Leonhard Ragaz dazu, sich intensiver mit Friedensfragen auseinanderzusetzen. Clara Ragaz gründete 1915 eine Schweizer Sektion der in Den Haag gegründeten „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ (IFFF), die das Frauenstimmrecht als wichtigen Bestandteil für eine dauerhafte Friedensordnung betrachtete. In ihr kam die Überzeugung zum Ausdruck, mit dem Krieg habe eine ausschliesslich von Männern gemachte Politik ihren Bankrott erklärt. Daneben machten Einzelpersonen, wie z. B. Max Daetwyler mit seiner „Friedensarmee“, auf sich aufmerksam. Die Genfer Sektion der SFG gab die Interessensüberschneidungen zwischen verschiedenen sozialen Gruppierungen in der Friedensthematik exemplarisch wieder. Ihr gehörten neben wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kreisen sowie mehreren Freimaurerlogen auch protestantische Zirkel und ein Frauenverein an.

Als älteste und grösste pazifistische Gruppierung fürchtete sich die SFG vor einer Zersplitterung der schweizerischen Friedensbewegung. Nach anfänglicher Skepsis arbeiteten zahlreiche Mitglieder der SFG in den neuen pazifistischen Gruppierungen mit, andererseits beteiligten sich auch diverse PazifistInnen wie der Österreicher Rudolf Broda und der Völkerrechtler Otfried Nippold in umgekehrter Richtung zeitweilig an den Aktivitäten der SFG. Die Skepsis gegenüber den neuen Gruppierungen ging vor allem von den welschen Mitgliedern aus, weil sie befürchteten, diese würden die Bedingungen für die Errichtung eines dauerhaften Friedens nicht ausreichend gewährleisten. Insbesondere wenn sie einen schnellen Verständigungsfrieden forderten, mutmassten viele welsche Mitglieder nach der deutschen Invasion in Belgien und Luxemburg, die neuen Gruppierungen würden mit dieser Forderung die auf den internationalen Friedenskongressen beschlossenen pazifistischen Grundsätze (z. B. es existiert kein Recht auf Eroberung) ignorieren.

Verständigungsbereite welsche Mitglieder, die wie etwa der Neuenburger Staatsrat Édouard Quartier-la-Tente und der internationale Anerkennung geniessende Psychiater und Entomologe Auguste Forel für die Weiterentwicklung des Friedensprogramms besorgt waren, beteiligten sich bereits früh aktiv in den neuen Gruppierungen. Obwohl sich letztere mehrheitlich als dynamischer als die etablierten erwiesen, sollte das Verharren der welschen Sektionen der SFG im „*Jusquaboutismus*“ nicht mit ihrer Verweigerung gegenüber weiterführenden Überlegungen zu einem Friedensprogramm gleichgesetzt werden. Zwar lehnte Louis Favre als Präsident der Genfer und der welschen Sektionen eine Friedensvermittlung ab, er legte jedoch seinen Mitgliedern in Genf bereits im September 1915 eine Studie für eine neue internationale Rechtsordnung vor. Diese beinhaltete neben der Forderung nach fortschreitender Abrüstung und Anerkennung des Nationalitätenrechts den Vorschlag nach einer Föderation europäischer Staaten, deren Ausführungsorgane ihren Sitz in Genf haben sollten. Er vertrat keinesfalls einen *kategorischen* Pazifismus, denn für die Erreichung dieses Ziels schreckte er vor der expliziten Bejahung des Krieges der Entente bis zur Vernichtung des preussischen Militarismus nicht zurück. Weil sich seine extreme Form eines *konditionalen* Pazifismus damit aus der Perspektive von BefürworterInnen einer Verständigung nur unwesentlich von den KriegsbefürworterInnen unterschied und der Militarismus der Entente von ihm im Gegenzug

<sup>1010</sup> Vgl. Mattmüller 1968: 266-269.

geradezu begrüsst wurde, mussten er und die Genfer Sektion von verständigungsbereiten PazifistInnen erhebliche Kritik einstecken. Jedoch gelang es aus Sicht der *JusquauboutistInnen* auch den BefürworterInnen einer Verständigung nie, überzeugend darzulegen, wie ein Verständigungs-friede und die Überwindung des deutschen Militarismus zu erreichen seien, wenn bei Wilhelm II. kein Wille zum Abdanken vorhanden war. Die unterschiedlichen Positionen in der Friedensbewegung führten während des Weltkrieges zu kontroversen Debatten, so dass der Begriff „Pazifismus“ an Komplexität gewann.

Ein wichtiger Bezugspunkt in den Friedensdiskussionen war das pazifistische Mindestprogramm, das im Mai 1915 auf einer internationalen Pazifistenkonferenz in Den Haag ausgearbeitet wurde. Nachdem die im Januar 1915 im IFB abgehaltene Sitzung in einem Fiasko geendet hatte, gewann die internationale Friedensbewegung an Klarheit und Profil hinzu und gründete mit der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ eine neue Dachorganisation. Der Sekretär des IFB, Henry Golay, fürchtete sich infolgedessen, diese würde dem IFB den Rang als Zentralinstitution der Friedensbewegung ablaufen. In Benjamin de Jong van Beek en Donk, dem Leiter des niederländischen *Anti-Oorlog-Raads*, und im St. Galler Interparlamentarier Joseph A. Scherrer-Füllemann, dem Leiter der schweizerischen „Vereinigung für einen dauerhaften Frieden“, sah er seine grössten Gegner. Weil die beiden führenden Vertreter der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ sich mit allen Mitteln für einen Verständigungsfrieden einsetzten, stufte Golay sie als deutschfreundlich ein. Dieser versuchte seinerseits das IFB zu reaktivieren und die ihm angehörigen Ratsmitglieder zur Unterstützung der französischen Friedensvorstellungen zu bewegen. Franz Bucher-Heller, der Deutschschweizer Präsident der SFG und gleichzeitig Mitglied im Ständigen Komitee des IFB, betrachtete es dagegen als Zentralinstitution, um sich von der Schweiz aus auf einen Verständigungsfrieden zu einigen. Golay und Bucher-Heller verfolgten mit ihrem Vorhaben für eine Reaktivierung des IFB einander entgegengesetzte Absichten, was das Ausarbeiten eines gemeinsamen Friedensprogramms erschwerte und zu Missverständnissen führte. Es gelang weder Golay während einer im Frühling 1916 unternommenen Reise nach Paris, französische, italienische und britische Angehörige des IFB von seiner Position zu überzeugen, noch Bucher-Heller während einer Besprechung mit Ludwig Quidde in der grenznahen Stadt Lindau, eine Verständigung zwischen der deutschen und der britischen Friedensbewegung zu erreichen.

Wie schwierig es war, während des Weltkrieges über Frieden zu sprechen, bekam auch die SI zu spüren, die nach Kriegsausbruch auseinandergebrochen war. Der nicht enden wollende Krieg, Offiziersskandale wie die „Obersten-Affäre“ 1916, der durch Drill geprägte Aktivdienst und die schlechte Versorgungslage trugen auch in der schweizerischen Arbeiterbewegung zu einer vermehrten Ablehnung des Krieges und zu einer Stärkung des Antimilitarismus bei. Robert Grimm gelang es 1915 und 1916, sozialistische KriegsgegnerInnen aus verschiedenen Ländern in den Berner Dörfern Zimmerwald und Kiental zu versammeln. In der SPS führte diese Entwicklung im Gefolge der beiden Friedenskonferenzen zu einer Abkehr von der Burgfriedenspolitik und im Juni 1917 schliesslich zur Ablehnung der Landesverteidigung. Auch wenn sich antimilitaristische Tendenzen bei einigen Mitgliedern der SFG ab 1916 bemerkbar machten, wich sie keineswegs von ihrem grundsätzlichen Bekenntnis zur Landesverteidigung ab. Der stark auf das Völkerrecht fokussierende Friedensdiskurs und das patriotische Bekenntnis zur Schweiz unterschied die SFG vom Pazifismus der AntimilitaristInnen und Dienstverweigerer, bei denen eine prinzipielle Gewaltgegnerschaft zum Ausdruck kam.

Weil das Friedensthema in der Vorkriegszeit nur bei einer kleinen, dem liberalen Bürgertum nahestehenden Bevölkerungsschicht auf offene Ohren gestossen war, versuchte die SFG jetzt in der breiten Bevölkerung auf Resonanz zu stossen. Für eine Zusammenarbeit wollte sie wie bereits vor 1914 die Kirchen, die Schulen und die Presse gewinnen, wobei die Bevölkerung auch über das Theater und das Kino für das Friedensthema sensibilisiert werden sollte. Aufgrund der eingeschränkten Tätigkeit der SFG war dieses Vorhaben während des Krieges nur bedingt zu erreichen. Als Werbepattform diente ihr vereinzelt auch das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern. Die von der SFG in der Vorkriegszeit vertretene optimistische Sicht auf



die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen wurde während des Weltkrieges von einer geistig-kulturellen Skepsis überschattet. Die auffälligste Veränderung im Friedensdiskurs und in der pazifistischen Ideologie der SFG besteht denn auch im Wandel hin zum Völkerbundsgedanken. Eine Annäherung zwischen Sozialdemokratie und der Friedensbewegung wurde durch die Petitionen von sozialdemokratischen Parlamentariern an den Bundesrat für eine Friedensvermittlung deutlich; ausserdem gehörten neben bürgerlichen PazifistInnen mehrere SozialdemokratInnen zu den Delegierten für die Stockholmer Konferenz der Neutralen. Andererseits trat der in der SFG aktiv gewesene Auguste Forel 1916 der SPS bei, die Sozialdemokratie öffnete sich ihrerseits weiter den Ideen des völkerrechtlichen Pazifismus. Weil sich die SPS 1917 für die Ablehnung der Landesverteidigung ausgesprochen hatte, erfolgte eine Kooperation der Friedensbewegung vor allem mit dem rechten Flügel der Sozialdemokratie. So gehörten die 1918 in die Kommission zum Studium der Friedenssicherungsprobleme gewählten Sozialdemokraten – Gustav Müller, Heinrich Scherrer und Fritz Studer – der sozialdemokratischen Minderheit an, der auf dem Parteitag im Juni 1917 von ihren Parteigenossen „Sozialchauvinismus“ vorgeworfen wurde.<sup>1011</sup> Bis die SFG im Jahr 1917 erstmals mit einer Petition für die Bildung einer Kommission zum Studium der Bedingungen für einen Völkerbundsbeitritt beim Bundesrat vorstellig wurde, sollte es aber noch eine Weile dauern.

Weil die Bemühungen um eine Reaktivierung des IFB scheiterten, versuchte Golay zumindest die SFG zu einer aktiven Friedensarbeit im Sinne einer Postulierung der vor 1914 auf den Friedenskongressen beschlossenen pazifistischen Grundsätze und der Errichtung einer internationalen Friedensordnung nach der Niederlage des preussischen Militarismus zu bewegen. Erschwert wurde dieses Vorhaben durch die Tatsache, dass von einer Friedensbewegung mit einheitlichem Programm in der Schweiz nicht die Rede sein konnte. Die föderalistische Struktur der SFG erlaubte es den Mitgliedern der Sektionen, gänzlich unterschiedliche Wege einzuschlagen. Während Mitglieder aus der Deutschschweiz mit Petitionen an den Bundesrat im Rahmen der Fordmission, welche Friedensvermittlungen von einem neutralen Terrain aus initiieren wollte, eine regelrechte Vermittlungsoffensive lancierten, blieben die welschen Mitglieder mehrheitlich stumm. Sie stuften wie die französischen Ratsmitglieder im IFB die BefürworterInnen eines Verständigungsfriedens als VerfechterInnen eines „Friedens um jeden Preis“ ein. Diese Bezeichnung war aber ungerechtfertigt und gab auch die nuancierten Positionen der PazifistInnen aus den Mittelmächten, die mehrheitlich einen Frieden durch Verständigung befürworteten, unzutreffend wieder.

Neben den Friedenskonzeptionen und den unterschiedlichen Ansichten über den Zeitpunkt von Friedensverhandlungen manifestierte sich der Graben zwischen den Sprachregionen in der SFG anhand von zahlreichen weiteren Themen. Die deutschsprachigen Sektionen interpretierten im Spätfrühling 1917 Arthur Hoffmanns Motive im Zusammenhang mit Robert Grimm und der Beihilfe zugunsten eines Separatfriedens mehrheitlich als Friedensliebe. In den welschen Sektionen dominierte dagegen die Überzeugung, sie seien auf seine Deutschfreundlichkeit zurückzuführen. Der Graben zeigte sich, wie bereits oben erwähnt, anhand der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den neuen pazifistischen Gruppierungen, in denen sich einige Mitglieder ebenfalls aktiv betätigten. Ein Höhepunkt war die Bildung des *Comité d'action des Sociétés suisses pour l'étude du problème de la paix et de l'ordre juridique internationale* im Januar 1917, mit welcher der Versuch unternommen wurde, alle pazifistischen Organisationen der Schweiz in einem einzigen Gremium zu bündeln. Die Besetzung des siebenköpfigen Komitees durch drei ihrer Mitglieder und die Übernahme des Präsidiums durch Bucher-Heller machte deutlich, dass der SFG weiterhin die führende Rolle in der schweizerischen Friedensbewegung zugeschrieben wurde. Die Skepsis der welschen Mitglieder gegenüber den neuen pazifistischen Gruppierungen zeigte sich exemplarisch bei Louis Favre, als er bereits wenige Wochen später seinen Rücktritt aus dem Komitee bekanntgab.

Der Vorwurf der Deutschfreundlichkeit bei den einen Verständigungsfrieden befürwortenden PazifistInnen gipfelte im Frühling 1917 in Favres Schreiben an den Bundesrat, Nationalrat Scherrer-Füllemann stehe im Dienst der deutschen Propaganda. Golay erklärte die Sitzung im Januar 1915 im

---

<sup>1011</sup> Soiron 1973: 95.

IFB zu einem Mythos, demzufolge sich der niederländische Pazifist Benjamin de Jong van Beek en Donk gegen eine Verurteilung der Verletzung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs ausgesprochen habe. Mit seiner Unterstützung einer Resolution aus dem Lager der Mittelmächte habe er die Lahmlegung des IFB während des ganzen Krieges verschuldet und ihm deshalb mit der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ eine neue Dachorganisation entgegengestellt. Tatsächlich war die Passivität des IFB vor allem der Haltung der Ratsmitglieder aus der Entente geschuldet, die eine Reaktivierung der Berner Zentralstelle erst nach Kriegsende und nach dem Sieg über den preussischen Militarismus befürworteten. Golay konstruierte diesen Mythos um die Januarsitzung, damit er die Berner Zentrale zu einer Institution aufbauen konnte, die ab Ende 1916 offen Partei für die Entente erhob. Entgegen Golays Meinung schätzte die politische und militärische Führung in Deutschland De Jong van Beek en Donk und den *Anti-Oorlog-Raad* als deutschfeindlich ein. Solange die kriegführenden Staaten eine militärische Entscheidung auf dem Schlachtfeld favorisierten, standen die als „DefätistInnen“ verschrieenen PazifistInnen jeglicher Couleur in Verdacht, zu einer Schwächung des Wehrwillens und der Armeen beizutragen. Als sich 1916 bei vielen Soldaten in den Schützengräben und an der Heimatfront Kriegsmüdigkeit breit machte, versuchten die Propagandastellen der kriegführenden Staaten dies zu ihrem Nutzen zu machen und wurden in den Milieus der pazifistischen DissidentInnen in der Schweiz aktiv. Weil diese weiterhin mit ihrem Mutterland in Kontakt standen, unterstützten sie die ExilantInnen aus den verfeindeten Staaten, um auf diese Weise ihre militärischen Gegner zu schwächen. Während des Ersten Weltkrieges war die Schweiz zu einem Zufluchtsort für PazifistInnen aus aller Welt geworden, die inmitten von Europa in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren Zeitschriften herausgaben und eine pazifistische Gegenkultur zum grassierenden Bellizismus aufbauten. Diese befruchteten das hiesige Kulturleben, so dass neue Kunstformen entstanden, wie etwa der Dadaismus in Zürich, der von dort aus in die ganze Welt ausstrahlte.

Als sich die Friedensnoten am Jahresübergang 1916/17 häuften, machte es der zwischen den Sektionen der Sprachregionen existierende Graben schwierig, für die passiv gebliebene SFG ein gemeinsames Aktionsprogramm auszuarbeiten. Bei der Ausrichtung des Friedensprogramms der SFG kamen auch unlautere Methoden zur Anwendung. Während Bucher-Heller entgegen den Beschlüssen des Zentralkomitees Golay aus dem Leitergremium der „Propaganda-Kommission“ im Ende 1916 veröffentlichten Aktionsprogramm warf, drängte der Sekretär des IFB welsche Mitglieder mehrmals dazu, von ihm ausgearbeitete Resolutionen an den Delegiertenversammlungen der SFG einzubringen. Schliesslich fand Golay Unterstützung bei Louis Favre, der im Namen der Genfer Sektion eine von ihm verfasste Resolution an der Delegiertenversammlung in Olten im Oktober 1917 einbrachte. Die Resolution traf dort auf heftige Gegenwehr, weil neben den deutschschweizerischen auch mehrere welsche Delegierte es ablehnten, ihr Friedensprogramm nur an Wilson zu orientieren und eine betont ententefreundliche Resolution zu verabschieden. Nicht zuletzt hat aber die Intervention des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson mit seinem Vorschlag der Gründung eines Völkerbundes zu Beginn des Jahres 1917 nach dem Kriegseintritt der USA zu einer Stärkung der ententefreundlichen Elemente innerhalb der SFG geführt. Wenige Monate nachdem bereits Gustave Ador den deutschfreundlichen Arthur Hoffmann im Bundesrat abgelöst hatte, wurde in Olten eine Statutenrevision mit der Forderung gutgeheissen, gemäss welcher nach dem Luzerner Franz Bucher-Heller ein welsches Mitglied das Präsidium der SFG übernehmen müsse.

Nachdem zum Jahreswechsel 1916/17 verschiedene Friedensappelle kurzzeitig die Hoffnung auf Frieden aufkeimen liessen, setzte die Ausrufung eines uneingeschränkten U-Boot-Krieges durch die deutsche Reichsregierung am 1. Februar 1917 solchen Hoffnungen in Teilen der SFG ein jähes Ende. Diese Eskalation bestärkte zudem diejenigen Kräfte, die ohnehin schon immer auf einen Sieg von Recht und Demokratie gegen Autoritarismus und Militarismus gesetzt hatten. Ein zentraler Bezugspunkt im Friedensdiskurs im Jahr 1918 war Wilsons Rede der „Vierzehn Punkte“, in der wesentliche Forderungen des internationalen Pazifismus erstmals die Form eines regierungs-offiziellen Programms angenommen hatten. Auch mehrere Mitglieder aus der Deutschschweiz, wie etwa der Basler Rudolf Geering-Christ, bekannten sich offen als Sympathisanten der Entente. Als eine Mehrheit im Bundesrat der Idee einer Friedensorganisation noch mit grösster Zurückhaltung

begegnete, gehörte die SFG zu den ersten Gruppierungen, welche ihn bereits 1917 zur Bildung einer Kommission für das Studium der Bedingungen aufforderten, unter denen die Schweiz einem zukünftigen Völkerbund beitreten könnte. Insbesondere die einflussreiche Genfer Sektion der SFG, deren Präsident Louis Favre bereits 1915 die Errichtung der Ausführungsorgane einer Föderation europäischer Staaten in Genf gefordert hatte, propagierte die Idee eines Völkerbundes lautstark in der Öffentlichkeit. Ihre herausragende Stellung innerhalb der Friedensbewegung führte sie auf den Notablen Jean-Jacques de Sellon zurück, der bereits 1830 in Genf die erste kontinentaleuropäische Friedensgesellschaft gegründet hatte. Favre postulierte eine Kontinuität zwischen ihr und der 1893 gegründeten Genfer Sektion der SFG und setzte sie mit ihr gleich. Jedoch gab es zwischen ihnen keine tatsächliche, sondern höchstens eine ideelle Verbindung. Mit der Berufung auf einen vermeintlich „ursprünglichen Pazifismus“ sollten die nach Kriegsausbruch entstandenen Gruppierungen unterminiert werden.

Am 18. Mai 1918 erinnerte die Genfer Sektion erstmals mit einer Gedenkfeier an die Einberufung der ersten Haager Friedenskonferenz. Bisher hatte sie zusammen mit den anderen welschen Sektionen und im Gegensatz zu mehreren deutschsprachigen Sektionen während des Krieges ein solches Ansinnen stets abgelehnt. Sie nutzte dieses Datum, um den calvinistischen Presbyterianer Woodrow Wilson, den sie als einen Abkömmling von Genf betrachtete, und seinen Vorschlag eines Völkerbundes geradezu zu verherrlichen. Als Stadt des Roten Kreuzes stand die Wirkungsstadt Calvins symbolisch für einen Rest von Humanität, der im Weltkrieg übriggeblieben war. Nachdem Deutschland in Brest-Litowsk einen Separatfrieden mit den Bolschewiki geschlossen hatte und sich das Schicksal endgültig zugunsten Deutschlands zu wenden drohte, warb die Genfer Sektion in der Öffentlichkeit lautstark für den Sieg der Entente und für einen Sieg über den preussischen Militarismus. Als sich im Frühling 1918 sogar die französische Regierung bereit erklärte, einer Gruppe von Pazifisten Reisepässe für die Teilnahme an einer internationalen Konferenz zum Studium eines Völkerbundes in Genf auszustellen, liessen sie die ursprünglich vom als deutschfreundlich taxierten Niederländer De Jong van Beek en Donk initiierte Konferenz schliesslich im Sand verlaufen. André de Maday und Édouard Quartier-la-Tente, beide führende Mitglieder der Sektion Neuenburg und im Rat der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ vertreten, konnten keine Verständigung zwischen De Jong van Beek en Donk und Favre erreichen.

Die Entente und vor allem Frankreich profitierten während des ganzen Weltkrieges von einer besonderen Unterstützung aus der welschen Schweiz. Bundesrat Gustave Ador höchstpersönlich nahm die „Freie Zeitung“ in Schutz, nachdem sie in Verdacht geraten war, durch die offene Unterstützung Frankreichs und ihre scharfen Angriffe gegen Deutschland neutralitätswidrig gehandelt zu haben. Im schweizerischen Exil weilende pazifistische DissidentInnen mochten an Gruppierungen wie die Genfer Sektion der SFG und an Personen wie Favre und Golay gedacht haben, als sich in ihrem Umfeld der Spruch verbreitete: *„Paris ferait bien la paix, mais Lausanne ne veut pas.“*<sup>1012</sup> Dieser Spruch trifft allerdings eher auf Genf zu, denn die französischsprachigen Mitglieder der SFG in den Kantonen Waadt und Neuenburg bemühten sich mehrmals um Kompromisse mit den deutschsprachigen Sektionen. Insgesamt gelang es ihnen aber kaum, aus dem Schatten der einflussreichen Genfer Sektion auszutreten. Auch in ihr gab es intern unterschiedliche Standpunkte. Mitglieder wie Auguste de Morsier und Paul Moriaud vertraten einen gemässigten Kurs; letzterer arbeitete in der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ mit und hatte im November 1917 das Vizepräsidium des im November 1917 in Bern einberufenen Internationalen Studienkongresses inne.

Als im Laufe des Jahres 1918 der Bundesrat und die einzelnen Departemente erkannten, dass die Veränderungen in Europa auch Schweizer Interessen berühren mussten, war die Genfer Sektion der SFG mit den drei Professoren William E. Rappard, Paul Moriaud und Charles Borgeaud in der Expertenkommission zum Studium der Friedenssicherungsprobleme äusserst prominent vertreten. In der Schweiz wurden unter den Bedingungen des Krieges auch unorthodoxe Formen der

---

<sup>1012</sup> Baudouin 2014: 197.

Zusammenarbeit möglich. Otfried Nippold, der vor dem Krieg zeitweise im Dienste des Berliner Auswärtigen Amtes gestanden hatte und in der Schweiz zu einem Gegner Deutschlands wurde, war ab 1918 ebenfalls Mitglied der Genfer Sektion. Der führende Völkerrechtler, welcher der deutschen Oppositionsgruppe um die „Freie Zeitung“ nahestand, war Sekretär der Expertenkommission.

Nach Kriegsende war es für die Schweiz für die Anerkennung ihrer nationalen Interessen von entscheidender Bedeutung, an der Friedenskonferenz in Paris durch Repräsentanten vertreten zu sein, die als Brückenbauer zu den Siegermächten auftreten konnten. Weil die Genfer Sektion der SFG während des Krieges eine betont ententefreundliche Position eingenommen hatte und bereits früh für Wilsons Idee eines Völkerbundes warb, waren ihre Mitglieder die geeigneten Unterhändler. Als Professor mit einem breiten internationalen Netzwerk wurde William E. Rappard zum offiziellen Vertreter der Schweiz in Paris bestimmt. Dieser unterhielt Kontakte bis in die höchsten Kreise der angelsächsischen Delegationen und hatte diese bereits während des Weltkrieges über die Aufrufe der Genfer Sektion der SFG zur Gründung eines Völkerbundes in Kenntnis gesetzt. Bei seinem Einsatz für die Schweizer Interessen in der neuen Friedensordnung und für die Zuspreehung des Völkerbundssitzes an die Rhonestadt wurde er neben Max Huber von Gustave Ador unterstützt, der nicht nur Bundespräsident, sondern auch Ehrenmitglied der Genfer Sektion war. Anfang 1919 weilte auch Charles Borgeaud zeitweise in Paris, der zusammen mit den zwei anderen Genfern immer wieder auf die Verbindung zwischen Calvin, Amerika und der Friedensbewegung hinwies und so bereits Ende Februar die angelsächsischen Delegationen für die Rhonestadt gewinnen konnte. Am 28. April 1919 erfolgte die Wahl Genfs zum Sitz des Völkerbundes. Die Genfer Sektion der SFG war der wichtigste schweizerische Akteur, der mitbewirkte, dass die Stadt zum Sitz des Völkerbundes auserkoren wurde.

Die im Vorkriegspazifismus vorherrschende optimistische Sicht auf die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen erlitt durch den Ersten Weltkrieg einen jähen Rückschlag. Während bisher in der wirtschaftlichen Entwicklung einer der Hauptgaranten für eine völkerverbindende Friedensordnung gesehen wurde, sollte mit dem Völkerbund auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts ein Netz vertraglicher und institutioneller Garantien aufgebaut werden, um den Frieden in Zukunft zu garantieren. Mit der Gründung des Völkerbundes 1919/20 rückte erstmals eine internationale Organisation der Staaten an die Stelle eines aus den Fugen geratenen Mächtegleichgewichts. Die Stadt Genf wurde zu einem Zentrum der internationalen Beziehungen und als solches zu einem der wichtigsten Treffpunkte für Diplomaten aus aller Welt. In den Diskussionen um die Neutralität der Schweiz kam die Verleihung des Völkerbundssitzes dem Land entgegen, weil mit dem Übergang zu einer „differenziellen Neutralität“ und dem Festhalten an der militärischen Neutralität das Risiko gebannt wurde, dass das Land in den Krieg einbezogen würde. Nachdem sich der Souverän 1920 – zwar nur knapp – für den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund ausgesprochen hatte, wurde die Völkerbundspolitik zu einem wichtigen Bestandteil der schweizerischen Aussenpolitik. Das Abstimmungsergebnis widerspiegelte mit einer enthusiastischen Befürwortung in der lateinischen Schweiz und einem insgesamt Verwerfen der Vorlage in der Deutschschweiz eine ähnliche Spaltung der Bevölkerung, wie sie bereits während des Krieges vorherrschte. Mit Ausnahme von sozialdemokratischen Befürwortern wie Leonhard Ragaz und Auguste Forel gehörte auch die SPS zu den Gegnern eines Völkerbundbeitritts, weil sie ihn als Siegerdiktat und als ein Instrument des kapitalistischen Westens betrachtete. Die Sozialdemokraten revidierten ihre Meinung erst im Kontext des aufkommenden Faschismus.<sup>1013</sup> Ein weiterer Unterschied zur bürgerlichen Friedensbewegung zeigte sich bei Kriegsende, als die SPS den Landesstreik befürwortete, während die SFG einen solchen als Lösung für die soziale Frage ablehnte. Mit dieser Publikation liegt eine Studie vor, die aufzeigt, wie sich der zwischen den Sprachregionen auseinanderklaffende Graben in der Schweiz konkret im Friedensthema manifestierte. Mit Ausführungen zum humanitären Engagement, den Guten Diensten und der Rolle der Schweiz in internationalen Organisationen werden in dieser Publikation Themen angesprochen, die für das politische Verständnis der heutigen Schweiz äusserst zentral sind.

---

<sup>1013</sup> Moos 2014: 235.

Anhand der Friedensbewegung lässt sich anschaulich zeigen, dass der Erste Weltkrieg nicht nur einen fundamentalen Bruch zwischen dem Vorher und dem Nachher für die ZeitgenossInnen – selbst in der neutralen Schweiz – bedeutete, sondern auch das weitere Geschehen prägte. Der US-amerikanische Historiker und Diplomat George F. Kennan betrachtete den Ersten Weltkrieg unter diesem Gesichtspunkt als eine „Urkatastrophe“, von der in komplexer Weise weitere Entwicklungen wie der italienische Faschismus und der Nationalsozialismus, die massgeblich durch Kriegsteilnehmer geprägt waren, abhängen.<sup>1014</sup> Mit der Gründung des Völkerbundes war ein weiterer Bestandteil des Programms der traditionellen bürgerlichen Friedensbewegung in einem weiteren Punkt – nämlich einer internationalen Verbindung zwischen den Staaten – erfüllt. In der Zwischenkriegszeit wuchs der organisierte Pazifismus, durch die Rückkehr von traumatisierten Frontsoldaten begünstigt, zu einer Massenbewegung an. Auch in Deutschland waren die Anfangserfolge der „Nie-wieder-Krieg-Bewegung“ in den ersten Jahren der Weimarer Republik beachtlich; es gelang ihr, für Kundgebungen hunderttausende Menschen zu mobilisieren. Durch das einschneidende Erlebnis des Ersten Weltkrieges mit einem bisher unbekannten Ausmass der Zerstörung erhielten integralpazifistischen Positionen einen enormen Aufschwung. Bis weit ins bürgerliche Lager hinein hatten die erschütternden Kriegsereignisse ernüchternd gewirkt und die SFG dazu bewogen, nach dem Krieg ihr 1910 festgeschriebenes Bekenntnis, sie verwerfe jede antimilitaristische Propaganda, aus ihren Statuten zu streichen. Im radikalen Pazifismus herrschte die Meinung vor, dass der völkerrechtliche Pazifismus nur sehr begrenzt zur Verhinderung von Kriegen beitrage; in ihm äusserte sich vielmehr der Wunsch, neue Wege für ein friedliches Zusammenleben zu finden. Diese Position zeigte sich etwa bei den Dienstverweigerern und in der Schweiz besonders in der Bewegung für die Einführung des Zivildienstes rund um Pierre Cérésolle, einem Mitbegründer des *Service Civil International* (SCI).<sup>1015</sup> Im Gegensatz zum bürgerlichen Pazifismus der Vorkriegszeit wurde die Friedensbewegung in der Zwischenkriegszeit in der Schweiz von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen getragen. Sie reichte von bürgerlichen VölkerbundspazifistInnen über die vom religiösen Sozialismus inspirierten radikalen AntimilitaristInnen bis zu Gruppierungen aus dem Umfeld der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS).<sup>1016</sup>

Während es dem IFB bis zum Ersten Weltkrieg gelungen war, die ganze Spannweite der pazifistischen Anliegen unter seinem Dach zu vereinigen, scheiterte es in der Nachkriegszeit. Bei den Diskussionen über eine politische Neuausrichtung des IFB setzte sich der traditionelle völkerrechtliche Flügel durch. Damit vertrat es nicht mehr die volle ideologische Spannweite der Friedensbewegung, was den Niedergang der Institution zur Folge hatte. Heute erinnert am Kanonenweg 12 in Bern eine Gedenktafel an das IFB und dessen Sekretäre Élie Ducommun und Albert Gobat, denen in der Vorkriegszeit der Friedensnobelpreis verliehen worden war.

Pazifisten wie Romain Rolland, Ferdinand Buisson und Ludwig Quidde spielten eine wesentliche Rolle bei den Versuchen für eine deutsch-französischen Annäherung.<sup>1017</sup> Zwar konnte der Völkerbund in den 1920er Jahren mit der Unterzeichnung der Verträge von Locarno 1925 und dem Briand-Kellogg-Pakt 1928 Erfolge feiern. Die unterzeichnenden Staaten verzichteten darin auf eine gewaltsame Veränderung ihrer im Friedensvertrag von Versailles festgelegten Grenzen; sie erklärten, politische Streitigkeiten friedlich zu lösen und auf Krieg als Werkzeug ihrer Politik zu verzichten. Der Völkerbund wies jedoch sowohl bei den konkreten Massnahmen zur Friedenssicherung als auch bei seiner Zusammensetzung grosse Mängel auf, so waren ihm z. B. die USA nie beigetreten. Der Wunsch nach Friedenswahrung scheiterte in der Zwischenkriegszeit an der Realität der nationalen Egoismen,

<sup>1014</sup> Kennan 1979: 3.

<sup>1015</sup> Vgl. Béguelin et al. 2010.

<sup>1016</sup> Brassel, Tanner 1986: 40f.

<sup>1017</sup> Von einem Geist des Friedens und der internationalen Verständigung war auch die 1925 gegründete Cité Internationale Universitaire de Paris inspiriert. Das Zusammenleben von StudentInnen aus aller Welt in einem Campus sollte internationalen Austausch, Frieden und Völkerfreundschaft fördern. Vgl. Tarsot-Gillery 2010: 7-14. Ich danke der Stiftung, dass ich während meines Studienaufenthalts an der Universität Sorbonne 2013/14 in der Fondation Hellénique wohnen durfte.

welche spätestens in den 1930er Jahren Überhand nahmen. Auch die Schweiz machte wenig aus der Chance, als Land mit dem Völkerbundssitz eine bedeutende friedensstiftende Rolle auf dem Feld der grossen Politik zu spielen, sondern sie zog sich sukzessive immer mehr in sich selber zurück. In Deutschland wurde der Völkerbund in grossen Teilen der Bevölkerung weniger als internationale Organisation für kollektive Friedenssicherung denn als Ausführungsorgan der Siegermächte zur Unterdrückung ihrer Gegner angesehen. Die PazifistInnen wurden in der Zwischenkriegszeit Opfer der Dolchstosslegende, derzufolge das deutsche Heer während des Ersten Weltkrieges unbesiegt geblieben sei und erst durch oppositionelle Kräfte aus der Heimat einen Dolchstoss von hinten erhalten habe. Diese Legende begünstigte den Aufstieg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), welche PazifistInnen ähnlich wie Juden, KommunistInnen, SozialistInnen und andere Oppositionelle als erklärte Gegner auffasste. Infolgedessen waren sie einer besonderen Verfolgung ausgesetzt. Während sich manche PazifistInnen im Ausland in Sicherheit bringen konnten, wurden andere wie etwa Carl von Ossietzky, der in seiner Zeitschrift „Die Weltbühne“ auf die verbotene Aufrüstung der Reichswehr aufmerksam gemacht hatte, in einem Konzentrationslager interniert. Nachdem der Zweite Weltkrieg mit über 50 Millionen Toten die Notwendigkeit einer internationalen Organisation der Staaten für die Sicherung des Weltfriedens überdeutlich machte, versuchen seither die Vereinten Nationen (UNO) diesem schwierigen Unterfangen gerecht zu werden. Obwohl in deren Charta das allgemeine Gewaltverbot und das Verbot von Angriffskriegen niedergeschrieben ist, verhindern einzelne Vetomächte (darunter die drei NATO-Mitglieder USA, Frankreich und Grossbritannien; sowie China und Russland) in regelmässigen Abständen, den Beschlüssen des Sicherheitsrats Folge zu leisten.<sup>1018</sup> Die Arbeit der heutigen Friedensbewegung konzentriert sich deshalb neben der Ebene der internationalen Organisationen immer wieder auch auf diverse Nichtregierungsorganisationen und private Initiativen, um dem Menschheitsideal vom Weltfrieden einen Schritt näher zu kommen.

---

<sup>1018</sup> Für eine kritische Auseinandersetzung mit der UNO vgl. Zumach 2015.

## 10. Verzeichnisse

### 10.1. Abbildungsnachweise

Abb. 1:	Die Friedens-Warte, März 1914
Abb. 2:	Gemeinnützige Gesellschaft der Stadt Luzern
Abb. 3:	Die Friedens-Warte, Juli 1914
Abb. 4:	BAR, E27#1000/721#14095#291*
Abb. 5:	Nebelspalter, 21.8.1915 (Karl Czerpien) ©Nebelspalter Verlag
Abb. 6:	United Nations Archives at Geneva
Abb. 7:	BAR, E27#1000/721#14095#1889*
Abb. 8:	BAR, E27#1000/721#14095#4263*
Abb. 9:	BAR, E27#1000/721#14095#2434*
Abb. 10:	SozArch, F 5008 Meyer, Edy (1877-1967), Sozarch_F_5008-Fb-022
Abb. 11:	Berner Tagwacht, 18.9.1915
Abb. 12:	Punch, 15.12.1915
Abb. 13:	SALU, F2a/STRASSEN/BAHNHOFPLATZ 0.13:06
Abb. 14:	BAR, E27#1000/721#14095#1853*
Abb. 15:	Nebelspalter, 10.11.1917 (Julius Friedrich Boscovits) ©Nebelspalter Verlag
Abb. 16:	NB, Schweizerisches Literaturarchiv, Nachlass Hennings/Ball
Abb. 17:	Historisches Archiv und Bibliothek PTT, Köniz, Vers-057 A 0013
Abb. 18:	Die Freie Zeitung, 4.9.1918
Abb. 19:	Nebelspalter, 30. Juni 1917 (Julius Friedrich Boscovits) ©Nebelspalter Verlag
Abb. 20:	Nebelspalter, 13. Juli 1918 (Julius Friedrich Boscovits) ©Nebelspalter Verlag
Abb. 21:	BAR, E27#1000/721#14095#1125*
Abb. 22:	Sammlung Eybl, Plakatmuseum Wien
Abb. 23:	United Nations Archives at Geneva
Abb. 24:	BAR, E27#1000721#14095#5457a
Abb. 25:	Privatsammlung Ulrich Gribi, Büren a. A.
Abb. 26:	United Nations Archives at Geneva

### 10.2. Abkürzungen

AEГ	Archives d'Etat de Genève
AEN	Archives de l'État de Neuchâtel
AIPG	Agence Internationale des Prisonniers de Guerre
BAR	Schweizerisches Bundesarchiv
BBB	Burgerbibliothek Bern
BNV	Bund Neues Vaterland
BVCF	Bibliothèque de la Ville de La Chaux-de-Fonds
DDS	Diplomatische Dokumente der Schweiz
DF	Der Friede. Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung. Offizielles Vereinsorgan der Schweizerischen Friedensgesellschaft
DFG	Deutsche Friedensgesellschaft
DZP	Deutsche Zentrumsparlei
EPD	Eidgenössisches Politisches Departement
FOR	Fellowship of Reconciliation
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
FW	Die Friedens-Warte. Zeitschrift für zwischenstaatliche Organisation
FZ	Die Freie Zeitung. Unabhängiges Organ für Demokratische Politik

HLS	Historisches Lexikon der Schweiz
IFB	Internationales Friedensbüro
IFFF	Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IPB	International Peace Bureau
IPM	International Peace Movements
IPU	Interparlamentarische Union
ISB	Internationales Sozialistisches Büro
ISK	Internationale Sozialistische Kommission
IVSJ	Internationale Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen
Komintern	Kommunistische Internationale
KPS	Kommunistische Partei der Schweiz
LEUE	Les États-Unis d'Europe, Journal de la Ligue internationale de la Paix et de la Liberté
LP	La Paix (par le Droit et l'Arbitrage). Organe des sections romandes de la Société suisse de la Paix
LPpID	La Paix par le Droit. Revue de la Paix
MP	Le mouvement pacifiste. Organe du Bureau international de la Paix
NAOR	Nederlandsche Anti-Oorlog-Raad
NB	Schweizerische Nationalbibliothek
NCF	No-Conscription Fellowship
NHG	Neue Helvetische Gesellschaft
NLP	Nationalliberale Partei
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NW	Neue Wege. Beiträge zu Religion und Sozialismus.
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
PTT	Post-, Telefon- und Telegrafenebetriebe
SALU	Stadtarchiv Luzern
SCI	Service Civil International
SFG	Schweizerische Friedensgesellschaft
SFV	Schweizerischer Friedensverein
SI	Sozialistische Internationale
SozArch	Schweizerisches Sozialarchiv
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SRK	Schweizerisches Rotes Kreuz
St.A.B.	Staatsarchiv des Kantons Bern
StadtASH	Stadtarchiv Schaffhausen
StALU	Staatsarchiv des Kantons Luzern
StAZH	Staatsarchiv des Kantons Zürich
UDC	Union of Democratic Control
UNO	United Nations Organization
UNOG	Archiv der Vereinten Nationen, Genf
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VSGDF	Vereinigung zum Studium der Grundlagen eines dauerhaften Friedensvertrages
ZBZ	Zentralbibliothek Zürich



# 11. Bibliografie

## 11.1. Quellen

### 11.1.1. Ungedruckte Quellen

#### **Archiv der Vereinten Nationen, Genf (UNOG)**

International Peace Movements (IPM), International Peace Bureau (IPB)

Series: Correspondence Box 262, 263, 264, 265, 267, 268, 271.

Henry Golay (1910-1942)

Series: General Correspondence Box 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297,  
(1911-1950) 298, 299, 300, 301.

Series: Procès-Verbaux du Box 398, 400, 401.

Comité Permanent et des Séances  
du Conseil (1914-1951)

#### **Burgerbibliothek Bern (BBB)**

N Otfried Nippold Nachlass Otfried Nippold (1864-1938)

#### **Schweizerisches Bundesarchiv (BAR), Bern**

E2#1000/44#335*	Internationales Friedensbüro in Bern
E2001A#1000/45#764*	Eingaben an den BR von Privaten, Gesellschaften, Verbänden, kirchlichen Instanzen usw. um Friedensvermittlung
E2001A#1000/45#765*	Eingabe eines Initiativ-Komitees an den Bundesrat „zwecks Initiative zu einer interneutralen [sic] Liga (der neutralen Staaten) zur wirksamen Verteidigung der Menschenrechte“ und ihrer wirtschaftlichen Interessen
E2001A#1000/45#766*	Interpellation NR Greulich vom 10.12.1915 betr. Friedensinitiative des Bundesrates
E2001A#1000/45#768*	Mitteilungen, Zeitungsausschnitte betr. Die Friedensnote des Papstes vom 1. August 1917 an die kriegführenden Mächte
E2001A#1000/45#769*	Eingaben an den Bundesrat von Privaten, Vereinigungen usw. um Friedens Vermittlung [sic]
E2001A#1000/45#770*	Eingaben betr. Friedensbestrebungen und pazifistische Bemühungen Darin: Pfarrer Bäschlin Theodor, Gurzelen BE; NR Scherrer-Füllemann, Bern, Interparlamentarische Union; Daetwyler Max, Zürich, Friedens-Armee
E2001A#1000/45#771*	Eingaben, Petitionen usw. an den BR und an die eidg. Räte um Friedensvermittlung

E2001A#1000/45#772*	Zeitungsausschnitte über Friedensbestrebungen
E2001B#1000/1501#2531*	„Freie Zeitung“, Beschwerde der deutschen Gesandtschaft

***Schweizerisches Sozialarchiv (SozArch), Zürich***

Ar 45	Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)
KS 32/159	Friedensbewegung, Pazifismus, 1914-1918
KS 32/170	Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF), Dokumentation
Mi 4: 113	Dokumente der Zimmerwalder-Bewegung, 1914-1916
335/140: 1+2	Zweite Internationale: Zusammenbruch; Konferenz von Zimmerwald, 1915; Konferenz von Kiental, 1916

***Staatsarchiv des Kantons Bern (St.A.B.)***

M 38	Diverse Druckschriften und Unterlagen betreffend Friedensbewegung (1896-1925)
------	---

***Staatsarchiv des Kantons Genf (Archives d'Etat de Genève AEG)***

Cote: Archives privées 18.3.1	Société de la Paix: création, structure, règlements, membres, 11 imprimés et 22 pièces manuscrites (1830-1931)
-------------------------------	--

***Staatsarchiv des Kantons Luzern (StALU)***

A 1044/6539	Schweizerischer Friedensverein Luzern (1911-1927)
AKT 44/4687	Staatsbeiträge: Gesuche, Regierungsrats-Protokolle betr.
AKT 44/4688	Bewilligungen. Einladung zur Delegiertenversammlung (1905-1920)

***Staatsarchiv des Kantons Neuenburg (Archives de l'État de Neuchâtel AEN)***

Fonds des Archives de la „Ligue suisse pour la Paix“ 1889-1925:

A Section suisse de la Ligue internationale de la Paix et de la Liberté (district de Neuchâtel):

1/II	Procès-verbaux du comité du district de Neuchâtel, 19 mars 1911 – 26 mars 1924
2/VII	Circulaires et papier à en-tête de la section du district de Neuchâtel (1912-1915)
2/VIII	Conférences organisées par la section du district de Neuchâtel (1908-1920)
2/XII	Statuts et projet de révision des statuts de la Ligue suisse pour la paix; manifestations et programmes de la Ligue suisse (1895-1917)
4/VIII	Correspondence 1914

4/IX	Correspondence 1916
5/I	Articles, tracts et feuilles volantes divers sur le mouvement pacifiste (1896-1915)
5/V	Articles de journaux concernant le pacifisme (1891-1916)

B Section suisse de la Ligue internationale de la Paix et de la Liberté (district de Boudry):

6/IV	Correspondance et cotisations 1909-1919
------	---

***Staatsarchiv des Kantons Zürich (StAZH)***

M 26.13	Internationales Friedensbüro, schweizerischer und internationaler Friedensverein (1912-1921)
---------	--

***Stadtarchiv Luzern (SALU)***

B3.3/A89:1-5	Dokumente zur Friedensbewegung und zum Internationalen Kriegs- und Friedensmuseum
--------------	---

***Stadtarchiv Schaffhausen (StadtASH)***

D I 02.503	Bestand Friedensverein Schaffhausen
------------	-------------------------------------

***Stadtbibliothek La Chaux-de-Fonds (Bibliothèque de la Ville de La Chaux-de-Fonds BVCF)***

Cote 8550	Pièces sur le mouvement de la Paix
Cote 21979	Pièces sur le mouvement de la Paix

***Zentralbibliothek Zürich (ZBZ)***

LK 771	Schweizerischer Friedensverein. Sektion Zürich, Internationaler Frauen-Friedensbund Zürich, Schweizerischer Friedensverein (1892-1917)
--------	--

## 11.1.2. Gedruckte Quellen

***Zeitgenössische Publikationen und Literatur mit Quellencharakter***

Angells, Norman: The Great Illusion. A Study of the Relation of Military Power in Nations to their Economic and Social Advantage. London 1911.

Forel, Auguste: Assez détruit, rebâtissons! Lausanne 1916.

Forel, Auguste: Rückblick auf mein Leben. Zürich 1935.

Fried, Alfred Hermann: Handbuch der Friedensbewegung. Berlin und Leipzig <sup>2</sup>1911-1913.

Fried, Alfred Hermann: Mein Kriegs-Tagebuch. Band I. Das erste Kriegsjahr (7. August 1914 bis 28. Juli 1915). Zürich 1918.

- Fried, Alfred Hermann: Mein Kriegs-Tagebuch. Band II. Das zweite Kriegsjahr (1. August 1915 bis 28. Juli 1916). Zürich 1919. (= Fried 1919a)
- Fried, Alfred Hermann: Mein Kriegs-Tagebuch. Band III. Das dritte Kriegsjahr (1. August 1916 bis 28. Juli 1917). Zürich 1919. (= Fried 1919b)
- Fried, Alfred Hermann: Mein Kriegs-Tagebuch. Band IV. Das vierte Kriegsjahr und der Friede von Versailles (1. August 1917 bis 30. Juni 1919). Zürich 1920.
- Fried, Alfred Hermann: Mein Kriegstagebuch. 7. August 1914 bis 30. Juni 1919. Hg. und eingeleitet von Gisela und Dieter Riesenberger (Schriftenreihe Geschichte & Frieden, Bd. 13). Bremen 2005.
- [Grelling, Richard]: J'accuse! Von einem Deutschen. Lausanne 1915.
- Grimm, Robert: Zimmerwald und Kiental. Bern 1917.
- Guilbeaux, Henri: Pour Romain Rolland. Genève 1915.
- Nippold, Otfried: Die Gestaltung des Völkerrechts nach dem Weltkriege. Zürich 1917.
- Nippold, Otfried: Meine Erlebnisse in Deutschland vor dem Kriege (1909-1914). Bern 1918. (= Nippold 1918a)
- Nippold, Otfried: Meine offene Korrespondenz mit Prof. Philipp Zorn, Prof. Ludwig von Sybel, Prinz Alexander zu Hohenlohe. Bern 1918. (= Nippold 1918b)
- Platten, Fritz: Die Reise Lenins durch Deutschland im plombierten Wagen. Berlin 1924.
- Ragaz, Clara: Die Frau und der Friede. Zürich 1915.
- Rappard, William E.: L'entrée de la Suisse dans la Société des Nations. Extrait de l'origine et l'œuvre de la Société des Nations. Copenhague 1923.
- Rolland, Romain: Journal des années de guerre. 1914-1919. Notes et documents pour servir à l'histoire morale de l'Europe de ce temps. Paris 1952.
- Rummel, Walter von: Sünden. Aus meinem Schweizer Tagebuch. München 1919.
- Quartier-la-Tente, Édouard: Les victoires du pacifisme! L'Armée du pacifisme – Les Troupes de renfort – Son plan de campagne – Ses victoires. Conférence donnée le 17. Mai au Musée internationale de la Guerre et de la Paix à Lucerne. Neuchâtel 1914.
- Quidde, Ludwig: Die Friedensfrage nach der russischen Revolution. Eine Eingabe an den Deutschen Reichstag mit einer Denkschrift. Frankfurt am Main 1917.
- Quidde, Ludwig: Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges 1914-1918. Boppard am Rhein 1979.
- Wille, Ulrich: Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1914/18. Bern <sup>2</sup>1923.

### ***Zeitungen und Zeitschriften***

- Basler Nachrichten. (Basel)
- Berner Tagwacht. (Bern)
- demain. Pages et documents. (Genève)
- Der Bund. (Bern)
- Der Friede. Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung. Offizielles Vereinsorgan der Schweizerischen Friedensgesellschaft. (Bern)
- Der Schweizer Freidenker. (Zürich)
- Die Freie Zeitung. Unabhängiges Organ für Demokratische Politik. (Laupen, Bern)

Die Friedens-Warte. Zeitschrift für zwischenstaatliche Organisation. (Berlin, Wien, Leipzig [bis 1914]; Zürich und Leipzig [1915 bis 1918])

Feuille d'avis de Neuchâtel. (Neuchâtel)

Journal de Genève. (Genève)

La Feuille. Journal d'idées et d'avant-garde. (Genève)

La Paix (par le Droit et l'Arbitrage). Organe des sections romandes de la Société suisse de la Paix. (Genève)

La Paix par le Droit. Revue de la Paix. (Paris)

Le Démocrate. (Delémont)

Le mouvement pacifiste. Organe du Bureau international de la Paix. (Bern)

Les États-Unis d'Europe. Journal de la Ligue internationale de la Paix et de la Liberté. (Bern)

Neue Wege. Beiträge zu Religion und Sozialismus. (Zürich)

Neue Zürcher Nachrichten. (Zürich)

Neue Zürcher Zeitung. (Zürich)

Wissen und Leben. (Zürich)

### 11.1.3. Digitale Quellensammlungen

Diplomatische Dokumente der Schweiz, 1848 ff., Online Datenbank Dodis: [www.dodis.ch](http://www.dodis.ch).

League of Nations Photo Archive: [www.indiana.edu/~league/](http://www.indiana.edu/~league/).

## 11.2. Literatur

Alexandra, Andrew: On the Distinction between Pacifism and Pacificism. In: Bleisch, Barbara; Strub, Jean-Daniel (Hg.): Pazifismus. Ideengeschichte, Theorie und Praxis. Bern 2006: 107-124.

Altermatt, Urs; Bosshart-Pflugger, Catherine; Tanner, Albert (Hg.): Die Konstruktion einer Nation. Nation und Nationalisierung in der Schweiz. 18.-20. Jahrhundert (Die Schweiz 1798-1998: Staat, Gesellschaft, Politik, Bd. 4). Zürich 1998.

Angelo, Lucio d': Pace, liberismo e democrazia. Edoardo Giretti e il pacifismo democratico nell'Italia liberale (La società moderna e contemporanea, Bd. 47). Milano 1995.

Barrelet, Jacques: Albert Malche. In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 15.8.2008, [www.hls.ch](http://www.hls.ch), 24.2.2018.

Baudouin, Charles: Un pays et des hommes. Carnet de route (1915-1919). Lausanne 2014.

Baumberger, Christa; Behrmann, Nicola: Emmy Hennings Dada. Zürich 2015.

Becker, Jean-Jacques; Audoin-Rouzeau, Stéphane: La France, la nation, la guerre. 1850-1920 (Regards sur l'histoire, Bd. 106, Histoire contemporaine). Paris 1995.

Béguelin, Sylvie; Mégard, Michel; O'Neill, Joel; Rodriguez, Philipp: Pierre Cérésolle. Une vie au service de la paix. La Chaux-de-Fonds 2010.

Berg, Manfred: Woodrow Wilson. Amerika und die Neuordnung der Welt. Eine Biographie. München 2017.

- Beyer, Wolfram: Pazifismus und Antimilitarismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte. Stuttgart 2012.
- Bigler, Kurt: Auguste Forel (1848-1931). In: Profil. Sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur 57/10 (1978): 297-300.
- Bleisch, Barbara; Strub, Jean-Daniel (Hg.): Pazifismus. Ideengeschichte, Theorie und Praxis. Bern 2006.
- Bonjour, Edgar: Geschichte der Schweizerischen Neutralität. Vier Jahrhunderte eidgenössischer Aussenpolitik, Bd. II. Basel <sup>3</sup>1967.
- Brassel, Ruedi; Tanner, Jakob: Zur Geschichte der Friedensbewegung in der Schweiz. In: Forum für praxisorientierte Friedensforschung (Hg.): Handbuch Frieden Schweiz. Basel 1986: 17-90.
- Brock, Peter: Varieties of Pacifism. A Survey from Antiquity to the Outset of the Twentieth Century. New York 1999.
- Brunner, Otto; Conze, Werner; Koselleck, Reinhart (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 4. Stuttgart 2004.
- Bürgi, Markus: Die Zweite Internationale und der Krieg. In: Degen, Bernard; Richers, Julia (Hg.): Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe. Zürich 2015: 13-19.
- Bürgisser, Thomas: Menschlichkeit aus Staatsräson. Die Internierung ausländischer Kriegsgefangener in der Schweiz im Ersten Weltkrieg. In: Rossfeld, Roman; Buomberger, Thomas; Kury, Patrick (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg. Baden 2014: 266-289.
- Büttiker, Georges: Ernest Bovet 1870-1941 (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 122). Basel, Stuttgart 1971.
- Butcher, Tim: The Trigger. Hunting the Assassin Who Brought the World to War. London 2014.
- Ceadel, Martin: Pacifism in Britain 1914-1945. The defining of a faith (Oxford Historical Monographs). Oxford 1980.
- Ceadel, Martin: Thinking about Peace and War. Oxford 1989.
- Chaponnière, Corinne: Henry Dunant – la croix d'un homme. Paris 2010.
- Charrier, Landry: Réseaux de sociabilités et échanges internationaux en Suisse pendant la Première Guerre mondiale. In: Revue suisse d'histoire 62/3 (2012): 424-438.
- Charrier, Landry: Une histoire en chantier. Pratiques et enjeux de l'émigration allemande en Suisse (1914-1918). In: Relations internationales 159/3 (2014): 7-16.
- Charrier, Landry: L'émigration allemande en Suisse pendant la Grande Guerre. Genève 2015. (= Charrier 2015a)
- Charrier, Landry: Die Internationale Rundschau (1915-1918), ein österreichisches Instrument kultureller Demobilmachung. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 65/2 (2015): 282-292. (= Charrier 2015b)
- Charrier, Landry; Roudil, Roland (Hg.): Centenaire d'“Au-dessus de la mêlée” de Romain Rolland. Regards sur un texte de combat. Dijon 2015.
- Chickering, Roger: Imperial Germany and a World without War. The Peace Movement and German Society. 1892-1914. Princeton 1975.
- Chickering, Roger: Rezension zu: Holl, Karl: Ludwig Quidde (1858-1941). Eine Biografie. Düsseldorf 2007. In: H-Soz-Kult, Version vom 19.10.2007, [www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-8928](http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-8928), 21.2.2018.

- Clark, Christopher: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München <sup>15</sup>2014.
- Clavien, Alain: Schweizer Intellektuelle und der Grosse Krieg. Ein wortgewaltiges Engagement. In: Rossfeld, Roman; Buomberger, Thomas; Kury, Patrick (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg. Baden 2014: 102-123.
- Comité d'organisation (Hg.): Commémoration du soixantième anniversaire de la première assemblée de la Société des Nations réunie à Genève le 15 novembre 1920. Genève 1980.
- Comité pour une Nouvelle Histoire de la Suisse (Hg.): Geschichte der Schweiz und der Schweizer. Basel <sup>4</sup>2006.
- Corbellari, Alain (Hg.): Romain Rolland et la Suisse (Etudes de lettres, Vol. 3). Lausanne 2012.
- Cotter, Cédric; Hermann, Irène: Hilfe zum Selbstschutz. Die Schweiz und ihre humanitären Werke. In: Rossfeld, Roman; Buomberger, Thomas; Kury, Patrick (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg. Baden 2014: 240-265.
- David, Paul: L'esprit de Genève. Histoire de la Société des Nations. Vingt ans d'efforts pour la paix. Genève 2000.
- Degen, Bernard: Landesstreik. In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 9.8.2012, [www.hls.ch](http://www.hls.ch), 24.2.2018.
- Degen, Bernard: Macht- und Orientierungslosigkeit im Sommer 1914. In: Degen, Bernard; Richers, Julia (Hg.): Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe. Zürich 2015: 21-28. (= Degen 2015a)
- Degen, Bernard: Die Zimmerwalder Konferenz. In: Degen, Bernard; Richers, Julia (Hg.): Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe. Zürich 2015: 91-99. (= Degen 2015b)
- Degen, Bernard: Von Zimmerwald bis Kiental. In: Degen, Bernard; Richers, Julia (Hg.): Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe. Zürich 2015: 117-126. (= Degen 2015c)
- Degen, Bernard: Der Niedergang der Zimmerwalder Bewegung. In: Degen, Bernard; Richers, Julia (Hg.): Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe. Zürich 2015: 155-162. (= Degen 2015d)
- Degen, Bernard: Kientaler Konferenz. In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 28.11.2017, [www.hls.ch](http://www.hls.ch), 24.2.2018. (= Degen 2017a)
- Degen, Bernard: Zimmerwalder Bewegung. In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 28.11.2017, [www.hls.ch](http://www.hls.ch), 24.2.2018. (= Degen 2017b)
- Degen, Bernard; Richers, Julia (Hg.): Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe. Zürich 2015.
- Donat, Helmut: Richard Grelling. In: Donat, Helmut; Holl, Karl (Hg.): Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz (Hermes Handlexikon 2680). Düsseldorf 1983: 162f.
- Donat, Helmut; Holl, Karl (Hg.): Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz (Hermes Handlexikon 2680). Düsseldorf 1983.
- Dufour, Alain: Théodore de Bèze. Poète et Théologien. Genève 2006.
- Dufour, Alfred: Histoire de Genève (Que sais-je?; 3210). Paris <sup>5</sup>2014.
- Eisenbeiss, Wilfried: Die bürgerliche Friedensbewegung in Deutschland während des Ersten Weltkrieges. Organisation, Selbstverständnis und politische Praxis 1913/14-1919 (Erlanger Historische Studien, Bd. 5). Frankfurt am Main, Bern, Cirencester 1980.

- Elsig, Alexandre: Un "laboratoire de choix"? La place de la Suisse dans le dispositif européen de la propagande allemande (1914-1918). In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 63/3 (2013): 382-404.
- Elsig, Alexandre: Zwischen Zwietracht und Eintracht. Propaganda als Bewährungsprobe für die nationale Kohäsion. In: Rossfeld, Roman; Buomberger, Thomas; Kury, Patrick (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg. Baden 2014: 72-101.
- Elsig, Alexandre: La paix, rien que la paix? La propagande allemande et la dissidence pacifiste de Suisse romande (1916-1919). In: Charrier, Landry; Roudil, Roland (Hg.): Centenaire d'“Au-dessus de la mêlée” de Romain Rolland. Regards sur un texte de combat (Sociétés). Dijon 2015: 143-160.
- Elsig, Alexandre: Les shrapnels du mensonge. La Suisse face à la propagande allemande de la Grande Guerre. Lausanne 2017.
- Ferretti, Vittorio: Weltchronik der Kriege und Demozide. Ein Abriss der Ursachen, Abläufe und Folgen von über 5.000 gewalttätig ausgetragenen Konflikten bis zum Jahr 2000. München 2014.
- Feuz, Patrick; Tobler, Andreas: Schoggibaron. Das bittersüsse Leben Theodor Toblers (1876-1941). Bern <sup>2</sup>1998.
- Fleury, Antoine: L'enjeu du choix de Genève comme siège de la Société des Nations. Recueil d'études en hommage à Jacques Freymond. In: Friedländer, Saul; Kapur, Harish; Reszler, André (Hg.): L'historien et les relations internationales. Genève 1981: 251-278.
- Fleury, Antoine: Völkerbund. In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 27.12.2014, [www.hls.ch](http://www.hls.ch), 24.2.2018.
- Forum für praxisorientierte Friedensforschung (Hg.): Handbuch Frieden Schweiz. Basel 1986.
- Friedländer, Saul; Kapur, Harish; Reszler, André (Hg.): L'historien et les relations internationales. Genève 1981: 251-278.
- Fuhrer, Hans Rudolf: Die Schweizer Armee im Ersten Weltkrieg. Bedrohung, Landesverteidigung und Landesbefestigung. Zürich 1999.
- Fuhrer, Hans Rudolf; Strässle, Paul Meinrad (Hg.): General Ulrich Wille. Vorbild den einen – Feindbild den anderen. Zürich 2003.
- Furrer, Markus: Die Friedensbewegung am Vorabend des Ersten Weltkrieges. In: Troxler, Walter; Walker, Daniela; Furrer, Markus (Hg.): Jan Bloch und das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern (Museen – Geschichte und Gegenwart, Bd. 8). Wien 2010: 75-100.
- Ganschow, Jan; Haselhorst, Olaf; Ohnezeit, Maik (Hg.): Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgeschichte – Verlauf – Folgen. Graz 2009.
- Gasser, Adolf: Otfried Nippold. In: Donat, Helmut; Holl, Karl (Hg.): Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz (Hermes Handlexikon 2680). Düsseldorf 1983: 288f.
- Gautschi, Willi: Der Landesstreik 1918. Zürich <sup>3</sup>1988.
- Goenner, Hubert: Einstein in Berlin 1914-1933. München 2005.
- Graf, Gottlieb August: Der Ausbruch des Weltkrieges 1914 im Lichte der deutschschweizerischen Presse (Schweizer Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 9). Zürich 1945.
- Greter, Mirko: Sozialdemokratische Militärpolitik im Spannungsfeld von Vaterlandsliebe, Pazifismus und Klassenkampf. Der lange Weg der SPS hin zur Ablehnung der Landesverteidigung. Zürich 2005.
- Griesser-Pecar, Tamara: Die Mission Sixtus. Österreichs Friedensversuch im Ersten Weltkrieg. Wien, München 1988.



- Grossi, Verdiana: *Le pacifisme européen*. Bruxelles 1994.
- Grossi, Verdiana: *Politiques de la paix en Suisse. Orientations, réalisations et répercussions internationales. 1830-1914*. In: *Mémoires d'Ici, Saint-Imier* (Hg.): *Pacifisme(s). Prix Nobel de la Paix 1902*. Albert Gobat et Élie Ducommun (Intervalles, No. 64). Prêles 2002: 11-43.
- Grossi, Verdiana: *Pazifismus*. In: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, Version vom 22.12.2010, [www.hls.ch](http://www.hls.ch), 21.2.2018.
- Guanzini, Catherine: *Grimm-Hoffmann-Affäre*. In: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, Version vom 14.9.2010, [www.hls.ch](http://www.hls.ch), 24.2.2018. (= Guanzini 2010a)
- Guanzini, Catherine: *Obersten-Affäre*. In: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, Version vom 14.09.2010, [www.hls.ch](http://www.hls.ch), 25.2.2018. (= Guanzini 2010b)
- Haddad, Galit: *1914-1919. Ceux qui protestaient*. Paris 2012.
- Haumann, Heiko (Hg.): *Die Russische Revolution 1917*. Köln, Weimar, Wien <sup>2</sup>2016.
- Hirschfeld, Gerhard; Krumeich, Gerd; Renz, Irina (Hg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*. Zürich 2003.
- Holenstein, André: *Mitten in Europa. Verflechtung und Abgrenzung in der Schweizer Geschichte*. Baden <sup>2</sup>2015.
- Holl, Karl: *Pazifismus in Deutschland* (Edition Suhrkamp, neue Folge, Bd. 533). Frankfurt am Main 1988.
- Holl, Karl: *Pazifismus*. In: Brunner, Otto; Conze, Werner; Koselleck, Reinhart (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 4. Stuttgart 2004: 767-787.
- Holl, Karl: *Ludwig Quidde (1858-1941). Eine Biografie* (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 67). Düsseldorf 2007.
- Huber, Anja: *Fremdsein im Krieg. Die Schweiz als Ausgangs- und Zielort von Migration*. Zürich 2018.
- Jost, Hans Ulrich: *Erster Weltkrieg und Nachkriegskrisen (1914-1923)*. In: *Comité pour une Nouvelle Histoire de la Suisse* (Hg.): *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*. Basel <sup>4</sup>2006: 762-796.
- Kater, Thomas: *Gegen den Krieg – Für welchen Frieden? Philosophie und Pazifismus im 20. Jahrhundert*. In: Bleisch, Barbara; Strub, Jean-Daniel (Hg.): *Pazifismus. Ideengeschichte, Theorie und Praxis*. Bern 2006: 89-106.
- Kennan, George F.: *The Decline of Bismarck's European Order. Franco-Russian Relations 1875-1890*. Princeton 1979.
- Kévorkian, Raymond H.: *Le génocide des Arméniens*. Paris 2006.
- Knock, Thomas J.: *To End all Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order*. New York 1992.
- Korol, Martin: *Einleitung*. In: Korol, Martin (Hg.): *Ernst Bloch. Kampf, nicht Krieg. Politische Schriften 1917-1919* (Edition Suhrkamp, Neue Folge, Bd. 167). Frankfurt am Main 1985: 15-72. (= Korol 1985a)
- Korol, Martin (Hg.): *Ernst Bloch. Kampf, nicht Krieg. Politische Schriften 1917-1919* (Edition Suhrkamp, Neue Folge, Bd. 167). Frankfurt am Main 1985. (= Korol 1985b)
- Korol, Martin: *Deutsches Präexil in der Schweiz 1916-1918. Hugo Balls Dadaismus und Ernst Blochs Opposition von aussen gegen die deutsche Politik in der Schweiz während des Ersten Weltkrieges*. Bremen-Tartu 1999.

- Krämer, Daniel; Pfister, Christian; Segesser, Daniel Marc (Hg.): „Woche für Woche neue Preisaufschläge“. Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte (WSU), Bd. 6). Basel 2016.
- Kraft, Barbara S.: *The Peace Ship. Henry Ford's Pacifist Adventure in the First World War*. New York, London 1978.
- Kreis, Georg (Hg.): *Die Geschichte der Schweiz*. Basel 2014. (= Kreis 2014a)
- Kreis, Georg: *Insel der unsicheren Geborgenheit. Die Schweiz in den Kriegsjahren 1914-1918* (NZZ Libro). Zürich 2014. (= Kreis 2014b)
- Krohn, Claus-Dieter; Mühlen, Patrik von zur; Gerhard, Paul; Winckler, Lutz (Hg.): *Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933-1945*. Darmstadt 2008.
- Kuhn, Konrad J.; Ziegler, Béatrice (Hg.): *Der vergessene Krieg. Spuren und Traditionen zur Schweiz im Ersten Weltkrieg*. Baden 2014.
- Lang, Gustav Adolf: *Die Kontroverse um Kriegsursachen und Kriegsmöglichkeiten im Rahmen der „Neuen Zürcher Zeitung“*. Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Meinung im Geistigen Kampf des Ersten Weltkrieges. Zürich 1968.
- Laun, Rudolf; Zechlin, Egmont (Hg.): *Jahrbuch für internationales Recht*, Bd. 11. Göttingen 1962.
- Lefebvre, Jacques-Henri: *L'enfer de Verdun, évoqué par les témoins et commenté par J.-H. Lefebvre* (Editions du Mémorial, Collection „Témoignages et Mémoires“, Comité National du Souvenir de Verdun). Paris 1983.
- Linden, Wilhelmus Hubertus van der: *The international peace movement during the First World War. In and around the Dutch Anti-War Council 1914-1919, its international mediatory work for a speedy peace, and its international Central Organisation for a Durable Peace*. Almere 2006.
- Lipp, Karlheinz; Lütgemeier-Davin, Reinhold; Nehring, Holger (Hg.): *Frieden und Friedensbewegungen in Deutschland 1892-1992. Ein Lesebuch* (Beiträge zur Historischen Friedensforschung, Bd. 16). Essen 2010.
- MacMillan, Margaret: *Paris 1919. Six Months That Changed the World*. New York 2002.
- Manela, Erez: *The Wilsonian moment: Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*. Oxford 2007.
- Mattmüller, Markus: *Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus. Eine Biographie. Band II: Die Zeit des Ersten Weltkrieges und der Revolutionen* (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 110). Zürich 1968.
- Mauermann, Helmut: *Das Internationale Friedensbüro 1892 bis 1950* (Silberburg Wissenschaft, Bd. 284). Stuttgart 1990.
- Mesmer, Beatrix: *Staatsbürgerinnen ohne Stimmrecht. Die Politik der schweizerischen Frauenverbände 1914–1971*. Zürich 2007.
- Michaud, Marius: *Il movimento pacifista svizzero. Dalle origini al 1939*. In: *Rivista militare della Svizzera italiana* 54/4 (1982): 205-213.
- Mombauer, Anike: *Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg*. München 2014.
- Monnier, Victor: *William E. Rappard. Défenseur des libertés, serviteur de son pays et de la communauté internationale*. Genève 1995.
- Moos, Carlo: *Schweizer Neutralität(en) zur Zeit des Ersten Weltkrieges*. In: Rossfeld, Roman; Buomberger, Thomas; Kury, Patrick (Hg.): *14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg*. Baden 2014: 214-239.
- Norman, Richard: *Ethics, killing and war*. Cambridge 1995.

- Ochsenbein, Heinz: Die verlorene Wirtschaftsfreiheit 1914-1918. Methoden ausländischer Wirtschaftskontrollen über die Schweiz. Bern 1971.
- Pernau, Margrit: Transnationale Geschichte (Grundkurs Neue Geschichte, Bd. 3535). Göttingen 2011.
- Perrenoud, Marc: Un rabbin dans la cité, Jules Wolff. L'antisémitisme et l'intégration des Juifs à la Chaux-de-Fonds (1888–1928). In: Musée neuchâtelois. Recueil d'histoire nationale et d'archéologie. Organe de la Société d'histoire du canton de Neuchâtel 1 (1989): 13-51.
- Peter, Ania: William E. Rappard und der Völkerbund. Ein Schweizer Pionier der internationalen Verständigung. Bern, Frankfurt am Main 1973.
- Pfister, Christian: Auf der Kippe. Regen, Kälte und schwindende Importe stürzten die Schweiz 1916-1918 in einen Nahrungsengpass. In: Krämer, Daniel; Pfister, Christian; Segesser, Daniel Marc (Hg.): „Woche für Woche neue Preisaufschläge“. Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte (WSU), Bd. 6). Basel 2016: 57-82.
- Piper, Ernst: Nacht über Europa. Kulturgeschichte des Ersten Weltkrieges. Berlin 2013.
- Richers, Julia: Bern als Zentrum von Geheimdiplomatie, Spionage und Konferenzen. In: Degen, Bernard; Richers, Julia (Hg.): Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe. Zürich 2015: 61-66. (= Richers 2015a)
- Richers, Julia: Osteuropäische Revolutionärinnen und Revolutionäre im Schweizer Exil. In: Degen, Bernard; Richers, Julia (Hg.): Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe. Zürich 2015: 43-49. (= Richers 2015b)
- Rickenbacher, Jean-Luc: Das Schweizer Zollmuseum. Bern 2017.
- Riesenberger, Dieter: Den Krieg überwinden. Geschichtsschreibung im Dienste des Friedens und der Aufklärung (Schriftenreihe Geschichte & Frieden, Bd. 14). Bremen 2008.
- Riesenberger, Dieter: Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933. Göttingen 1985.
- Rolland, Denis: La grève des tranchées. Les mutineries de 1917 (Soissonnais 14-18). Paris 2005.
- Rossfeld, Roman; Buomberger, Thomas; Kury, Patrick (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg. Baden 2014.
- Ruchti, Jacob: Geschichte der Schweiz während des Weltkrieges 1914-1919. Politisch, wirtschaftlich und kulturell (2 Bde.). Bern 1928-1930.
- Ruffieux, Roland: L'entrée de la Suisse dans la Société des Nations. L'analyse d'une décision. In: Revue suisse d'histoire 8/11 (1961): 157-192.
- Santamaria, Yves: Le pacifisme, une passion française (Collection l'histoire du présent). Paris 2005.
- Scheer, Friedrich-Karl: Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1933). Organisation, Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland. Frankfurt am Main 1981.
- Segesser, Daniel Marc: Der Erste Weltkrieg in globaler Perspektive. Wiesbaden <sup>3</sup>2013. (= Segesser 2013a)
- Segesser, Daniel Marc: Nicht kriegführend, aber doch Teil eines globalen Krieges. Perspektiven auf transnationale Verflechtungen der Schweiz im Ersten Weltkrieg. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 63/3 (2013): 364-381. (= Segesser 2013b)
- Soiron, Rolf: Der Beitrag der Schweizer Aussenpolitik zum Problem der Friedensorganisation am Ende des Ersten Weltkrieges (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 127). Basel und Stuttgart 1973.

- Sonderegger, Christian: Grippe. In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 21.12.2017, [www.hls.ch](http://www.hls.ch), 24.2.2018.
- Sonderegger, Christian; Tscherrig Andreas: Die Grippepandemie 1918-1919 in der Schweiz. In: Krämer, Daniel; Pfister, Christian; Segesser, Daniel Marc (Hg.): „Woche für Woche neue Preisaufschläge“. Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte (WSU), Bd. 6). Basel 2016: 260-283.
- Stamm, Konrad Walter: Die Guten Dienste der Schweiz (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd. 44). Bern 1974.
- Stawarz, Christophe: La paix à l'épreuve. La Chaux-de-Fonds 1880-1914. Une cité horlogère au cœur du pacifisme international (Cahiers d'histoire et d'archéologie neuchâteloise, no. 2). Hauterive 2002.
- Steglich, Wolfgang: Der Friedensappell Papst Benedikts XV. vom 1. August 1917 und die Mittelmächte. Wiesbaden 1970.
- Strub, Jean-Daniel; Bleisch, Barbara: Einleitung. In: Bleisch, Barbara; Strub, Jean-Daniel (Hg.): Pazifismus. Ideengeschichte, Theorie und Praxis. Bern 2006: 9-42.
- Stupan, Sergio: Comment la Suisse a adhéré au Pacte de la Société des Nations. Lausanne 1943.
- Tanner, Jakob: Die Schweiz im Grossen Krieg. Plädoyer für eine transnationale Geschichte. In: Rossfeld, Roman; Buomberger, Thomas; Kury, Patrick (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg. Baden 2014: 8-17.
- Tarsot-Gillery, Sylviane (Hg.): La Cité internationale universitaire de Paris. Architectures paysagées. Paris 2010.
- Thompson, Mark: „The White War“. Life and Death on the Italian Front 1915–1919. London 2008.
- Tooze, Adam: The Deluge. The Great War, America and the Remaking of the Global Order. 1916-1931. London 2014.
- Traz, Robert de: L'esprit de Genève. Paris 1929.
- Trousson, Raymond: Jean-Jacques Rousseau. Paris 2003.
- Troxler, Walter; Walker, Daniela; Furrer, Markus (Hg.): Jan Bloch und das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern (Museen – Geschichte und Gegenwart, Bd. 8). Wien 2010.
- Ullrich, Volker: Die Revolution von 1918/19. München 2009.
- Ullrich, Volker: Kriegsbegeisterung. In: Hirschfeld, Gerhard; Krumeich, Gerd; Renz, Irina (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Zürich 2003: 630f.
- Ungern-Sternberg, Jürgen von: Der Aufruf „An die Kulturwelt!“. Das Manifest der 93 und die Anfänge der Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg (Menschen und Strukturen, Bd. 21). Frankfurt am Main<sup>2</sup> 2013.
- Vellacott, Jo: Bertrand Russel and the Pacifists in the First World War. Brighton, Sussex 1980.
- Vogel, Detlef: Max Graf Montgelas (1860-1944) – Ein Offizier im Spannungsfeld zwischen nationalen Ansprüche und Menschlichkeit. In: Wette, Wolfram; Donat, Helmut (Hg.): Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871-1933 (Schriftenreihe Geschichte & Frieden, Bd. 10). Bremen 1999: 83-97.
- Wakefield, Alan; Moody, Simon: Under the Devils's Eye. Britain's Forgotten Army at Salonika 1915-1918. London 2004.
- Wette, Wolfram; Donat, Helmut (Hg.): Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871-1933 (Schriftenreihe Geschichte & Frieden, Bd. 10). Bremen 1999.

- Wilmers, Annika: Pazifismus in der internationalen Frauenbewegung (1914-1920). Handlungsspielräume, politische Konzeptionen und gesellschaftliche Auseinandersetzungen (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte – Neue Folge, Bd. 23). Essen 2008.
- Wolfrum, Edgar; Arendes, Cord: Globale Geschichte des 20. Jahrhunderts (Grundkurs Geschichte). Stuttgart 2007.
- Zala, Sacha: Krisen, Konfrontation, Konsens (1914-1949). In: Kreis, Georg (Hg.): Die Geschichte der Schweiz. Basel 2014: 491-539.
- Zechlin, Egmont: Die „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden“ und die Mittelmächte. Ein Beitrag zur politischen Tätigkeit Rudolf Launs im ersten Weltkrieg. In: Laun, Rudolf; Zechlin, Egmont (Hg.): Jahrbuch für internationales Recht, Bd. 11. Göttingen 1962: 448-496.
- Ziemann, Benjamin (Hg.): Perspektiven der Historischen Friedensforschung (Frieden und Krieg, Bd. 1). Essen 2002.
- Zumach, Andreas: Globales Chaos - machtlose UNO. Ist die Weltorganisation überflüssig geworden? Zürich 2015.
- Zwahlen, Urs: Franz Bucher-Heller. In: Donat, Helmut; Holl, Karl (Hg.): Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz (Hermes Handlexikon 2680). Düsseldorf 1983: 59.
- Zwahlen, Urs: Die schweizerische Friedensbewegung bis zum Ersten Weltkrieg. Bern 1985.
- Zwahlen, Urs: Bürgerliche Friedensbewegung und Pazifismus der Arbeiterbewegung in der Schweiz bis zum ersten Weltkrieg. Bern 1991.

### **11.3. Internet-Ressourcen**

- Lucerne initiative for peace and security LIPS (Hg.): Der Luzerner Weltfriedenskongress 1905. Ausgangspunkt – Einordnung – Perspektiven schweizerischer und internationaler Friedensbemühungen, Luzern 2005, URL: [http://www.lips-org.ch/pdf/HB\\_Weltfriedenskongress\\_1905\\_Markus\\_Furrer.pdf](http://www.lips-org.ch/pdf/HB_Weltfriedenskongress_1905_Markus_Furrer.pdf) (30.01.2018).